

Standortbestimmungen in Kirche und Gesellschaft Neujahrsansprachen

1990 bis 2014

des Vorsitzenden des Diözesanrates
der Katholiken im Erzbistum Köln

Festgabe für Thomas Nickel



Grußwort	
Joachim Kardinal Meisner	3
Grußwort	
Alois Glück	5
Vorwort	
Unzweideutige Standortbestimmungen in den Strömen der Zeit	8
Anknüpfen an eine lange Tradition des Diözesanrates	
6. Januar 1990, Kolpinghaus International, Köln	13
Mut zum Träumen – Kraft zum Handeln	
20. Januar 1991, Kolpinghaus International, Köln	16
Die Evangelisierung Europas muss in den Gemeinden beginnen	
5. Januar 1992, Kolpinghaus International, Köln	21
Gegen Abschottung durch neue Mauern und Stacheldraht	
24. Januar 1993, Kolpinghaus International, Köln	27
Fußball wird auf dem Rasen entschieden, nicht auf der Tribüne	
22. Januar 1995, Maternushaus, Köln	32
Sorge um die Stellung der Kirche im Staat	
7. Januar 1996, Maternushaus, Köln	38
Katholiken sollen ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen	
19. Januar 1997, Maternushaus, Köln	44
Sind Deutschland und Europa noch christlich geprägt?	
11. Januar 1998, Maternushaus, Köln	48
Mehr denn je ist von Christen Tapferkeit in der Gesellschaft gefragt	
17. Januar 1999, Maternushaus, Köln	55
Subsidiarität muss auch in der Kirche verwirklicht werden	
16. Januar 2000, Maternushaus, Köln	63
Tänze um Goldene Kälber	
21. Januar 2001, Maternushaus, Köln	68
Mit Gott die Ängste vor der Zukunft überwinden	
20. Januar 2002, Maternushaus, Köln	75
Unser Staat lässt wichtige Wünsche offen	
19. Januar 2003, Maternushaus, Köln	82
Die Laien müssen in Staat, Gesellschaft und Kirche Position beziehen	
23. Januar 2005, Maternushaus, Köln	89
Das Jahr des „Wir sind Papst!“	
22. Januar 2006, Maternushaus, Köln	96
Mangel an Verantwortung – Mangel an Gerechtigkeit	
20. Januar 2008, Maternushaus, Köln	101
Wir müssen die Frohe Botschaft in die Zivilgesellschaft tragen	
17. Januar 2010, Maternushaus, Köln	108
Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland hat sich bewährt	
16. Januar 2011, Maternushaus, Köln	114
Wie Christus tapfer für die Wahrheit und das Recht eintreten!	
15. Januar 2012, Maternushaus, Köln	120
Vielfalt in der Kirche ist Reichtum, nicht Bedrohung	
13. Januar 2013, Maternushaus, Köln	125
Die „Hermeneutik der Reform“ erhellt eine neue Perspektive	
19. Januar 2014, Maternushaus, Köln	130
Kölner Manifest 1998	
Zur Mitwirkung an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung	137
„Das Neue“ von 1946	
Thomas Großmann	143
Der Ursprung und die Entwicklung des Kölner Modells	
Bernd Petermann	149

Grußwort

Sehr geehrter Herr Nickel,
sehr geehrte Damen und Herren!

Am 2. April 1986 wählten die Mitglieder der Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln Herrn Thomas Nickel zu ihrem Vorsitzenden. 28 Jahre hat er diese Aufgabe, durch Wiederwahlen bestätigt, ausgeübt. Es war eine lange und gute Zeit für den Diözesanrat und für unser Erzbistum Köln. Diese langjährige Tätigkeit zeigt ein überdurchschnittliches Engagement, das keineswegs selbstverständlich ist. Die Arbeit der Geschäftsstelle des Diözesanrates, die kontinuierliche Vorstandstätigkeit, die Durchführung der Tagungen und Sitzungen der Gremien auf den unterschiedlichen Ebenen verantwortete er ausschließlich im ehrenamtlichen Einsatz. Dabei forderte ihn sein leitender Beruf in der Versicherungswirtschaft mehr als genug. Für dieses Engagement gelten ihm unsere Anerkennung und unser Dank. Zudem wissen wir um sein kommunales Ehrenamt und um seine verantwortliche Mitarbeit im Neusser Schützenwesen. Diese unterschiedlichen Ebenen seiner Tätigkeit in Beruf und Ehrenamt haben seine Arbeit als Vorsitzender des Diözesanrates geerdet. Ohne das Verständnis und die Zustimmung seiner Ehefrau wäre dies alles nicht möglich gewesen. Ausdrücklich sei sie deshalb eingeschlossen in die Anerkennung und den Dank an Thomas Nickel.

Immer versuchte er, eine Brücke zu schlagen zwischen idealen Forderungen und Wünschen und den kirchlichen wie weltlichen Realitäten. Manche diplomatische und so ausgleichende Geschicklichkeit war dazu durchaus erforderlich. Ohne Geduld und Toleranz ging da nicht viel. Er hat es verstanden, die unterschiedlichen Auffassungen und Flügel im Diözesanrat zusammenzuhalten, und so zu einer verlässlichen Gesprächsbereitschaft beigetragen. Sicher hat ihm seine langjährige Erfahrung geholfen, gelassen zu bleiben und nicht jedem Trend hinterherzulaufen. In 28 Jahren kann man schon vieles kommen, aber auch gehen sehen. Als getaufter und gefirmter Christ war er sich bewusst, dass die Kirche, auch unser Erzbistum Köln, eine tiefe Verankerung im Glauben braucht, die nicht mit dem Tagesgeschäft der Meinungen und Umfragewerte verrechnet werden kann. Diese Verankerung im Glauben hat Thomas Nickel, und sie war und ist wohl der Motor seines großen Engagements. Dabei war ihm seine Verbundenheit mit der Pfadfinderschaft St. Georg immer bedeutsam, die ihn in seiner Jugendzeit und darüber hinaus entscheidend mitprägte.

Thomas Nickel kommt aus der Verbandsarbeit. Immer ist er dafür eingetreten, dass die Verbände aktiv werden und vor allem ihren gesellschaftspolitischen Auftrag nicht vernachlässigen. Das Laienapostolat war und ist ihm eine Herzensangelegenheit. Dass sich Laien in die seelsorgliche Arbeit einbinden lassen, war ihm

eine Selbstverständlichkeit. Den Hauptnerv des Laienapostolates sah er allerdings in der gesellschaftspolitischen Aufgabe der Laien. Mitarbeit in der Gemeinde und Verantwortung für die gesellschaftlichen Belange sollten nicht auseinandergerissen und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nicht zuletzt dienten die Diözesantage für die Pfarrgemeinderäte dem Ziel, den Blick über den Tellerrand des binnenkirchlichen Engagements hinaus zu werfen. Die Begleitung der Pfarrgemeinderäte gehört zur Kernaufgabe des Diözesanrates. So war Thomas Nickel als Vorsitzender eingebunden in die Vorbereitung und Durchführung der Pfarrgemeinderatssatzung, ein durchaus mühevoller Prozess. Die Herausbildung der neuen Seelsorgebereiche, die großen Veränderungen und Verunsicherungen, die dies für die Gläubigen bedeutete, fallen in seine Zeit und haben den Diözesanrat und seine Gremien stark beeinflusst und beschäftigt.

Immer aber versuchte Thomas Nickel, die gesellschaftspolitische Verantwortung nicht zu vernachlässigen. Auf unterschiedliche Weise hat sich so der Diözesanrat zu Wort gemeldet und in gesellschaftspolitische Fragen eingemischt. So nahm der Diözesanrat unter seinem Vorsitz Stellung gegen die Streichung des Gottesbegriffes aus dem Grundgesetz, setzte sich ein für den Schutz des menschlichen Lebens von Anbeginn, verteidigte die Sonntagsruhe, sprach sich gegen rechtsradikale Umtriebe aus und trat ein für Integration und Toleranz, um nur einige essenzielle Themen anzusprechen, die Thomas Nickel wichtig waren und sind. Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die verschiedenen Bereiche seines Wirkens zu benennen. Summarisch seien nur genannt sein Mitwirken im Pastoralgespräch, im Dialogprozess und seine verlässliche Mitsorge um die Thomas-Morus-Akademie des Diözesanrates in Bensberg.

In 28 Jahre hat Thomas Nickel so das Profil des Diözesanrates mitgeprägt. 28 Jahre heißt eben auch 28 Vollversammlungen mit Themenfindung und Schwerpunktbildungen. 28 Jahre heißt kontinuierliche Arbeit in den verschiedenen Gremien des Diözesanrates. Diesen Herausforderungen hat sich Thomas Nickel gestellt, zuverlässig und verantwortungsbewusst. In den 28 Jahren hat er über die verschiedenen Zusammensetzungen der Gremien und der Vorstände hinweg die Kontinuität des Diözesanrates verkörpert. Nicht nur der Diözesanrat dankt ihm für diese 28 Jahre ehrenamtlicher Arbeit zum Wohle der Menschen. Auch der Erzbischof dankt ihm für diesen Dienst.

Köln, im November 2013

+ Joachim Kardinal Meisner
Erzbischof von Köln

Grußwort

Gern komme ich der Bitte nach, mich mit einem Grußwort an der Festschrift zu Ehren des Ausscheidens von Thomas Nickel als Vorsitzender des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln zu beteiligen.

Rückblick zu nehmen auf die lange Amtszeit von Thomas Nickel, heißt zugleich Rückblick auf mehr als dreißig Jahre der gemeinsamen Geschichte von ihm und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken.

Als Thomas Nickel 1975 Mitglied des Vorstandes des Kölner Diözesanrates wurde, ging gerade die Würzburger Synode zu Ende, die, gemeinsam getragen von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), die Mitwirkungsrechte der Laien in Deutschland fest schrieb, Mitwirkungsrechte, die allerdings in Köln schon eine lange Tradition hatten. So hatte das Kölner Modell Pate gestanden für die „Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen und für die Leitung und Verwaltung der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland“.

In dieser Tradition stehend übernahm Thomas Nickel im Jahr 1986 das Amt des Vorsitzenden des Diözesanrates im Erzbistum Köln von seinem unvergessenen Vorgänger Dr. Bernd Petermann MdL. Im selben Jahr wurde Thomas Nickel auch Mitglied im ZdK. Bereits mehrere Jahre zuvor gehörte er der Katholikentagskommission zur Vorbereitung des 87. Deutschen Katholikentags Düsseldorf 1982 an, was ihm als Neusser Politiker von der „anderen Rheinseite“ ein besonderes Anliegen gewesen sein mag. Von 1982 bis 1987 nahm er das Amt des Vorsitzenden des Ständigen Arbeitskreises für Fragen der Kirchlichen Jugendarbeit im ZdK wahr. Überhaupt gehört wohl die Jugendarbeit seit seiner Zeit als Pfadfinder in der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg bis heute in seinem Amt als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses der Stadt Neuss zu seiner Leidenschaft. Als Mitglied des ZdK wurde er 1978 für zwei Amtszeiten bis 1995 in die Kommission „Wirtschaft und Soziales“ sowie von 1987 bis 1991 in den Ständigen Arbeitskreis für Geistliche Gemeinschaften berufen.

Besonders bemerkenswert sind meines Erachtens die besonderen zeitlichen Umstände, die Thomas Nickel in seiner ersten Zeit als Vorsitzenden begleiteten. Wenige Monate nach seinem Amtsantritt verstarb der Kölner Erzbischof Josef Kardinal Höffner, ein starker Förderer der Laienarbeit in Deutschland, führender Sozialethiker und nicht zuletzt auch Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Die lange Zeit der Vakanz bis zur damals umstrittenen Entscheidung über die Nachfolge auf dem Kölner Stuhl mag so manche Ungewissheit über die Zukunft der Laienarbeit im Erzbistum mit sich gebracht haben.



Umso entschiedener griff der Vorsitzende des Kölner Diözesanrats in der Folgezeit heiße Themen auf. So lud er zur ersten Vollversammlung des Diözesanrates unter Beteiligung des neuen Erzbischofs Joachim Kardinal Meisner eine Beraterin des Caritasverbandes zur Schwangerschaftskonfliktberatung ein, die über die Probleme von Frauen in Konfliktsituationen berichtete und intonierte damit ein Thema, das dem Katholikenrat und der Kirche in Deutschland bis heute erhalten blieb. Auch die anderen aktuellen Themen der Zeit machte Thomas Nickel zu Anliegen des Katholikenrats: Arbeitslosigkeit, Probleme der Entwicklungsländer, Familiennachzug für Ausländer, Umweltfragen und Gefahren der Kernenergie, Patientenverfügung, Rechtsradikalismus als gesellschaftliche Herausforderungen, aber auch kirchliche Themen wie Priestermangel, Frau in der Kirche, Diakonat der Frau und nicht zuletzt das die neunziger Jahre beherrschende Thema des Kölner Pastoralgesprächs im Erzbistum Köln sowie aus jüngerer Zeit die Erklärungen zum Religionsunterricht, zum sexuellen Missbrauch und zum innerkirchlichen Dialogprozess. Dieses Arbeitsprogramm spiegelt die gesellschaftlichen Kernthemen wider und korrespondiert mit den Themen, die auch das ZdK bis heute bewegen.

In der großen und belastenden Auseinandersetzung im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, in den katholischen Organisationen und Diözesanräten um die kirchliche Schwangerschaftskonfliktberatung bezog der Kölner Diözesanrat unter Thomas Nickel schon früh Position für die Beibehaltung des kirchlichen Engagements und gehörte zu den ersten, die die Gründung von Donum Vitae begrüßten und unterstützten.

Waren doch die Themen noch so strittig, so erlebte ich Thomas Nickel in den Vollversammlungen des ZdK stets als besonnenen, um Sachlichkeit und Ausgleich bemühten, politikerfahrenen Menschen. Dass ihn dies auch in seinem Kölner Diözesanrat gelang, zeigt sich darin, dass es trotz häufig gegensätzlicher Positionen zwischen den Laiengremien des Erzbistums und ihrem Erzbischof nicht zum Bruch, sondern zum gegenseitigen Respektieren kam. Als Beispiel sei nach dem schwierigen Verlauf des Pastoralgesprächs der Neunziger Jahre das gemeinsame von Erzbischof und Diözesanrat herausgegebene Kölner Manifest als Aufruf zur „Mitwirkung an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung und einer menschenwürdigen Welt im 750. Jahr der Grundsteinlegung des Kölner Doms“ genannt. Auch der von Kardinal Meisner gestiftete und vom Diözesanrat jährlich verliehene „Anton-Roesen-Preis“ ist ein Zeichen gemeinsamen guten Willens zur Stärkung des Engagements der Laien in Kirche und Welt. Dass es für uns Christen dringend geboten ist, in der Welt Kirche und Kirche in der Welt zu sein, ist für den gläubigen Katholiken, den engagierten Politiker, den heimatverbundenen Schützen und den scheidenden Vorsitzenden des Diözesanrates Köln Thomas Nickel, das, was ihn mit unserer gemeinsamen Aufgabe im ZdK und auf diözesaner Ebene verbindet.

Unsere Aufgabe in Kirche und Welt kleidete Thomas Nickel vor einem Jahr wie folgt in die Worte: „Was wollen wir eigentlich in der Welt, wenn die Welt nichts mehr von uns will?“

Ich danke Thomas Nickel für sein langes und fruchtbares Engagement in unseren Laiengremien. Er hat sich für unsere Kirche und für unsere Gesellschaft verdient gemacht.

Alois Glück
Präsident des Zentralkomitees
der deutschen Katholiken



Vorwort

Unzweideutige Standortbestimmungen in den Strömen der Zeit

„Was werden Sie denn tun, wenn Sie nicht mehr Vorsitzender des Diözesanrates in der Erzdiözese Köln sind?“

Diese Frage hat Thomas Nickel 25 Jahre nicht beantworten müssen, weil sie nie gestellt wurde. Es war eigentlich für die Wahlvollversammlung so selbstverständlich, wie „das Amen in unserer Kirche“: Thomas Nickel war der Kandidat. Immer ohne Gegenkandidat, wurde er mit breiter Zustimmung zum Vorsitzenden wiedergewählt. Dass jemand über einen solch langen Zeitraum diesen „Job“ – ohne Aufwandsentschädigung – ausübt, muss entweder an dem Amt oder an der Person liegen, die dieses Amt ausfüllt. Es muss dem Amtsinhaber auch Freude bereitet haben. 1986 trat Thomas Nickel in die Fußstapfen seiner drei Vorgänger:

Dr. Anton Roesen, Rechtsanwalt aus Düsseldorf (1947-1961)

Dr. Franz-Heinz Pielmeyer, Arzt aus Remscheid (1961-1972)

Dr. Bernd Petermann, Rechtsanwalt aus Düsseldorf (1972-1986)

Als Nickel in dieses Amt gewählt wurde, hat er sicher nicht im Entferntesten daran gedacht, immer wieder erneut zu einer Kandidatur gedrängt zu werden; es wurden sieben Amtsperioden.

Seit der Geburtsstunde des „Kölner Modells“ in den Jahren 1946/1947 war das damals so genannte „Diözesankomitee“ als Vertretung der Laien lange das alleinige Beschluss- und Beratungsorgan im Erzbistum. Inzwischen sind weitere Beratungsgremien auf Bistumsebene hinzugekommen: zunächst die Dechantenkonferenz, dann der Priesterrat und der Pastoralrat. Das hat die Arbeit der Diözese nicht einfacher gemacht; denn der Erzbischof hat mit diesen verschiedenen „Beratungsgremien“ in viele Richtungen zu denken und – wenn er will – sich beraten zu lassen.

Da der Diözesanrat sich zuvörderst dem Weltdienst verpflichtet fühlt, war er mit der Vermehrung der Institutionen in seiner Legitimation nicht angefragt. Die Laienvertretung aber allein auf diesen Weltdienst, die Vertretung der Kirche in der Gesellschaft und gegenüber der Politik zu verpflichten, entspricht nicht der Wirklichkeit kirchlichen Handelns. Es gibt Schnittpunkte, die den Weltdienst und den Heildienst nicht lupenrein trennen.

Während früher die Vollversammlung des Diözesanrates sich vornehmlich aus dem bürgerlichen Milieu rekrutierte, ist seit den 1970er Jahren die personelle Zusammensetzung der Vollversammlung und damit seiner eigenen Gremien pluraler ausgerichtet. Entsprechend ist die Arbeit des Vorsitzenden in Anspruch genommen, aber gerade dadurch wurde sie sicherlich auch interessanter. Die heutige Zusammensetzung der Vollversammlung und der anderen Gremien spiegelt

die moderne Gesellschaft und Arbeitswelt wieder: Der Diözesanrat ist bunt wie das Leben mit kontroversen Standpunkten und nicht selten hitzigen Debatten. Für das Ringen um sachgerechte Lösungen und Positionen benötigt der Laienrat einen Vorsitzenden, der die vielfältigen Interessen, die sich in Rede und Gegenrede bekunden, zu bündeln weiß. Thomas Nickels Devise war: Andere Meinungen zulassen, die eigene Auffassung auf den Prüfstand stellen – nur so gelingt Dialog.

Schon in jungen Jahren hat sich Thomas Nickel in der Jugendverbandsarbeit engagiert. Seine Liebe galt der Deutschen Pfadfinderschaft St. Georg (DPSG), der er sich heute noch freundschaftlich verbunden weiß. Von 1970 bis 1983 stand der gelernte Versicherungs-Betriebswirt als Diözesanleiter an der Spitze der DPSG in unserem Erzbistum. Von hier aus führte ein gerader Weg in den Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln, der ihn 1975 als Vertreter der katholischen Verbände in seinen Vorstand wählte.

Wer Thomas Nickel über einen längeren Zeitraum begleitet hat, konnte erfahren, dass es ihm Freude macht, sich anderen Menschen zuzuwenden, sie ernst zu nehmen und sie mitzunehmen auf den Weg gemeinsamer Arbeit, sowohl in der Kirche als auch in Gremien der Gesellschaft; so setzte er sich auch in der Kommunalpolitik seiner Vaterstadt Neuss ein. Wer mit ihm enger zusammengearbeitet hat, konnte sich oft die Frage stellen: Woher nimmt dieser Mensch die Kraft, sich auf so vielen Feldern wirksam einzubringen? Dabei dürfte ihm sicher nicht nur seine beruflich erwachsene Management-Erfahrung helfen. Vielmehr ist das erste Geheimnis seines vielfältigen Engagements wohl seine Unbekümmertheit und sein Gottvertrauen. Er glaubt an das Gute im Menschen. Seinem Gegenüber begegnet er mit einem entsprechenden Vertrauensvorschuss; er ist mit seiner ganzen Persönlichkeit präsent, hört aufmerksam zu, wägt ab und hält seine eigene Meinung nicht zurück.

Das zweite Geheimnis: Er ist ein Netzwerker. Es scheint, als habe sich das von Konrad Adenauer überlieferte Diktum: „Wir kennen uns, wir helfen uns“ bis nach Neuss rund gesprochen. Er ist auf vielen Feldern zu Hause. Die Menschen, die mit ihm unmittelbar zu tun haben, wissen, an wen sie sich wenden, „wenn der Schuh drückt“. Selten gereizt, nie verletzend oder aufbrausend sucht er nach Wegen, die weiterführend und ausgleichend sind.

Mit diesen Charismen ausgestattet, war er ein verlässlicher und glaubwürdiger Gesprächspartner für viele Amtsträger in der Kirche. Dass es auch hier und da hörbar geknirscht hat, liegt in der Natur der Sache.

Als von bischöflicher Seite gegen einen für den „Diözesanrat für Pfarrgemeinderäte“ vorgesehenen Referenten Einspruch erhoben wurde bis zum Auftrittsverbot, hat das den Vorsitzenden durchaus nicht aus der Bahn geworfen, sondern er hat nach einem Beschluss des gesamten Vorstandes den Diözesanrat kurzerhand abgesagt – mit der „bischöflichen Begründung“. Wer da sein Gesicht verloren hat,

war deutlich zu erkennen. Tendenzen, die Thomas-Morus-Akademie, die vom Kardinal Josef Frings bewusst in die Verantwortung des Diözesankomitees gestellt worden war, in die Trägerschaft des Erzbistums zu überführen, ist er kompromisslos entgegengetreten. Nach dem verheerenden Brand des Kardinal-Schulte-Hauses Anfang der 1980er Jahre, der die Arbeit der Thomas-Morus-Akademie lange nachhaltig beeinträchtigte, hat Thomas Nickel mit dem Rechtsträger der Einrichtung, gemeinsam mit dem neu ernannten Direktor, Dr. Wolfgang Isenberger, die Programmarbeit erweitert und der Akademie neues Publikum zugeführt. Nicht zuletzt dadurch ist es der Akademie in den letzten Jahren gelungen, ihre finanzielle Basis zu stärken; heute erwirtschaftet sie 75 Prozent ihres Haushaltes selbst. Im vergangenen Jahr konnte Thomas Nickel seinen 65. Geburtstag begehen und kündigte an, nicht mehr erneut für das Amt des Vorsitzenden des Diözesanrates in der Erzdiözese Köln zu kandidieren. Um im Diözesanrat die Erinnerung an sein Wirken *in* der und *für* die Laienvertretung im Erzbistum Köln präsent zu halten, sind in dieser Festgabe seine Neujahrsansprachen in der Zeit seines Vorsitzes dokumentiert. Thomas Nickel hat bei diesen Gelegenheiten keine „Schönwetter-Reden“ gehalten, sondern Standortbestimmungen festgemacht. Die Reden setzen sich kritisch mit den Zeitströmungen in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kirche auseinander (1).

Im Laufe der Zeit wird sich über vieles von dem, was sich in den zurückliegenden 28 Jahren ereignet hat, der Schleier der Geschichte ausbreiten und die Erinnerungen werden verblassen.

Was bleibt und woran kann und sollte Thomas Nickel sich erinnern:

- an das II. Vatikanische Konzil und seine wegweisenden Beschlüsse (1962-1965)
- die Würzburger Synode, die das „Konzil eingedeutscht“ hat (1971-1975)
- die Kardinäle Josef Frings, Joseph Höffner und Joachim Meisner
- die Generalvikare Feldhoff, Schwaderlapp und Heße
- die Bischofsvikare für den Diözesanrat: Weihbischof Hubert Luthe (1972-1992), Prälat Ludwig Schöller (1992-2004), Prälat Josef Sauerborn (seit 2004)
- die Besuche von Papst Johannes Paul II. 1982 und 1988
- den Besuch von Papst Benedikt XVI. 2005
- den Weltjugendtag in Köln 2005
- die Seligsprechung von Edith Stein 1982
- die Seligsprechung von Adolf Kolping 1991
- die Seligsprechung von Nikolaus Groß 2001
- das Kölner Manifest 1998
- die 27 Vollversammlungen des Diözesanrates
- die ca. 250 Vorstandssitzungen
- die in die Tausend gehenden Sitzungen der Sachausschüsse und Themenbereiche
- die zurückliegenden Pfarrgemeinderatswahlen

- die Verleihung des Anton-Roesen-Preises in Verbindung mit 26 Neujahrsempfängen
- die Bildungsarbeit im Referat Pfarrgemeinderäte
- den Dialogprozess im Erzbistum Köln
- die heftigen Satzungsdebatten
- die deutschen Katholikentage, die der Diözesanrat aktiv begleitet hat
- die Sitzungen des Kirchensteuerrates, des Pastoralrates und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken
- die Jubiläumsveranstaltungen des Diözesanrates und der Thomas-Morus-Akademie
- das Pastoralgespräch im Erzbistum (1993-1996)
- den verheerenden Brand im Kardinal-Schulte-Haus 1980 in Bensberg, als die Akademie kein Dach mehr über dem Kopf hatte
- die Zusammenarbeit mit den Dekanats- und Katholikenräten und den katholischen Verbänden im Erzbistum

Thomas Nickel gebührt der Dank aller für seinen Einsatz im Dienst an der Kirche und in der Gesellschaft und für sein glaubwürdiges Eintreten als überzeugter katholischer Christ.

Hans Deckers

Ehrenvorsitzender des Diözesanrates
der Katholiken im Erzbistum Köln

Norbert Michels

Geschäftsführer des Diözesanrates
der Katholiken im Erzbistum Köln

Anmerkung

1) Folgende Ansprachen wurden aus diesem Grund nicht in diese Festgabe eingearbeitet: In den Jahren 1994, 2004 und 2009 gab es Neujahrsempfänge anlässlich der Vollendung des 60., 70. und 75. Lebensjahres von Joachim Kardinal Meisner, Erzbischof von Köln. Im Jahr 2007 hielt Thomas Nickel anlässlich einer Festveranstaltung zum Gedenken an Joseph Kardinal Höffner eine Festansprache im Rahmen des Neujahrsempfanges. Die Neujahrsempfänge 1987, 1988 und 1989 entfielen, da 1987 ein großer Geburtstagsempfang für Joseph Kardinal Höffner in der Kölner Philharmonie stattfand, 1988 der Bischofsstuhl vakant und 1989 der Bischofsstuhl noch nicht besetzt war. Joachim Kardinal Meisner wurde am 12. Februar 1989 in sein Amt eingeführt.

Standortbestimmungen in Kirche und Gesellschaft

Thomas Nickel,
Neujahrsansprachen

Anknüpfen an eine lange Tradition des Diözesanrates

6. Januar 1990, Kolpinghaus International, Köln

1990

Mit dem heutigen Neujahrsempfang knüpfen wir an eine langjährige Tradition des Diözesanrates – ja bereits des Diözesankomitees der Kölner Katholiken an. Der letzte Neujahrsempfang fand 1986 statt. In den folgenden Jahren gab es bedeutende Anlässe und wichtige Gründe auf den gemeinsamen Neujahrsempfang des Erzbischofs von Köln und des Diözesanrates zu verzichten. Herr Kardinal Meisner war sofort nach seinem Amtsantritt in Köln – vor fast einem Jahr – bereit, diese Tradition mit fortzusetzen. Unser Neujahrsempfang ist Ort der Begegnung, der Gespräche – mit unserem Erzbischof und untereinander. ...

Zeichen von Freiheit jenseits der Elbe

Der heutige Neujahrsempfang kann nicht die wichtigen Entwicklungen des letzten Jahres in Mittel-, Ost- und Südosteuropa verschweigen, die zu Veränderungen in den internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen geführt haben, die zu erwarten bis vor kurzem sich niemand getraut hat: Jenseits der Elbe ist Europa im Zeichen von Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung aufgebrochen, um endlich auch dort eine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung Wirklichkeit werden zu lassen, die für uns im Westen längst selbstverständlich geworden ist.

Für mich – vielleicht auch für meine Generation, die nach 1945 geboren wurde, – waren die letzten Monate und Wochen die verheißungsvollsten und bewegtesten, an die ich mich erinnern kann – ja auf die ich immer gehofft hatte, besonders nach vielen Besuchen und Gesprächen bei gleichgesinnten Freunden in der DDR. Ich schäme mich keiner Träne der Ergriffenheit, die mir bei den Bildern und Berichten der letzten Wochen kamen.

Wir können sicher kaum ermessen, wie sich das Leben dieser Menschen heute schon verändert hat. Nicht nur ihre Lebensumstände haben sich gewandelt – sie finden wieder zu sich –, sie müssen nicht mehr lügen und sind auch nicht mehr zum Schweigen verurteilt. Kein Mensch kam zu Tode, kein Blut floß, als die Ungarn und Polen, die Balten und unsere Brüder und Schwestern in der DDR, die Tschechen, Slowaken und Bulgaren den Stalinismus abwarfen. Die Rumänen waren Opfer, nicht Täter der Massenmorde in ihren Städten. Die Friedlichkeit, mit der jahrzehntelang gepeinigte und auf das Tiefste gedemütigte Menschen ihren Peinigern die Macht abnahmen, gehört zum Rühmlichsten, was aus unserem Jahrhundert in die Geschichte eingehen wird.

Begegnungen in Dresden

Das Schicksal unserer deutschen Brüder und Schwestern in der DDR hat natürlicherweise viele von uns am meisten berührt. Zuerst die dramatischen Fluchtvorgänge über Ungarn und Polen in die Bundesrepublik. Dieser Freiheitswillen vieler, überwiegend junger DDR-Bürger – eine buchstäbliche Abstimmung mit den Füßen – hat letztlich zu der Öffnung der Grenzübergänge an der Berliner Mauer und der deutschen Grenze geführt. Dank gilt aber auch den Ungarn und Polen, die in diesen bewegenden Tagen richtig, menschlich, friedentiftend gehandelt haben.

Bereits in den Jahren 1982, 1983, 1985/1987 und 1989 führte unser Referat Pfarrgemeinderäte Begegnungen zwischen Pfarrgemeinderäten aus unserer Erzdiözese und engagierten Laien in Dresden durch. Auf Wunsch unserer Partner dürfen wir erst heute öffentlich über diese Begegnungen sprechen, weil im Rahmen dieser Treffen immer wieder Repressalien auftraten. Es ist erfreulich, daß sich aus diesen Begegnungen viele Kontakte auf privater Basis und zwischen Gemeinden entwickelt haben. Auch Erwachsenenverbände (Katholisches Männerwerk) und Jugendverbände (BDKJ und DPSG) haben sich hier besonders engagiert, ebenso unsere Thomas-Morus-Akademie Bensberg.

Für eine Schriftstellerin aus Schwerin, Frau Dr. Renate Krüger, ist das Leben als Katholikin seit 40 Jahren in der DDR „ein Huschen von einem Mauselloch ins andere gewesen“. Bei der ersten Demonstration in Schwerin, bei der Katholiken mit ihren brennenden Osterkerzen nach einem Friedensgebet aus der katholischen Propsteikirche aufbrachen, verloren die Menschen Schicht um Schicht ihre Angst. Die Menschen sagten von sich: Wir sind das Volk, wir sind das Volk Gottes, wir sind das pilgernde Volk Gottes.

Hypothesen der Vergangenheit

Andererseits drückt die Hypothek der Vergangenheit. Es ist schmerzhaft zu erfahren, daß Pfarrgemeinderäte, die jetzt von ihrem Bischof (so z.B. von Bischof Reinelt aus Dresden in einem Gespräch am 14.10.1989 zu Laien aus Köln) ermutigt werden, gesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, sagen: „40 Jahre durften wir dies nicht, jetzt sollen wir uns engagieren. Aber wir wissen nicht wie.“

Menschen, die stark genug waren, sich zu erheben und die erzwungene Sprachlosigkeit zu überwinden, sehen sich plötzlich einem Machtvakuum gegenüber, das die verflossene Allmacht des Parteiapparates noch widerspiegelt und durch die neuen Bewegungen des Aufbruchs noch lange nicht abgedeckt wird. Das Volk der DDR hat keinen Sprecher wie Walesa in Polen oder Havel in der CSSR. Die vielen Sprecher, die derzeit zu vernehmen sind, haben nicht (noch nicht) dieselbe politische Qualität.

Besondere Rolle der Kirchen und der Katholiken

Den Kirchen ist hier in den letzten Monaten eine besondere Sprecherrolle zuge wachsen. Die katholischen Bischöfe in der DDR haben in einem Hirtenwort zum Jahreswechsel, die Katholiken zu einer verstärkten Mitarbeit für eine demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft aufgerufen, in der Glaubens- und Gewissensfreiheit herrschen und unabhängige Gerichte für Rechtssicherheit sorgen. Bei dieser großen Aufgabe sind wir verpflichtet zu helfen. Talente, die uns geschenkt wurden, als Laien in Kirche und Gesellschaft zu wirken, müssen weitergegeben werden. Wir müssen unsere Glaubensgeschwister und alle, die sich an diesem Prozess beteiligen wollen, über unsere Art und Weise, wie wir uns als Katholiken in Kirche und Gesellschaft engagieren, welche Organisationsformen und -regeln wir dabei gefunden haben, welche Erfahrungen wir gemacht haben, informieren. Wir haben jedoch den Weg zu akzeptieren, den die Menschen in der DDR als den ihrer Zukunft sehen.

Bereits am 10. November des letzten Jahres hat der Hauptausschuss unseres Diözesanrates den Aufruf verabschiedet, daß die katholischen Gemeinden im Erzbistum Köln Partnerschaften mit Pfarrgemeinden in der DDR aufbauen bzw. bestehende intensivieren sollten. Ich möchte diese Empfehlung heute erneut unterstreichen, aber auch unsere Verbände bitten, Verbindungen zu Menschen und Gemeinden in der DDR zu suchen und christliche Partnerschaft und Hilfe anzubieten.

Angebote guter Nachbarschaft

Bei allen diesen Schritten dürfen wir nicht das Schicksal der vielen Übersiedler, die der DDR den Rücken gekehrt haben, aus den Augen verlieren. Neben wirtschaftlicher Hilfe und Bereitstellung von dringend benötigtem Wohnraum, ist das Angebot einer guten Nachbarschaft erforderlich. Viele Übersiedler sind heute auch verunsichert und fragen sich, ob sie nicht, angesichts der veränderten politischen Verhältnisse, zurückkehren sollten.

Viele von ihnen könnten – zumal mit unserer Unterstützung – sicher einen Beitrag zu der notwendigen Veränderung und dem Wiederaufbau leisten. Ein ermutigendes Wort von uns kann vielleicht bei dieser schweren Entscheidung helfen. Wir sollten hier als ehrlicher Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

Das diesjährige Losungswort der Sternsinger „wagt Vertrauen – damit Kinder auf dieser Erde leben können“, gilt sicher auch für unsere Glaubensschwestern und -brüder in der DDR.

Mut zum Träumen – Kraft zum Handeln

20. Januar 1991, Kolpinghaus International, Köln

Der Neujahrsempfang war für den Diözesanrat nie eine Festveranstaltung, sondern immer ein Tag der Besinnung und des Gedankenaustausches. So sind wir zu der Überzeugung gekommen, dass wir trotz der weltbedrohenden Ereignisse (1) nicht auf dieses Forum von Begegnungen verzichten sollten, das Ihnen und uns die Gelegenheit gibt, unser Miteinander zu vertiefen und unsere gemeinsame Betroffenheit zum Ausdruck zu bringen.

So gelten in dieser Stunde unsere Gefühle und unsere Gebete den Menschen, die der Nah-Ost-Krieg in Tod, in Not und Elend gestürzt hat. Ihre Trauer ist unsere Trauer – ihre Hoffnung ist auch unsere Hoffnung.

Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, daß durch die Abrüstungsverhandlungen der Großmächte und die daraus resultierenden Abmachungen und Verträge ein dritter Weltkrieg für immer ausgeschlossen wäre.

Der Krieg – ausgelöst durch den Überfall auf Kuwait – hat uns die Augen dafür geöffnet, wie zerbrechlich der Frieden, der Weltfrieden ist. Wir wissen nicht, ob uns das Inferno eines dritten Weltkrieges erspart bleibt.

Es genügt nicht, dass nur die Supermächte abrüsten und Zug um Zug ihr Waffenpotential verschrotten. Es muss die Einsicht vermittelt werden, daß neue Abrüstungsverhandlungen mit allen Staaten zu führen sind, insbesondere mit denen, deren einzige Politik darin besteht, andere Staaten und Völker zu unterjochen.

Waffenlieferungen in Krisenregionen müssen als schwere Verbrechen geahndet werden. Wo keine Waffen sind, kann auch kein Krieg geführt werden.

Wir bitten den Herrn über Leben und Tod, er möge alle Menschen von der Geißel des Krieges befreien und verschonen.

Hürden im Einigungsprozess

Als wir uns vor einem Jahr, am 6. Januar 1990, zu dem Neujahrsempfang versammelten, da sprachen wir voller Freude über die neu gewonnene Freiheit unserer Schwestern und Brüder im – so war die Sprachregelung damals – anderen Teil unseres Vaterlandes. Niemand von uns konnte und wollte Prognosen abgeben, in welchem Tempo sich die Vereinigung der Deutschen vollziehen werde.

Mittlerweile ist die Einigung weitgehend verwirklicht, und wenn wir ehrlich sind, ertappen wir uns dabei, wie schwer es uns fällt, den rasanten, dynamischen Prozess der Vereinigung rational nachzuvollziehen. Wir danken Gott, daß er die Sehnsucht der Deutschen, in Freiheit und Gerechtigkeit in einem staatlich geeinten Vaterland leben zu dürfen, erfüllt hat (2). Wir sollten aber auch zur Kenntnis nehmen, daß die Hochgefühle der Stimmungen, wie wir sie damals erlebten, dem realen Alltag gewichen sind und dabei auch nicht verschweigen, dass mit der

Erfüllung des Wunsches nach Einheit zugleich nicht alle Probleme gelöst sind. Jeder, der politisch tätig ist, kennt die Hürden, die im Gestaltungsprozess sich auftun und die es zu überwinden gilt. Das wird uns täglich von den Medien ins Haus geliefert und die, die konkret mit den Problemen in den fünf neuen Bundesländern befasst sind, wissen von den Schwierigkeiten im Vollzug dessen, was zur Normalität führen soll, zu berichten.

Wir, die in den alten Bundesländern leben, dürfen uns nicht verstecken und die Augen verschließen; sondern unsere Solidarität ist nach wie vor herausgefordert zu helfen, aber auch zu verzichten, d.h. von dem etwas abzugeben, was andere dringend brauchen. Das ist in erster Linie nicht nur unser Geld, sondern die Hilfsbereitschaft der Christen untereinander. „Helfen und Mut machen“ lautet also unsere Devise. Ich bitte alle Gruppen und Verbände, Dekanatsräte und Einzelpersonen, sich auf den Weg zu machen, dort hinzugehen, wo unsere Hilfe gefragt ist. Dabei sind Taktgefühl und Bescheidenheit wichtige Tugenden; wir sollen und dürfen uns nicht als die großen Macher aufspielen, denn die Menschen, und wer könnte es ihnen verdenken, sind von Denkmustern geprägt, die uns bisher verborgen waren.

Bei dem Prozess der Konsolidierung der neuen Bundesländer ist selbstverständlich die Politik gefragt und hier konkret die neu gebildete Bundesregierung (3). Hier gilt es, die Lasten gerecht zu verteilen. Vor der Regierungsbildung hatte man ohnehin den Eindruck, dass bei den Koalitionsverhandlungen einige Parteivertreter mit Profilierungssucht ihrem Klientel auf Kosten der Gemeinwohlverantwortung Vorteile zu verschaffen suchten.

Lebensschutz bleibt auf der Tagesordnung

In diesem Zusammenhang muss ich ohnehin auf ein Thema zu sprechen kommen, welches uns in den kommenden Jahren herausfordern wird. Es geht um den Lebensschutz für ungeborene Kinder. Wir haben uns bereits Mitte Dezember 1990 der Forderung der Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken Rita Waschbüsch angeschlossen und den Herrn Bundeskanzler aufgefordert, die Frage des Lebensschutzes für ungeborene Kinder in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Meines Wissens ist dies nicht erfolgt, und wir schließen daraus, dass die neue Regierung sich nicht festlegen wollte. Diese Zurückhaltung der CDU/CSU gegenüber dem Koalitionspartner FDP ist uns unverständlich, weil ja der Einigungsvertrag zwingend vorschreibt, innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren die Regelung des Schwangerschaftsabbruchs auf eine neue gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Frage des Lebensschutzes – so der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz – habe in der Politik offenbar an verpflichtender Bedeutung verloren. Im Verweis auf die freie Gewissensentscheidung der Abgeordneten sieht Bischof Lehmann eine „gefährliche Privatisierung des obersten Rechtsgutes“ der Verfassung.

Die Neuregelung des Schwangerschaftsabbruches wird – und dies ist heute schon abzusehen – eines der schwierigsten und kontroversesten innenpolitischen Themen sein, bei der sich die Fronten unversöhnlich gegenüberstehen werden. Wir können und dürfen uns der Auseinandersetzung nicht entziehen. Wir wollen sachlich emotionslos unsere Positionen in den Prozess der Meinungsbildung einbringen, und dies erwarten wir auch von denen, die nicht unserer Meinung sind. Allerdings, wenn es um den Bereich des Lebensschutzes des ungeborenen Kindes geht, dann sind die Spielräume für Kompromisse sehr, sehr eng. Wir haben uns als Diözesanrat bereits 1989 zu Wort gemeldet. Unser neu gebildeter Sachausschuss „Ehe und Familie“ wird sich wieder in dieser Frage engagieren.

Bewahrung der Schöpfung hat Vorrang

Nicht selten begegnet uns auch in sogenannten gut katholischen Kreisen, im sogenannten katholischen Milieu die Frage, was wir eigentlich mit unserem Engagement in einer agnostisch, heidnisch geprägten Welt noch ausrichten wollten. Unsere Stellungnahmen zu politisch gesellschaftlichen Fragen seien ohnehin nur noch Papiertiger und wir wären ohnehin ein Ofen, der sich selbst wärmt. Dieser Vorwurf trifft ja gerade diejenigen unter uns, die sich nach Feierabend in Kirche und Gesellschaft ehrenamtlich engagieren. Hören wir nicht oft die Kritik, wir seien Sozialromantiker, wir würden die Strukturen ohnehin nicht ändern? Doch würde sich etwas an den Strukturen ändern, wenn nicht Sozialromantiker (auch ohne Kenntnis der richtigen Rezepte) an ihnen zerrten, Bewusstseinsbildung betrieben und Weltmeinung aufrüttelten? Würde sich je irgendwo auf der Erde am Los des Menschen etwas bessern, wenn es diese angeblich „irrationalen“ Gewissenszweifel nicht gäbe? In diesem Zusammenhang fällt mir ein Spruch ein, den man auf der Berliner Mauer lesen konnte:

„Wer nicht den Mut hat zu träumen, hat auch nicht die Kraft zum Handeln.“

Zugegeben, nicht alles und jedes, was täglich auf unseren Schreibtischen landet, reißt uns vom Stuhl. Aber das ist doch auch nicht die Frage, ob uns etwas vom Hocker reißt. Wichtig ist doch dabei, dass Menschen sich mit Fragen der Kultur, der Politik und der Wirtschaft auseinandersetzen, sich eine Meinung bilden und diese dann auch gemeinschaftlich vertreten.

Unter einer Straßenlaterne – so erzählt eine kleine Geschichte – steht ein Mann und sucht und sucht. Ein Polizist kommt daher, fragt ihn, was er verloren habe. Er antwortet: „Meinen Schlüssel.“ Nun suchen beide. Schließlich will der Polizist wissen, ob der Mann sicher ist, den Schlüssel gerade hier verloren zu haben, und jener antwortet: „Nein, nicht hier, sondern da hinten – aber dort ist es viel zu finster.“

Diese Geschichte kann nicht unsere Geschichte sein. Wir können uns die Nischen nicht aussuchen und unbekümmert unseren eigenen Interessen nachgehen.

Finsternis erhellen, ist dem Christen ein aufgegebenes Gebot der Nächstenliebe. Wenn man Umfragen zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Fragen glauben darf, dann hat für die Bewohner der Bundesrepublik der Schutz der Umwelt erste Priorität. Was man noch vor Jahren, als junge Menschen in den Gemeinden und Verbänden sich mit dieser Thematik auseinandersetzen, als Spinnereien abtat, gerät nunmehr die Frage der Umweltverschmutzung unversehens in den Mittelpunkt politischer und gesellschaftlicher Akzeptanz.

Was „konservativ“ heißt

Die Christen haben, weiß Gott, oft ohne den Segen der kirchlichen Amtsträger versucht, sich bei der Problemfindung und Problemlösung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen nicht ins Abseits zu stellen. Ich denke hier an die großen Christenversammlungen in Königstein, Dresden, Stuttgart, Basel und Seoul (4). Gewiss, es bleibt noch viel zu tun. Über Versammlungen und Resolutionen hinaus ist es nun an der Zeit, den einzelnen zu ermutigen, persönliche Beiträge für die Bewahrung der Schöpfung einzubringen. Und uns stellt sich die dringende Frage, wie wir als Christen Schöpfung verstehen und wie wir mit der Schöpfung umgehen sollen. Wir werden – und das haben wir ja bereits schon angekündigt –, in diesem Jahr am 26. Oktober 1991, einen Diözesantrag durchführen mit dem Thema: „Bewahrung der Schöpfung in Frieden und Gerechtigkeit“.

Kardinal Joachim Meisner hat in dem WDR-Interview „Zeitfragen – Streitfragen“ am 15. Januar 1989 auf die Frage von Herrn Eckehard Pohlmann, ob er ein Konservativer sei, geantwortet: „Schauen Sie, wenn wir jetzt eine sehr lobenswerte und mit viel Beifall bedachte Bewegung in der europäischen Christenheit vermerken, nämlich, die gemeinsame Anstrengung über die Konfession hinweg in Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung, dann möchte ich Sie erinnern, daß Bewahrung der Schöpfung, rückübersetzt ins Lateinische, heißt: konservieren. Das ist ein konservativer Vorgang. Und wenn es, wie hier, um die Bewahrung der Schöpfung zugunsten unserer Kinder und Kindeskinde konservative Menschen erfordert, dann will ich sehr gerne ein Konservativer sein.“ Wir schließen uns gerne dieser Interpretation an.

Ich begrüße die Initiative der Katholischen Jungen Gemeinde, die vor einigen Tagen ihre Aktion „öko logo – Schöpfung bewahren in der Gemeinde“ gestartet hat, ausdrücklich und werbe um Unterstützung dieser Aktion. Ich danke den Erwachsenen-Verbänden und auch den Jugendverbänden im Erzbistum Köln, die diese Aktion mittragen. Das ist ein Beispiel guter partnerschaftlicher Zusammenarbeit. Auf der Hauptausschuss-Tagung des Diözesanrates im November letzten Jahres befassten wir uns auch mit diesem Thema und im Rahmen dieser Tagung wurde die Forderung erhoben, das Erzbistum Köln solle dem Beispiel anderer Bistümer folgen, und auch einen Umweltbeauftragten einsetzen. Ich trage diese Bitte hier öffentlich vor und hoffe auf eine wohlwollende Prüfung. Ich kenne die

Vorbehalte. Aber Planstelle hin, Planstelle her: Ein Zeichen setzen, das ist wichtig. Die besten Reformer sind bekanntlich diejenigen, die bei sich selbst anfangen. Also fangen wir an und setzen ein Zeichen.

Anmerkungen:

- 1) Im Januar 1991 begann der sog. Zweite Golfkrieg gegen die gewaltsame Aneignung Kuwaits durch den Irak: Mit einem UN-gestützten Mandat drang eine internationale Koalition, angeführt durch die USA, in den Irak ein, um Bagdads Diktator Saddam Hussein von seiner verhängnisvollen Politik abzubringen. Der Krieg forderte mehrere zehntausend Menschenopfer und brachte die internationale Gemeinschaft an den Rand eines Dritten Weltkriegs.
- 2) Am 3. Oktober 1990 war durch den Beitritt der „Deutschen Demokratischen Republik“ zur Bundesrepublik die staatliche Einheit völkerrechtlich wiederhergestellt; doch blieb die Aufgabe, die unterschiedlichen Lebensverhältnisse zwischen West und Ost einander anzugleichen.
- 3) Nach der deutschen Einigung am 3. Oktober war naturgemäß ein neues Parlament zu wählen. Aus der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 ging eine erneute CDU/CSU/FDP-Koalition hervor. Helmut Kohl war am 17. Januar 1991 wieder zum Bundeskanzler gewählt worden.
- 4) Der ökumenische „Konzilare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung“ hatte 1988 in Dresden seinen Auftakt.

Die Evangelisierung Europas muss in den Gemeinden beginnen

5. Januar 1992, Kolpinghaus International, Köln

Hinter uns liegt ein von Krisen und Katastrophen, von Sorgen und Ängsten geprägtes Jahr. Wir alle haben gespürt, wie gefährdet der Frieden ist. Was bringt uns das neue Jahr, das gerade erst begonnen hat, an Hoffnung und Zuversicht für uns Deutsche, für Europa und die ganze Welt? So fragen sich viele Menschen und so fragen auch wir. Sollen wir uns der Ratlosigkeit hingeben, resignieren oder vielleicht Schuldige suchen und mit dem Finger auf sie zeigen? Nein, wir haben uns heute hier versammelt, um Zeugnis zu geben von der Hoffnung, die uns in Jesus Christus geschenkt wurde, um sie aufleuchten zu lassen; uns gegenseitig unserer Solidarität zu versichern und gemeinsam die Werke der Liebe und Barmherzigkeit zu tun, aber auch in Staat und Gesellschaft unsere Stimme zu erheben.

Ich möchte rückblickend auf drei Ereignisse des letzten Jahres zu sprechen kommen, die für uns und für die Kölner Kirche insgesamt prozesshafte Entwicklungen eingeleitet haben. Wer hätte jemals daran gedacht und geglaubt, dass die Diskussion über den Personal- und Pastoralplan in unseren Gremien auf eine derart große Resonanz stoßen würde? (1) Die oft wiederkehrenden Behauptungen, „die da oben tun doch, was sie wollen“, und man hätte kein Vertrauen mehr in das, „was die da oben wollen“, können so nicht mehr aufrecht erhalten werden. Das Volk Gottes ist hellwach, es will keine Kirche, die anordnet, dekretiert, sondern eine, die im Dialog um den richtigen und vernünftigen Weg ringt. Dieser Prozess des Aufeinanderzugehens ist in vollem Gang, und wir müssen ihn fortsetzen. Auch wenn uns hier und da die Puste ausgehen sollte; wir brauchen einen langen Atem. Die große Zahl von Stellungnahmen, mit Sorgfalt in vielen Stunden erarbeitet, müssen auch Eingang in die weitere Beratung finden.

Empfinden wir nicht alle, wenn wir morgens die Zeitung aufschlagen und Meldungen lesen über die verseuchten Böden und Äcker, über Altlasten, Waldsterben, Ozonloch und viele andere Verfehlungen mehr, das ist Sache der großen Politik? Denken wir nicht, „die sollen endlich mal vernünftige Gesetze machen und das abstellen“? Dass dies nicht so einfach ist, wie wir es uns oft denken und dass wir schnell dabei sind, die anderen in die Pflicht zu nehmen, das ist eine der wichtigsten Erkenntnisse, die uns der Diözesantag „Bewahrung der Schöpfung in Frieden und Gerechtigkeit“ am 5. Oktober 1991 in Köln, an dem etwa 1.000 Personen teilnahmen, vermittelt hat. Der Umweltgedanke und das konkrete Engagement vor Ort, in vielen Gemeinden und Gruppen sind weit tiefer verwurzelt, als wir gemeinhin annehmen. Auch das haben wir auf dem Diözesantag gespürt.

Trotzdem stehen wir noch am Anfang. Dieser Prozess der Bewusstseinsbildung braucht weitere Anschubkräfte. Das heißt, dieser Prozess, der unten in vollem Gang ist, muss durch flankierende Maßnahmen gestützt und ergänzt werden. So habe ich schon vor einem Jahr in meiner Neujahrsansprache und zuletzt auf dem Diözesantag die Bitte ausgesprochen, das Erzbistum Köln möge einen Umweltbeauftragten benennen. Dieses Votum wurde auf dem Diözesantag noch einmal einhellig bestätigt. Ich erneuere die von mir und den Teilnehmern des Diözesantages vorgetragene Bitte und würde es begrüßen, wenn sie erfüllt wird.

Vorbild Adolph Kolping

Am 28. Oktober letzten Jahres wurde der Gesellenvater Adolph Kolping durch Papst Johannes Paul seliggesprochen. Viele, sehr viele Menschen, auch aus unserem Erzbistum, waren in Rom dabei. Andere haben die Seligsprechung auf dem Bildschirm mitverfolgen können. Die Seligsprechung dieses Mannes, der aus dem Volke der kleinen Leute kam, hat uns an die geschichtlichen Umbrüche von vor 150 Jahren erinnert, und wenn wir genau hinschauen und hinhören, stehen wir heute an einer ähnlichen Weggabelung. Kolping hat, wie es das Zweite Vatikanische Konzil ausdrückt, die Zeichen der Zeit erkannt und gehandelt: „Bescheiden, kraftvoll und wirksam“. Hierin ist er uns Vorbild.

Kardinal Höffner hat uns einmal zugerufen:

„Wir sollten nicht den Wirkungen nachlaufen, sondern Ursachen setzen.“

Es war schon ein zeitgeschichtliches Ereignis mitzuerleben, wie in Rom das Bildnis Adolph Kolpings enthüllt über dem Petersplatz aufleuchtete und in der gleichen geschichtlichen Stunde die Standbilder und Denkmäler von Lenin und seiner Helfershelfer vom Sockel gestoßen wurden.

Klares Nein zu aktiver Sterbehilfe

Der Schutz des Lebens, gerade auch in den Grenzsituationen des Lebens alter, kranker und sterbender Menschen und der ungeborenen Kinder, wird zur Kernfrage der Auseinandersetzung um die Gestaltung der gesellschaftlichen Zukunft. Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt, hat Anfang November letzten Jahres der Europa-Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherschutz über eine europäische Richtlinie zur Euthanasie verhandelt. Fällt in Europa schon bald eines der letzten Tabus im verantwortlichen Umgang des Menschen mit dem ihm anvertrauten Leben? Gegen den einhelligen Widerstand vieler EP-Abgeordneter konnte zunächst eine abschließende Beratung verhindert werden. Aber damit ist das Thema nicht vom Tisch. Wir haben zu befürchten, sollten sich auf EG-Ebene die Schleusen für dieses Thema öffnen, dass Rückwirkungen auf die nationalen Parlamente sich nicht ausschließen lassen. Hier und heute muss ein klares NEIN zur Legalisierung der Euthanasie gesagt werden. Es herrscht eine

große Begriffs- und Sprachverwirrung, zwischen „Sterbehilfe“ und Sterbebegleitung, und es ist schon erschreckend, dass Ärzte zugeben, im Rahmen des bestehenden Rechts aktive Euthanasie unter dem Deckmantel der Bezeichnung „Sterbehilfe“ zu leisten. Es gibt keinen Grund, Ärzten ein Recht über Leben und Tod zuzugestehen. Der Weltärztebund hat eindeutig festgestellt: Euthanasie, d.h. die absichtliche Herbeiführung des Todes eines Patienten, selbst auf eigenen Wunsch oder auf Wunsch von Angehörigen, ist unethisch.

Dem Deutschen Bundestag liegen mehrere Gesetzesentwürfe zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs zur Beratung und Beschlussfassung vor. Niemand kann zur Stunde sagen, zu welcher Regelung sich der Gesetzgeber entschließen wird. Ich unterstreiche unsere mehrfach geäußerte Position, daß wir jedwede Fristenregelung in aller Schärfe ablehnen. Die gegenwärtige Situation ist eine Herausforderung für uns alle. Eine Veränderung der zur Zeit weit verbreiteten lebensfeindlichen Einstellung lässt sich mit staatlichen Maßnahmen und Gesetzen allein nicht erreichen. Man mag es drehen und wenden, wie man will: In unserer wohl-situierten Bundesrepublik hält eine Mehrheit das Töten für eine Lösung! Wirken die Bonner Pläne nicht wie ein Hohn, nachdem Prügel, Ohrfeigen und seelische Strafen unter Strafe gestellt werden sollen? Wir sind schon eine schizophrene Gesellschaft: Für eine Drohung mit dem „Schwarzen Mann“ soll man in den Knast kommen, aber das Kind vor der Geburt umbringen, soll man dürfen! Hier muss unser Widerstand ansetzen. Das Bewusstsein für die Würde des Menschen in allen Lebensphasen muss in jedem Lebensbereich entwickelt, gefordert und vertreten werden.

Kardinal Meisner hat auf der Europäischen Bischofssynode in Rom (2) eine bemerkenswerte Intervention gehalten, der ich vorbehaltlos zustimme. Noch kennen wir nicht das Schlussdokument der Europäischen Bischofssynode in Gänze. Dieses Dokument jedoch darf, soll es rezipiert werden und Früchte tragen, nicht das Schicksal vieler ähnlicher Dokumente ereilen, nämlich, vergessen und lediglich als Fußnotenmaterial den Historikern überantwortet zu werden.

Angstfreien Dialog in der Kirche ermöglichen

Eine Evangelisierung Europas muss ganz unten, und zwar in den Ortsgemeinden beginnen. Die Gemeinden müssen der Ort sein, an dem die zu Recht beschworene Würde der Person durch gelungene menschliche Beziehungen am eigenen Leib erfahren wird und so ein Leben aus dem Evangelium als Abenteuer erlebt werden kann. Hier mahne ich noch einmal das an, was ich eingangs andeutete. Viele Christen belastet das Gefühl, dass ein angstfreier Dialog innerhalb der Kirche, konkret in der Ortsgemeinde, oft nur schwer möglich ist. Mit „Demokratisierung“ hat das nichts zu tun, sondern mit der Frage, wie Christen miteinander umgehen. Der Schweriner Weihbischof Werbs hat vor der Europa-Synode ausgeführt:

„Die Völker Europas denken und empfinden zunehmend demokratisch. Unsere Kirche ist aber hierarchisch strukturiert. Wir sind davon überzeugt, daß dies unverzichtbar ist. Dennoch sollten wir uns aber der Frage stellen, wie die hierarchische Verfasstheit der Kirche eine echte Mitsprache und Mitentscheidung aller Kirchenglieder ermöglicht. Die vom Vaticanum II eröffnete Mitberatung empfinden viele aktive Katholiken als ungenügend. Haben sie damit Unrecht? Was ließe sich verbessern?“

Das sind Fragen, auf die wir uns Antworten einfallen lassen müssen. Von der Art, wie die Kirche künftig mit solchen und ähnlichen Fragen umgeht, hängt die Glaubwürdigkeit ihrer Frohen Botschaft ab und die Legitimation, an der geistigen „Aufrüstung“ Europas mitzuwirken.

Wenn wir die Scheinwerfer auf die Innenseite der Kirche richten, dann sehen wir – wie sollte das auch anders sein – auch „Grautöne“, die uns die Sicht für die Grundanliegen der Kirche verstellen. Es ist nicht nur chic, sondern es ist fast Methode, kirchliche Ereignisse mit einem negativen Touch zu versehen und an die Öffentlichkeit zu zerren. So kommen Klischees in Umlauf wie Falschgeld, und niemand wird ihrer Herr. Auf diese Art und Weise werden Zweifler und Suchende irregeführt. Wie viele müssen sich am Arbeitsplatz die Frage gefallen lassen: „Wie hältst Du es mit Deiner Kirche?“ Die Kirchenaustrittswelle kann ein Indiz dafür sein, dass die oft zynisch vorgetragene Kritik an der Kirche für bare Münze genommen wird.

Gehört es nicht zu unserer Aufgabe, Gegenströmungen, die den Christen die Lust an der Kirche nehmen und das Erscheinungsbild der Kirche verdunkeln, zu bekämpfen? Ich meine ja, denn ich habe ohnehin den Eindruck, daß wir uns viel zu viel gefallen lassen.

Andererseits sollten wir nicht in den Fehler verfallen, „aus jeder Mücke einen Elefanten zu machen“ und wild um uns zu schlagen, wenn die oft auch zu unrecht gescholtenen Medien ihre Informationspflicht ernst nehmen und Fakten offen legen. Hin und wieder begegnen uns auch innerkirchlich eine gewisse Wehleidigkeit und Unverständnis, wenn gegensätzliche Meinungen und Positionen offen ausgetragen werden. Hier zitiere ich Professor Hans Maier:

„Wenn ein Bischof oder auch ein Laie sich in der katholischen Kirche klar, deutlich, sperrig, leidenschaftlich ausdrückt (es kommt ohnehin nicht alle Tage vor!), dann sollte nicht gleich ängstliche Betulichkeit ausbrechen. Dann sollten nicht gleich die Ambulanzen der öffentlichen Meinung ausfahren, um den schrecklichen Unfall ehemöglichst zu bereinigen. Lassen wir doch die Menschen in der Kirche, die über eine deutliche Aussprache verfügen, ihren Tonfall, ihre Sprechweise finden. Spielen wir uns nicht dauernd als Tonmeister und Stilkritiker auf! Die Kirche ist nicht geschaffen worden, um alle menschlichen Leidenschaften auf Zimmerlautstärke zu regeln.“

Wir wollen uns gegenseitig stützen und ermuntern und weiterhin in Kirche und Gesellschaft verantwortungsbewusst unseren Dienst tun.

Vermittler zwischen Fronten

Heute sind der Tag und die Stunde gekommen, da wir unseren Weihbischof Hubert Luthe zu seiner Berufung auf den Bischöflichen Stuhl des Ruhrbistums Essen sehr herzlich beglückwünschen (3). Den Weggang des Bischofs sehen wir mit einem lachenden, aber auch mit einem weinenden Auge. Mit einem lachenden Auge, weil dem Bistum Essen nichts besseres passieren kann, als einen Bischof zu bekommen, der im Nachbarbistum geboren, aufgewachsen, zum Priester und zum Bischof geweiht wurde und der die Gründung des Bistums Essen an der Seite von Kardinal Frings aus unmittelbarer Nähe erlebt hat. Bischof Luthe wendet sich nunmehr den „Verwandten“ zu, die 1958 auszogen, sich selbständig zu machen. Aber er sollte auch wissen, dass wir ihn nur ungern von dannen ziehen lassen. Wer hätte jemals daran gedacht, vielleicht er selber nicht, als er am 14. März 1970 zum Bischofsvikar für den Diözesanrat berufen wurden, dass daraus fast 22 Jahre werden sollten.

Einige Schwerpunkte dieser Zeit möchte ich erwähnen. Sein Name steht für den Aufbau, für die Entwicklung und Kontinuität der Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Köln. Als 1968 die Pfarrgemeinderäte gebildet wurden, waren Priester skeptisch, viele fragten besorgt, was soll daraus werden? Einer, der sich diesem Pessimismus entgegenstemmte, war Weihbischof Hubert Luthe. Heute sind die Bedenken verstummt. Daran hat er einen entscheidenden Anteil.

Als nach der Würzburger Synode die Satzungen den Beschlüssen der Synode angepasst werden sollten, gab es einige Turbulenzen. Da war Weihbischof Luthe der Vermittler zwischen den „Fronten“, und wir fanden vernünftige Kompromisse, weil seine These sich durchsetzte: Satzungen müssen sein, sie sind Regelinstrumente, aber sie erzeugen von sich aus kein lebendiges Leben in der Gemeinde, und sie beleben auch nicht die Arbeit des Pfarrgemeinderates. Um die Arbeit der Pfarrgemeinderäte zu fördern, ihnen neue Motivationsschübe zu geben, haben wir gemeinsam die Diözesantage für Pfarrgemeinderäte erfunden. Fünf solcher großen Diözesantage mit jeweils rund 1000 Teilnehmern aus den Gemeinden haben wir in der Kölner Messe durchgeführt. Es war immer das Anliegen von Weihbischof Luthe, keine Billigangebote zu verkaufen. Deshalb zeichneten sich die Diözesantage durch ein gediegenes Programm mit geistig, geistlicher Substanz aus.

Nicht unerwähnt lasse ich hier die unter seiner Mitwirkung durchgeführten Fachkongresse und Problemtagungen: den Diözesan-Altentag 1973; den Diözesan-Familihtag 1976; den Diözesan-Schultag 1979; den Diözesantag für Pfarrbedienstetmitarbeiter 1980; den Diözesantag zum Thema: „Mut zum Leben – Freude am Leben“ 1983.

Es ist mir schon ein Anliegen, Bischof Luthe auch Dank zu sagen für die Obhut, die er der Thomas-Morus-Akademie hat angedeihen lassen. Er hat mit uns die Trägerschaft der Thomas-Morus-Akademie durch den Diözesanrat verteidigt, weil für ihn das Subsidiaritätsprinzip nicht nur für andere, sondern auch für die Kirche gilt.

Was viele nicht wissen: Bischof Luthe ist auch einer der Väter des im Jahre 1982 in Düsseldorf durchgeführten Katholikentages. Zusammen mit dem damaligen Vorsitzenden des Diözesanrates Dr. Bernd Petermann wurde die Spur gelegt, bis das Zentralkomitee der deutschen Katholiken die Idee aufgriff und Kardinal Höffner die Durchführung in Düsseldorf begrüßte und dann die Katholiken aus dem In- und Ausland zur Teilnahme einlud. Damit hat Bischof Luthe ein Stück Geschichte der Deutschen Katholikentage geschrieben.

Bischof Luthe hat 22 Jahre mit uns im Vorstand, in den Vollversammlungen, bei den Tagungen des Hauptausschusses und bei vielen Zusammenkünften unserer Sachausschüsse, beraten, überlegt und Weichen gestellt; er hat ein Stück Zeitgeschichte des Laienapostolats im Erzbistum Köln geschrieben. Wir sind ihm dankbar, dass er uns auch in schwierigen Zeiten Mut zugesprochen und uns ihr Vertrauen geschenkt hat. Er hat mit uns gebetet, Gottesdienst gefeiert und uns die Heilige Schrift erklärt. Er war für uns Bruder und Bischof zugleich; er ist einfach ein guter Mensch. Wir wünschen ihm von Herzen Gottes Geleit für seine neue Aufgabe als Hirte für das Bistum Essen.

Anmerkungen:

- 1) Diözesanrat und Priesterrat des Erzbistums Köln erörterten im Laufe des Jahres 1991 Fragen des Pastoral- und Personalkonzepts des Bistums. Die Beratungen mündeten in das „Pastoralgespräch“, das von Kardinal Meisner im März 1992 angekündigt und für 1993 einberufen wird.
- 2) Vom 28. November bis 14. Dezember 1991 fand die Sonderversammlung der Bischofssynode über Europa statt; unter dem Leitwort „Dass wir Zeugen Christi sind, der uns befreit“ sollte sie Antworten der Kirche auf die Umwälzungen in Europa finden. Dabei beklagte Kardinal Meisner zunehmende Unterschiede zwischen Katholiken und Protestanten in Fragen der Moral, z.B. beim Schwangerschaftsabbruch.
- 3) Dr. Hubert Luthe, seit 1969 Weihbischof in Köln und seit März 1970 Beauftragter des Erzbischofs für den Diözesanrat war von Papst Johannes Paul II. am 18. Dezember 1991 zum Bischof von Essen ernannt worden.

Gegen Abschottung durch neue Mauern und Stacheldraht

24. Januar 1993, Kolpinghaus International, Köln

Leitartikler großer Tageszeitungen, Gewerkschaftsführer und Verbandsvertreter der Wirtschaft haben zur Jahreswende in Übereinstimmung mit den Forschungsinstituten das Jahr 1993 mit dem Wort „Krise“ belegt. Wir befinden uns also in einem Krisenjahr, wenn wir uns diesen Sprachgebrauch zu eigen machen wollen. Wollen wir das?

Krisenhafte Erscheinungen hat es immer gegeben. Wir dürfen davor unsere Augen nicht verschließen, besonders, wo sie verstärkt wahrgenommen werden. Von Bischof Averkamp (1) stammt das Wort:

„Die Endlosigkeit der Elendsnachrichten könnte eine gefährliche Resignation verursachen. Die Resignation ist eine gefährliche, ansteckende Krankheit, der wir nur entgehen können, wenn wir unser inneres Immunsystem stärken durch Glaube, Hoffnung und Liebe, ergänzt durch die vier Kardinal-Tugenden: Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung.“

Christen haben keinen leichten Stand

Wir stellen uns der Wirklichkeit von heute. Dabei wissen wir, dass wir als Christen und als Kirche in der Gesellschaft keinen leichten Stand haben, um Überzeugungen zu artikulieren und politisch zur Geltung zu bringen. Ich erinnere hier an den Beschluss des Deutschen Bundestages zur Änderung des Paragraphen 218 im Strafgesetzbuch, wonach die Fristenregelung eingeführt werden soll. Wir halten diesen Beschluss nach wie vor für ethisch unverantwortlich und für verfassungswidrig. Wir hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung trifft, die den Müttern und dem Schutz des ungeborenen Kindes dient.

60 Jahre nach dem Zusammenbruch der Weimarer Republik zeigen sich in Deutschland und in Europa wieder Denk- und Verhaltensweisen, durch die die Grundwerte jeder Demokratie, Achtung und Toleranz gegenüber anderen, Menschenwürde und Bereitschaft zur Verantwortung und Solidarität, infragegestellt werden. Wir erleben einen Mangel an ethischen Grundwerten.

Neubesinnung in Deutschland gefordert

Wir begrüßen, dass nach den schrecklichen Ereignissen von Gewalt und Ausschreitungen gegen Asylbewerber und Flüchtlinge, gegen Ausländer und jüdische Gedenkstätten (2) hoffentlich eine Neubesinnung in Deutschland eingesetzt hat, welche die Würde der Menschen anderer Nationen und Rassen, die bei uns leben und arbeiten, achtet. Öffentliche Demonstrationen und Lichterketten von Solidarität sind gut und sie sind notwendig; sie verpuffen aber, wenn nicht alltägliche Solidarität in der

Begegnung mit den ausländischen Mitbürgern in unmittelbaren Umgebungen am Arbeitsplatz und in den Gemeinden ihre Bestätigung findet.

Der Hauptausschuss des Diözesanrates hat mit seinem Beschluss vom 13./14. November 1992 „Zum Dialog in der multikulturellen Gesellschaft“ eine wichtige Stellungnahme abgegeben, die sich gegen die Ausländerfeindlichkeit wendet (3). Seit Anfang 1992 hat es in Deutschland über 2000 Gewalttaten mit erwiesener oder vermuteter rechtsextremistischer Motivation gegeben, davon rund 1800 mit fremdenfeindlicher Zielsetzung. Durch diese Gewalttaten kamen 17 Menschen, darunter sieben Ausländer, zu Tode, zahlreiche Verletzte sind zu beklagen. Das sind Fakten, die uns aufrütteln müssen.

Ich möchte feststellen, dass wir weder Hass noch Gewalt gegen Ausländer und Asylanten, noch die ethnischen Säuberungen auf dem Balkan hinnehmen wollen. Ich erwarte besonders von Christen, dass sie sich schützend vor Mitmenschen stellen, die beleidigt oder bedroht werden.

Migration – Bewährungsprobe Europas

In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Phänomen aufmerksam machen, von dem sonst wenig die Rede ist. Ich meine die Migrationsbewegungen in Europa. Sie werden zu den großen Herausforderungen der 1990er Jahre zählen. Im ersten Halbjahr 1992 wurden allein an der deutschen Grenze zu Polen und der ehemaligen Tschechoslowakei 70.000 Menschen beim Versuch illegaler Einreise zurückgewiesen. Massenarmut, Umweltzerstörung und politische Unterdrückung treibt diese Menschen in die Flucht.

Ohne politische Lösungen sind schwere Krisen gleichsam vorprogrammiert. Historisch gesehen haben die Einwanderungsströme in Europa stets eine ebenso stabilisierende wie destabilisierende Rolle gespielt. Auch das ist freilich eine Frage des Zeitraums, in dem diese Einwanderungen vor sich gingen. Das Institut der Deutschen Wirtschaft schätzt, dass bereits Ende der neunziger Jahre jährlich 300.000 Menschen nach Deutschland zuwandern müssen, wenn das Beschäftigungsniveau gehalten werden soll. Trotz heutiger Arbeitslosigkeit und angekündigten Entlassungen ist der Rückgang der deutschen Bevölkerung, von derzeit 75 Millionen auf 60 Millionen Einwohner, bis zum Jahr 2030 nicht anders auszugleichen. Die Europäische Einigung ist für alle Staaten Europas eine dringende Notwendigkeit, auch unter dem Gesichtspunkt der Migration. Wir können die Bundesrepublik nicht mit Mauern und Stacheldraht abschotten. Wir können auch den Binnenmarkt nicht rückgängig machen. Fehlendes Vertrauen zur Europäischen Gemeinschaft und ihren Institutionen prägen die Meinungen der Menschen. Wer das politische Europa will, kann nicht in Kleinstaaterei zurückfallen! Lasst uns auf dem Weg fortschreiten, den uns Europapolitiker wie Robert Schuman, Alice de Gasperi und Konrad Adenauer aus ihrer christlichen Überzeugung gewiesen haben.

Wir befinden uns dabei in bester Gesellschaft; denn Papst Johannes Paul II. mahnte bei seiner Ansprache vor dem Europäischen Parlament:

„Wie könnte die Kirche der Errichtung Europas gleichgültig gegenüberstehen? Seit Jahrhunderten ist sie fest verwurzelt in den Völkern, aus denen es besteht und die sie eines Tages aus der Taufe gehoben hat, Völker, für die der christliche Glaube eines der Elemente ihrer kulturellen Identität ist und bleibt.“

Die Politik ist oft besser als ihr Ruf

Der Begriff „Politikverdrossenheit“ ist zum „Wort des Jahres 1992“ erklärt worden. Das Ansehen von Politikern ist auf einem Tiefpunkt angelangt. Skandale und Skandalchen haben dazu beigetragen. Von Filz und Kumpanei ist die Rede. Nicht wenige stimmen in den Chor derer ein, für die Politik ein mieses Geschäft ist. Aber könnte es nicht sein, dass viele, allzu viele ihr eigenes schlechtes Gewissen verdrängen, indem sie die Politiker zu Sündenböcken machen?

Was ist denn eigentlich mit der „großen Mehrheit“ derer, die in Bund, in Ländern und in den Kommunen politische Verantwortung tragen und als unbescholtene Frauen und Männer sich aufrichtig mühen, dem Gemeinwohl zu dienen? Bei der allgemeinen öffentlichen Verurteilung von Politikern ist leider von denen nicht die Rede. Ich weiß, Politiker sind weder Propheten, noch Glücksbringer, noch Alleskönner. Ich möchte sie auch nicht „heilig sprechen“, aber denen zu danken, die solide politisch arbeiten, ist eine Sache der Fairness.

Politik geht nicht nur „die da oben“ an, sondern alle. Christen sind in besonderer Weise aufgefordert, sich einzumischen, weil sie auch Verantwortung haben für die Welt und was in ihr passiert.

Eine große Chance für die Kirche von Köln

Was uns in den kommenden Monaten besonders bewegen und beschäftigen wird? Ich denke an das Pastoralgespräch. Mit dem Hirtenbrief unseres Kardinals am 1. Fastensonntag, wird die Arbeit am Pastoralgespräch beginnen. Es ist eine große Chance, die wir vor uns haben.

Die einzelnen Phasen dieses Prozesses und das Angebot von pastoralen Hilfen habe ich gemeinsam mit Generalvikar Norbert Feldhoff in einem Brief mitteilen können (4). Durch die Kirchenzeitung wurde das Thema aufgegriffen und rund eine halbe Million Frauen und Männer informiert. Jetzt liegt es an uns allen, was daraus wird!

Der Diözesanrat wird das Pastoralpapier intensiv fördern und begleiten. Dabei wird es auch zu schmerzlichen Kurskorrekturen kommen können. Kurskorrekturen müssen das Vorhandene, das Gewachsene berücksichtigen und zum Ausgangspunkt nehmen. Sonst sind sie kaum vermittelbar. Kurskorrekturen sind nur in kleinen Schritten möglich. Sie verlangen kommunikative Prozesse.

Das Jubiläum: 25 Jahre Pfarrgemeinderäte im Erzbistum Köln, das wir in diesem Jahr feiern, macht die Verantwortung aller für die Kirche auch im Hinblick auf die pastorale Entwicklung in den Gemeinden deutlich. Deshalb tragen die Pfarrgemeinderäte eine besondere Verantwortung für die zugleich beginnenden Pastoralgespräche.

1968 wurde der Grundstein gelegt für eine vernünftige Zusammenarbeit von Priestern und Laien in den Pfarrgemeinden. Auf dem Weg bis heute hat es viele Irritationen, Missverständnisse und Ängste gegeben. Wir im Diözesanrat, die ja die Arbeit der Pfarrgemeinderäte von Anfang an begleitet haben, wissen, wovon wir reden.

Heute aber, bei dieser Gelegenheit, ist es mir ein besonderes Bedürfnis, in Anerkennung und Dankbarkeit gegenüber dem Engagement so vieler Frauen und Männer, die in mehr als 700 Pfarrgemeinderäten mitarbeiten, Dank zu sagen: Sie können stolz sein, vieles auf den Weg gebracht zu haben; sie sind oft zu Unrecht kritisiert und wenig gelobt worden; sie stehen in der Gemeinschaft der Kirche und sind selbst Kirche. Wir rechnen mit ihrem weiteren Engagement. Wir brauchen sie!

Wir stehen vor schwierigen, großen Herausforderungen. Dies macht uns nicht kleinmütig und verzagt. Als gläubige Christen sind wir im Herzen froh. Christen wünschen sich vor allem Segen. Das Wort „Segen“ verweist auf Gott, auf den wir bauen dürfen, auf Gott, den der Dichter Paul Claudel mit Worten, die ein Gebet sind, beschreibt:

„Gott, Ursprung, in dem alles beginnt, Ziel, in dem alles mündet, Gegenwart, die alles trägt.“

Anmerkungen:

- 1) Ludwig Averkamp, seit 1987 Bischof von Osnabrück, übernimmt 1995 die Leitung des neu errichteten Erzbistums Hamburg.
- 2) Neonazistische Übergriffe auf Wohnheime für ausländische Arbeiter und für Flüchtlinge Ende 1991, bei denen die Wohnbevölkerung teils tatenlos zusah, sind Auftakt einer Serie ausländerfeindlicher und antisemitischer Ausschreitungen Anfang der 1990er Jahre in der Bundesrepublik.
- 3) Vor dem Hintergrund von Einschränkungen des Asylrechts, die der Bundestag beschlossen hat, setzt sich der Diözesanrat dafür ein, dass die Menschenrechte, die das Grundgesetz fest schreibt, für deutsche wie für ausländische Bürger gelten. Um zu einem friedlichen Zusammenleben beizutragen, werden etwa Pfarrgemeinderäte angeregt, Ausländer mitwirken zu lassen.
- 4) Der Vorsitzende des Diözesanrates und der Generalvikar fordern Pfarrgemeinde- und Dekanatsräte, Verbände und kirchliche Institutionen auf, sich intensiv am Pastoralgespräch zu beteiligen. Über den gemeinsamen Glauben und seine Konkretionen in der Kirche zu sprechen, falle gewiss nicht leicht, daher werden alle Beteiligten aufgefordert, Gemeinsamkeiten auch im Gebet, in Gottesdiensten und Besinnungstagen zu suchen. Im Dialog sollen Gedanken, Anregungen und Vorschläge aus den Gemeinden und Gruppierungen über die Dekanate auf die Bistumsebene vermittelt werden.

Fußball wird auf dem Rasen entschieden, nicht auf der Tribüne

22. Januar 1995, Maternushaus, Köln

Das Jahr 1994 war geprägt von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbrüchen, Unsicherheiten und vielen offenen Fragen für die Zukunft. Diese Faktoren begleiten uns auch in das neue Jahr 1995.

Meinungsforscher haben übereinstimmend Optimismus in der Bevölkerung festgestellt. Nur eine Idylle? Denn zum Jahreswechsel wurde von Vertretern der Wirtschaft, der Politik und der Gewerkschaften mit heftigen Rundumschlägen der Wirtschaftsstandort Deutschland erneut in die öffentliche Diskussion gebracht. Da ist die Rede von der Produktionsverlagerung ins Ausland, um die in der Tat hohen Lohnnebenkosten abzusenken. So einsichtig und berechtigt solche Überlegungen sind, muss doch auch bedacht werden, dass, wer den Standort Deutschland verlässt, der Arbeitslosigkeit im Inland Vorschub leistet, zugleich die Kaufkraft mindert und den Absatz der Produkte auf niedrigerem Niveau festschreibt. In dem Forderungskatalog des Arbeitgeberpräsidenten taucht zum wiederholten Male die Ausweitung der Regelarbeitszeit auf Sonn- und Feiertage auf. Wir werden nicht zulassen, dass auch der Sonntag zum Arbeitstag gemacht wird.

Anliegen der Christen ohne starke Lobby

Dem Beschluss über die Abschaffung des Buß- und Bettages im Rahmen des Pflegekompromisses, dem alle Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages, mit Ausnahme der Grünen, zugestimmt haben, haben wir als Diözesanrat öffentlich widersprochen. Da Kirchliches nur eine schwache Lobby hat, drängt sich der Verdacht auf, dass Politiker und Wirtschaftler nach weiteren Feiertagen schießen, weil sie da den geringsten Widerstand erwarten. Möglicherweise sind es die gleichen Leute, die in anderem Zusammenhang über den Verlust der Werte und Maßstäbe klagen und hier wieder den Kirchen den schwarzen Peter zuschieben. Wir werden nicht zulassen, dass ein weiterer Feiertag geopfert wird.

Wir wollen möglichst Arbeit für alle, die arbeiten können und arbeiten wollen. Dabei wehren wir uns gegen die Vorgehensweise nicht weniger Betriebe, Menschen mit 50 oder 55 Jahren den Arbeitsplatz aufzukündigen und sie auf Kosten des Sozialstaates zu verrenten. Ich weiß, „verrenten“ ist ein schlimmer Ausdruck. Aber der ständigen Versicherung, das Arbeitslosenproblem lösen zu wollen, müssen endlich Taten folgen. Dabei dürfen auch wir nicht abseits stehen. Auch wir als Kirche können ebensowenig wie die Wirtschaft und der Staat die notwendigen Arbeitsplätze aus dem Hut zaubern. Unsere Hilfen sind da eher bescheiden, aber auch wirksam. So haben wir in den letzten Jahren mit über 600.000 DM aus dem Arbeitslosenfonds des Diözesanrates Arbeitsloseninitiativen unterstützt. Allein im

letzten Jahr konnten wir drei Einrichtungen in unserem Bistum Mittel zur Verfügung stellen, um Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen oder ihnen für einen begrenzten Zeitraum ihren Arbeitsplatz zu sichern. Ausdrücklich gilt der Dank den Spendern, die uns dies ermöglicht haben.

Bei den Folgen der Arbeitslosigkeit geht es nicht nur um materielle Nachteile, sondern mehr noch um die daraus entstehenden psychischen und sozialen Belastungen. Arbeitslosigkeit trifft den Menschen im Kern seiner Persönlichkeit und hat schlimme Folgen. Die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben wird eingeschränkt, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Das familiäre Zusammenleben leidet unter den materiellen Belastungen und stärker noch unter einem sozialen Stigma; nicht selten werden daran Familien zerbrechen. Gerade jungen Menschen werden so konkrete Lebensperspektiven genommen. Dies alles gilt es zu bedenken. Rührt uns das an, oder gehen wir zur Tagesordnung über? Wenn wir nichts tun, machen wir uns mitschuldig am Schicksal dieser Menschen.

Unsere Solidarität mit den betroffenen Menschen vor Ort muß sichtbaren Ausdruck finden. Hier sind insbesondere die Pfarrgemeinderäte und Verbände gefordert.

Die eigenen Einstellungen kritisch reflektieren

Bundespräsident Roman Herzog hat in seiner Neujahrsansprache deutliche Worte gefunden, als er darauf hinwies, dass wir „entschieden familienfreundlicher“ werden müssten. Er sagte, dass die beste Politik nichts nützt, wenn die Menschen allgemein und grundsätzlich nicht eine andere Haltung als die IchBezogenheit einnehmen. Er dankte allen, die sich beruflich und im freiwilligen Einsatz um Alte, Kranke und Behinderte kümmern:

„Wer sich hier, oder auch in anderen Bereichen, für andere interessiert, wer ihnen zuhört und sich für andere einsetzt, wer selbstlos einen Dienst übernimmt, ohne gleich eine Gegenleistung zu erwarten, der setzt jedes Mal einen neuen Anfang für eine menschlichere Gesellschaft.“

Die Mahnungen und Warnungen des Bundespräsidenten richten sich nicht nur an die außerhalb der Kirche Stehenden. Auch wir sind angesprochen und gefordert. Uns stünde es gut zu Gesicht, innezuhalten und die eigene Befindlichkeit zu befragen. Stellen wir nicht oft die bange Frage, wie es weitergeht, wenn viele in unseren gesellschaftlichen Gruppen den notwendigen ehrenamtlichen Dienst aufkündigen oder ihn als Ballast abschütteln? Das Ehrenamt steckt in der Krise! In seltener Einmütigkeit klagen Jugend-, Sport- und Frauenverbände, Gewerkschaften, Parteien und Pfarrgemeinden über Nachwuchsmangel bei den freiwilligen unbezahlten Helfern.

Ehrenamtliches Engagement gefragt

Immer weniger Menschen, vor allem jüngere, haben Lust, landesübliches Brauchtum zu pflegen, in Vereinen als Schriftführer oder beim Sport als Übungsleiter oder Gerätewart mitzumachen, für Pfarrgemeinderatsgremien zu kandidieren, sich in der Nachbarschaftshilfe zu engagieren, für politische Überzeugung Freizeit einzusetzen! Nur vier Prozent der Bundesbürger, so einige Soziologen, sind bereit, ein Ehrenamt zu übernehmen. Vor allem Jugendliche sind schwer zu begeistern. Sind die Deutschen auf dem Weg, ein Volk von Freizeitfetischisten zu werden, die dabei auf ihrem Egotrip alles an sozialer Verantwortung an den Staat abschieben? Noch nie zuvor ist so deutlich geworden, dass materieller Wohlstand und menschliches Glück zwei verschiedene Dinge sind. Immer mehr Menschen wollen ihr privates Glück sichern, ohne es mit anderen zu teilen.

Mehr als drei Millionen Frauen und Männer, so rechnete Angela Merkel (1) in diesem Jahr auf einem Caritaskongress in Münster vor, leisteten in Verbänden, Organisationen und Parteien jedes Jahr rund 240 Millionen Stunden ehrenamtliche Tätigkeit. Das entspreche einem Arbeitsaufkommen im Wert von 240 Milliarden DMark. Das sind immerhin beachtliche Zahlen.

Motivation und Anspruch der Ehrenamtlichen haben sich geändert. Wer sich heute engagiert, will sich damit nicht in erster Linie nach oben dienen! Ehrenamtliche wollen Mitbestimmung, suchen partnerschaftliche Zusammenarbeit – auch und gerade im Verhältnis zu den Hauptamtlichen –, Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Die Forderungen nach mehr Mitbestimmung, gesellschaftlicher Anerkennung und sozialer Absicherung deuten an, wohin sich das Ehrenamt entwickeln könnte.

Hier liegt offensichtlich auch ein Problem mit vielen Hauptamtlichen in der Kirche, denn den Mangel an Ehrenamtlichen beklagen wir auch da. Ich möchte noch einmal feststellen, es gibt offensichtlich Wandlungen, Probleme und auch Defizite. Dieses dürfen wir aber nicht als Abkehr der Menschen vom ehrenamtlichen Dienst deuten. Vielmehr müssen veränderte Bedingungen zur Kenntnis genommen werden, unter denen heute ehrenamtlicher Dienst geleistet wird. Sie sind in der Regel mit der Erwartung verbunden, mitreden und mitentscheiden zu können, statt nur Übertragenes auszuführen.

Wir müssen daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen, und das ehrenamtliche Engagement verstärkt fördern. Insbesondere durch klar umschriebene Aufgabenbereiche und auch durch Information und Sachausstattung.

Das Ehrenamt braucht neue Perspektiven; leere Kassen alleine – das möchte ich ausdrücklich betonen – dürfen nicht der Grund für die Wiederentdeckung des Ehrenamtes sein!

Auf dem Weg zu einem Sozialwort der Kirchen

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf den von den beiden Kirchen initiierten Konsultationsprozess zum Thema „Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland“ hinweisen (2). Es geht hier um einen breit angelegten Prozess der Meinungsbildung in unseren Kirchen zu den brennenden Fragen der Zukunftsgestaltung im Kontext wirtschaftlichen und sozialen Handelns in unserem Land. Ich rufe unsere Verbände und Räte auf, sich diesem Prozess zu stellen, sich sachkundig zu machen und diese Sachkunde in politisches Handeln umzusetzen. Mehr denn je brauchen wir Verantwortliche in Politik und Gesellschaft, die ihren sachorientierten Standpunkt in ernstzunehmender Weise auch religiös und sittlich begründen und dies auch öffentlich tun. Jedermann weiß, ein Fußballspiel wird auf dem Rasen entschieden und nicht auf der Tribüne. Der Diözesanrat wird mit Hilfe seiner beiden Sachausschüsse „Gesellschaft, Staat, Wirtschaft“ und „Arbeit und Soziales“ aktiv den Prozess begleiten.

Wir haben in unserem Bistum den innerkirchlichen Konsultationsprozess, nämlich das Pastoralgespräch, in seiner ersten Phase abgeschlossen und stehen jetzt vor der Aufgabe, die Vielzahl der eingegangenen Voten im Rahmen der drei Schlussversammlungen gemeinsam mit unserem Bischof zu prüfen und Handlungsmaximen zu erarbeiten. Das wird kein Spaziergang werden. Wer die Voten studiert hat, weiß, wie hoch die Erwartungen sind. Wir werden nicht alle Erwartungen erfüllen können, aber wir dürfen auch keine Enttäuschungen provozieren und Enttäuschte zurücklassen, indem wir einer Engführung der Diskussion das Wort reden. Offenheit ist angesagt – auch wenn uns vieles nicht gefällt oder wenn es weh tut. Alles, was unter dem Teppich verschwindet, bleibt liegen und wird später den Teppich zersetzen.

Nutzen wir die Chance, uns gegenseitig in Rede und Gegenrede mit Respekt und Offenheit zu begegnen. Ziel dieses Dialoges ist nicht, die eigene Meinung durchzusetzen, sondern zu einer gemeinsam akzeptierten neuen Lösung zu kommen, bei der es weder Sieger noch Verlierer gibt. Ziel dieses Dialoges ist, zu größerer Ganzheit im persönlichen und kirchlichen Leben zu gelangen; widersprüchliche Impulse einzubinden und ihre Kraft für die Weiterentwicklung einzusetzen. Darum sollten wir uns bemühen!

Kölner Impuls zum Diakonat der Frau?

Der „ständige Diakonat“ ist als Frucht des Zweiten Vatikanischen Konzils in unserer Diözese sofort aufgegriffen und durch den kürzlich verstorbenen Weihbischof Dr. Augustinus Frotz vorangetrieben worden! Könnte heute nicht ein weiterer Impuls von Köln ausgehen? Ich denke an den Diakonat der Frau!

Ich wünsche allen, dass uns der Geist Jesu bei den Beratungen zur Seite steht im Ringen um gute Lösungen für die Kölner Kirche.

Vor 50 Jahren, wenige Monate vor Beendigung des Zweiten Weltkriegs, lagen die meisten deutschen Städte in Schutt und Asche. Die Älteren unter uns kennen die Verwüstungen aus eigenem Erleben, die Jüngeren finden diese Schreckensbilder in der Nachkriegsliteratur. Am 8. März 1945 taucht Köln zum letzten Mal im Wehrmachtsbericht, der täglich die Kriegslage bekannt gab, als Ort von Kriegshandlungen auf. Es heißt lapidar: „Auf dem Westufer wird noch immer in den Trümmern von Köln gekämpft.“ Tatsächlich – und im übertragenen Sinne – liegt damals alles danieder; einzig der Dom steht – gleichsam symbolhaft, als Zeichen der Fortexistenz Kölns – aufrecht im weiten Trümmerfeld, getroffen von 14 Sprengbomben und 19 Granaten.

Ein halbes Jahrhundert Frieden

Eine 50 Jahre andauernde Friedensperiode ist uns seither beschieden. Sie ist in der jüngeren Geschichte Deutschlands einmalig.

Wiederaufbau, Wohlstand, nationale Souveränität, aufgenommen und eingereiht in die große Völkergemeinschaft, sind Stationen, die uns auf dem Weg der fast schon nicht mehr erhofften Wiedervereinigung sehr geholfen haben. Darauf können wir auch ein wenig stolz sein. Als Glied der Völkergemeinschaft können und wollen wir uns der Verpflichtung nicht entziehen, anderen Völkern im Kampf gegen Unterdrückung und Fremdherrschaft, im Kampf gegen Hunger und Elend beizustehen.

Wir dürfen uns dem nicht entziehen. Wir wollen, dass auch andere in Frieden und Freiheit leben können, und danken allen, die sich dafür einsetzen, den Politikern, den Verbänden und Initiativen, und wir begrüßen ausdrücklich den dramatischen Appell unseres Papstes an die Kriegsparteien in Russland und Jugoslawien, endlich die Waffen aus der Hand zu legen.

Ich möchte schließen mit einem Neujahrsgebet, das über 100 Jahre alt ist; der Pfarrer der Lamberti-Gemeinde zu Münster schrieb es 1883 auf:

„Herr, setze dem Überfluss Grenzen und lasse die Grenzen überflüssig werden. Lasse die Leute kein falsches Geld machen und auch das Geld keine falschen Leute. Nimm den Ehefrauen das letzte Wort und erinnere die Männer an ihr erstes. Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde. Bessere solche Beamte, Geschäfts- und Arbeitsleute, die wohl tätig, aber nicht wohlthätig sind. Gib den Regierenden ein gutes Deutsch und den Deutschen eine gute Regierung. Herr, Sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen – aber nicht sofort!“

Anmerkungen:

- 1) Angela Merkel ist damals Bundesministerin für Familie und Jugend.
- 2) Am 22. November 1994 hatten die katholische und die evangelische Kirche mit einer Diskussionsgrundlage zu einem Konsultationsprozess über die Grundlagen und Zukunftsperspektiven der deutschen Gesellschaft aufgerufen. Darin erklärten sie drei Optionen als Selbstverpflichtung für einen kirchlichen Beitrag zur Gestaltung des demokratischen Sozialstaates: die Option für die Schwachen in der Gesellschaft, für eine soziale Friedensordnung, für eine soziale Zukunft in der einen Welt. Der breit angelegte Konsultationsprozess erarbeitet das 1997 veröffentlichte Sozialwort der Kirchen „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“.

Sorge um die Stellung der Kirche im Staat

7. Januar 1996, Maternushaus, Köln

Vielfältig und gegensätzlich waren die Ereignisse, denen wir im vergangenen Jahr ausgesetzt waren: angstmachend und hoffnungsvoll. Vielfalt und Vieldeutigkeit machen unser Leben aus. Das kann bereichernd oder/und verunsichernd sein.

Kurz vor Weihnachten machte eine Schlagzeile die Runde: Im Erzbistum Köln haben 19.213 Mitglieder ihre Kirche verlassen – wohlgemerkt, es waren Zahlen aus 1994. Der Kirche laufen die Leute weg. Die Lautverstärker fügen hinzu: Scharenweise laufen sie weg. „Wir sind in das Geschäftliche abgeglitten. Die uns Anvertrauten verlassen uns, und wir schweigen.“ Dieser Satz stammt von Papst Gregor; er richtete ihn vor 1400 Jahren an die Bischöfe.

Nun hat eine Allensbach-Studie von 1995 mit der ersten Erhebung von 1992 zu vergleichende Ursachen und Motive für einen Kirchenaustritt ermittelt. Hinsichtlich der tieferen Ursachen für einen Kirchenaustritt ist die individuelle Verankerung im Glauben von entscheidender Bedeutung. Es stellt sich also die Frage nach Berührungspunkten, nach Orten und Möglichkeiten des Erlebens von Glauben, ja nach dem Sichtbarwerden des Glaubens – erst recht, wenn laut Umfrage 41 Prozent den Eindruck haben, dass die Kirche nicht genug tue, um Menschen vom Glauben zu überzeugen; und Kirche sind nicht nur die da oben, sondern das ganze Volk Gottes.

Christen sollen Konturen zeigen

Die Bereitschaft, öffentlich über den Glauben zu reden, hat abgenommen, was auf ein beeinträchtigtes Selbstbewusstsein der Christen zurückzuführen ist. Die Stärke der christlichen Konfessionen wird davon abhängen, inwieweit sich Christen als Vorhut oder Nachhut der Gesellschaft verstehen. Die Präsenz der Gemeinde vor Ort sichtbar zu machen, Themen aufzuzeigen, die in der Gesellschaft nicht vorkommen, „Konturen zu zeigen“, den Menschen deutlich nahe bringen, was das Spezifische an einer christlichen Gemeinschaft ist; das sind Herausforderungen für die Zukunft. Was die Kirche braucht, sind Christen, die ausstrahlen. Den Hirten auf Bethlehems Feldern wurde nicht gesagt: Ich verkünde euch ein Problem. Der Engel sagte ihnen viel mehr: Fürchtet euch nicht! Denn siehe, ich verkündige euch eine große Freude.“

Trotzdem müssen wir uns eingestehen, dass es uns schwer fällt, mit den hohen Austrittszahlen fertig zu werden. Es gibt kein Rezept, wie der wachsenden gesellschaftlichen Gleichgültigkeit gegenüber Kirche und christlichem Glauben begegnet werden kann.

In einem Geleitwort zum Weihnachtspfarrrbrief beschreibt ein Pfarrer die Situation:

„Ich erlebe so viele Menschen, die eingetragene Mitglieder unserer Kirche sind, die seelisch ‚unbehaust‘ sind; denen das Bild der Kirche als geistliche Heimat systematisch zertrümmert worden ist; die inzwischen sich Gott und selbst Christus nach eigenem Maß und Wunsch zusammenträumen; die nicht mehr Einbindung in diese Gemeinschaft und kontinuierliche Nahrung für ihre Seele suchen, sondern sich zufrieden geben mit den Bedürfnissen des Tages, mit den religiösen Happenings, die sich gerade bieten für heute: ‚Erlebnisgesellschaft‘ auch auf religiöser Ebene. Was habe ich heute davon? Es muß sich etwas bewegen – Bewegung, Straße wird zum Selbstzweck, wichtiger als Beheimatung und Ziel. Ein Heer von geistig Obdachlosen, Unbehausten wächst heran.“

Offene Gesprächsatmosphäre in Bensberg

Eine Zustandsbeschreibung und eine düstere Prognose. „Wollt auch Ihr gehen“, hat Jesus die Jünger gefragt. Sie sind geblieben. Auch wir müssen bleiben; müssen zusammenbleiben. Dass es uns gelingt, zeigt der Verlauf unserer Pastoralgespräche. Ein von unten nach oben freimütiger und überzeugender Dialog bei den Bensberger Pastoralgesprächen ist bisher gelungen. Wir erlebten eine offene Gesprächsatmosphäre, eine disziplinierte Streitkultur, eine faire Aussprache. Sie sind Wegzeichen einer dialogischen Kirche, die nun weiter zu entwickeln ist. Der Personenkreis, der in Bensberg versammelt war, bot dafür gute Voraussetzungen. Die Zusammensetzung des Plenums wurde ja nicht einem Zufallsprinzip überlassen, sondern es handelt sich hier um gewählte Delegierte, deren Mandat zwar mit der dritten Plenarsitzung abläuft, aber ich denke, niemand sollte abrupt die Gespräche beenden, sondern seine Gesprächsbereitschaft allen signalisieren.

Es gilt in der Gemeinde zu vermitteln, was in mühsamer Kleinarbeit zustande gekommen ist. Das ist nicht wenig. Der Dialog von Bensberg muss sich in den Gruppen, in den Räten und Verbänden fortsetzen. Ich möchte darum bitten, dieses Anliegen mit allen Kräften zu unterstützen und dafür zu werben, dass die durch unseren Erzbischof geprüften Ergebnisse auch Schritt für Schritt umgesetzt werden. Dazu bedarf es der Mitarbeiter, die dafür zu motivieren sind. Das Pastoralgespräch muss dorthin zurück, wo es seinen Anfang genommen hat.

Wir müssen Räume schaffen, wo Menschen, die irgendwo in der Kirche tätig sind, mittun können, ohne dass sie gleich von irgendeiner Einrichtung vereinnahmt werden.

Kompetenzen der Ehrenamtlichen

Die Kompetenzen und Erfahrungen der Ehrenamtlichen sollten genauso in die Entscheidungen der Hauptamtlichen einfließen, wie die Ehrenamtlichen Ratschläge und Standpunkte der Profis in ihre Arbeit aufnehmen. Die

Selbstverantwortung für unsere Tätigkeit können wir nicht an Hauptamtliche abtreten. Wir haben auf der letztjährigen Vollversammlung uns sehr eingehend dem Thema „Ehrenamt“ gewidmet. Für die Verwirklichung des Pastoralgespräches ist dies unverzichtbar. Denn, wenn wir den Dialog, ausgehend von den Erfahrungen des Pastoralgespräches, einfordern, dann richtet sich diese Aufforderung nicht nur an die Amtsträger, sondern sie richtet sich an alle, die guten Willens sind.

Auch wir werden von Personen und Gruppen, die sich beim Kirchenvolksbegehren engagiert haben, gebeten, mit ihnen gemeinsam über die Zukunft der Kirche nachzudenken. Wir haben uns dem Dialog nicht verweigert, sahen aber während des Prozesses des Pastoralgespräches keine Möglichkeit, offiziell ein zweites Dialogforum zu eröffnen.

Wir haben in unserer Erklärung vom August 1995 alle Pfarrgemeinderäte aufgefordert, den konstruktiven Dialog fortzusetzen. Dass dieser Hinweis von den Pfarrgemeinderäten richtig verstanden wurde, beweisen die vielen Gespräche und Diskussionen, die im Rahmen des Kirchenvolksbegehrens stattgefunden haben. Heute ist nicht mehr zu fragen, wer hat Fehler gemacht. In der Rückschau lässt sich sagen, dass Viele Fehler gemacht haben: die Initiatoren, die Befürworter wie auch die Gegner dieses Unternehmens. Es hat Verletzungen auf beiden Seiten gegeben, die zu heilen auch wir uns anschicken wollen.

Festzustellen bleibt, dass 1,5 Millionen Katholiken mit ihrer Unterschrift etwas in Gang setzen wollten. Jetzt ist die Zeit, Konfrontationen zu beenden und aufeinander zuzugehen, Problemfelder zu benennen und unterschiedliche Sichtweisen und Positionen offen und ohne Vorbedingungen zu diskutieren. Dazu brauchen wir keine neuen Gremien einzurichten, sondern die längst vorhandenen Dialogmöglichkeiten gilt es anzuerkennen und ernst zunehmen.

Die fällige Ausstattung der Gremien und Räte mit Verantwortung und Rechten würde den Ruf nach „Demokratisierung“ in der Kirche überflüssig machen. Wann wird das begriffen? Wir müssen in der Kirche harmonisch, aber nicht einstimmig singen. In der Wüste überlebt man nur, wenn man sich gemeinsam auf den Weg macht, Oasen zu suchen. Wer durch die Türe gehen will, darf sie nicht nur einen Spalt weit öffnen.

Karlsruher Kruzifix-Urteil ein Ausdruck der Zeit

Bei einem Jahresrückblick darf das Urteil zum Kruzifix nicht fehlen: Lernen „unter dem Kreuz“ sei unzumutbar: So der Entscheid des Bundesverfassungsgerichts (1). Die Reaktionen waren unterschiedlich.

Tatsächlich: Das Urteil ist ein Urteil unserer Zeit. Es ist nicht in erster Linie ein Anschlag auf die christliche Kultur (obwohl es das auch ist), sondern Ausdruck dafür, dass Europa im Begriff ist, von ihr Abschied zu nehmen. Die legalisierte

Abtreibung, das Liebäugeln mit der Euthanasie sind ärgere Zeichen für diese Entwicklung. Die Forderung, Feiertage abzuschaffen und sonntags Geschäfte offen zuhalten, liegt auf derselben Linie.

Es war kein Zufall, dass die Bündnis-Grünen ihre stellenweise bösartige anti-christliche Kirchenkampagne schrittgleich zum Karlsruher Urteil verstärkt haben. Sie reicht von der Forderung nach Abschaffung des Gotteslästerungsparagraphen im Strafgesetzbuch über die Streichung des schulischen Religionsunterrichts zu Gunsten eines allgemeinen Ethik-Unterrichts.

Ist den Karlsruher Richtern eigentlich nicht zu danken, dass sie uns daran erinnern, dass Kreuze eben nicht harmlose Schmuckstücke, nicht nur kulturelle Symbole sind, sondern Mahnzeichen? Um mit dem Apostel Paulus zu sprechen: das Kreuz ist ein Ärgernis auch für unsere Zeit. Ein Zeichen des Widerspruchs für eine Welt, die am liebsten das Leid abschaffen und hierzulande das Schlaraffenland errichten möchte. Reden wir also auch weiterhin über das Kreuz und seine schwer zumutbare Botschaft.

Dabei dürfen wir uns nicht aus dem Tagesgeschäft zurückziehen. Kardinal Joachim Meisner hat dazu aufgerufen, sich in der Öffentlichkeit „gegen Gotteslästerung, gegen die Verspottung unseres Herrn und seiner heiligen Mutter“ zu wehren. Die Eigeninitiative der Bürger draußen sei wirksamer als die des Bischofs. Wenn sich das die Bürger in den Gemeinden nicht mehr bieten ließen, würden wohl auch die Gerichte empfindlicher auf Einsprüche reagieren.

Es ist schon ein Hohn, dass das Strafrecht erst dann greift, wenn der öffentliche Friede gestört ist. „Müssen wir Christen erst den öffentlichen Frieden stören, damit man vor unserem Glauben und unserem Herrn Jesus Christus Achtung hat“, fragt Kardinal Wetter (2). Ich denke, die Frage ist berechtigt, und wir sollten die Antwort nicht schuldig bleiben.

Stellungnahme zum Diakonats der Frau

In der Neujahrsansprache vor einem Jahr habe ich unter Hinweis auf das „ständige Diakonats“ gefragt: „Könnte heute nicht ein weiterer Impuls von Köln ausgehen? Ich denke an das Diakonats der Frau.“ Auf der Plenarsitzung des Pastoralgespräches Anfang Dezember letzten Jahres ist über das Diakonats der Frau sachkundig und ausführlich gesprochen worden.

Kardinal Meisner hat sich nach der Debatte mit der Frage: „Halten Sie es für wünschenswert, das Diakonats der Frau zu eröffnen“ an die Teilnehmer des Pastoralgespräches gewandt. 107 Delegierte haben diese Frage bejaht; 28 Personen waren dagegen und sechs Personen haben sich der Stimme enthalten. Zwischenzeitlich hat unser Sachausschuss „Frauen in der Kirche“ unserem Erzbischof eine Stellungnahme zu dieser Frage zugeleitet und die Bitte geäußert, das Anliegen des Sachausschusses, dem sich der Vorstand des Diözesanrates angeschlossen hat, in

die Deutsche Bischofskonferenz einzubringen und diese auch zuständigen Stellen im Vatikan zu übermitteln.

Eine Initiative von Kardinal Frings

Das Jahr 1996 ist für den Kölner Diözesanrat ein Jubiläumsjahr. 50 Jahre Laienverantwortung (1946 bis 1996) weisen auf einen entscheidenden kirchlichen Neuanfang nach Beendigung der Kriegswirren hin. In vielen Städten bildeten sich unmittelbar nach Kriegsende und ohne Kontaktaufnahme untereinander Katholikenausschüsse – so hieß das neue Strukturmodell.

Nicht nur die Mitglieder katholischer Verbände und Organisationen, sondern auch jene, die verbandlich nicht gebunden waren – nämlich das gesamte Volk Gottes – sollte seine Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Kirche neu überdenken und Verantwortung übernehmen. In einem Brief vom 4. Februar 1946 an die Stadtdechanten und Dechanten der Erzdiözese Köln forderte Kardinal Frings dazu auf, die Bildung von Katholikenausschüssen kräftig zu fördern. Wörtlich heißt es:

„Es erscheint daher notwendig, daß wenigstens in den größeren Städten durch den Dechanten bzw. Stadtdechanten Katholiken-Ausschüsse ‚berufen werden‘, die sich diese Aufgabe stellen. Der Vorsitz soll bei einem Laien liegen. Die Herren Dechanten (Stadtdechanten) mögen bis Ostern an mein Generalvikariat berichten, ob in ihrem Bezirk sich Bestrebungen dieser Art unter den Katholiken bemerkbar gemacht haben.“

Das waren noch Zeiten!

Um den gesellschaftspolitischen Auftrag besser erfüllen zu können, wurde es notwendig, dass sich die Katholikenausschüsse auf Diözesanebene zum Diözesankomitee zusammenschlossen. Bereits am 12. November 1946 unterzeichnete Kardinal Frings eine Mustersatzung für die Katholikenausschüsse und setzte zugleich die Satzung für das Diözesankomitee der Katholikenausschüsse (heute Diözesanrat) in der Erzdiözese Köln in Kraft. So konnte sich das neugeschaffene Laiengremium Einfluss verschaffen beim Aufbau der neuen politischen Strukturen und auch Einfluss nehmen auf die inhaltliche Gestaltung des Grundgesetzes, der Landesverfassungen und der neuen Gesetze.

Dieses Datum ist für uns Anlass, am 29. September dieses Jahres die Mitglieder Pfarrgemeinderäte zu einem Diözesantrag für Pfarrgemeinderäte nach Köln einzuladen. Am 9. November wollen wir im Rahmen eines Festaktes uns dessen erinnern, was die Initiatoren damals bewegte und was uns heute bewegt, in der Kirche von Köln an der Schwelle des Jahres 2000 unsere Verantwortung wahrzunehmen.

Kirche weist über die Zeitläufe hinaus

Ein arbeitsreiches Jahr liegt hinter uns; es war auch ein Jahr der Mühe und Sorge in unserer Kirche. Für mich als Politiker auch besonders die Sorge um die Stellung unserer Kirche in unserem Staat. Oft packt uns eine innere Unruhe, weil wir nicht alles das zustande bringen, was wir uns vorgenommen haben und versprechen uns durch immer mehr Planung, bessere Ergebnisse zu erzielen. Wir können die Zukunft nicht machen. Václav Havel hat einmal selbstkritisch festgestellt:

„Ich wollte die Geschichte vorantreiben wie ein Kind, das an einer Blume zieht, damit sie schneller wächst.“

Wie viel ist veröffentlicht worden, diskutiert worden, gestritten worden. Wenn wir uns dessen erinnern, stellen wir fest, dass die Arbeit all unserer Räte, Verbände und Gremien ein fortdauerndes Gespräch ist, dass der oft vermisste Dialog in Wirklichkeit stets stattfindet.

Aber – auch das muss gesagt werden – dass hinter den Auseinandersetzungen, Debatten, Erklärungen, ja Demonstrationen uns gelegentlich die Tatsache aus dem Blick gerät, dass die Kirche über diese Zeit hinausweist, dass sie hinweist auf Den, der uns alle trägt. Wenn wir uns dessen vergewissern, dann können wir uns in unseren Diskussionen offener, in unseren Auseinandersetzungen angstfreier und in all unserem Ringen um die Zukunft der Kirche zuversichtlicher und gelassener auf den Weg machen.

Anmerkungen:

- 1) Am 16. Mai 1995 erklärte das Bundesverfassungsgericht die Vorschrift für grundgesetzwidrig, in jedem Klassenzimmer staatlicher Schulen ein Kruzifix anzubringen. Artikel 4 des Grundgesetzes schütze den Bürger davor, im staatlichen Rahmen (Schulpflicht) dem Einfluss eines bestimmten Glaubens ausgesetzt zu werden, dem er sich nicht entziehen könne. Die BVG-Entscheidung hatte Bedeutung für die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen Religion und Staat in der Bundesrepublik.
- 2) Kardinal Friedrich Wetter war von 1982 bis 2007 Erzbischof von München und Freising.

Katholiken sollen ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen

19. Januar 1997, Maternushaus, Köln

Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat in seiner Neujahrsumfrage festgestellt, dass trotz der gravierenden politischen wie gesellschaftlichen Probleme in unserem Land die Mehrheit der Bevölkerung immer noch mit mehr Zuversicht als Angst in das neue Jahr geht. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die mit den Stichwörtern Globalisierung der Wirtschaftsmärkte und mit dem Zusammenwachsen von Europa zu kennzeichnen sind. Die Richtung ist bekannt, aber konkrete Wegmarkierungen sind schwer auszumachen. So kommt es, dass die politische Debatte über die Zukunft mitunter groteske Züge annimmt. Das wirkt sich aus auf unsere Gesellschaft, in der ein Entsolidarisierungsprozess nicht zu übersehen ist.

Die täglich auf Menschen einströmenden Hiobsbotschaften von fehlendem Wirtschaftswachstum, von steigender Arbeitslosigkeit, von leeren Kassen, von öffentlicher Verschuldung, von ausländischer Konkurrenz und Verlagerung von Produktionsstätten halten sie nicht mehr aus, sie flüchten sich in Konsum und vertrauen sich zwielichtigen Heilslehren an. In einer pluralen Gesellschaft, wo häufig nur den unterschiedlichen Trends hinterhergelaufen und gehuldigt wird, braucht man Stehvermögen, Rückgrat und langen Atem.

Gegen den Trend der Säkularisierung zur Wehr setzen

Christen müssten gegen die Ängste mit größerer Zuversicht und Anstrengung angehen, um beispielsweise den Trend der Säkularisierung und des Auseinanderfallens von Christentum und Gesellschaft aufzuhalten. Wir müssen uns auch deshalb zur Wehr setzen, weil es sein kann, dass dort, wo das Kreuz aus den Klassenzimmern und der Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt wird, die Zeit nicht weit weg ist, wo auch die christlich formulierten Sätze des Grundgesetzes infrage gestellt oder abgeschafft werden.

Wir brauchen in diesem Zusammenhang nicht irgendwo in der Bundespolitik zu suchen, denn auch in Nordrhein-Westfalen können wir die oben beschriebenen Tendenzen feststellen. So wurde im September 1996 ein Antrag der Landtagsfraktion der Grünen in das Plenum des Landtages eingebracht, der das Ziel hatte, die Förderung der Katholischen Beratungsstellen gänzlich aufzuheben. Dieser Antrag ist ein weiterer Versuch der Grünen, die Institution „Kirche“ Schritt für Schritt aus dem gesellschaftlichen Leben auszuschließen.

Was im Landtag von Brandenburg mit der Verabschiedung zum Schulfach LER (Lebensgestaltung, Ethik, Religionsunterricht) an Tatsachen geschaffen wurde, nämlich den Religionsunterricht aus den Schulen zu verbannen, findet auch im

Land Nordrhein-Westfalen Sympathisanten. In NRW wird zu Beginn des Schuljahres 1997/1998 der Religionsunterricht in den Klassen III und IV der Grundschulen um zwei Stunden wöchentlich gekürzt. Ich darf gerade diese Maßnahme der Landesregierung (1) als „eindeutig falsches Signal zur Unzeit“ bewerten. Die Frage ist, ob der Landesregierung bewusst ist, welches merkwürdige Verhalten hier offenbar wird, wenn man einerseits noch vor kurzem die Kirchen um Mithilfe etwa bei der Eindämmung von Gewalt auf Schulhöfen und der Jugendkriminalität bittet und andererseits der Religionsunterricht um ein Drittel eingekürzt wird, der, wie kein anderes Fach, im Fächerkanon wertevermittelnd ausgerichtet ist.

Protest gegen Aushöhlung des Sonntagsschutzes

Anfang des Jahres ließ Bundeswirtschaftsminister Rexrodt (2) die Katze aus dem Sack, als er die totale Auflösung der Sonn- und Feiertagsruhe forderte. Wir werden, wo immer es nötig ist, gegen die Aufhebung der Sonntags- und Feiertagsruhe protestieren und vorgehen. Bischof Homeyer stellt in einem Artikel, der überschrieben ist: „Leben ist mehr als Arbeit und Konsum“ folgendes fest:

„Es ist mehr als bedauerlich, dass es im Bundestag Abgeordnete gibt, die mit entsprechenden Plänen zur Einführung verkaufsoffener Sonn- und Feiertage liebäugeln. Offensichtlich ist ihnen die religiöse, kulturelle und soziale Tragweite einer Abwertung des Sonntags zu einem Ver- und Einkaufstag nicht bewusst.“

Beim Festakt zum 50jährigen Bestehen des Diözesanrates hielt uns die Meinungsforscherin Dr. Renate Köcher als Kernproblem der Kirchen den Mangel an Selbstvertrauen vor Augen und dazu ein massives Kommunikationsproblem. Oder anders ausgedrückt: Fehlende Fähigkeit, über den Glauben zu sprechen. Je mehr ich darüber nachdenke, festigt sich bei mir der Vorsatz, dass wir dies zu einem Schwerpunktthema unserer Arbeit machen müssen. Glaubensüberzeugungen werden „zum neuen Tabu in unserer Gesellschaft“; denn selbst engagierte Christen „tun sich schwer, über das zu sprechen, was sie glauben“.

Die eigentlichen Aufgaben nicht versäumen

Kardinal Josef Ratzinger (4), stellte in seinem Buch „Salz der Erde“ fest:

„Wir schauen nur auf uns selber, beschäftigen uns mit uns selber, lecken unsere Wunden, wollen uns die schöne Kirche konstruieren und sehen kaum noch, dass die Kirche ja nicht für sich selber da ist, sondern, dass wir ein Wort haben, das der Welt etwas zu sagen hat und das gehört werden sollte, das etwas geben könnte. Wir vergessen zu sehr unsere eigentlichen Aufgaben.“

Hier wird eine unserer Schwächen deutlich. Und dies stimmt auch: Wenn wir nur auf die sinkende Zahl der Kirchenmitglieder und Gottesdienstbesucher starren, hat der Pastoraltheologe Ottmar Fuchs recht, wenn er sagt: „Seelsorge wird dann

zur Zehlsorge.“ Ich möchte uns alle ermutigen, uns „unverkrampft“ um ein Lieblingswort unseres Bundespräsidenten zu benutzen, aus dem Glauben heraus der Wirklichkeit zu stellen. Dies nicht ängstlich, sondern hoffnungsvoll, nicht hektisch, sondern in Gelassenheit, nicht im Rückzug, sondern in der Verantwortung des Evangeliums „Sauer Teig“ zu sein. Um noch einmal Ottmar Fuchs zu zitieren: *„Wo immer Menschen merken, dass man sie nicht für etwas vermarkten will, sondern dass sie selbst mit ihren Freuden, Ängsten und Leiden gefragt sind, werden sie neugierig näher kommen.“*

Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, über einige Dinge, die im Laufe des Jahres in der Arbeit des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln wichtig waren, zu berichten: Am Pastoralgespräch waren der Diözesanrat und die Pfarrgemeinden stark beteiligt. Ich bin der Meinung, es hat eine neue Gesprächskultur stattgefunden und nicht nur in den Pfarrgemeinden, die sich mit den neuen Fragestellungen auseinandergesetzt haben, sondern auf allen Ebenen. Ich bin zuversichtlich, dass in den Gemeinden das Pastoralgespräch Wirkung zeigen wird.

Stolz auf Angebote für Pfarrgemeinderäte

Des weiteren verweise ich auf den am 28. September 1996 durchgeführten „Diözesantag für Pfarrgemeinderäte“ mit rund 700 Besuchern. Ein wichtiges Ziel dieses Tages war es, sich in der größeren Gemeinschaft unter dem Leitwort: „Sie sprachen miteinander über all das, was sich ereignet hatte“ zu vergewissern und die Erfahrung mitzunehmen, dass das Engagement so vieler ehrenamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen nicht ins Leere geht, sondern das Zugehörigkeitsgefühl stärkt und die Pfarrgemeinderäte zu ungewohnten und neuen Wegen in den Gemeinden anregt.

Ich erinnere an den Festakt zum 50jährigen Bestehen des Diözesanrates. Er machte deutlich, wie nach wie vor ein Wort von Kardinal Höffner (5), das er uns zum 40jährigen Bestehen des Kölner Diözesanrates sagte, Bestand hat:

„Eine Kirche, in der alles dem Amt aufgegeben würde, hätte Schlagseite, das verantwortungsvolle Amt des Apostolats der Laien gehört notwendig dazu. Wenn das Schiff der deutschen Kirche sich in dem Sturm der letzten Jahrzehnte behaupten konnte, dann auch deshalb, weil die Laienbewegung im deutschen Katholizismus eine Tradition hat.“

Wir haben uns daran gehalten, denn wir können feststellen, dass in den 50 zurückliegenden Jahren der Diözesanrat in seinen Arbeitspapieren und Dokumenten sich gut aller Themen und Probleme, die in dieser Zeit die Gesellschaft bewegt haben, angenommen hat. Der Diözesanrat ist stolz auf einen Schwerpunkt seiner Arbeit, nämlich das Bildungsangebot für Pfarrgemeinderäte und

ehrenamtliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, das sich in den letzten Jahren kontinuierlich vergrößert und eine große Akzeptanz gefunden hat. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das im Sachausschuss „Gesellschaft, Staat, Wirtschaft“ erarbeitete neue Modell, das sich mit der Grundsicherung plus Eigenvorsorge für die soziale Sicherheit im Alter auseinandersetzt. Dieses Papier wird in diesen Tagen veröffentlicht. In diesem Dokument wird festgestellt, dass das heutige Versicherungssystem in der Diskussion steht, da das Umlageverfahren auf Grund konstruktiver Mängel zur Unbezahlbarkeit durch die jüngere Generation führt und zur Unsicherheit bei der Generation der Rentner beiträgt. Das Papier baut auf dem Grundgedanken auf, dass sich eine nachhaltig finanzierbare Alterssicherung aus einer gleichen Grundsicherung und einer nach individueller Leistungsfähigkeit ausgestalteten Eigenvorsorge zusammensetzen muss.

Ein weiterer Punkt: Nachdem sich auf dem Hintergrund des Zweiten Vatikanischen Konzils das sogenannte „Kölner Modell“ als Beispiel einer dialogfähigen Kirche entwickelt hat, wollen wir aufgrund der veränderten Verhältnisse in Kirche und Gesellschaft uns darangeben, Perspektiven für ein zukünftiges „Kölner Modell II“ zu finden.

Sorgen macht uns zur Zeit die Erstellung des Vorschlages einer neuen Satzung für die Pfarrgemeinderäte. Wir werden unserem Erzbischof dazu die Vorschläge des Diözesanrates unterbreiten. Nicht nur der Vorstand hat sich mit der Neufassung der Satzung ausführlich beschäftigt; auch der Hauptausschuss wird unsere Arbeit daran unterstützen.

Zum Schluss darf ich noch auf ein für uns wichtiges Datum im Jahr 1997, nämlich die am 25. und 26. Oktober stattfindenden Pfarrgemeinderats-Wahlen hinweisen. Ich bitte sie wirklich dringend, sich für die Arbeit des Pfarrgemeinderates, auf welcher Ebene auch immer, einzusetzen. Wir brauchen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren in unserer Kirche. Deswegen möchte ich allen Frauen und Männern, die sich in den Dienst der Pfarrgemeinderäte in den vergangenen Jahren gestellt haben oder zukünftig stellen werden, herzlich danken, und sie bitten, auch weiterhin durch Beispiel, Wort und Tat ihre Stimme zum Wohle der Kirche im Erzbistum Köln zu erheben.

Anmerkungen:

- 1) Von 1995 bis 1998 regierte eine rot-grüne Koalition unter Führung von Ministerpräsident Johannes Rau.
- 2) Günter Rexrodt (FDP) war von 1993 bis 1998 Bundesminister für Wirtschaft in einer schwarz-gelben Koalition unter Führung von Kanzler Helmut Kohl.
- 3) Josef Homeyer war von 1983 bis 2004 Bischof von Hildesheim.
- 4) Kardinal Joseph Ratzinger war seit 1982 Präfekt der Vatikanischen Glaubenskongregation; 2005 wurde er als Nachfolger Johannes Pauls II. zum Papst gewählt, das Pontifikat Benedikts XVI. währte bis zu seinem Rücktritt 2013.
- 5) Kardinal Joseph Höffner war von 1969 bis 1987 Erzbischof von Köln und von 1976 bis 1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

Sind Deutschland und Europa noch christlich geprägt?

11. Januar 1998, Maternushaus, Köln

Dieses Treffen steht am Beginn des Jahres, in dem wir unser 750-jähriges Domjubiläum feiern. Innerhalb eines halben Jahrhunderts feiern wir in unserer Diözese zum dritten Mal ein großes Domfest. 1948, als 700 Jahre nach der Grundsteinlegung durch Erzbischof Konrad von Hochstaden vergangen waren und des Baubeginns gedacht wurde, lag Land und Stadt nach dem schrecklichen Krieg weithin noch in Trümmern. Mit dem Domfest war, wie nachzulesen ist, so etwas wie ein allgemeines Signal zum Neubeginn, zur Neubesinnung und damit zum Aufbruch verbunden. Die Bilder der damaligen Trümmerlandschaften und der immer noch vom Krieg gezeichneten Menschen und der Vergleich mit dem, was anschließend geschaffen wurde, erscheinen manchmal wie ein Wunder. 1980 feierten die Kölner dann die ersten hundert Jahre nach der Fertigstellung ihres berühmten Bauwerkes im Jahr 1880.

Was bringt uns dieses Jubiläumsjahr 1998? Ganz sicher eine Reihe von Veranstaltungen, Festvorträgen, Ausstellungen, Wallfahrten und Gottesdiensten. Doch was wird bleiben? Heute, wo wir noch ganz am Anfang dieses bedeutsamen Jahres stehen, möchte ich wünschen, dass unser Diözesanrat mit vielen anderen dazu beitragen kann, dass im riesigen Angebot des Festkalenders vor allem eines deutlich wird und sich über das Jubeljahr hinaus einprägt: Unser Dom ist zuallererst ein Gotteshaus und dann erst ein herausragendes Kunstwerk oder der Orientierungspunkt der Stadt am Rhein.

Der Dom ist ein Glaubenszeugnis

Der Dom ein Glaubenszeugnis also! Wir müssen davon ausgehen, dass nicht wenige Zeitgenossen das nicht mehr so sehen, weil sie mit Gott wenig anfangen können und dann eben ein Haus, in dem man zu ihm betet und vor ihm auf die Knie geht, für antiquiert und überholt halten. Deswegen ist die Frage, die ein ausländischer Journalist einmal angesichts der Besuchermassen, die Tag für Tag unseren Kölner Dom betreten, nicht ungebührlich: „Wohnt Gott überhaupt noch im Kölner Dom?“ Immerhin gab es vor rund 200 Jahren schon einmal eine Zeit, in welcher das Gotteshaus als Getreidespeicher, als Gefangenenerlager und Materialdepot für Militärs erhalten musste.

Wohnt Gott überhaupt noch in diesem Haus? Diese Frage geht auch uns an. Wie betrachten wir den Kölner Dom? Was ist er uns wert? Wie verhalten wir uns in ihm? Als der Mutterkirche aller anderen Kirchen im Erzbistum. Nicht ganz so geläufig ist uns ein anderer Begriff für den Dom: die Kathedrale. Er ist abgeleitet von der Kathedra, dem Bischofssitz im Dom, von wo aus der Bischof für die

Ortskirche von Köln, wie in der Konzilssprache unser Bistum heißt, den Glauben verkündet. Wenn wir in diesen Wochen ausführlich und heftig darüber diskutiert haben, was die Römische Instruktion über die Mitarbeit von Priestern und Laien sagen soll (1), könnte der Dom uns an eine bestimmte Aussage dieses Schreibens erinnern, dass gleichsam alles sakramentale Leben hier seinen Ausgangspunkt hat und sich in die Pfarrkirchen und Gemeinden der Diözese hinein verzweigt. Wenn wir auf 750 Jahre Kölner Dom zurückblicken, macht es zu wenig Sinn, ihn als kulturelles Erbe zu betrachten, das es zu konservieren gilt, sich von der Schönheit der Architektur berauschen zu lassen oder bloß stolz zu sein, dass wir eine Bischofskirche besitzen, die 1996 zum Weltkulturerbe erklärt wurde. Ich wiederhole hier, was in der Vorbereitungsphase auf dieses Jubiläum hin als Hoffnung über aller Planung stand: Das Domjubiläum müsste eine Bewegung unter uns auslösen, die uns dazu bringt, sich wieder neu auf die Nähe Gottes einzulassen. Mehr noch, diese Nähe Gottes zu suchen in unseren kommenden gemeinsamen Wallfahrten.

In den letzten Monaten haben wir in anderen Zusammenhängen mehr als einmal zu hören bekommen, es müsse ein Ruck durch unser Volk und durch unsere Gesellschaft gehen (2), damit sich etwas ändert. Einen solchen Ruck zum Glauben hin, eine solche Bewegung hin auf eine Vertiefung des Glaubens möchte ich für uns alle vom Domjubiläum erwarten. Dies umso mehr in einer Zeit, wo der christliche Glaube keine selbstverständliche Lebenswelt mehr ist. Das Jubiläum wird uns nicht darauf beschränken, nur in die Vergangenheit zu blicken. Diesen Gedanken möchte ich festmachen an einem Zitat aus dem neuen Dombuch, das vielen inzwischen bekannt ist, darin schreibt Bundeskanzler Helmut Kohl in einem kurzen Statement:

„Der Kölner Dom ist für mich Zeugnis lebendigen Glaubens vieler Generationen und zugleich eine der großen schöpferischen Leistungen abendländischer Kultur. Beide sind untrennbar miteinander verbunden: Europa wird eine gute Zukunft in Frieden und Freiheit nur dann haben, wenn es seine christlichen Wurzeln nicht vergisst.“

Abschied vom christlichem Menschenbild

Ein Wort, über das sich nachzudenken lohnt. Ob Europa denn ein christliches Europa ist? Dieser Gedanke hat letzthin eine Rolle gespielt, als der türkische Ministerpräsident seine Enttäuschung über die nicht sofortige Zulassung zur Europäischen Union dadurch ausdrückte, dass er den Europäern vorwarf, ein geschlossener „christlicher Club“ zu sein. Politisch stimmt seine Argumentation, die in Europa eine fanatische christliche Allianz gegen die Türkei sieht, überhaupt nicht.

Wenn wir von Europa absehen, erlaube ich mir, die Frage anders zu formulieren, an konkretere Erfahrungen anknüpfend: Ob denn unser Land ein christliches

Land ist? Veränderungen, die in die Tiefe gehen, sind schwer auf eine kurze Formel zu bringen, auf ein Ja oder ein Nein. Zu fragen, ob Deutschland noch ein christliches Land ist, lässt sich mit Zahlen allein nicht beantworten. Immerhin sind noch 55 der 80 Millionen Einwohner Mitglieder der großen christlichen Konfessionen. Wäre es nicht auch erlaubt zu sagen: Nur noch 55 Millionen von 80 Millionen? Ist es so, dass mehr als ein Drittel mit dem Christentum nichts anfangen kann? Auch Umfragen nach dem Muster „Glauben Sie an Gott?“ oder „Wann haben Sie das letzte Mal gebetet?“ erhellen, wie der Journalist Joachim Neander es einmal ausgedrückt hat, nur die Fassade.

Man muss schon tiefer graben. Ich nenne ein paar Symptome. Aufgeschoben aber nicht ausgestanden ist die Diskussion darüber, ob das Wort „Gott“ in unserer Verfassung auf Dauer haltbar ist. Nach der Wiedervereinigung gab es darüber heftigen Streit. In der Weimarer Verfassung kam das Wort „Gott“ nicht vor. Ist die Bundesrepublik mit ihrer Grundgesetzprämisse deswegen schon christlicher als Weimar? Soweit ich das beurteilen kann, waren vor allem die Beunruhigung des Kirchenkampfes in der Nazi-Zeit und das schreckliche Ende dieses Regimes mit ein Grund dafür, das Wort „Gott“ in die Verfassung aufzunehmen. Inzwischen ist der Prozess der Säkularisierung aber sehr kräftig vorangeschritten.

Mit der jüngsten Entscheidung des Ersten Senats beim Bundesverfassungsgericht zur Ärztehafungsfrage (3), hat sich das höchste deutsche Gericht zum ersten Mal einstimmig vom christlichen Menschenbild verabschiedet. Dieses Urteil ist ein Menetekel an der Wand, das niemand übersehen darf: Menschen werden danach nicht mehr als Gottesgeschöpfe, sondern als Träger unterschiedlicher, gegeneinander abwägender Rechte gesehen. So wie diesmal ist das christliche Menschenbild noch nie „offiziell“ unter die Räder gekommen. Es war übrigens der gleiche Senat, der uns vor einiger Zeit das unsägliche Kruzifixurteil verordnet hat. Anscheinend hat das damalige Urteil die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger noch nicht hellhörig genug gemacht.

Die Entscheidung des Gerichtes, im Fall Brandenburg, das den Religionsunterricht abschaffte, wie vordem die braunen und die roten Machthaber, steht noch aus. Gerade wir in Nordrhein-Westfalen haben auf der Hut zu sein, denn es gibt hierzulande nicht zu übersehende politische Gruppierungen, die mit dem Brandenburger Modell nicht nur liebäugeln, sondern nur auf einen günstigen Zeitpunkt warten, es zu übernehmen.

Dass die Zahl der praktizierenden Christen sinkt, ist nichts Neues. Die Zahl der praktizierenden Muslime und Buddhisten steigt. Das muss Christen nicht erschrecken. Unter „praktizierend“ möchte ich verstanden wissen, dass Menschen in der Gesellschaft Zeugnis von ihrem Glauben abgeben und als lebendige, überzeugende Botschafter in einer zunehmend säkularen Umgebung wirken. Von mir aus können wir auch einen bekannteren Begriff nehmen und sagen: „Sich als überzeugter Christ outen“. Das wäre doch was!

Es gibt sicher, um die Frage von eben zu beantworten, eine ganze Fülle von positiven Beispielen, die eine Antwort in der Richtung zu geben, dass wir eben kein unchristliches Land sind. Aber unser Land ohne weiteres als christlich zu bezeichnen, wird wohl auch nicht mehr gehen.

Neue Debatte um das „Abtreibungsrecht“

Zwei Punkte möchte ich noch anmerken.

Erstens einige Anmerkungen zur Äußerung von Frau Ministerin Claudia Nolte (4) im Zusammenhang mit der neu aufgekommenen Diskussion um das Abtreibungsrecht. Wie ich unserer Kirchenzeitung entnehme, hat sich die Staatssekretärin im Frauenministerium Schleswig-Holsteins, Ursula Müller von den Bündnisgrünen, dazu so dreist geäußert wie selten zuvor. Die Stellungnahme einiger Bischöfe hält sie für eine „an Hexenjagd grenzende Verteufelung der weiblichen Sexualität“, und der Ministerin Nolte wirft sie vor, einen Schlag ins Gesicht aller Frauen zu riskieren. Worum geht's?

Familienministerin Claudia Nolte hat kurz nach Weihnachten in einem Interview mit der Rheinischen Post in Düsseldorf die Debatte um den 218 wieder öffentlich aufgenommen. 1994 hatten sich die Politiker auf ein gesamtdeutsches Abtreibungsrecht geeinigt, das eine zwölfwöchige Fristenregelung mit Beratungspflicht sowie eine medizinische und kriminologische Indikation vorsieht. Gemäß diesem Gesetz muss die Beratung vorrangig auf den Schutz des ungeborenen Lebens ausgerichtet sein. Was ist daraus geworden?

Familienministerin Claudia Nolte wurde in der Rheinischen Post mit den Worten zitiert, dass die seit Oktober 1995 geltende Neuregelung keinen Rückgang an Schwangerschaftsabbrüchen erkennen lasse. Deshalb sei an die Möglichkeit zu denken, dass die Regelung noch einmal vor das Bundesverfassungsgericht gebracht werde. Die Reaktion in der Öffentlichkeit war verheerend. Die Ministerin stieß auf Unverständnis, Ablehnung, Diffamierung. Dabei ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche tatsächlich angestiegen. Allein im zweiten Quartal 1997 waren es 34.087 und damit 17.009 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Angeblich soll dabei die Dunkelziffer, die es immer gegeben hat, abgenommen haben. Wieso? Seriöse Schätzungen gehen bislang immer noch unwidersprochen von rund 300.000 Schwangerschaftsabbrüchen aus. Genaue Zahlen wird man allerdings auch in Zukunft nicht erhalten. Zum einen weisen auch die gesetzlichen Regelungen zu Erhebungen von Abtreibungen Mängel auf und werden lasch gehandhabt. Zum anderen wird es immer wieder Fälle geben, die bewusst nicht gemeldet werden. Die Entwicklung von Zahlenmaterial allein ist noch nicht hilfreich, wenn es um die Frage geht, ob die 1994 geschaffene Neuregelung des § 218 dem Ziel dient, das ungeborene Leben besser zu schützen. Auf den Prüfstand gehören u. a. die Beratungen im Schwangerschaftskonflikt. Auch ist zu

klären, ob Schwangeren in Notsituationen tatsächlich alle nötigen Hilfsmöglichkeiten unterbreitet werden.

Wenn Bundesfamilienministerin Claudia Nolte jetzt ankündigt, das Gesetz müsse gegebenenfalls nachgebessert werden, handelt die Politikerin, nicht als „rigide Abtreibungsgegnerin“, wie es ihr entgegengehalten wird. Vielmehr kommt sie damit einem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes nach. Dafür verdient sie Lob. Das Gericht hatte in seinem Urteil von 1993 dem Gesetzgeber ausdrücklich eine Beobachtungspflicht auferlegt. Stelle sich heraus, dass das Gesetz das von der Verfassung geforderte Maß an Schutz für das ungeborene Leben nicht gewährleisten könne, so sei der Gesetzgeber verpflichtet nachzubessern.

In der Tat geht eine erkennbare Tendenz dahin, den ungeborenen Menschen aus dem Menschenbegriff praktisch heraus zu definieren und so der Abtreibung den Charakter der Tötung zu nehmen. Diese Tendenz zeigt sich auch in der schrillen und heftigen Kritik an der Stellungnahme von Ministerin Nolte sehr deutlich. Ich glaube, man kann inzwischen von einer Erosion des Rechtsbewusstseins sprechen. Ob auch bei jenen Politikerinnen und Politikern, welche die Tötung des ungeborenen Lebens als Triumph der Emanzipation feiern, mag jeder selbst entscheiden. Frau Nolte wird kaum mit allgemeiner Zustimmung für ihren Vorstoß rechnen können. Das langjährige Streitthema möchten auch die Verantwortlichen ihrer eigenen Partei im Wahljahr nicht gerne auf der Tagesordnung sehen. Persönlich habe ich großen Respekt vor diesem Schritt der Ministerin.

Aus Pressemitteilungen dieser Woche habe ich entnommen, dass wir jetzt kurzfristig mit einer römischen Erklärung zur derzeitigen Praxis unserer Schwangerenberatung rechnen müssen. Ich würde mir wünschen, dass uns der Konflikt aus der bisherigen Beratungspraxis auszusteigen – nämlich auch den sogenannten Beratungsschein ausstellen zu können – erspart bleibt. Aber selbst wenn die Bescheinigungen nicht mehr in katholischen Beratungsstellen ausgestellt werden dürfen, müssen alle unsere Beratungsstellen erhalten und noch mehr als bisher unterstützt werden.

Pfarrgemeinderäte entsprechen dem Laiendekret des Konzils

Abschließend noch einige Anmerkungen zu der am 13. November 1997 veröffentlichten „Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“. Wir haben die sehr aufgeregt und oft emotional geführte öffentliche Diskussion über diese Instruktion miterlebt. Es gibt inzwischen eine Vielzahl von Stellungnahmen, sowohl vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK), von der Bischofskonferenz, von verschiedenen Diözesanräten, von Politikern und vielen Einzelpersonen.

Auch wir als Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln haben uns schon am 17. November, nur wenige Tage nach der Veröffentlichung, mit einer eigenen Stellungnahme zu Wort gemeldet. Darin haben wir uns besonders bemüht,

aufgrund einer soliden inhaltlichen Orientierung am Text und mit einer differenzierten Analyse, zu einer vernünftigen Wertung der Instruktion und ihrer Inhalte beizutragen. Nicht wenige Reaktionen, die bis zu uns vorgedrungen sind, haben gezeigt, dass dies gelungen ist. In vielen Gesprächen, die ich geführt habe, ging es vor allen Dingen um die Frage, was wird aus unseren Pfarrgemeinderäten. In der Tat besteht hier nicht nur Aufklärungsbedarf, sondern es müssen auch strittige Fragen geklärt werden. Als Diözesanrat sind wir von der Instruktion nicht betroffen. Das Gleiche gilt für Dekanatsräte bzw. Katholikenausschüsse. Berechtigt ist aber die Frage, wie steht es um die Pfarrgemeinderäte. Versteht die Instruktion die Pfarrgemeinderäte in einem anderen Sinn, als wir sie selbst definieren? Alle Pfarrgemeinderäte sind Gremien gemäß dem Laiendekret. Sie haben demzufolge den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit im Weltdienst. Das ist auch der Grund dafür, dass Laien den Vorsitz im Pfarrgemeinderat übernommen haben und ausüben.

Allerdings sind unsere Pfarrgemeinderäte gleichzeitig auch Pastoralräte. Es ist aber notwendig und wichtig darauf hinzuweisen, dass sie dies nur zusätzlich sind zu ihrer Bestimmung Räte des Laienapostolates zu sein. Es würde sonst eine unververtretbare Überorganisation zur Folge haben, auf Pfarrebene zwei unterschiedliche Räte einzurichten, zumal darüber hinaus noch ein eigener Vermögensverwaltungsrat, nämlich der Kirchenvorstand, besteht. Gerne betone ich noch einmal, Pfarrgemeinderäte sind zunächst für den Weltauftrag der Laien da. Für das Glaubenszeugnis von Christen, in unserer Gesellschaft. Deshalb handelt es sich um ein grundlegend anderes Gremium, als es der in der Instruktion aufgeführte Pastoralrat ist. Diese Tatsache muss meiner Meinung nach in Zukunft noch viel deutlicher bekannt gemacht werden, aber auch in der alltäglichen Praxis unserer Pfarrgemeinderäte ausgeübt werden. Leider haben sich nicht selten Pfarrgemeinderäte so in eine kirchliche „Innenarchitektur“ verliebt, dass sie Gefahr laufen, dann tatsächlich von anderen als eine Art „Laienspielschar“ im liturgischen, sakramentalen Bereich angesehen werden. Deshalb werden wir in der vor uns liegenden Zeit deutlicher als bisher auf die eigentliche Aufgabenstellung der Pfarrgemeinderäte hinweisen. Ist damit die offene Frage des römischen Papiers und unsere Selbsteinschätzung geklärt? Gerne gebe ich hier weiter, was Dr. Friedrich Kronenberg, Generalsekretär des ZdK, letzthin zu diesem Punkt gesagt hat:

„Die Gemeinsame Konferenz von ZdK und Bischofskonferenz hat zuletzt 1987 ausdrücklich festgestellt, dass die Pfarrgemeinderäte gegenüber dem Pastoralrat des CIC, also des Kirchenrechts von 1983 ein Aliud (5) darstellen. Bei dieser Feststellung muss es solange bleiben, bis die Kirche auf der Grundlage des konziliaren Kirchenverständnisses in der Lage ist, ihre Verfassung unter wirklicher Berücksichtigung synodaler Formen zu ordnen.“

Deshalb ermuntere ich alle Pfarrgemeinderäte sich weiterhin im Sinne des christlichen Weltauftrages gesellschaftspolitisch zu engagieren und ihr Beratungsrecht bei pastoralen Fragen sehr wohl einzufordern, damit so das christliche Miteinander in den Pfarrgemeinden gefördert wird.

In diesem Zusammenhang haben die am 25./26. Oktober 1997 in den Diözesen des Landes Nordrhein-Westfalen unter dem Motto „Jede Stimme bringt Bewegung“ durchgeführten Pfarrgemeinderatswahlen eine durchaus positive Wirkung gezeigt. Für unser Bistum kann ich sagen, dass es eine Steigerung der Wahlbeteiligung auf 53 Prozent im Vergleich zu den sonntäglichen Messbesuchern gegeben hat. Bemerkenswert ist auch, dass in den 450 Pfarrgemeinden, die uns ihre Ergebnisse unmittelbar zurückgemeldet haben, 56 Prozent der Menschen im Alter zwischen 16 und 45 Jahren in die Pfarrgemeinderäte als Vertreterinnen und Vertreter gewählt worden sind. Von den gewählten Kandidaten sind 55 Prozent Frauen und 45 Prozent Männer.

Gerne danke ich den vielen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die durch eine gute Vorbereitung zum Gelingen dieser Pfarrgemeinderatswahl beigetragen haben. Der Dank gilt natürlich auch den Kandidatinnen und Kandidaten, die sich bereit erklärt haben, sich in die Listen aufnehmen zu lassen und, nachdem sie gewählt worden sind, das neue Amt auch übernommen haben. Sie dürfen sicher sein, dass, was den Diözesanrat angeht, sie für die nächsten vier Jahre ihrer Amtszeit von unserer Seite mit jeder Unterstützung rechnen können.

Anmerkungen:

- 1) Der Vatikan veröffentlichte am 15. August 1997 die „Instruktion zu einigen Fragen über die Mitarbeit der Laien am Dienst der Priester“. Darin wird betont, dass die apostolische Tätigkeit der Laien „bei der Evangelisierung in Gegenwart und Zukunft“ wichtig und dringlich sei. „Die Kirche kann von diesem Wirken nicht absehen, weil es zu ihrer Natur als Gottesvolk gehört und weil sie es braucht, um ihren eigenen Evangelisierungsauftrag zu erfüllen.“
- 2) Anspielung auf die „Berliner Rede“ des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog am 26. April 1997 mit dem Aufruf, durch Deutschland müsse „ein Ruck“ gehen, um den Aufbruch ins 21. Jahrhundert erfolgversprechend anzugehen.
- 3) Am 12. November 1997 entschied das BVerfG: Eine ärztliche Haftung auf Schadenersatz und Schmerzensgeld bei fehlgeschlagener Sterilisation oder fehlerhafter genetischer Beratung wegen einer gegen den Willen der Frau eingetretenen Schwangerschaft stoße nicht auf verfassungsrechtliche Bedenken (Az. 1 BR 479/92 und 1 BVR 307/94).
- 4) Claudia Nolte (CDU) war von 1994 bis 1998 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- 5) Rechtsbegriff (aus dem Lat.): etwas grundsätzlich Anderes.

Mehr denn je ist von Christen Tapferkeit in der Gesellschaft gefragt

17. Januar 1999, Maternushaus, Köln

Wie oft haben sich aus Anlass des Domjubiläums unter dem Dach des Maternushauses Frauen und Männer aus unserem Bistum und hohe Gäste aus dem In- und Ausland eingefunden, um bei Empfängen, bei Ansprachen, bei Reden oder Festveranstaltungen des Domjubiläums zu gedenken. Wo sind eigentlich all die Bedenken geblieben, die hier und da auftauchten, als die Vorbereitungsphase noch nicht abgeschlossen war?

Vor zwei Jahren bewegte uns die Frage, wie wird es wohl werden? Jetzt, nachdem das Jahr 1998 vorbei ist, dürfen wir sagen: „Es war ein großes, es war ein erfolgreiches, es war ein gesegnetes Jahr für unsere Diözese.“ Nicht nur der Zahlen wegen. Beispielsweise waren beim Hauptgottesdienst am 15. August 11.000 Menschen im Dom, um mitzufeiern; sie wurden gezählt, nicht geschätzt. Oder da ist die andere Zahl der 1,3 Millionen Frauen und Männer, Kinder und Jugendliche, die während der 14 Hauptfeiertage am Dreikönigenschrein verehrend, neugierig und aufmerksam vorbeigezogen sind. Ich denke auch an die Freiluftveranstaltungen vor dem Dom mit unserem Dombaumeister Professor Wolff. Es geht mir nicht um die Zahlen, aber einen Eindruck werde ich nicht los, den ich hier erwähnen möchte. Je öfter ich während des Domjubiläums in Köln war, je mehr verstärkte sich der Eindruck, dass viele der unzähligen Feierenden nicht immer auch diejenigen waren, die sonst bei unseren übrigen Veranstaltungen anzutreffen sind. Täuscht die Beobachtung, dass es ein gewaltiges Potential von Gläubigen in unserem Erzbistum gibt, die wenig bei Veranstaltungen unserer Programme in Erscheinung treten. Das bringt mich zu der Frage, wie wir diese Vielen erreichen.

Nachwirkungen des Domjubiläums

Es ist unstrittig, da sind Tausende zusammengekommen, um zu beten und um zu singen, um Liturgie zu erleben, um zu feiern und um sich zu freuen. Im Rückblick auf diese Erfahrung kann es um die Kirche so schlecht nicht bestellt sein, wie es manchmal aussieht. Natürlich wird niemand unter uns die kritische Situation, in der sich unsere Kirche befindet, leugnen wollen. Aber meines Erachtens soll die Frage beantwortet werden, was wir aus dem Domjubiläum mit in die kommende Zeit nehmen. Dieses Jahr 1998 kann aus pastoral-theologischer Sicht und ebenso aus der Sicht des Diözesanrates nicht einfach so zu den Akten gelegt werden wie ein Kalender, von dem das letzte Blatt abgerissen ist. Welcher „Schub“ – um sich eines beliebten Wortes zu bedienen – wird denn nun von diesen Festwochen ausgehen? Ich möchte ein einfaches Beispiel nennen, um vielleicht eine Anregung zu geben. Mich hat überrascht und viele andere ebenso, wie

die Komplet am Abend zu einem Ereignis besonderer Art wurde. Wer hätte das vorher für möglich gehalten, dass sich Abend für Abend der Dom mit Menschen füllte und nicht nur mit Frauen und Männern, sondern überraschend mit vielen jungen Leuten. Ein Gottesdienst, gestaltet am Abend zum Ausklang der Woche, das wäre doch etwas, das wir als Anregung aufgreifen sollten.

Ich kann mir vorstellen, dass dies für Stadtkirchen in Düsseldorf, in Bonn, in Wuppertal, in Euskirchen, erst recht hier für den Dom ein feststehendes Ereignis werden könnte. Das könnte Alte und Junge einladen vor einem Stadtbesuch, vor einem Abendessen, vor einem Spaziergang die Woche auch geistlich zu beschließen. Die Fachleute unter den Pastoraltheologen, diejenigen, die sich hauptamtlich Tag um Tag damit abgeben, werden sicher noch viele andere Möglichkeiten finden oder unzählige Anregungen mitbekommen haben. Ich bitte nicht nur für mich persönlich, sondern auch im Namen des Diözesanrates: Macht etwas daraus! Lasst das, was da aufgebrochen ist, nicht einfach so verdunsten! Dafür wäre das Domjubiläum viel zu schade gewesen.

Kardinal Meisner zehn Jahre Erzbischof von Köln

Damit bin ich beim Neuen Jahr 1999. Es ist für mich ein besonders angenehmer Anlass darauf hinzuweisen, dass Kardinal Joachim Meisner nun zehn Jahre bei uns ist. In diesen zehn Jahren hat er uns mehr kennen gelernt. In diesen zehn Jahren haben wir unseren Erzbischof besser verstanden und begriffen, worum es ihm geht und was ihm am Herzen liegt. Ich denke, so wie wir froh sind, dass Kardinal Meisner Vorsteher und Leiter unserer Diözese ist, so ist er auch sicher geworden in der Erfahrung, dass wir loyal zu ihm stehen. Dass es manchmal unterschiedliche Meinungen gibt und auch Reibungspunkte, wo wäre das nicht. Die Kirche besteht ja nicht nur aus vollkommenen Menschen, aus Heiligen und aus Engeln. Sonst würden wir wahrscheinlich hier im Maternushaus keine Beleuchtung mehr brauchen, weil die Summe aller Heiligenscheine jede Beleuchtung hier an Heiligkeit übertreffen würde.

Aber Kardinal Meisner ist ja nicht nur zehn Jahre bei uns, sondern er ist am 1. Weihnachtstag 65 Jahre geworden. Offiziell hat der Erzbischof diesen Geburtstag schon „vorgezogen“ und mit vielen älteren geistlichen Mitbrüdern beim Priestertag während des Domfestes gefeiert. Aber ich möchte die Gelegenheit nicht vorbei gehen lassen, Kardinal Meisner im Namen des Diözesanrates und im Namen der hier Anwesenden ganz herzliche Glückwünsche zu sagen. 65 Jahre – das heißt, wenn alles nach dem Kirchenrecht geht, dürfen wir sicher damit rechnen, dass er uns noch zehn Jahre schenken wird, und dass wir noch zehn Jahre zusammen für das Wohl unserer Diözese arbeiten. Ebenso wünsche ich unserem Bischofsvikar, Prälat Ludwig Schöller, zur Vollendung seines 70. Lebensjahres alles Gute und Gottes Segen. Er ist dem Diözesanrat ein guter Berater und Begleiter.

Weniger Schutz des Staates für Ehe und Familie?

Ich wünsche uns allen eine gute gemeinsame Zeit! Diese Zeit wird sicher nicht einfach werden. Und zwar in zweifacher Weise: Zum ersten deshalb, weil sich – und das wird niemand hier bestreiten – seit dem 27. September des vergangenen Jahres einiges in unserer Gesellschaft geändert hat. Ich will hier nicht erneut anmerken, was das für Christen bedeutet, dass ihr Regierungschef und fast die Hälfte seiner Minister den Amtseid um den Satz „So wahr mir Gott helfe“ verkürzt haben. Das muss jeden hellhörig machen. Daran zu erinnern hat nichts mit Wahlschelte zu tun. Wer gewählt hat, wird seine Gründe gehabt haben, so oder so zu wählen. Doch was sich langsam aber sicher aus manchen nebligen Konturen herauschält, muss Christen beunruhigen.

Ich denke beispielsweise an die vehement vorgetragenen Aussagen der rot-grünen Regierungskoalition, was sie zu tun gedenkt mit der Frage von Ehe und Familie. Es sieht so aus, dass sie eben nicht mehr unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung stehen soll, wie es das Grundgesetz vorschreibt, sondern auch andere Formen, von denen niemand behaupten kann, sie seien besser als die bisherige Form von Mann und Frau und Kindern als Familie. Dass in diesem Zusammenhang auch die Lebensgemeinschaft von Homosexuellen der traditionellen Familie in gewisser juristischer Weise gleich gesetzt wird, kann so sicher niemals auf unsere Zustimmung stoßen. Aber weil ich es nicht beim bloßen Lamentieren belassen möchte, frage ich in diesem Zusammenhang: Was machen wir denn selbst mit dem Hirtenwort über „Ehe und Familie“, in dem Grundlegendes und Entscheidendes zu diesem Problemfeld in unserer Gesellschaft gesagt wird (1).

Solches Nachdenken wirft bei mir die Frage auf, warum eigentlich solche Hirtenworte, die auch bei kritischer Betrachtung sehr vernünftig sind und deren Inhalte und Formulierungen sich sehen lassen können, so wenig Wirkung zeigen. Ein anderes Beispiel dafür wäre auch das Sozialwort der beiden Kirchen. Ich kenne keine Zeitung, ich kenne kein Medium, keinen Kommentator, keinen Politiker, der dieses Sozialwort nicht in den höchsten Tönen gelobt hätte, aber was ist daraus geworden? Hoch gelobt und tot gelobt scheint ein und dasselbe zu sein!

Erklärungen der Kirchen sind nicht für die Schubladen gedacht

Damit bin ich bei dem, was wir mit unserem „Kölner Manifest“ (2), das unser Kardinal mit mir am 8. Dezember 1998 unterzeichnet hat, erreichen wollen. Dass ein Hirtenwort oder dieses von mir zitierte Sozialwort der Kirchen so wenig Wirkung zeigt, liegt doch nicht an den Verfassern solcher Papiere. Die haben sich zusammen mit ihren Gremien große Mühe gegeben. Dass es verpufft, liegt an den Adressaten. Adressaten sind nicht nur Politiker, sondern auch wir. Jeder von uns – das will unser „Kölner Manifest“ nachhaltig ins Bewusstsein rufen – wirkt auf seine Weise und in seiner Position hinein in das gesellschaftliche Umfeld. Es

liegt an uns, was aus solchen Verlautbarungen, aus solchen Papieren, aus solchen Hirtenbriefen gemacht wird. Wo haben wir darüber geredet? Ich meine nicht in innerkirchlichen Zirkeln. Da ist es überhaupt kein Problem. Wo sind wir mit Forderungen und mit den Maßstäben, die darin beschrieben werden, persönlich in der Öffentlichkeit hörbar geworden?

Das Verpuffen solcher Papiere zwingt zur Gewissenserforschung. Auch wenn etwas selbstverständlich ist, wird es noch besser, wenn erklärt wird, warum es eigentlich selbstverständlich ist. Wir Laien in der Kirche haben seit dem Konzil einen ganz besonderen Weltauftrag nicht nur bestätigt bekommen, sondern er ist im Sinne des Einforderns nachdrücklich an uns heran getragen worden. Das möchten wir mit unserem „Kölner Manifest“ deutlich machen. Der Diözesanrat ist bereit, diesen Weltauftrag, besser gesagt unsere Weltverantwortung eindringlicher und nachhaltiger wahrzunehmen. In diesen Bereichen haben wir große Kompetenz. Da bringen wir unsere Fähigkeiten ein, da haben wir, wie man es heute nennen würde, unsere Hausmacht. Vom Beruf her, von unseren Qualifikationen und Verantwortungen her, als Politiker in großen und kleinen Gremien beackern wir ein Feld, in das wir als Christen hinein säen und wirken können.

Mitwirkung der Laien wäre oft hilfreicher

Ich denke an den Konflikt, der hier in Köln aufgetreten ist um den Ort, wo das Edith-Stein-Denkmal aufgestellt werden soll (3). Ist es so falsch, wenn ich frage, wäre man nicht einfacher und schneller, erfolgreicher zum Ziel gekommen, wenn man auch hier die Mitarbeit von Laien und ihren Verbindungen zeitig genug eingesetzt hätte und hätte man nicht die unglücklichen Reaktionen und Empfindlichkeiten vermeiden können? Es mag sein, dass der Vorgang komplizierter ist, als ich ihn hier kurz darstelle, aber ich will auf folgendes hinaus:

In der Kirche gibt es sicher nicht eine haargenaue, messerscharfe Trennung von Arbeitsteilung. Aber manchmal wäre es doch hilfreich, sich auch des Rates und der Mitarbeit der Laien zu bedienen, die in ihren Vorfeldern oft vielmehr Einfluss haben, als man vermuten möchte.

Die Zeit reicht nicht, sonst müsste ich noch anfügen, was uns alles bewegt. Zum Beispiel:

- die Erlassjahrkampagne zum Jahre 2000,
- die Ausweitung des Börsenhandels auch an Feiertagen,
- die Umsetzung der Agenda 21,
- oder auch die Konsequenzen aus dem neuen Krankenhausgesetz.

Doppelte Staatsbürgerschaft nicht sinnvoll

Hier und heute möchte ich noch Stellung nehmen zu einem aktuellen Diskussionspunkt der letzten Wochen, ich meine die Diskussion zur doppelten Staatsbürgerschaft.

Seit Jahren bemühen wir uns, auch mit Erfolg, um die Integration unserer ausländischen Mitbürger. Die guten Erfahrungen und die gemeinsamen Schritte in vielen Gemeinden und Verbänden sind ein Beleg dafür. Die Frage ist, ob zwei Pässe in einer Tasche mithelfen zur Integration oder ob zwei Pässe eher hinderlich sein können? Ich kann die Frage nicht schlüssig beantworten. Es sei denn, ich übernehme nur Schlagworte der einen oder anderen Seite. Das Thema der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes eignet sich in keiner Weise für einen Parteienstreit und muss ohne parteipolitische Polarisierung entschieden werden. Dieser Streit belastet alle Integrationsbemühungen. Persönlich lehne ich eine generell unbefristete doppelte Staatsangehörigkeit ab. Vor Jahren hat der Diözesanrat eine Verbesserung für die Kinder dauerhaft und rechtmäßig hier lebender Ausländer gefordert. Die hier geborenen Kinder sollen danach als deutsche Staatsangehörige aufwachsen, sich aber mit Vollendung des 18. Lebensjahres für die deutsche oder ihre angestammte Staatsangehörigkeit entscheiden müssen.

Ich erinnere mich aus der Zeit meiner Jugendarbeit, als einmal in einer Diözesanversammlung das Wort fiel „Christ ist man nicht nur am Sonntag“. Ich möchte es abwandeln: Christ ist man nicht nur im Diözesanrat, Christ ist man nicht nur in einer Kommission, Christ ist man nicht nur in irgendeinem Mitarbeitergremium des Kardinals, wo es schick ist, sich zu treffen. Das Christsein kommt erst zum Tragen, wenn man da, wo man alleine ist, wo man selbst als Christ in einer verantwortlichen Position der Gesellschaft steht, daraus etwas macht. Meine Frage geht dahin, haben wir bislang unsere Chancen da wirklich umfassend wahrgenommen? Haben wir unser Potential, über das wir verfügen, eingebracht? Ich würde mir wünschen, dass unsere Erklärungen, unsere Forderungen nicht bloß Appelle sind, die einmal schön verfasst, auf Umweltpapier gedruckt und in den Gemeinden verteilt, vergessen werden. Sie sollen eine Art Fahrplan sein für das, was wir machen, und Hilfe sein, wie wir das umsetzen. Wir haben oft gefragt, wie setzen wir das Konzil um, jetzt wird es Zeit, noch stärker als bisher unter den sich ändernden gesellschaftlichen Bedingungen an die Arbeit zu gehen.

Debatte um kirchliche Konfliktberatung für schwangere Frauen

Es drängt sich natürlich auf, in diesen Tagen, wo die Diskussion um die Abtreibungsspielle RU 486 besonders heftig entbrannt ist, auch auf das brennende Problem der Abtreibung noch einmal zurückzukommen.

Die nächsten Wochen werden für die katholische Kirche in Deutschland von Bedeutung sein. Nachdem die von den Bischöfen eingesetzte Arbeitsgruppe ihre Auftragsarbeit abgeschlossen hat, ist nun der Ständige Rat und dann im Frühjahr die Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz am Zuge. Gerade die auf hohem Niveau geführte Debatte um die Frage der Schwangerschaftsberatung und um das Problem der Abtreibungsspielle RU 486 – um ein Beispiel zu nennen: etwa in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung die Beiträge von Professor

Spieker aus Osnabrück oder von Christian Geyer, wie auch die Beiträge von Professor Ockenfels (Trier) und von Professor Roos (Bonn) in der Kölner Kirchenzeitung – verdeutlicht, dass es unterschiedliche Sichtweisen in dieser Frage gibt, aber in der Öffentlichkeit zunehmend auch Argumente für ein Ende der bisherigen Praxis auftauchen. Ich kann nur feststellen, dass das Problem, das nicht nur durch den Papstbrief an die deutschen Bischöfe (4) entstanden ist, nicht so einfach zu lösen ist, wie wir es manchmal gerne hätten oder auch an der Basis gefordert wird. Meine Hoffnung und Zuversicht geht dahin, eine Lösung zu finden, die sowohl der Hilfe für die in Not geratenen Schwangeren so gerecht wird, wie wir es seit Jahren fordern, aber auch unzweideutig und signalhart den Schutz des ungeborenen Kindes einfordert.

Die Situation hat sich verschärft durch die Diskussion um die Einführung der Abtreibungsspielle RU 486. Wie selten zuvor ist dabei unser Erzbischof in die Schusslinie geraten. Er hat als einer der ersten Bischöfe der Bundesrepublik dazu Stellung bezogen. Inzwischen liegen so gut wie von allen Bischöfen gleichlautende ablehnende, warnende, mahnende Stimmen vor, diese chemische Substanz in der Bundesrepublik nicht zuzulassen. Ich möchte hier an einen alten Erfahrungssatz erinnern, der heißt „Wer schweigt, stimmt zu“. Aus diesem Grunde begrüße ich es, dass in einer Gesellschaft, in der immer schneller und oft genug immer oberflächlicher und immer uninformatierter über bestimmte Probleme geredet wird, sich unser Kardinal als Wortführer, mit ihm fast alle deutschen Bischöfe, in der Öffentlichkeit eine Stimme verschafft hat. Was den konkreten Fall der Einführung der Abtreibungsspielle RU 486 angeht und deren Befürwortung durch Politiker, denke ich, stehen wir ohne irgendwelche Abstriche an der Seite der Bischöfe. Wir sollten ohnehin – damit bin ich wieder bei dem Punkt, den ich eben schon einmal kurz angedeutet habe – mehr begreifen, dass Christen sich nicht zu ducken brauchen. Es wird heute so oft davon gesprochen, ob unsere Väter oder Großväter möglicherweise in der Nazizeit es versäumt haben, nicht deutlich genug geworden zu sein. Unsere Situation heute ist damit nicht zu vergleichen. Heute sich zu Wort zu melden, heute ein Bekenntnis öffentlich ablegen, bedeutet doch weder Gefängnis noch Strafverfolgung noch sonst etwas, sondern nur etwas Mut, etwas Tapferkeit. Tapferkeit gehörte mit zu den Urtugenden des Christentums.

Tugenden haben nur noch wenig Konjunktur

Augenscheinlich hat Tapferkeit wenig Konjunktur in der Gesellschaft, in der Politik und in der Kirche. Die Verhaltensforscher zählen eine Reihe von Eigenschaften und Merkmalen auf, die Menschen von Tieren unterscheiden. In diesem Zusammenhang heißt es dann oft, dass der Mensch ein Verhältnis zur Geschichte habe, das Tier aber nicht. Ein Tier weiß nicht, was sein „Vater“ oder seine Vorfahren getan haben und was vor hundert oder vor fünfzig Jahren geschehen ist. Ein Tier kann daraus nicht lernen und keine Konsequenzen ziehen. Dass der Mensch

aufrecht geht, ist mehr als ein Symbol. Es signalisiert, dass er frei denken kann. Jedenfalls beschreibt der Philosoph Ernst Bloch den aufrechten Gang des Menschen als dessen Fähigkeit zu disponieren, der genauen Ortung von rechts und links, von vorn und von hinten. Er sieht darin ein hohes Maß von Sicherheit und die Fähigkeit, das Ziel auf das er zugehen will, nicht aus den Augen zu verlieren. Aufrecht stehen, wenn's drauf ankommt, das verleiht dem Menschen seine Würde, sein Identitätsgefühl, seine Empfindung: Ich bin es selbst. Er kann zu einer Sache stehen. Er hat die Fähigkeit, selbst zu bestimmen, sich von einem allgemeinen Trend nicht mitreißen und fortschwemmen zu lassen. Er kann unterscheiden zwischen richtig und falsch. Er kann sogar Todesfurcht überwinden und Angst, um seiner Sache zum Durchbruch zu verhelfen. Sonst hätte es wahrscheinlich in der Kirchengeschichte nie Märtyrer gegeben. Um noch einmal Ernst Bloch zu zitieren:

„Der Tapfere ist frei.“

Ob der Verlust der Tugend der Tapferkeit tatsächlich als Verlust empfunden wird, hängt vom jeweiligen Menschenbild ab. Ich weiß, wie schwierig es sein kann, den Begriff „Tugend“ heute noch zu gebrauchen. Zu oft scheint er abgewertet zu sein. Vielleicht hilft uns das etwas weiter, wenn wir uns auf die Sprachwurzel einlassen: Tugend kommt von taugen. Ein Mensch mit Tugend ist also jemand, der zu etwas taugt. Tapferkeit als Tugend ist meines Erachtens in unserer Gesellschaft mehr denn je gefragt. Der Tapfere ist bereit, nicht nur für die Wahrheit und Gerechtigkeit einzutreten, sondern um dieser Sache willen sogar Verwundungen, Verletzungen und Verleumdungen in Kauf zu nehmen. Die Erfahrung lehrt, dass, wenn die Tapferkeit in einer Gesellschaft auf der Strecke bleibt, Wankelmut und Nachgiebigkeit die Machthabenden oder die Gewalttätigen verlockt, sich rabiatt durchzusetzen. Ergänzt wird dies durch eine weitere Erfahrung aus dem politischen Bereich, dass Dumme schnell dem nachlaufen, der am besten, am konsequentesten und am verführerischsten dem Haufen nach dem Mund redet. Schon deshalb ist es notwendig für alle, die in der Gesellschaft ihren Einfluss nicht verlieren wollen, Mut und ihre Tapferkeit einzubringen. Der Mut, dem Falschen offen entgegenzutreten. Sich zu wehren, wenn nötig, sich zu verweigern. Kurzum: Tapferkeit setzt uns in den Stand, über das bloße „Betroffensein“ hinaus weiter zu schreiten und sich dafür einzusetzen, was als gerecht, wahr und richtig erkannt ist. Wie oft wird in letzter Zeit der Kirche vorgeworfen, sie hätte in entscheidenden Situationen geschwiegen und sich geduckt. Ich möchte uns wünschen, dass solcher Vorwurf nie mehr erhoben wird.

Schon jetzt wird über den erst kommenden Jahreswechsel geredet. Gewiss ist es ein besonderer: Ende eines Jahrzehnts, Ende eines Jahrhunderts und Wechsel in ein neues Jahrtausend. Dieser Jahrtausend-Wechsel steht aber erst in 348 Tagen an. Dennoch: Das Jahr 2000 ist zu allererst ein christliches Jubiläum – ein

zentrales Ereignis des christlichen Glaubens durch die Geburt Jesu Christi, ein Ereignis, das zum Wendepunkt unserer Zeitrechnung wurde und zum Ausgangspunkt unserer zweitausendjährigen Geschichte unserer weltumspannenden Glaubensgemeinschaft.

Anmerkungen:

- 1) Im „Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1998“ unter dem Titel „Politische Verantwortung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ vom 28. August 1998 heißt es: „Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft. Eine verantwortungsvolle Politik muß nicht nur die materiellen Rahmenbedingungen für ihre Entwicklung stärken. Sie muß auch dafür sorgen, daß Ehe und Familie im Erziehungswesen und in der Rechtsordnung als positives Leitbild erhalten bleiben und für die jungen Menschen neue Kraft gewinnen. Wer unter dem Zeichen der Gleichbehandlung von anderen Formen des Zusammenlebens die grundlegende Bedeutung von Ehe und Familie einschränkt oder verneint, zerstört die Lebenskraft unserer Gesellschaft.“
- 2) Das „Kölner Manifest 1998. Zur Mitwirkung an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung und einer menschenwürdigen Welt“ ruft die Christen zu ihrem notwendigen aktiven Beitrag auf und gibt besonders den Laiengremien praktische Anregungen zur Umsetzung.
- 3) Das inhaltlich wie künstlerisch umstrittene Denkmal für Edith Stein, das das Erzbistum Köln bei dem Düsseldorfer Künstler Bert Gerresheim anlässlich der Heiligsprechung am 11. Oktober 1998 in Auftrag gegeben hatte, wurde, da die Stadt Köln eine Aufstellung auf öffentlichem Grund nicht genehmigte, auf Kirchengelände vor dem Priesterseminar platziert und im Februar 1999, am Aschermittwoch enthüllt und gesegnet.
- 4) Im Januar 1998 hatte Papst Johannes Paul II. an die deutschen Bischöfe geschrieben, die gesetzlich geforderte Bescheinigung als Nachweis für eine Beratung, die Voraussetzung ist für die Straffreiheit eines Schwangerschaftsabbruchs, sei zweideutig, als wirke die Kirche an der Tötung unschuldiger Menschen mit. Daher bat der Papst die Bischöfe „eindringlich“, „Wege zu finden, dass ein Schein solcher Art in den kirchlichen oder der Kirche zugeordneten Beratungsstellen nicht mehr ausgestellt wird“. Die nachfolgenden Versuche der deutschen Bischöfe, dennoch am staatlichen Beratungssystem für Schwangere in Konfliktsituationen mitwirken zu können, fanden letztlich keine vatikanische Billigung, so dass Johannes Paul II. 1999 diese Mitwirkung strikt untersagte.

Subsidiarität muss auch in der Kirche verwirklicht werden

16. Januar 2000, Maternushaus, Köln

Das Jahr 2000 ist mit Spannung erwartet worden. So wie jeder „runde Geburtstag“ im Leben eines Menschen etwas Besonderes ist, der zum Rückblick und zum Ausblick einlädt, ist in diesem Sinne auch der diesjährige Jahreswechsel etwas ganz Besonderes gewesen. Und das ganz besondere Schöne und Gute an diesem Jahreswechsel war, dass er letztlich so normal und unspektakulär war wie die Jahreswechsel zuvor. Selbst der große Computercrash, der von vielen beschworen worden war und der viel Arbeitskraft im Vorfeld gebunden hat, ist ausgeblieben. So nüchtern kann man es sehen!

Als von der Kirchenzeitung Prominente gefragt wurden, wie sie denn den angeblichen Jahrtausendwechsel verbringen wollten, antwortete unser Generalvikar mit rheinischer Gelassenheit, dieses Ereignis sei so nebensächlich, dass er es zu verschlafen gedenke. Ich weiß nicht, ob ihm das bei all dem Lärm tatsächlich gelungen ist, aber tatsächlich haben Christen sich von der Millenniumseuphorie und Hysterie wenig anstecken lassen.

Menschwerdung Gottes als Nabel der Zeit

Aber: Die ganze Welt richtet ihre Zeitrechnung nach dem für unseren Glauben zentralen Ereignis aus, der Menschwerdung Gottes in Jesus Christus. Dies tun nicht nur die Christen, sondern auch Juden und Muslime, kurzum Menschen aller Religionen, wenn sie sich untereinander verständigen wollen. Das zeigt, welche historische Bedeutung das Christentum für unsere Welt bekommen hat, wie groß die kulturelle Bedeutung des Christentums ist – wie lange noch für Europa sei dahingestellt.

Viele klagen zu Recht über die schwindende Bedeutung des Christentums in der Gesellschaft. Die Dinge werden schwieriger: Die Gemeinden verlieren Mitglieder. In Politik, Gesellschaft und Medien werden unsere Positionen immer weniger beachtet. Die Auswirkungen reichen von der Bildungspolitik über die Bedrohung des Sonntags bis hin zur Beobachtung, dass der Begriff „Gott“ aus der Präambel des Grundgesetzes gestrichen werden soll.

Meine Sorge ist, dass dies alles zur Dauerklagestimmung wird, dass wir uns selbst bemitleiden oder wir uns in die Schmollecke zurückziehen. Wer nur auf das Negative starrt, wer nur klagt und jammert, wird nicht in der Lage sein, positive Veränderungen anzupacken, Initiativen zu entwickeln, weil er nicht an die eigenen Chancen glaubt.

Dass wir immer weniger werden könnten, ist kein Naturgesetz: Ich bin überzeugt, dass es Wege und Mittel gibt, zu lebendigen Gemeinden zu kommen. Einigen

Gemeinden in unserem Erzbistum ist genau dies gelungen, und eines haben sie gewiss gemeinsam: Dort herrscht keine Jammer-, sondern Aufbruchsstimmung. Nicht das bekümmerte „Noch“, sondern das hoffnungsvolle „Schon“.

Kein Rückzug ins Getto

Es gibt keinen Grund, eine kleine abgeschottete Minderheitskirche zu werden. Ich habe kürzlich gelesen, dass Kirche und Verbände trotz schöner Worte und vieler Papiere seit geraumer Zeit mit dem Rücken zur Wand stehen. Wie viel Kraft geht darauf, sich permanent zu verteidigen? Wir dürfen nicht nur nachplappern, was ohnehin ist, auch nicht Vorhandenes nur multiplizieren. Wir müssen uns zu unserem unverwechselbaren Profil bekennen. Ich wünsche uns allen, dass nicht der Rückzug ins Ghetto unsere Grundhaltung im Jahr 2000 ist, nicht Ängstlichkeiten, sondern Selbstvertrauen und die Hoffnung, dass wir bei allem, was wir tun, auf Gottes Hilfe vertrauen dürfen.

Offenheit und Vertrauen sind Grundhaltungen, sind Voraussetzungen dessen, was wir Subsidiarität nennen. Subsidiarität traut den einzelnen, den freien Kräften in der Gesellschaft zu, möglichst viel aus eigener Verantwortung zu tun. Ich bringe nochmals in Erinnerung: Subsidiarität lässt die jeweils untere Ebene tun, was auf dieser Ebene möglich ist. Die nächst höhere Ebene tut nur das, was auf der unteren Ebene nicht geleistet werden kann. Staatliche Strukturen beschränken sich auf das, was nicht durch einzelne und freie Initiativen umgesetzt werden kann. So viel Regelung und Regulierung wie nötig, und keinen Deut mehr. Es ist mir als Vorsitzendem des Diözesanrates wichtig, dies auch im Hinblick auf die Entwicklung der Bundesrepublik zu betonen, besonders nachdem der Regierungs- und Parlamentssitz von Bonn nach Berlin verlegt worden ist. Manche forschen Sprüche von der nun angeblich entstehenden „Berliner Republik“ sind offenkundig von tiefer Antipathie gegen lebendige föderalistische Tradition geprägt. Hoffentlich bekommen jene Pessimisten kein Recht, die meinen, in Berlin drohe die Gefahr, dass die Politik vom christlichen Einfluss „befreit wird“. Unser Erzbischof, der das geistige Klima Berlins aus eigenem Erleben bestens kennt, hat schon vor Jahren vor solchen Tendenzen gewarnt.

Jedes Menschen Würde anerkennen

Wir befinden uns in einer Phase, in der die Welt immer rascher zusammenwächst. Für Katholiken sollte gelten, was der Papst in seiner Botschaft am Neujahrstag betont hat:

„Es wird in dem Maße Frieden herrschen, in dem es der ganzen Menschheit gelingt, ihre ursprüngliche Berufung wiederzuentdecken, eine einzige Familie zu sein, in der die Würde und die Rechte der Person jeden Standes, jeder Rasse und jeder Religion als vorgängig und vorrangig gegenüber jeglicher Unterschiedenheit und Art anerkannt werden.“

Es ist wohl die tiefe Erfahrung mit Leid, Krieg, Terror und Menschenrechtsverletzungen, die den Papst diese Wort finden lassen. Das vergangene Jahr war in dieser Hinsicht ein besonders schlimmes Jahr. Der Balkankrieg, der russische Kolonialkrieg in Tschetschenien, der Kaschmir-Konflikt, der Bürgerkrieg in Osttimor, das Elend auf den Molukken.

Ich möchte, dass wir miteinander kämpfen für eine Änderung des Bewusstseins und der politischen Praxis, damit die Rechte und das Wohl des Einzelnen und der Menschenfamilie Vorrang haben vor allen individuellen und nationalen Egoismen.

Jeder Mann und jede Frau hier weiß, wie unermüdlich der Papst die ungerechte Verteilung der Güter auf der Welt und die Armut von 1,4 Milliarden Menschen in der Welt anprangert. Er fordert, eine Lösung für das alte Problem der internationalen Verschuldung der armen Länder zu finden und gleichzeitig auch die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel für den Kampf gegen Hunger, Unterernährung, Krankheit, Analphabetismus und den Verfall der Umwelt zu gewährleisten.

Dies bedarf eines langen Atems. Für mich ist ein Zeichen der Hoffnung, was wir 1999 im Rahmen der „Erlassjahr-Kampagne“ auf die Beine gestellt haben, mit breiter Unterstützung aus unseren Dekanaten und Pfarrgemeinden. Die großartige, internationale Menschenkette rund um den Kölner Gipfel hat ihre Wirkung auf die Politiker nicht verfehlt (1).

Suche nach dem besten Weg, Leben zu retten

Zu unserem Einsatz für Gerechtigkeit, für den Frieden, die Zukunft der Menschen gehört besonders der Schutz des Lebens. Wenn wir uns gegen die Tötung von Ungeborenen und gegen die Euthanasie, gegen die genetische Manipulation von Menschen engagieren, geschieht dies vor allem deswegen, weil für uns Leben von Gott gewollt und unantastbar ist. Deswegen darf unser Ringen um die bestmögliche Lösung in der Schwangerschaftskonfliktberatung nicht isoliert betrachtet werden. Gerade auf dem Hintergrund der unguten Auseinandersetzungen der letzten Monate darf nicht vergessen werden, dass alle, ohne Ausnahme, die nach dem besten Weg zur Verhinderung von Abtreibungen suchen, das gleiche Ziel haben: Leben zu retten. Wenn das deutlich ist, könnte das Suchen nach dem besten Weg sekundär werden und das gegenseitige Misstrauen aufhören. So ist folgender Beschluss des Vorstandes des Diözesanrates zu verstehen:

- „Der Vorstand des Diözesanrates hat in seiner Klausurtagung Anfang Dezember beschlossen, in Anlehnung an seine schriftlichen Stellungnahmen zur Schwangerschaftskonfliktberatung die Bildung einer Initiativgruppe DONUM VITAE für den Bereich des Erzbistums Köln zu unterstützen. Über diesen und alle weiteren Schritte wird der Erzbischof informiert werden.“
- Die Initiativgruppe DONUM VITAE wird die Entwicklung bei SKF

[Sozialdienst katholischer Männer und Frauen; d.R.] und CARITAS in ihre Überlegungen einbeziehen und keine konkurrierenden Strukturen aufbauen.

- Bis zu den anstehenden Entscheidungen des Ständigen Rates der Deutschen Bischofskonferenz im Januar 2000 wird die Initiativgruppe DONUM VITAE keine endgültige Gründung auf Diözesanebene vollziehen.
- Aus dem Vorstand des Diözesanrates haben sich bisher sieben Damen und Herren bereit erklärt, diese vom Diözesanrat unabhängige Initiativgruppe DONUM VITAE zu bilden.“

Ich muss heute leider feststellen, dass der Vorstand des Diözesanrates von der Ankündigung unseres Bischofs, zum 30. Juni diesen Jahres aus der Schwangerschaftskonfliktberatung endgültig auszusteigen, nicht nur erneut überrascht worden ist, sondern viele Engagierte – wie mir in den letzten Tagen sehr deutlich mitgeteilt wurde – sich sehr verletzt fühlen, im Sinne einer „Überrumpelung“. Schade!

Es muss für Christen gelten: einzutreten für den radikalen Schutz des ungeborenen Lebens. Dazu gehört auch der Einsatz von Zeit und Geld für flankierende Maßnahmen des Lebensschutzes. Ich denke da etwa an den Beratungs- und Hilfeplan für Frauen in Konfliktsituationen oder an die Initiativen in einigen unserer Gemeinden, in denen alleinstehenden Schwangeren Wohnraum bereitgestellt wird.

Die Sonntags-Kultur dient der ganzen Gesellschaft

Wenn ich nun noch ein Wort sage zum Schutz des Sonntags, soll niemand unterstellen, Katholiken verteidigten damit nur eigene Interessen, wie z.B. den Besuch der Sonntags-Gottesdienste. Das Ziel ist umfassender: Weder der Druck globaler Konkurrenz noch ein ungehemmter Markt dürfen dazu führen, dass dem Menschen der Tag, der ihm gehört, der Sonntag, „über die Wupper geht“. Welcher Tag bleibt denn für viele Familien übrig als der Sonntag, um in besonders dichter Weise Familie zu (er)leben. Zur Sonntags-Kultur gehört sowohl der Gottesdienst wie die Erholung als auch das Erlebnis der Gemeinschaft. Es ist ein großes Glück, dass die Kampagne gegen den Verlust des Sonntags zusammen mit den evangelischen Mitchristen getragen wird. Aber: Jeder einzelne von uns muss persönlich für den Schutz des Sonntags eintreten.

Subsidiarität als Maß der Strukturreformen

Zum Schluss eine Anmerkung zur Subsidiarität innerhalb der Kirche: Was wir nach außen hin in der Gesellschaft einfordern, sollten wir in der Kirche vorleben – auch davon hängt Glaubwürdigkeit ab. Könnte es sein, dass die anstehenden Strukturreformen und die pastorale Neugliederung unserer Gemeinden auch in diesen Bereich der Subsidiarität gehören?

Neue Seelsorgebereiche und die Gründung von Pfarrverbänden sorgen bei Betroffenen für Unruhe und Ängste. Wir als Diözesanrat werden bei unserer Beratungsarbeit immer wieder damit konfrontiert und versuchen, so gut wie möglich die Gemeinden für eine kooperative Pastoral zu öffnen. Wir werden aber niemals eine Zentralisierung in Richtung Großpfarrei gegen den Widerstand der Ortsgemeinde unterstützen. Dies darf auch nicht der Ansatz der anstehenden Reformen sein. Uns geht es darum, die Ortsgemeinde und ihre vielfältigen Gremien, Gruppen und Initiativen als die unterste Ebene kirchlichen Lebens zu erhalten und zu stärken. Dies schließt nicht aus, sondern ein, dass die Gemeinden künftig mit ihren Nachbargemeinden in den unterschiedlichsten Formen der Kooperation gemeinsam das tun, was sich nur gemeinsam oder eben besser gemeinsam tun lässt. Gilt auch hier das Prinzip der Subsidiarität, so soll es auch in den neuen Strukturen seinen Platz behalten, wo Menschen selbst Verantwortung übernehmen können. Wenn deutlich wird, dass dieser Grundsatz gilt und keine Gemeinde als Ort der Beheimatung für unsere Gläubigen verloren geht, werden sich die Ängste und Widerstände gut überwinden lassen.

Anmerkungen:

- 1) Unter dem Leitwort „Erlassjahr 2000 – Entwicklung braucht Entschuldung“ demonstrierte eine Menschenkette von rund 40.000 Beteiligten im Juni 1999 anlässlich des 25. Gipfeltreffens der acht bedeutendsten Industrienationen (G 8-Gipfel) in Köln. Die Initiative, die nicht zuletzt von kirchlichen Organisationen getragen wurde, übergab eine Petition zum Schuldennachlass für arme Entwicklungsländer mit etwa 20 Millionen Unterschriften an Gastgeber Bundeskanzler Schröder. Die Regierungschefs zeigten sich beeindruckt und beschlossen die HIPC-Initiative, ein Entschuldungsprogramm für die am höchsten verschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries).

Tänze um Goldene Kälber

21. Januar 2001, Maternushaus, Köln

Das Heilige Jahr 2000, vor wenigen Wochen zu Ende gegangen, war ein besonderes Jahr! Vielen Menschen unterschiedlicher Religionen wurde das für unseren Glauben zentrale Ereignis, die Menschwerdung Gottes in Jesus Christus, bewusst. Als eines der herausragendsten und ergreifendsten Ereignisse im vergangenen Jahr habe auch ich die Reise des Heiligen Vaters ins Heilige Land empfunden. Unvergesslich, so schreibt Erich Läufer in einem Artikel der Kirchenzeitung, blieben jene Augenblicke, wo Papst Johannes Paul II. mit langsamen Schritten, allein und nur auf seinen Stock gestützt zur Klagemauer schritt. Dieser Mann sei ein Geschenk für die Menschen, so habe man in den Zeitungen gelesen, und der israelische Ministerpräsident Ehud Barak habe nicht gezögert, zu sagen, dass Johannes Paul II. mehr für die katholisch-jüdische Aussöhnung getan habe, als irgend ein anderer zuvor.

Aber nicht nur in der Ferne, sondern auch hier bei uns gab es im Jahr 2000 zwei besondere Ereignisse: Im September hat der Diözesanrat zusammen mit der Hauptabteilung Seelsorge und der Kölner Kirchenzeitung die Diözesanwallfahrt unter dem Motto: „Damit ihr ein Segen seid ...“ durchgeführt. Für viele der mitreisenden 600 Wallfahrer war die Reise nach Rom und der dortige Aufenthalt ein unvergessliches spirituelles und einmaliges Erlebnis. Ein Ereignis, das den Pilgern ganz neue Perspektiven unseres Glaubens eröffnet hat. Auch die Möglichkeit zur persönlichen Begegnung mit unserem Erzbischof wird vielen Wallfahrern in Erinnerung bleiben. Der Höhepunkt unserer Wallfahrt war zweifellos das Zusammenreffen mit dem Heiligen Vater im Rahmen einer privaten Audienz. Wir haben viele positive Rückmeldungen zu dieser Wallfahrt erhalten.

Gemeinde als Solidargemeinschaft

Ich erinnere auch an den 7. Diözesantag für Pfarrgemeinderäte, den wir am 28. Oktober 2000 im Kongress-Zentrum Ost der KölnMesse zum Thema „Gemeinde als Solidargemeinschaft“ unter dem Leitspruch „Säet als eure Saat Gerechtigkeit“ durchgeführt haben. Der Diözesantag war eine großartige, nachhaltige Veranstaltung, die die gesamte Bandbreite unseres gesellschaftlichen Handelns und Wirkens aufgezeigt hat.

Blicken wir heute aber auch nach vorne. Wir begehen in diesem Jahr erstmals in der Bundesrepublik das „Internationale Jahr der Freiwilligen“. Ich möchte betonen, wie wichtig das Ehrenamt in unserer Gesellschaft ist. Dieses Engagement muss daher deutlich aufgewertet und gestärkt werden. Die über 30 Prozent der deutschen Bundesbürger, die sich ehrenamtlich in Kirche, Politik und Gesellschaft engagieren, haben ein Recht darauf! Dieses Engagement beweist, dass wir

uns nicht erst auf dem Weg zu einer Bürgergesellschaft befinden! Nein, wir sind bereits eine Bürgergesellschaft. Die Politik muss zukünftig stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass für das Ehrenamt gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Freude an der Arbeit erleichtern.

Politische Anerkennung für das Ehrenamt!

In diesem Zusammenhang erwartet der Diözesanrat öffentliche Anerkennung: zum Beispiel durch Berücksichtigung im Rentenrecht oder die Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit (Ausfallzeiten) und eine angemessene Berücksichtigung im Steuerrecht. Ich fordere, dass die jeweiligen Gemeinschaften oder Institutionen finanziell in die Lage versetzt werden müssen, anfallende Kosten für ehrenamtliche Tätigkeiten erstatten zu können.

Und ich stelle zu Anfang des Internationalen Jahres der Freiwilligen fest: Auf Mithilfe und Hilfe kann niemand in unserer Gesellschaft verzichten! Wir sind alle auf andere Menschen angewiesen. Ob jung oder alt.

Würdevolles und menschliches Miteinander kann man am besten in Ehe und Familie leben. Ein aktuelles Gesetz, das der Diözesanrat ablehnt, ist das Gesetz zur Schaffung einer auf Dauer angelegten gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft (1). Wir sind der Meinung, dass die faktisch rechtliche Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften mit Ehe und Familie im Widerspruch zum Grundgesetz steht! Die Annahme des Gesetzes durch den Deutschen Bundestag hat letztendlich eine Nivellierung der Ehe zur Folge.

Natürlich treten wir dafür ein, dass vorhandene Diskriminierungen gleichgeschlechtlicher Partnerschaften abgebaut werden müssen. Dies kann unseres Erachtens auch heute schon durch die mögliche Form des privatrechtlichen Vertrags geschehen. Sachverhalte, die privatrechtlich nicht aufgelöst werden dürfen, können öffentlich rechtlich geklärt werden.

Der Schutz von Ehe und Familie wird durch das neue Gesetz in wesentlichen Punkten zur Disposition gestellt. Die klassische und bewährte Familie – auch oft erst in der sogenannten „Zweitfamilie“ – ist immer noch die beste und verlässlichste Voraussetzung für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen! Die Familien sind von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der nachwachsenden Generation und damit für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln wünscht, dass die Familie als Ort der gelebten Solidarität zwischen den Generationen angesichts der ökonomischen Benachteiligung gestärkt wird. Die unverzichtbaren Leistungen von Ehe und Familie für unsere Gesellschaft müssen durch die Politik stärker als bisher rechtliche, politische gesellschaftliche und öffentlich geförderte Anerkennung erhalten. Die Ermöglichung von Ehe und Familie darf nicht im Grundgesetz verstauben. Sie muss Leitlinie der Tagespolitik werden!

Familienpolitische Schieflage der Rentenreform

Lassen Sie mich noch etwas zum Stichwort Generationensolidarität im Hinblick auf die Rentendiskussion sagen: Wir haben durchaus die Entscheidung von Minister Riester (2) registriert, im Rentenreformkonzept auf den umstrittenen Ausgleichsfaktor zu verzichten. Die Bundesregierung darf es allerdings nicht bei dieser Verbesserung belassen. Für uns ist es wichtig, dass die familienpolitische Schieflage des Reformpaketes behoben wird. Ohne Korrekturen bei den Familienleistungen ist zu befürchten, dass aus dem „hinkenden Drei-Generationen-Vertrag“ in der Rente ein „Vertrag zu Lasten Dritter“ wird. Insbesondere die Mütter werden die Last-Esel der Nation.

Kindererziehung ist ein bestandsichernder Beitrag zum Generationenvertrag, der innerhalb der Rentenversicherung zu berücksichtigen ist. Der Vorschlag des Gesetzentwurfes, eine kindbezogene Höherbewertung von Beitragszeiten bei der Rentenberechnung einzuführen, bleibt deutlich hinter unseren Erwartungen zurück.

Unser Sachausschuss „Gesellschaft, Staat, Wirtschaft“ hat bereits im Jahr 1997, teilweise noch belächelt und hart angegriffen, ein Modell der Alterssicherung erarbeitet. Es sieht eine Grundsicherung plus Eigenvorsorge im Alter vor. Dieser Vorschlag baut auf dem Gedanken auf, dass eine nachhaltig finanzierbare Alterssicherung in Zukunft aus zwei Säulen besteht: einer Grundsicherung, die allen Menschen in unserem Land zukommen würde, und einer nach individueller Leistungsfähigkeit ausgestatteten Eigenvorsorge. Ob sich die Politik an diesem Modell einmal orientieren wird, bleibt abzuwarten.

Pastorale Strukturen sind kein Selbstzweck

Ich nehme die zukünftige Pastoral in den Seelsorgebereichen und die damit zusammenhängenden Strukturveränderungen in der Ortsseelsorge zum Anlass, einige Standpunkte des Diözesanrates deutlich zu nennen:

Der Diözesanrat unterstützt die anstehende Reform der Strukturen der Orts-Seelsorge als wichtigen Beitrag zu einer flexiblen Pastoral. Sie geht gezielt auf die jeweils sehr unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen in der Orts-Seelsorge ein. Die pastoralen Strukturen dürfen jedoch keinen Selbstzweck bilden. Sie müssen deshalb so beschaffen sein, dass sie der Weitergabe des Glaubens und einer lebendigen Seelsorge in der bestmöglichen Weise dienen. Entsprechend sind die pastoralen Strukturen zu gestalten und zu verändern. Veränderungen dürfen aber nicht über Finanzströme gelenkt und bewirkt werden!

Wir sind der Meinung, dass es kein pastorales „Einheitsmodell“ geben darf! Die örtlichen pastoralen Bedingungen und Bedürfnisse sind viel zu verschieden! Der Diözesanrat lehnt aus diesem Grunde jeden Zwang zu einer Zentralisierung und Vereinheitlichung der pastoralen Ortstrukturen ab. Eine Zusammenlegung von Gemeinden zu einer einheitlichen Kirchengemeinde darf es nur dann

geben, wenn die betreffenden Einzelgemeinden dies ausdrücklich wollen. Für die gesamte Reform muss der Grundsatz der Subsidiarität gelten: Auf die höheren Ebenen darf nur das übertragen werden, was dort besser als auf der Pfarrerebene funktioniert.

Die Reform der Orts-Seelsorge sollte den Gemeinden nicht als eine „leider nicht zu umgehende Notlösung“ vermittelt werden. Vielmehr sollten wir deutlich machen, dass die Reform eine zukunftsorientierte Pastoral ist.

In diesem Zusammenhang ist uns im Diözesanrat die Zukunft der mittleren Ebene, die Dekanats- und Katholikenräte auf den Kreis-, Stadt- und Ortsebenen sehr wichtig. Wir haben eine Kommission beauftragt, sich mit den zukünftigen Aufgaben der Dekanatsräte zu beschäftigen. Die erarbeiteten Vorschläge werden sehr bald mit den Vorständen der Dekanatsräten auf den Kreis- und Stadtebenen besprochen.

Am 27. und 28. Oktober 2001 finden nach vierjähriger Amtszeit die Pfarrgemeinderatswahlen in den fünf nordrhein-westfälischen Bistümern statt. Alle Pfarrgemeinderäte sollten so früh wie möglich die Pfarrgemeinderatswahl, vorbereiten, so z.B. im Rahmen der Kandidatensuche oder der Öffentlichkeitsarbeit. Wir benötigen auch zukünftig in jeder Gemeinde Pfarrgemeinderäte, die in der Pastoral die Pfarrer beraten und sich in gesellschaftspolitischen Fragestellungen in den Kommunen einmischen und engagieren.

Ich danke an dieser Stelle sehr herzlich allen Frauen und Männern, die sich in den ehrenamtlichen Dienst der Pfarrgemeinderäte in den vergangenen Jahren gestellt haben. Ich bitte Sie, auch weiterhin durch Beispiel, Wort und Tat Ihre Stimme zum Wohle der Kirche im Erzbistum Köln zu erheben.

Leben muss von Anfang an geschützt werden

Im vergangenen Jahr hat uns vor allem der Konflikt um den richtigen Weg in der Schwangeren-Konfliktberatung beschäftigt. Die Diskussionen wurden sehr fachlich, hart und leidenschaftlich geführt. Nach wie vor gibt es oft keinen Konsens darüber, wie der Schutz des Leben der ungeborenen Kinder am besten zu gewährleisten ist. Daher sollten wir alle folgendes sehen: Es geht uns bei den unterschiedlichen Wegen immer und zu jeder Zeit darum, das Leben von Anfang an zu schützen! Und ich betone: Wir respektieren, wenn sich die Betroffenen bei der Frage, wie der Schutz des ungeborenen Lebens am besten zu gewährleisten ist, auf ihr Gewissen berufen.

Der Diözesanrat dankt allen, die sich für den Schutz der ungeborenen Kinder einsetzen und sich engagieren, um den in Not geratenen Frauen zu helfen. Ich danke allen Beraterinnen, unserem Erzbischof, allen Bischöfen und allen katholischen Verbänden und Laien für ihren Einsatz zum Schutz des Lebens, egal welchen Weg Katholiken ihrem Gewissen folgend beschreiten.

Nachdem nun unser Bistum einen neuen Weg in der Schwangerenberatung geht (3), bittet der Diözesanrat die Landesregierung in NRW, ein plurales, bedarfsge-
rechtes und umfassendes Beratungsangebot zu entwickeln und immateriell wie materiell zu unterstützen. Zu einer solchen materiellen Unterstützung gehört unseres Erachtens auch die finanzielle Förderung der allgemeinen Schwangerenberatung der katholischen Kirche. Eine solche Unterstützung ist u.E. auch deshalb geboten, weil ein Gutachten der Deutschen Bischofskonferenz zu dem Schluss kommt, dass auch die allgemeine Schwangerenberatung neben der gesetzlichen Konfliktberatung zum Gesamtsystem gehört. Eine staatliche Förderung der allgemeinen Schwangerenberatung der katholischen Kirche erfolgt inzwischen in Rheinland-Pfalz und sogar in Mecklenburg-Vorpommern.

Nicht alles technisch Mögliche ist ethisch zu verantworten

Auch das menschliche Leben in anderen Phasen ist inzwischen bedroht. So haben wir bereits am 11. September des vergangenen Jahres in einer Stellungnahme zum therapeutischen Klonen festgestellt, dass zunehmend ethische Normen verschwinden. Nicht alles, was technisch möglich ist, kann als moralisch zulässig verantwortet werden. Alle Techniken, die Manipulation und Zerstörung menschlicher Embryonen zum Ziel haben, missachten die Menschenwürde und sind moralisch verwerflich. Die Interessen der Forschung dürfen nicht zu einer Herabsetzung des Wertes menschlichen Lebens führen. Der Präsident der Bundesärztekammer hat den Beschluss des britischen Parlaments, das Klonen menschlicher Embryonen für therapeutische Zwecke zuzulassen, als „fürchterlichen Sieg des Kommerzes über ethische Grundsätze“ bezeichnet. Dem ist von meiner Seite nichts hinzuzufügen!

Auch durch die neuen Bestimmungen zur Sterbehilfe in den Niederlanden (4) wird menschliches Leben bedroht. Die historische Zäsur, die das erste europäische (man wagt es kaum zu sagen: abendländische) „Euthanasie-Gesetz“ regelt, geht tiefer. Eugen Brysch, Geschäftsführender Vorstand der Deutschen Hospiz-Stiftung, stellt hierzu richtig fest:

„Wie eine Gesellschaft mit Hoffnungslosen und Verzweifelten umgeht, zeigt den Grad der Zivilisation. Mit gesetzlich begründeter ‚Lizenz zum Töten‘ dürfen Menschen nun das Leben ihrer Nächsten beenden.“

Was ist an einem solchen Gesetz noch menschenwürdig? Wurde dieses Gesetz der aktiven Sterbehilfe vielleicht nur geschaffen, weil der Schwerstkranke schnell und billig sterben soll? Ist dieses Gesetz daher nicht eigentlich die systemsichernde und makabre Fortentwicklung der herrschenden Kostenlogik? Ich meine, einer solchen Logik und solchen Gedanken, aber auch solchen Gesetzen müssen wir als Christen mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Das wichtigste Argument gegen aktive Sterbehilfe kann für uns nur sein, dass es auch anders geht. Sterben muss auch in

Zukunft menschenwürdig möglich sein, weil Sterben zum Leben gehört. In der Öffentlichkeit der westlichen Welt werden die Stimmen immer lauter, die einem neuen Machbarkeitswahn huldigen. Mich erinnert das an den Tanz um das goldene Kalb. Es wird die Machbarkeit eines wissenschaftlich und technologisch perfektionierten Menschen proklamiert. Menschliches Leben wird als Materialquelle und Ersatzteillager für die Vervollkommenung von Menschen angesehen. Das Recht auf Unvollkommenheit wird immer mehr in die Ecke gedrängt. Der Diözesanrat ruft dazu auf, eine breite öffentliche Debatte über die ethische Verantwortung der Wissenschaft zu führen. Für uns ist es ein Skandal, wenn offen gegen die Geburt behinderter Kinder votiert wird. Die Grundwerte der Würde des Menschen und ihre unbedingte Schutzbedürftigkeit dürfen nicht zugunsten einer postmodernen Beliebigkeit preisgegeben werden, für die letztlich erlaubt wird, was möglich ist. Wir sind der Meinung, dass der Wissenschaft dort Grenzen gesetzt sind, wo gendiagnostische Maßnahmen die Selektion von Menschen befürworten.

Zur Zivilisation gehören nicht nur Leistung und Technik, sondern auch Solidarität, Toleranz und die Achtung vor jedem menschlichen Leben.

Egoismus und Rücksichtslosigkeit nehmen zu

Ich beobachte in unserer Gesellschaft eine egoistische und selbstverachtende Selbstgerechtigkeit. Sie besteht darin, dass man meint, alles machen und erreichen zu können und zu dürfen, während man zugleich die physische und psychische Begrenztheit des Menschen und seine Würde missachtet. Diese Einstellung kennt keine Ehrfurcht vor dem Menschen. Belege für einen solchen „Verlust des Menschen“ finden sich in allen Lebensbereichen – von der Rücksichtslosigkeit auf der Straße über die Ellenbogenmentalität im Wirtschaftsleben bis zur Gewalt in der Schule. Teile der Gesellschaft reden bereits über die Minderwertigkeit des überholten Modells „Homo sapiens“ gegenüber dem (in naher Zukunft mit Bewusstsein gesegneten) Computer. Dies macht mich sehr nachdenklich!

Niveauperlust in den Medien

Wenn wir über den Moralverlust in unserer Gesellschaft sprechen, kommen wir an klaren Aussagen über den Niveauperlust in unseren elektronischen Medien nicht vorbei! Die Auswüchse, denen wir täglich ausgesetzt sind, kennen fast kein Tabu mehr. Wie weit sind wir davon entfernt, dass Wolfgang Menges „Millionenspiel“ aus den siebziger Jahren Wirklichkeit wird? Eine Million Mark Siegprämie für den Kandidaten, der die Show überlebt.

Mit beispiellosem Voyeurismus produzieren besonders die Privatsender täglich einen Seelenstriptease ungeahnten Ausmaßes. Wann fällt die nächste Schamgrenze? Wann kippt das nächste Tabu? Gibt es überhaupt ethische Grenzen, wenn die Fernsehlandschaft von Quoten und Marktanteilen beherrscht wird? Gerade

in der Medienstadt Köln appelliere ich an die Verantwortlichen in den Medien: Lassen Sie nicht zu, dass das Niveau der Programme weiter sinkt! Stellen Sie sich der Verantwortung für die Gesellschaft.

Ganz besonders appelliere ich an die Vertreter der öffentlichen Anstalten: Besinnen Sie sich wieder auf deren ursprünglichen Auftrag! Engagieren Sie sich im Fernsehen und im Radio für verantwortungsvollen Journalismus und niveauvolle Fernsehunterhaltung. Opfern Sie Ihre Grundsätze nicht einem Zeitgeist, der täglich neue Opfer und neue Sensationen braucht! Haben Sie stattdessen Mut zu klaren – nicht zuletzt auch christlichen – Standpunkten.

Besorgt macht mich auch der Umgang mit der uns anvertrauten Umwelt. Drastisch zeigt sich diese m.E. an der BSE-Krise (5). Eines schließlich muss uns doch wohl allen klar sein: Nach dem heutigen Stand der Erkenntnisse hat die BSE-Krise ihren Ursprung in eigensüchtigen Verstößen wider die Natur – von der beschleunigten Aufzucht bis zur Geringschätzung tierischer Produkte an der Ladentheke. Wir alle sind mitschuldig an der BSE-Krise. Erzeuger, Händler und Verbraucher müssen deshalb umdenken und Gewohnheiten ändern. Die BSE-Krise muss dazu führen, dass wir alle unser Verhalten und unsere Einstellungen überdenken. Vielleicht liegt es in der Natur des Menschen, dass es erst Konflikte und Bedrohungen geben muss, damit sich etwas ändert.

Anmerkungen:

- 1) Das Lebenspartnerschaftsgesetz, das gleichgeschlechtliche Partnerschaften erstmals in Deutschland rechtlich anerkannte, wurde im November 2000 vom Bundestag mit den Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen gegen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP beschlossen und trat am 1. April 2001 in Kraft.
- 2) Walter Riester war von Oktober 1998 bis Oktober 2002 im Kabinett Schröder Minister für Arbeit und Sozialordnung. Mit seinem Namen verbunden ist die „Riester-Rente“, die im Zuge einer Reform der gesetzlichen Alterssicherung 2000/2001 geschaffen wurde, um durch staatliche Zuschüsse die private Altersvorsorge zu fördern.
- 3) Nach dem Ausstieg der Bischofskonferenz aus dem staatliche System der Schwangeren-Konfliktberatung wurde im Jahr 2000 die Schwangerenberatung „esperanza“ durch Caritas und Sozialdienst katholischer Frauen und Männer gegründet.
- 4) Das niederländische Parlament brachte im November 2000 das „Gesetz zur Kontrolle der Lebensbeendigung auf Verlangen und Hilfe bei der Selbsttötung“ auf den Weg. Die Niederlande haben damit als erstes Land aktive Sterbehilfe zugelassen.
- 5) Im November 2000 war erstmals für Deutschland durch die Bundesforschungsanstalt für Viruskrankheiten der Tiere ein Fall von BSE amtlich festgestellt worden. Die allgemein als „Rinderwahn“ bezeichnete Gehirnkrankheit wurde durch infizierte Tiernahrung übertragen worden, eine mögliche Gefährdung für Menschen führte zu einer intensiven Diskussion in den Medien.

Mit Gott die Ängste vor der Zukunft überwinden

20. Januar 2002, Maternushaus, Köln

Das erste Jahr im dritten Jahrtausend ist vorbei. Wahrlich, es war ein tiefbewegendes Jahr, das wir sicherlich so nicht erwartet hätten. Wer von uns hätte sich schon vor einem Jahr an gleicher Stelle vorstellen können, dass eine einfache Datumsangabe wie „11. September“ Bilder in uns hervorruft, deren Schrecken tief in unsere Herzen und Köpfe gedungen sind. Tausende von Menschen sind an diesem Tag durch verbrecherische Gewalt ums Leben gekommen.

Viele – auch hier unter uns – sind schon einmal die Stockwerke des World-Trade-Centers hinaufgefahren. Und manche mögen auch hier sein, die schon im Pentagon gewesen sind. Auch ich kenne beide Gebäude. Ich habe vor Augen, mit welcher Selbstverständlichkeit sich Menschen in diesen Gebäuden bewegt haben, Tag für Tag, um ihrer Arbeit nachzugehen oder etwa um einen überwältigenden Blick zu haben hinüber zur Freiheitsstatue, über Manhattan und diese unvergleichliche Stadt New York.

Das, was an diesem Tag geschehen ist, kann durch kein politisches Ziel in irgendeiner Weise gerechtfertigt werden. Hier war nur noch abgrundtiefer Hass und Verachtung gegen ein Land und dessen System am Werk, in dessen Konsequenz Menschenleben keine Rolle mehr spielen. Dies scheint mir das eigentlich Schmerzhafte und tief Verletzende für uns alle zu sein: Anstifter und Täter haben nicht nur jeden Respekt vor der Würde und dem Lebensrecht anderer Menschen vermissen lassen, sondern sie haben die sinnlose Ermordung von Tausenden von Menschen zur Verdeutlichung ihrer Ziele beabsichtigt und gut geheiß. Ich kann in diesen Anschlägen keinen Konflikt der Kulturen oder gar einen zwischen den Religionen ausmachen.

Kein gerechter Friede möglich, wenn Millionen Menschen hungern

Die Fragen nach den Ursachen und Hintergründen dieser sinnlosen Handlungen wird die Tragik dieses Tages nicht aufheben oder vergessen machen können. Dennoch birgt jede Katastrophe, seien es die persönlichen oder die weltpolitischen, immer auch eine Chance in sich. Nämlich die Chance in und auf uns zu schauen, auf die Gesellschaft, in der wir leben, sowie auf unsere Überzeugungen. Nicht nur aus christlicher Sicht ist ein gerechter Friede nur schwer vorstellbar, wenn Millionen von Menschen das Elementarste zum Leben fehlt und sie ihrer elementaren Rechte beraubt werden. Elend und Unrecht bilden oft den Nährboden für Hass und Verblendung, für Terror und Krieg. Hier stehen auch wir als Christen in der Verantwortung. Wir sind durch Jesus Christus aufgefordert, tatkräftig, innovativ und konsequent an der Beseitigung der Ursachen mitzuwirken.

Der 11. September zeigt noch einmal schmerzlich auf, dass demokratische Gesellschaften offene und verletzbare Systeme sind und es sein müssen. Es wird daher unmöglich sein, sich komplett gegenüber Bedrohungen von Innen und Außen zu schützen. Vielleicht kann uns in dieser Situation ein Glaubenssatz von Dietrich Bonhoeffer helfen, die Bedrohungen, der wir uns ausgesetzt fühlen, aufzugreifen und positiv in ein christliches Handeln umzuwandeln. Bonhoeffer schreibt:

„Ich glaube, dass Gott aus allen, auch aus den Bösesten, Gutes entstehen lassen kann und will. Dafür braucht er Menschen, die sich alle Dinge zum Besten dienen lassen. Ich glaube, dass Gott uns in jeder Notlage soviel Widerstandskraft geben will, wie wir brauchen, aber er gibt sie nicht im Voraus, damit wir uns nicht auf uns selbst, sondern allein auf ihn verlassen. In solchem Glauben müsste alle Angst vor der Zukunft überwunden sein. Ich glaube, dass auch unsere Fehler und Irrtümer nicht vergeblich sind und dass es Gott nicht schwerer ist, mit ihnen fertig zu werden als mit unseren vermeintlichen Guttaten. Ich glaube, dass Gott kein zeitloses Faktum ist, sondern dass er auf aufrichtige Gebete und verantwortliche Taten wartet und antwortet.“

Der Wahn der technischen und biologischen Machbarkeit

Trotz allem schrecklichen Leid, das der 11. September mit sich gebracht hat, gibt es noch eine Reihe anderer Themen, die uns im vergangenen Jahr beschäftigt haben und die ich hier und heute noch einmal ansprechen möchte:

So etwa, dass auch im Jahr 2001 ethische Fragen in der Medizin und Biologie Politik und Gesellschaft in Atem gehalten haben. Als erstes Land der Welt erlaubten die Niederlande die aktive Sterbehilfe. Das britische Parlament stimmte als erstes in Europa dem so genannten therapeutischen Klonen zu. In den USA berichteten Wissenschaftler, sie hätten erstmals Menschen geklont. In Deutschland drehte sich die politische Diskussion vor allem um Fragen der Forschung an embryonalen Stammzellen und deren Import aus dem Ausland. Innerhalb der Bundesregierung setzte sich eine für die Gentechnik freundlichere Position durch. Vor allem SPD und Union ringen noch mit ihrer Position zu Präimplantationsdiagnostik und Embryonenforschung. Soweit einige der wichtigen Überschriften des Jahres, die die Entwicklungen und Diskussionen um die ethischen Fragen in der Medizin und Biologie noch einmal vor unsere Augen treten lassen. Das Leben am Anfang sowohl als auch am Ende ist im vergangenen Jahr wieder ein Stück verfügbarer geworden.

Ab welcher Stufe menschliches Leben beginnt, wird wieder neu in unserer Gesellschaft diskutiert. Die Forschung an Embryonen bzw. deren Stammzellen soll uns helfen, viele der Krankheiten der westlichen Welt zu heilen. Die Argumente klingen dabei stets wohlmeinend, meist sprechen sie vom unerträglichen Leid und Mitleid, von Freiheit und Fortschritt, ja manchmal wird sogar offen von zu hohen Kosten und zu geringem wissenschaftlichen Nutzen gesprochen. Immer aber wird

die Würde eines Menschen verwechselt mit dem, was oft unbedacht als Wert oder Unwert eines Lebens bezeichnet wird. Der Würde des Menschen widerspricht es, ihn zum Forschungsobjekt zu machen, sei es auch zum eigenen Nutzen gegenüber Krankheiten. Es darf nicht erlaubt werden, an Embryonen zu forschen, denn mit der Verschmelzung des Samens mit der Eizelle entsteht ein neuer Mensch, der ebenso wie der fertige geborene Mensch von Gott gewollt ist.

Wir stehen in den als Lebenswissenschaften bezeichneten Bereichen Biomedizin und Biologie mehr als je zuvor in der Geschichte der Menschheit an einer Schwelle: Es ist die Schwelle des Machbaren und diesmal nicht des Machbaren im Sinne der Beherrschung der Elemente oder der Natur. Hier geht es um den Menschen selber. Der Mensch wird zum Herrn und zum Schöpfer seiner selbst. So sollen vor dem Einsetzen von Embryonen, die künstlich und im Reagenzglas befruchtet wurden, in den Mutterleib diagnostische Methoden Aufschluss darüber bringen, ob dieses Leben lebenswert ist und als Material überhaupt zu einem in unsere Gesellschaft passenden Menschen taugt. Der Mensch bestimmt aus sich selbst, was er für wert hält, Mensch zu werden oder nicht.

Und manche gehen noch weiter. Sie möchten selbst Kinder schöpfen, selbst tätig werden, wenn es darum geht Eltern alle Wünsche zu erfüllen. Noch mag es – so hoffe ich – mit dem Klonen von Menschen nicht Wirklichkeit werden, aber die Schwelle wäre damit übertreten.

Achtung vor dem Recht eines jeden, einmalig zu sein

Um dies hier deutlich zu sagen, diese eben skizzierte Entwicklung muss verhindert werden. Kinder dürfen nicht gemacht und damit instrumentalisiert werden, um elterliches Wohlbefinden zu erzielen. Jeder Mensch hat das Recht, einmalig zu sein. Diese Einmaligkeit gehört zum Menschsein und zur Würde des Menschseins.

Letzteres muss der Maßstab für die Überprüfung der Ziele, der Mittel und der Folgen jeglichen gentechnischen Handelns als auch der Biomedizin sein. Nicht technische Möglichkeiten, wirtschaftliche Erwägungen oder die Neugier von Wissenschaftlern dürfen den Rahmen für das sittlich Erlaubte bestimmen.

Wir müssen uns hier in diese ethische Diskussion einbringen und unsere Stimme erheben. Und dies besonders, wenn wir aus unserer christlichen Sicht heraus, die von Gott gegebene Würde des Menschen verletzt sehen. Der Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln möchte deshalb folgende Feststellungen treffen.

- Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein Relativieren dieses Grundsatzes, z.B. durch Heilungsversprechung, lehnen wir ab.
- Wir halten die Präimplantationsdiagnostik und die verbrauchende Embryonenforschung für unvereinbar mit der Menschenwürde.
- Das Herstellen von menschlichen Embryonen durch Klonen muss verboten bleiben.

- Wir setzen uns für den Erhalt des deutschen Embryonen-Schutzgesetzes ein und lehnen die Forschung an embryonalen Stammzellen ab.
- Wir fordern die Wissenschaft auf, die Forschung an adulten Stammzellen konsequent voranzutreiben und die Möglichkeiten, die sie bietet, auszuschöpfen.

Paradigmenwechsel in Europa

Auch das menschliche Leben an seinem Ende ist bedroht. In den Niederlanden wurde im April ein Gesetz zur aktiven Sterbehilfe verabschiedet und auch der belgische Gesetzgeber arbeitet zur Zeit an einem solchen Gesetz. Besonders das niederländische Euthanasiegesetz bedeutete auf europäischer Ebene eine historische Zäsur. Das menschliche Leben am Ende wurde verfügbar. Mehr noch brachte das Gesetz einen Paradigmenwechsel mit sich: Mit gesetzlich begründeter „Lizenz zum Töten“ dürfen Menschen nun das Leben ihrer Nächsten beenden. Ein Wechsel im Verständnis von Sterben und Töten, der auch Auswirkung auf die Debatten über Bioethik, Organspende und Hirntod hat. Wir sollten mit aller Entschiedenheit solchen Bestrebungen in unserer Gesellschaft entgegentreten. Das Leben ist ein unveräußerliches Geschenk Gottes und Sterben gehört wie Geborenwerden zum Leben dazu.

Entgegen dem niederländischen Gesetz zur aktiven Sterbehilfe gibt es jedoch andere Möglichkeiten, leidenden und sterbenden Menschen zu helfen. Schmerzfreies Sterben kann über verbesserte Möglichkeiten der Schmerztherapie und menschlicher Nähe in der letzten Phase des Lebens erfolgen.

Daher begrüßen und unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement wirksamer Hospizgruppen in Deutschland, die Schwerstkranken ein menschenwürdiges Sterben ermöglichen. Die hiermit verbundenen Anstrengungen müssen künftig verstärkt werden.

Dies gilt nicht nur für andere, sondern auch für uns. Daher hat der Diözesanrat eine Kommission von Fachfrauen und Fachmännern eingerichtet, die den Auftrag hat, eine Arbeitshilfe zum Thema „Menschliche Zuwendung bei Kranken und Sterbenden“ zu erarbeiten. Der einzelne, die Pfarrgemeinden, die Verbände, die katholische Kirche im Erzbistum Köln sollen damit bei ihrem Engagement gestärkt werden.

Deutschland braucht mehr Zuwanderung

Auch wenn dies bisweilen in den Hintergrund getreten sein mag, die Frage nach der Zuwanderung nach Deutschland bleibt sowohl in Politik und Gesellschaft in unserem Land aktuell. Wir brauchen Zuwanderung, und wir wollen sie auch. In gleicher Weise meinen wir es ernst mit der damit verbundenen Integration der Menschen ausländischer Herkunft in unsere Gesellschaft. Unser Land braucht eine gesetzliche Regelung zu Zuwanderung. Dabei ist es jedoch wichtig, am Asylrecht so, wie

es im Grundgesetz verankert ist, festzuhalten und dies nicht aufweichen zu lassen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Kinder zu ihren Eltern gehören und dass die Chancen für deren Integration umso höher sind, je früher sie nach Deutschland kommen. Daher muss alles unternommen werden, um ausländische Eltern dazu zu bringen, ihre Kinder hier in Deutschland aufwachsen zu lassen. Hier ist vor allem ein umfassendes Integrationskonzept notwendig. Eine Grundlage der Integration bildet unsere Rechts- und Werteordnung. Dabei ist Integration ein beiderseitiger Prozess, der aus Angebot und Annahme besteht. Dies muss, unserer Meinung nach, auch die Möglichkeit zum islamischen Religionsunterricht und das Studium der islamischen Theologie im Rahmen unserer freiheitlichen Demokratie einschließen.

Kompromiss für schulischen Religionsunterricht in Berlin

Die beiden Kirchen, wie auch Eltern und Schüler, haben vor fünf Jahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen das Schulgesetz des Landes Brandenburg geklagt, um dessen Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz prüfen zu lassen. Inhaltlich ging es bei diesem Streit darum, dass der konfessionelle Religionsunterricht in Brandenburg kein ordentliches Unterrichtsfach ist, sondern eine Veranstaltung der Kirchen neben der normalen Stundentafel, während die Teilnahme am Unterrichtsfach „Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde“ für alle Schülerinnen und Schüler verpflichtend war. Die Klage richtete sich somit gegen die Monopolstellung dieses neuen Unterrichtsfaches. Anliegen beider Kirchen war es, konfessionellen Religionsunterricht wieder als ordentliches Lehrfach in der Schule zu verankern, da dies entgegen dem Artikel 7, Absatz 3 unseres Grundgesetzes den Eltern und Jugendlichen in Brandenburg seit mehr als zehn Jahren vorenthalten wird.

Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft aller Kläger sowie der Brandenburgischen Landesregierung das vom Bundesverfassungsgericht unterbreitete Angebot einer außergerichtlichen Einigung anzunehmen. Es sollte im Sinne aller ein tragfähiger Kompromiss zwischen allen Beteiligten gefunden werden. Daher unterstützen wir den von Kardinal Georg Sterzinsky (1) und Bischof Wolfgang Huber (2) unterbreiteten Vorschlag, dass katholischer und evangelischer Religionsunterricht sowie Lebensgestaltungs-, Ethik- und Religionskunde nebeneinander existieren sollten.

Der Diözesanrat der Katholiken hat sich im vergangenen Jahr für die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geforderten Änderungen des Paragraphen 166 StGB, durch die der Schutz religiöser, weltanschaulicher Überzeugung gestärkt werden soll, eingesetzt. In diesem Zusammenhang scheint es besonders geboten, sich mit den anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften mit dem Ziel zu vernetzen, gemeinsame Aktionen gegen Religionsbeschimpfung und für einen effektiven Schutz von Glaubensinhalten durchzuführen.

Die Frage des seligen Nikolaus Groß

Im Jahr 2001 wurde ein Mann seliggesprochen, der für seine Religion und die damit zusammenhängenden Überzeugungen auch unter den schwierigsten Bedingungen des Naziregimes eingetreten ist. Ich spreche von Nikolaus Groß, dessen Leben und Einsatz für die freie religiöse und weltanschauliche Überzeugung vielleicht am besten in diesem Satz ausgedrückt ist:

„Wenn wir heute nicht unser Leben einsetzen, wie sollen wir dann vor Gott und unserem Volk einmal bestehen?“

Diese Frage hat Nikolaus Groß in einem Gespräch mit Kaspar Schulte, dem Diözesanpräses der Katholischen Arbeiter-Bewegung (KAB) Paderborn, am 19. Juli 1944, also am Vorabend des Attentats auf Hitler, gestellt. Er wurde dabei von seinem Gesprächspartner eindringlich vor den persönlichen Folgen gewarnt, die sich mit seinem Widerstand gegen das Naziregime verbanden. Die Frage, mit der Nikolaus Groß sich selbst und seine Zeitgenossen konfrontiert, ist verunsichernd und provokativ zugleich, damals wie heute.

Auf der einen Seite sind wir am Anfang des neuen Jahrhunderts aufgefordert, diese Frage vor dem Hintergrund unserer Zeit zu bedenken und Antworten zu finden, mit denen wir vor Gott und unserem Volk bestehen können. Dies kann zum Impuls für eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Geschichte und zum Impuls für ein Lernen aus der Geschichte werden.

Andererseits fordert uns die Frage von Nikolaus Groß heraus, unser persönliches, soziales und politisches Handeln zu überprüfen. Wie steht es denn um unseren Glauben? Welchen Stellenwert hat das Gebet in unserem Leben? Wie gelingt es uns, berufliche Verpflichtungen und konkrete Sorgen für die uns Anvertrauten zu verbinden? Und schließlich: Wo hören wir in den aktuellen Fragen der Gegenwart die Stimme unseres Gewissens und wie folgen wir ihr? Was bedeuten uns Aufrichtigkeit und Treue in der Begegnung mit anderen Menschen? Diese Fragen sind niemals ein für allemal beantwortet. Deshalb wäre es auch falsch, wenn wir den 7. Oktober 2001, nämlich den Tag der Seligsprechung von Nikolaus Groß, als einen Schlusspunkt verstünden. Wir dürfen uns von Herzen über die Seligsprechung von Nikolaus Groß, der ein Drittel seines Lebens hier in Köln verbracht hat, und dessen Schwester im Übrigen noch hier in Köln lebt, freuen. Gerade in den heutigen Tagen ist die Seligsprechung von Nikolaus Groß auch ein leuchtendes Zeichen, dass Terror und Gewalt, staatlich oder nicht staatlich, nicht das letzte Wort behalten. Gott steht zu uns in jeder Situation.

Ausblick auf den ersten Ökumenischen Kirchentag

Mit viel Engagement haben wir im letzten Jahr in unseren Gemeinden hier im Erzbistum Köln, aber auch in den anderen Bistümern in Nordrhein-Westfalen, die Pfarrgemeinderatswahlen abgehalten. Mit 7,4 Prozent Wahlbeteiligung

konnte das Ergebnis von vor vier Jahren nahezu gehalten werden. Dies ist besonders in Zeiten der Umstrukturierungen und der leider häufig in den Gemeinden um sich greifenden Unsicherheiten, ein beachtliches Ergebnis. Ich bin froh, dass sich in vielen Gemeinden wieder Menschen gefunden haben, die sich für ihre Gemeinde und deren gesellschaftspolitische Aufgaben im Pfarrgemeinderat engagieren wollen. Ihnen wünsche ich in der jetzt anstehenden Startphase gutes Gelingen und die Erfahrung, dass mit Ihnen Kirche lebt und leben kann.

Ein anderes Ereignis, das eigentlich erst im nächsten Jahr stattfindet, wirft seine Schatten schon voraus. Die Rede ist vom Ökumenischen Kirchentag in Berlin 2003. Inzwischen ist das Leitwort für den Ökumenischen Kirchentag festgelegt. Es lautet: „Ihr sollt ein Segen sein“. In diesem Leitwort kommen Verheißung und Zuspruch ebenso zum Ausdruck wie die Erinnerung an unsere Verpflichtungen als Christen, segensreich in die Welt zu wirken. Ich möchte herzlich einladen, den Ökumenischen Kirchentag als besondere Gelegenheit zu nutzen, gemeinsam mit Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der evangelischen Kirche an der Verwirklichung dieses Kirchentages zu arbeiten. Ziel dieser Zusammenarbeit sollte sein, das Charakteristische unserer Arbeit und die Besonderheit unseres Engagements in dieses große ökumenische Ereignis einzubringen.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zum Internationalen Jahr der Freiwilligen sagen, das wir im letzten Jahr begangen haben. Einiges hat sich in diesem internationalen Jahr der Freiwilligen für die ehrenamtliche Arbeit im gesellschaftlichen wie im politischen Raum bewegt und getan. Dies reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Ich verweise deshalb nochmals auf die Forderungen des Diözesanrats, endlich gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Verstärkung des ehrenamtlichen Engagements fördern. Dazu sind die öffentliche Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit, eine Berücksichtigung im Rentenrecht und die Anrechnung auf die Lebensarbeitszeit (Ausfallzeit) und eine angemessene Berücksichtigung im Steuerrecht notwendig. Die jeweiligen Gemeinschaften oder Institutionen müssen in die Lage versetzt werden, Kostenerstattung zu gewähren. Ehrenamtliche Tätigkeit sollte als berufliche Qualifikation beim Wiedereinstieg in den Beruf anerkannt werden.

Anmerkungen:

- 1) Kardinal Georg Sterzinsky war von 1989 bis 2011 Erzbischof von Berlin.
- 2) Professor Wolfgang Huber war von 1993 bis 2009 Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Unser Staat lässt wichtige Wünsche offen

19. Januar 2003, Maternushaus, Köln

Besonders begrüße ich Frau Roesen, die Frau des ersten und langjährigen Vorsitzenden des Diözesanrates, Dr. Anton Roesen. Frau Roesen lässt es sich trotz ihres hohen Alters von 92 Jahren nicht nehmen, zu uns zu kommen und dem Diözesanrat immer wieder Mut für sein ehrenamtliches Engagement zu machen.

Jedes gesellschaftspolitische Engagement kann nur dann sinnvoll gelingen, wenn wir den Mut aufbringen, uns kritisch mit dem auseinander zu setzen, was um uns herum geschieht. Wenn wir den Mut finden, Dinge und Entwicklungen zu loben, die wir für richtig halten, aber auch solche klar und deutlich anzusprechen, von denen wir glauben, dass sie falsch sind. Öffentlich Standpunkte zu vertreten und zur Diskussion zu stellen, heißt eben nicht einfach nur jammern oder alles, was neu und anders ist, verdammern, sondern aktiv und verantwortungsvoll an der Gestaltung unserer Gesellschaft mitzuwirken. Eine solche Haltung, sinnvoll praktiziert, impliziert auch immer Veränderung sowie Bewegung, ohne die es gerade in Krisenzeiten kaum einen Neuaufbruch geben kann.

Eine Reihe von Themen möchte ich hier und jetzt ansprechen. Themen von denen ich meine, zu denen wir im Diözesanrat etwas sagen müssen. Etwas, was eben auch Veränderung und Bewegung hervorrufen kann.

Ethische Barrieren scheinen zu fallen

Das alte Jahr endete mit einem Paukenschlag. Die Geschäftsführerin der US-Firma Clonaid, einer Firma der Raelianer-Sekte, gab die Geburt der ersten geklonten Babys bekannt (1). Weltweit machte sich in Politik, Wissenschaft, Gesellschaft und Kirche Bestürzung über diese Bekanntmachung breit. Ganz unabhängig von der Frage, ob die angebliche Geburt des ersten Klonbabys sich als Betrug erweist oder nicht, weist die Entwicklung ganz eindeutig in eine Richtung: Schon bald wird man auch den Menschen klonen – aus all den üblichen Gründen, die von der Publicity über Krankheitsbekämpfung bis hin zur Wahnvorstellung der Unsterblichkeit des Menschen reichen. Wenn die Technologie erst als sicher gelten kann, werden die bisherigen ethischen Barrieren sich als schwach erweisen und weggerissen.

Zum Thema „Klonen“ hat der Diözesanrat eindeutig Stellung bezogen. Gerade nach den jüngsten Entwicklungen halte ich es für besonders wichtig, die zentrale Forderung hier noch einmal deutlich zu wiederholen:

„Dringend bedarf es eines weltweiten, rechtsverbindlichen Verbots des Klonens von Menschen! Mit dieser Technik wird der Weg beschritten, den Mensch für den Menschen nutzbar zu machen. Der Mensch, als ein von Gott gewolltes Individuum, wird zu einem reinen Objekt degradiert. Daher muss dieses Verbot sowohl für das reproduktive als auch für das therapeutische Klonen gelten.“

Die Abgeordneten unserer Parlamente fordert der Diözesanrat auf, sich für die Umsetzung dieser Forderung auf allen politischen Ebenen einzusetzen und jene zu unterstützen, die in diesem Sinne in den europäischen und internationalen Gremien das Thema „Klonen“ verhandeln.

Nach den Niederlanden hat Belgien im letzten Jahr das zweite Sterbehilfegesetz in Europa verabschiedet. Die befürchtete Nachahmungswelle in den anderen europäischen Ländern sowie auch bei uns in Deutschland ist bisher zum Glück ausgeblieben. Das Thema ist nicht mehr tagesaktuell. Dies kann und darf uns nicht beruhigen, sondern anregen, die Diskussion in eine Richtung zu lenken, die eine Einführung der aktiven Sterbehilfe in unserem Land überflüssig macht. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen den Menschen, die für sich aktive Sterbehilfe wünschen, alternative Wege zum Umgang mit Leid, Schmerzen und Sterben aufgezeigt werden.

Hilfen für Hospiz-Arbeit und würdige Sterbebegleitung

Getragen vom Gedanken, nicht nur zu diskutieren, sondern den in diesem Bereich Hilfe und Orientierung suchenden Menschen etwas an die Hand zu geben, hatte die Vollversammlung des Diözesanrates beschlossen, die Arbeit im Bereich Hospiz und Sterbebegleitung in einer Kommission zu bündeln. Herausgekommen ist, wie ich meine, dabei eine von Fachkompetenz getragene, nicht nur inhaltlich, sondern auch mit eindringlichen Bildern gestaltete Broschüre mit dem Titel „In Hoffnung leben – in Würde sterben“. Die für uns überwältigende Resonanz, die diese Hilfe zur Hospizarbeit und Sterbebegleitung nicht nur in unserem Erzbistum, sondern auch weit darüber hinaus gefunden hat, zeigt, dass viele Menschen bereit sind, sich in christlichem Sinne intensiv mit Sterben und Tod auseinander zu setzen. Die Menschen sehnen sich nach Alternativen. Alternativen wie sie selbst mit Leid, Schmerz und Tod umgehen können und wie sie andere auf ihrem Weg des Sterbens begleiten können. Und dies ohne ihr Leben oder das ihrer Angehörigen aktiv beenden zu wollen.

Eine respektvolle Bestattungskultur erhalten

Wie unsere Gesellschaft mit Sterben und Tod, insbesondere mit den Toten selbst in Zukunft umgehen möchte, dazu gab es Ende des letzten Jahres einen neuerlichen Vorstoß, den ich äußerst bedenklich finde und zu dem ich als Vorsitzender des Diözesanrates Stellung beziehen möchte.

Ich meine damit nicht die medienwirksamen Auftritte eines Gunther von Hagens (2) und dessen Bestreben nach Leichensezierung in Big-Brother-Manier, sondern den Gesetzesentwurf der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen zur Änderung des Bestattungsgesetzes. Es ist, meiner Überzeugung nach, wichtig, dem Wunsch von Eltern, die eine Fehlgeburt erlitten haben, eine gesetzliche Grundlage zu bieten, diese Kinder würdig zu bestatten und der Trauer und Erinnerung so einen

Ort geben zu können – soweit ein Ja. Darüber hinaus jedoch hält der Diözesanrat die Vorschläge der Landesregierung zur Reform in einigen Kernpunkten für nicht akzeptabel. So können und wollen wir uns nicht mit Regelungen abfinden, die Friedhöfe zu reinen Privatunternehmen mit Gewinnmaximierung werden lassen; die etwa bei Sozialbestattungen den Willen des Toten nicht mehr berücksichtigen und statt dessen die preiswerteste „Entsorgungsart“ empfehlen; und die, im Falle der Feuerbestattung, die Aufbewahrung der Asche der Toten den Angehörigen selbst überlassen.

Auch der Sargzwang muss, unserer Meinung nach, nicht aufgehoben werden, sondern kann über eine Ausnahmeregelung für Bestattungen aus religiösen Gründen offen gehandhabt werden.

Der Staat muss das Elternrecht achten

Ich halte es heute für geboten, auch auf das Thema Familienpolitik in unserem Land einzugehen, gerade angesichts von Äußerungen, die in der letzten Zeit aus dem Umfeld der Regierung getätigt wurden. Wir sind besonders erstaunt über die Äußerungen und Vorstellungen des Generalsekretärs der SPD, Olaf Scholz (3), der in einem Interview über Ganztagsbetreuung von Kindern davon sprach, dass „der Staat die Lufthoheit über die Kinderbetten erobern sollte“. Ist dies, frage ich, die Fortsetzung dessen, was die ehemalige Familienministerin Christine Bergmann (SPD) mit „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ umschrieben hat? Unserer Auffassung nach hat der Staat kein Recht, in dieser Weise auf die Entwicklung unserer Kinder Einfluss zu nehmen. Das Grundgesetz äußert sich hierzu eindeutig: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvorderst ihnen obliegende Pflicht.“ Auch die Gesetzesinitiative zu den Ganztagsgrundschulen ist nach derzeitigem Sachstand eher eine Mogelpackung und kein Ersatz für die Betreuung in Familien, Horten oder pädagogischen Einrichtungen unserer Jugend- und Familienverbände.

Viel wichtiger als diese ohne Not provozierte ideologische Debatte scheint mir jedoch die Frage zu sein, was die Regierung eigentlich dazu beitragen möchte, dass Familiensysteme stabilisiert werden, dass Familien ihrer Verantwortung gegenüber den Kindern gerecht werden können? Wo wird dafür gesorgt, dass diejenigen, die eine Familie gründen wollen, in diesem Plan unterstützt werden? Wo bleiben die lange versprochenen wichtigen monetären Hilfen für die Familien, sei es als Entlastungen im Steuerrecht oder die deutlich stärkere Berücksichtigung der Erziehungsleistung in der Berechnung der Renten!

Sicherlich, es bleibt dabei immer die Frage der Finanzierung solcher Forderungen. Aber lassen sie uns nicht vergessen: Was wir heute in die Stabilisierung und Förderung der Familien hineinstecken, kann unserer Gesellschaft in nicht ferner Zeit das Überleben sichern. Solidarisch, mitmenschlich und christlich werden nur diejenigen handeln, die diese Werte auch an sich erfahren haben.

Deshalb fordert der Diözesanrat, dass die Familie als Ort der gelebten Solidarität zwischen den Generationen angesichts der ökonomischen Benachteiligung gestärkt wird. Auch wenn es vereinzelte Bemühungen der Politik gibt, die Situation von Familien zu verbessern, so greifen die bisherigen Entlastungen, z.B. durch die Steuerreform, wesentlich zu kurz.

Familienversicherung nicht antasten

Und nicht nur das, auch der Prüfauftrag an die Rürup-Kommission (4) ist in diesem Zusammenhang äußerst bedenklich und kontraproduktiv: Diese soll prüfen, ob noch an der kostenlosen, beitragsfreien Mitgliedschaft von Familienmitgliedern in der gesetzlichen Krankenversicherung festgehalten werden kann. Von den circa 71 Millionen gesetzlich Krankenversicherten sind etwa 20 Millionen Kinder und nicht erwerbsfähige Ehepartner derzeit kostenlos mitversichert. Die Familienversicherung in der Gesetzlichen Krankenversicherung darf nicht so einfach zur Disposition stehen.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, an die Landräte appellieren: Es ist nur all zu deutlich, dass die Städte und Kreise schwer unter der aktuellen Finanznot leiden. Dennoch bitte ich sehr, alles zu tun, um die Einrichtungen im Kinder-, Jugend- und Familienbereich, die sich in freier Trägerschaft befinden, weiterhin tatkräftig zu unterstützen und die Jugend- und Erwachsenenverbände in ihren Städten und Gemeinden weiter zu fördern.

Krieg ist stets eine Niederlage für die Menschheit

Ein neuerlicher Krieg zwischen den USA, Großbritannien und dem Irak mit oder ohne UN-Mandat scheint bevor zu stehen. In Deutschland bewegt zudem die Frage, ob und in welcher Form sich die Bundesrepublik im Rahmen der UN- und Bündnis-Verpflichtungen an einem solchen Krieg beteiligt oder nicht. Als weit wichtiger empfinde ich die Frage, ob der Konflikt noch auf eine andere Art und Weise zu lösen ist und welche Optionen dafür ernsthaft genutzt werden. Papst Johannes Paul hat einen Krieg gegen Bagdad scharf verurteilt und dazu aufgefordert, den aktuellen Konflikt mit „friedlichen Mitteln“ und nach den Prinzipien des internationalen Rechts zu lösen. „Krieg ist niemals ein unabwendbares Schicksal“, so der Papst, „Krieg bedeutet immer eine Niederlage für die Menschheit.“ Haken wir diesen Krieg nicht als unausweichlich ab, sondern stützen wir alle diejenigen, die sich um eine friedliche Lösung des Konfliktes bemühen.

Papst Johannes Paul II appelliert auch an uns:

„Wir dürfen niemals die Hoffnung auf Frieden verlieren, auch wenn sich die Hindernisse und Angriffe vervielfachen. Jeder einzelne muss seinen Beitrag zur Förderung des Friedens leisten ... durch gegenseitiges Verständnis, Versöhnung, Verzeihen und besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Bedürftigen. Besondere

Friedensgesten sind in den Familien, am Arbeitsplatz, in der Gesellschaft und in den nationalen wie internationalen Beziehungen notwendig. Vor allem dürfen wir nie aufhören, um Frieden zu beten.“

Gemeinsam geht vieles besser

Das Presseamt des Erzbistums konnte kürzlich vermelden: „80 Prozent erreichen Etappenziel: 180 Seelsorgebereiche entschieden sich für ein Kooperationsmodell“. Bis Ende 2002 hatte Kardinal Meisner die Seelsorgebereiche aufgefordert, ihre Strukturen den rückläufigen Entwicklungen bei der Zahl der Priester und Seelsorgemitarbeiter sowie der Zahl der Gläubigen anzupassen. Vieles konnte besonders im letzten Jahr auf diesem Feld in den Gemeinden und Seelsorgebereichen bewegt werden. Gemeinden haben erkannt, dass vieles heutzutage besser und mit besserer Außenwirkung getan ist, wenn dies gemeinsam geschieht. Der Diözesanrat stand im letzten Jahr mit der von ihm angebotenen Beratung, durchgeführt durch den Beraterkreis des Diözesanrates, mehr als 120 Pfarrgemeinderäten, unter anderem auch im Ringen zu einer Entscheidung für ein Strukturmodell, hilfreich zur Seite, wofür ich den Beraterinnen und Beratern hiermit ausdrücklich danke.

Nun geht es in den meisten Pfarrgemeinden in eine neue Phase. Kooperation, gemeinsames Arbeiten und Handeln müssen mit Leben gefüllt werden, um dauerhaft wirksam zu sein und in den Herzen der Menschen ihren Platz zu finden. Auch 40 Jahre nach Beginn des Zweiten Vatikanischen Konzils, sind die Errungenschaften besonders um das Laienapostolat weiterhin aktuell. Ein Rückzug auf eine bloße Statistenrolle der Laien in den Gremien unserer Diözese wäre in diesem Sinne sicherlich nicht die richtige Vision einer geschwisterlichen Kirche im Erzbistum Köln.

Ein wichtiges Signal im ökumenischen Dialog

Ende Mai findet in Berlin der erste Ökumenische Kirchentag unter dem Motto „Ihr sollt ein Segen sein“ statt. Katholische und evangelische Christen werden in Berlin die Gelegenheit wahrnehmen über ihre Verantwortung für die Welt und ihren Glauben zu sprechen.

Im Sinne auch der Gemeindepartnerschaften, deren Vorstellung in Berlin eines der Standbeine der Aktivitäten des Diözesanrates sein wird, sind die Mitglieder aus den Pfarrgemeinde- und Dekanatsräten sowie in den Verbänden eingeladen, sich vor Ort mit ihren jeweiligen evangelischen Partnern auf dieses Ereignis intensiv vorzubereiten. Berlin kann so zu einem wichtigen Signal im ernsthaften Dialog der beiden großen Kirchen in Deutschland werden.

Am 28. Juni lädt der Diözesanrat dann zum 8. Diözesantag für Pfarrgemeinderäte in das Messezentrum Köln ein. Unter dem Leitwort: „Gebt ihr ihnen zu essen ... – Gottes Visionen wagen“ wird der Tag ganz im Zeichen der Fragen nach der

gesellschaftlichen Entwicklung in den nächsten Jahren und deren Auswirkungen für die Arbeit in den Pfarrgemeinden stehen. Hauptanliegen ist es, gemeinsam Visionen zu entwickeln, um die Herausforderungen in Gesellschaft und Kirche in Zukunft angehen zu können.

In diesem Jahr stehen in unserem Erzbistum und auch beim Diözesanrat Jubiläen an, die es wert sind, gefeiert zu werden. Besonders möchte ich ein Jubiläum hier herausheben: Kardinal Meisner konnte kurz vor Weihnachten 2002 schon seine 40jährige Priesterweihe feiern. Von dieser Stelle möchte ich ihm dazu noch einmal ganz herzlich gratulieren! Am 2. Februar feiert unser Erzbischof dann ein weiteres Jubiläum: 1983, also vor 20 Jahren, wurde er zum Kardinal ernannt. Auch hierüber freuen wir uns aus ganzem Herzen mit ihm und werden pünktlich gratulieren.

Auch der Diözesanrat hat im September Grund zum Feiern. Die Thomas-Morus-Akademie feiert ihr 50jähriges Bestehen. 1953 in schwieriger Zeit gegründet, ist sie heute ein Ort der interdisziplinären Reflexion und Interpretation, in der sich ausgewählte Elemente der gesellschaftlichen Landschaft widerspiegeln. Im November ist eine zweitägige Festveranstaltung geplant, in der sich unsere Akademie in ihrer ganzen Fülle vorstellen wird.

Der Diözesanrat dankt allen für ihr vielfältiges ehrenamtliches und hauptamtliches Engagement im vergangenen Jahr und bittet darum, egal auf welcher Ebene dieses Engagement betrieben wird, ob auf der politischen Ebene, im gesellschaftspolitischen Raum, in den Verbänden, in den Pfarrgemeinde- und Dekanatsräten, es auch zukünftig mit voller Kraft anzugehen. Den Leitern und Mitarbeitern in kirchlichen Einrichtungen, ebenso denen im Generalvikariat sei für die gute Kooperation gedankt. Ich danke den anwesenden Mandatsträgern für ihren persönlichen Einsatz im Sinne unserer Sache und bitte um eine weiterhin gute Zusammenarbeit.

Anmerkungen:

- 1) Ende Dezember 2002 sorgte die französische Chemikerin Brigitte Boisselier, Geschäftsführerin des amerikanischen Unternehmens Clonaid und Mitglied der Realianer-Sekte, für Aufsehen, als sie die Geburt des ersten geklonten Babys behauptete, allerdings den Beweis dafür schuldig blieb. Nach Ansicht der Realianer soll das Klonen den Menschen ewiges Leben ermöglichen.
- 2) Der Anatom Gunther von Hagens zeigte seit Ende der 1990er Jahre unter dem Titel „Körperwelten“ heftig umstrittene Ausstellungen plastinierter Leichen (tote Körper, in denen die Zellflüssigkeit durch Kunststoffe ersetzt wird), unter anderem in Köln.
- 3) Olaf Scholz war von 2002 bis 2004 Generalsekretär der SPD, 2007 wurde er Bundesminister für Arbeit und Soziales.
- 4) Die nach dem Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup benannte und von ihm geleitete Kommission, eingesetzt im November 2002, sollte im Auftrag der Bundesregierung Vorschläge für eine nachhaltige Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme erarbeiten.

Die Laien müssen in Staat, Gesellschaft und Kirche Position beziehen

23. Januar 2005, Maternushaus, Köln

Mit Entsetzen und Betroffenheit sind wir in dieses neue Jahr 2005 gestartet. Auch nach fast einem Monat stehen uns noch die entsetzlichen Bilder der Naturkatastrophe im Indischen Ozean vor Augen (1). Eine Katastrophe, die uns in ihrer zerstörerischen Gewalt fassungslos und sprachlos gemacht hat. Mehr als 200.000 Menschen sind wahrscheinlich bei dem Erdbeben und den Flutwellen ums Leben gekommen. Mehrere Millionen Menschen haben ihre Wohnstätte und meist auch ihr ganzes Hab und Gut verloren. Auch viele Urlauber starben oder sind immer noch vermisst. Wir sind uns bewusst, dass gerade diese Umstände die schreckliche Katastrophe zu einer Tragödie weltweiten Ausmaßes macht.

Aber nicht nur Entsetzen, Betroffenheit und Trauer, haben die Menschen aller Orten erfasst, sondern auch eine Welle größter Solidarität und Hilfsbereitschaft. Überwältigend finde ich die außerordentliche Spendenbereitschaft vieler in Deutschland. Es ist schön und ermutigend zu sehen, dass die Menschen sich hierzulande noch bewegen lassen, über ihren Tellerrand hinweg zu schauen und trotz eigener Probleme anderen zur Seite zu stehen. Auch hier und heute wollen wir Spenden für die Flutopfer sammeln. Diese sollen der langfristigen Aufbauarbeit von Caritas International im Katastrophengebiet zugute kommen.

Frage nach der christlichen Identität der Gesellschaft

„Wo war Gott?“ titelte die Bild-Zeitung in übergroßen Lettern mit Blick auf die Naturkatastrophe in Südostasien. Zwölf Millionen Leser wurden selbst im säkularisierten Deutschland mit diesem „Gottesthema“ konfrontiert. Eine Antwort blieb die Bild-Zeitung ihren Lesern dennoch schuldig. Wir Christen wissen, dass wir zu allen Zeiten die Zusage Gottes haben, dass er uns, selbst in der größten Not, nicht verlässt. Aber mir bleibt die Frage: Verlassen wir uns noch auf Ihn? Wollen wir eigentlich noch wissen, was es heißt, Christ zu sein und christlich im Angesicht Gottes zu leben? Für den Diözesanrat der Katholiken sind solche Fragen Motivation genug, sich in diesem Jahr, d.h. genauer bis zur Vollversammlung 2006, eingehend mit dem Thema der „christlichen Identität in unserer Gesellschaft“ zu befassen.

Im letzten Jahr haben wir vermehrt wahrgenommen, dass etwas in unserer Gesellschaft in Bewegung geraten ist. Etwas, was viel mit der Frage der christlichen Identität unserer Gesellschaft zu tun hat. Kontrovers diskutierte Themen wie die Aufnahme eines Gottesbezuges in die EU-Verfassung, der Kopftuch-Streit und seine Folgen, die Entscheidung über Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft mit der Türkei oder die Frage nach der Ausgestaltung von

Integration zur Vermeidung von Parallelgesellschaften seien in diesem Zusammenhang hier nur exemplarisch genannt.

Wir sind als Christen aufgefordert, uns eine Meinung zu bilden, gegenüber Staat und Gesellschaft Position zu beziehen und uns für oder gegen etwas einzusetzen, wie es unter anderem auch der selige Nikolaus Groß getan hat, dessen Todestag sich heute zum 60. Male jährt. Und dennoch, oder gerade deswegen, ist es ebenso unsere Aufgabe, im Dialog zu bleiben. Aber wie sollen wir dies tun, wenn wir – und damit meine ich uns als Teil der deutschen Gesellschaft – nicht mehr richtig wissen, wer und was wir eigentlich sind und wo unsere Wurzeln liegen. Wenn wir etwa von Muslimen gefragt werden, was wir überhaupt glauben und warum wir dieses oder jenes Fest feiern, und wir darauf keine richtige Antwort wissen.

Für uns ist die Frage der christlichen Identität weniger eine Frage, wie sich der einzelne Christ in seinem Menschsein von anderen Menschen unterscheidet, sondern vielmehr eine Frage nach der christlichen Prägung unserer kulturellen Identität. Wenn wir kulturelle Identität als das verstehen, was Gesellschaften durch gemeinsame kulturelle Erfahrungen und gemeinsam genutzte Codizes einen stabilen Bedeutungsrahmen zur Verfügung stellt, dann sehen wir, dass die kulturelle Identität unserer Gesellschaft, unseres Staatenwesens und des sich vereinigenden Europas im hohen Maße christlich geprägt ist.

Aber ist dies in unserem kollektiven Bewusstsein verankert und handeln wir danach? Ich fürchte, eher nein. So wird das Schwerpunktthema in diesem Jahr für den Diözesanrat auch ein Weg sein, sich die eigenen Wurzeln wieder bewusst zu machen und sie wieder neu ins Gedächtnis zu rufen. Nur wer sich seiner eigenen Identität sicher ist, und dies gilt für den einzelnen genauso wie für die Gesellschaft allgemein, kann sich selbstbewusst dem notwendigen Dialog mit anderen Weltanschauungen, Gesellschaftsvorstellungen und Religionen stellen. Diesen Prozess wollen wir fördern. Dabei können wir schon jetzt auf Erfahrungen zurückgreifen, die wir bei der Unterstützung der Initiative zur Ergänzung der EU-Verfassung mit einem Gottesbezug sowie im interreligiösen Dialog besonders mit Muslimen gewonnen haben.

Dieser interreligiöse Dialog soll fortgesetzt werden, sowohl in der 2001 eingesetzten Arbeitsgruppe als auch mit verschiedenen Programmveranstaltungen. Gerade nach dem jüngsten Ausbruch scheinbar religiöser Gewalt in den Niederlanden (2) ist es uns wichtig, mit den Muslimen hierzulande im Dialog zu bleiben, uns weiter kennenzulernen und die Kontakte nicht abreißen zu lassen.

Engagement für christliche Bekenntnisgrundschulen

Wir werden uns im Diözesanrat nicht nur in Vorträgen, Tagungen und Veranstaltungen mit dem Thema beschäftigen, sondern auch Initiativen ins Leben rufen, die zur Stärkung der christlichen Identität beitragen. Eine dieser Initiativen wird

sicherlich der Einsatz zum Erhalt der katholischen Bekenntnisgrundschulen sein. Mit großem Bedauern und ernster Sorge nehmen wir die Entwicklung zur verstärkten Umwandlung katholischer Grundschulen, die sich in kommunaler Trägerschaft befinden, in Gemeinschaftsgrundschulen wahr. Wenn wir uns auf der einen Seite mit der christlichen Identität in unserer Gesellschaft intensiv befassen wollen, können wir es auf der anderen Seite nicht zulassen, dass unsere Kinder davon nichts in der Schule – sei es eine katholische oder evangelische – erfahren und erleben können. Gelebter christlicher Glaube sowie christliche Werte, Symbole und Feste dürfen nicht aus unseren Grundschulen verschwinden!

Ich wende mich an dieser Stelle besonders an die Vertreter der Kommunalpolitik, die Landräte und Bürgermeister sowie an alle Freunde in den Seelsorgebereichen und Pfarrgemeinderäten: Helfen Sie mit, dieses Anliegen in die kommunalen Gemeinden zu tragen, um vor Ort vor allem Eltern dafür zu sensibilisieren, wie wertvoll der Erhalt der katholischen Grundschule für ihre Kinder ist.

Gottesbezug fehlt in der Verfassung der EU

Wir schauen auf ein Jahr mit großen europäischen Themen zurück. Die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedsstaaten in die Europäische Union (3) hat uns bei aller Skepsis mit Freude erfüllt. Ein Großteil dieser Staaten hat einen langen politischen Weg hinter sich gebracht, heraus aus dem Schatten des eisernen Vorhangs und dem sozialistischen Diktat, hinein in die demokratische Freiheit einer bürgerlichen Gesellschaft.

Die neue Gemeinschaft muss sich nun erst finden und zusammenwachsen. Dies wird nicht von heute auf morgen gehen. Gemeinsame Normen und Regeln müssen gefunden werden, um miteinander zum Wohl der Bürger Europas arbeiten und handeln zu können. Dafür bildet die verabschiedete europäische Verfassung einen wichtigen und notwendigen Rahmen. Bedauert haben wir in diesem Zusammenhang jedoch, dass es trotz großem Einsatz vieler nicht gelungen ist, einen Gottesbezug in dieser Verfassung zu verankern. Europa scheut sich, seine Wurzeln beim Namen zu nennen. Ein auf dem Vormarsch befindlicher Laizismus, der die Religion aus dem öffentlichen Raum verbannen will, scheint sich mit Hilfe einflussreicher europäischer Politiker der erweiterten Gemeinschaft bemächtigen zu wollen.

An die Abgeordneten aus Land- und Bundestag appellieren wir: Tragen Sie die hiesige verfassungsrechtliche Tradition des Gottesbezugs durch Ihr Handeln nach Europa! Auch unsere Landesregierung, die über den Bundesrat großen Einfluss hat, möge mithelfen, ein gottloses Europa zu verhindern!

Ganz besonders dankbar bin ich dafür, dass der Initiativkreis „Ja zu Gott und Europa“ sich des Themas angenommen hat. Er hat im letzten Jahr insgesamt über 50.000 Unterschriften gesammelt und an die betreffenden Stellen in der EU und im Deutschen Bundestag weitergeleitet. Dies zeigt einmal mehr, dass ein nicht

unbedeutender Teil der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ähnlich wie etwa in Polen oder Frankreich eine Ergänzung der Verfassungs-Präambel fordert.

Fatale Entwicklung bei Spätabtreibungen

Unser Auftrag ist es, das christliche Erbe nicht nur zu bewahren, sondern auch in unserem Leben glaubhaft Zeugnis davon abzulegen. Dies bedeutet unter anderem, uns für Menschen einzusetzen, die keine Lobby in unserer Gesellschaft haben.

In diesem Zusammenhang haben wir mit Bestürzung zur Kenntnis genommen, dass es entgegen langen und berechtigten Erwartungen nicht gelungen ist, einen fraktionsübergreifenden Antrag zur gesetzlichen Neuregelung der Spätabtreibungen in Deutschland zustande zu bringen. Die Zahl der Spätabtreibungen, d.h. Abtreibungen nach der 23. Schwangerschaftswoche, ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen. Immer mehr Ärzte empfehlen, aus Furcht vor einer Klage, den Abbruch einer Schwangerschaft, wenn eine Behinderung des Kindes vermutet wird. Daher setzt sich der Diözesanrat dafür ein, das Arzthaftungsrecht zu überprüfen und in diesem Bereich abzumildern. Wir brauchen eine Regelung, die vorrangig das Leben und die Würde des ungeborenen Kindes schützt, dabei aber die Einhaltung der ärztlichen Pflicht sicherstellt.

Um diesen Forderungen mehr Gewicht zu verleihen, beteiligt sich der Diözesanrat an der bundesweit von Seiten der Bistumszeitungen angestoßenen Unterschriftenaktion gegen Spätabtreibungen und für das Leben. Wir dürfen nicht einfach einmal mehr wieder zur politischen Tagesordnung übergehen. Daher rufe ich dazu auf, sich dort, wo es möglich ist, für eine Veränderung der Regelungen einzusetzen, sei es mit einer Unterschrift oder in Gesprächen mit den politisch Verantwortlichen. Ich will an dieser Stelle hinzufügen: Im Ringen um das Lebensrecht von ungeborenen Kindern und um eine Kultur des Lebens stehen viele Laien im Erzbistum Köln unserem Kardinal zur Seite.

Wir erwarten den Papst beim Weltjugendtag

Große Ereignisse und Herausforderungen in unserem Erzbistum werfen ihre Schatten in dieses Jahr voraus. Im August wird der Weltjugendtag das erste Mal in Deutschland Station machen. Vom 16. bis zum 21. wird die Welt vor allem nach Köln schauen, wenn sich hunderttausende Jugendliche und junge Erwachsene aus vielen Ländern der Erde unter dem Motto „Wir sind gekommen, um IHN anzubeten“ hier zusammenfinden. Auch Papst Johannes Paul II. wird trotz seiner belasteten Gesundheit zu dem Treffen der Jugend, dessen Initiator und Motor er ist, kommen. Ich bin davon überzeugt, dass seine Anwesenheit und sein Wirken diese Tage zu einem besonderen geistigen und spirituellen Erlebnis machen werden. Darüber hinaus werden wir 600 weitere Bischöfe und Kardinäle als Gäste in unserem Erzbistum begrüßen können.

Deutschland, unser Land Nordrhein-Westfalen, die Städte und Gemeinden in unserem Erzbistum können sich beim Weltjugendtag gastfreundlich und offen den vielen Besucherinnen und Besuchern aus aller Welt präsentieren. Dazu werden immer noch 60.000 Übernachtungsgelegenheiten in privaten Unterkünften sowie insgesamt viele tausend freiwillige Helfer gesucht, die die Durchführung des Großereignisses tatkräftig unterstützen. Gerade hier brauchen wir Unterstützung in den Kommunen, in den Räten und Verbänden. Machen wir mit, dort wo wir gebraucht werden. Zeigen wir mit unserem Einsatz, dass unsere Kirche vom Engagement vieler Laien mitgestaltet und -getragen wird.

Ich wünsche mir, dass der Weltjugendtag hier in Köln in seiner spirituellen und globalen Dimension für viele junge Menschen zu einem unvergesslichen Erlebnis wird und dass sie dessen Botschaft hinaus in die Welt und in die Gemeinden tragen.

Herausforderung durch das Projekt „Zukunft heute“

Nicht verschweigen möchte ich aber, dass uns in diesem Jahr neben dem großen Fest der Jugend mit dem Projekt „Zukunft heute“ auch eine besondere Herausforderung erwartet. Mit der Veröffentlichung dieses Projektes am 1. Oktober ist das Erzbistum Köln in die dritte Phase der Konzeption zur finanziellen Absicherung seiner Handlungsfähigkeit für die Zukunft eingetreten. Nun heißt es konsequent handeln, um die Weichen für die Zukunft erfolgreich zu stellen. Dass unser Erzbistum auf Grund der stark einbrechenden Einnahmen besonders im Bereich der Kirchensteuer nicht darum herumkommt, seine Ausgaben zu reduzieren, ist und bleibt unbestritten. Im Gegensatz zu manchen anderen Bistümern in näherer und weiterer Umgebung setzt die Bistumsleitung in Köln auf ein schnelles und frühzeitiges Handeln. Dafür bin ich ihr nicht nur persönlich, sondern auch als Vorsitzender des Diözesanrates äußerst dankbar. Denn damit ergreifen wir in unserem Erzbistum die große Chance, ohne größeren Zeitdruck und mit Augenmaß handeln zu können.

Das Projekt „Zukunft heute“ gibt der Erzdiözese, ihren Gemeinden, Verbänden und Organisationen die Chance die wichtigen Kernaufgaben der Zukunft mitzugestalten und neu zu bestimmen. Wichtig ist es, jetzt vor Ort mit Transparenz und Offenheit zu agieren, so dass eine Mitwirkung Vieler bei den anstehenden Entscheidungen gelingen kann.

Für die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Generalvikariates, für deren Unterstützung in der Vergangenheit ich mich bedanken möchte, und für alle anderen Angestellten des Erzbistums ist die Konsolidierung mit einiger Unsicherheit verbunden. Dabei muss es unser aller Ziel sein, soziale Härten zu vermeiden. Generalvikar Dr. Schwaderlapp (4) ist dafür zu danken, dass er die soziale Komponente des Projektes „Zukunft heute“ so nachdrücklich betont hat. Es ist natürlich verständlich, dass aller Orten auch Betroffenheit, ja vielleicht

Enttäuschung und Zorn über die Entscheidungen, die hinsichtlich des Projektes „Zukunft heute“ zu treffen waren, entstanden sind. Einige Proteste waren deutlich sichtbar, andere in vielen Leserbriefen in den Zeitungen der Region nachlesbar. Manches wird sich in seinen Auswirkungen bei entsprechender Solidarität aller, die ich ebenso von den Verbänden erwarte, noch abmildern lassen. Dennoch bleibt die Erkenntnis, dass der eingeschlagene Weg momentan keine Alternativen kennt.

Meiner Meinung nach heißt „Weichenstellung für die Zukunft“, immer auch Schwerpunktsetzung. So haben wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür eingesetzt, dass besonders in den Bereichen „Ortsseelsorge“ und „Pfarrgemeinderat“, „Ehrenamt“, „Ehe und Familie“ sowie „Kindergärten“ die Mittel maßvoll und umsichtig reduziert werden, immer mit der Möglichkeit, sich in diesen Bereichen für neue Initiativen entscheiden zu können, wenn Altbewährtes sich nicht mehr sinnvoll tragen lässt. Zudem wollen wir gerade jetzt unser Engagement in Begleitung und Beratung der Laiengremien, für die wir uns verantwortlich fühlen, verstärken, um sie in ihrer anstehenden Arbeit zu unterstützen.

Nötig ist der Blick über den Tellerrand hinaus

Am 5. und 6. November diesen Jahres werden unter dem Motto: „MitStimmen – EinWirken – Jetzt?!“ in allen nordrhein-westfälischen Bistümern die Wahlen zu den Pfarrgemeinderäten stattfinden. Gerade in den Zeiten des Wandels und der Veränderung, in denen wir jetzt stehen, ist das Engagement der Laien in diesem Gremium besonders notwendig. So müssen Prozesse nicht nur beraten sondern, wie eben schon ausgeführt, aktiv mitgestaltet werden. Pfarrgemeinderäte müssen jetzt, mehr denn je, in den Gemeinden Vorreiter, Vordenker und Impulsgeber sein, sei es bei der Kooperation oder Fusion von Pfarrgemeinden, bei einer verantwortungsvollen Sparpolitik in den Gemeinden oder etwa beim Blick über den kircheninternen Tellerrand hinaus auf die Herausforderungen in Staat und Gesellschaft.

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass sich viele katholische Christinnen und Christen bereit erklären, Verantwortung zu übernehmen und sich gerade jetzt als Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen zu lassen. Und dass viele Katholiken im November wählen gehen, um zu zeigen, dass der Einsatz der Pfarrgemeinderäte von den Menschen in den Gemeinden getragen und unterstützt wird.

Anmerkungen:

1) Am 26. Dezember 2004 ereignete sich ein unterseeisches Erdbeben mit einer Stärke von 9,1 auf der Richter-Skala, das bis dahin drittstärkste jemals gemessene Erdbeben, mit dem Epizentrum etwa 85 km vor der Nordwestküste der indonesischen Insel Sumatra. Das Beben löste verheerende Flutwellen (Tsunamis) an den Küsten des Indischen Ozeans aus. Weit über 200.000 Menschen starben, rund 110.000 wurden verletzt, über 1,7 Millionen Küstenbewohner wurden obdachlos.

- 2) Am 2. November 2004 wurde der islamkritische Filmregisseur Theo van Gogh in Amsterdam von einem muslimischen Fundamentalisten ermordet. Die Tat löste eine Welle angeblich religiös motivierter Gewalttaten zwischen antimuslimischen Gruppen und radikalen Muslimen und Brandanschlägen auf Kirchen und Moscheen aus.
- 3) Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der Europäischen Union bei; es war die fünfte und bis dahin größte Erweiterung der EU.
- 4) Dominikus Schwaderlapp wurde am 1. Juni 2004 zum Generalvikar berufen, im Februar 2012 wurde er Weihbischof in Köln.

Das Jahr des „Wir sind Papst!“

22. Januar 2006, Maternushaus, Köln

„Wir sind Papst“, titelte am 20. April des vergangenen Jahres die Bild-Zeitung. Was war passiert? Das Land der Reformation und der Glaubenskriege, das Land der Säkularisierung und des Eisernen Vorhangs war am Vorabend in eine für das deutsche Volk nicht zu erahnende religiöse Erregung geraten: Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger war zum Papst gewählt worden, und wir Deutschen wurden so über Nacht kollektiv – nein, eben nicht Fußballweltmeister – sondern „Papst“. Natürlich wissen wir alle hier, dass dies so nicht stimmt und stimmen kann. Und dennoch charakterisiert dieser Aufmacher, wie ich meine, sehr treffend das, was sich im vergangenen Jahr in Deutschland und in unserem Erzbistum ereignet hat. Lassen sich mich daher diese Titelzeile zum Leitfaden meines Rückblicks auf die Ereignisse des letzten Jahres nehmen.

„Wir sind Papst!“ – Wer hat sich von uns noch vorstellen können, dass die an kirchlichen Themen so desinteressierte deutsche Öffentlichkeit wieder in einem solchen Maße von der katholischen Kirche Notiz nehmen würde. Und dabei standen nicht nur die freudigen Ereignisse der Wahl eines Deutschen zum Papst oder der Weltjugendtag im August im Vordergrund des Interesses sondern auch Leiden und Tod des von uns sehr verehrten Papstes Johannes Paul II.

Authentisches Zeugnis für den Glauben

Auch dafür steht für mich „Wir sind Papst“. Dieser Papst hat uns, wie kein anderer vor ihm, mitgenommen in die Tiefen von Krankheit und Leid. Solange er dies konnte, hat er sich mit seiner Krankheit und seinem Sterben nicht versteckt. Er hat der Öffentlichkeit gezeigt, dass persönliches Leiden und der eigene Tod zu unserem ganzheitlichen Menschsein und „Christsein“ dazugehören. Und dass es für uns Menschen in Jesus Christus eine Erlösung gibt. Damit war er vielen Kranken und Sterbenden ein Vorbild.

Das Pontifikat von Johannes Paul II. war eines der längsten in der Neuzeit und es war die Authentizität seines Zeugnisses für den Glauben, mit der er die Menschen ergriff und begeisterte. Sein großes Anliegen – die Stärkung des christlichen Lebens in Europa, das weithin das Evangelium neu kennenlernen muss – bleibt sein Vermächtnis an uns. Tief bewegt haben wir zusammen mit Millionen auf dem Petersplatz und in Rom sowie vor den Fernsehern und Radios Abschied von ihm genommen. Haben wir noch daran geglaubt, dass ein Requiem, ein Gottesdienst in unserer Gesellschaft solche Aufmerksamkeit und Anteilnahme hervorrufen würde? Nach der Beisetzung von Papst Johannes Paul II. schauten wir gebannt nach Rom zum Konklave. Wann steigt weißer Rauch aus der Sixtinischen Kapelle

auf? Wer wird neuer Papst? Das waren die Fragen, die uns in dieser Zeit beschäftigt haben.

Am Abend des 19. April hielt die katholische Welt dann einmal mehr in diesem Jahr den Atem an. Ein neuer Papst war gewählt! Und welche Überraschung hielt diese Wahl für uns Deutsche bereit! Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger wird von den Kardinälen des Konklaves zum Papst gewählt und nimmt den Namen Benedikt (XVI.) an. Und wieder jubeln Tausende – vor allem Jugendliche – dem nun neuem Papst zu. Auch in Deutschland ist in diesen Tagen die Euphorie groß. „Wir sind Papst“ – treffender kann dieses Gefühl nicht beschrieben werden. Nüchtern wissen wir: Mit diesem deutschen Kardinal übernimmt ein bedeutender Theologe der Gegenwart und ein weltweit geachteter Intellektueller das höchste Amt der Kirche. Und dennoch, obwohl Benedikt XVI. schon so lange in Italien lebt, bekleidet nun jemand das Petrusamt, mit dem wir uns über das gemeinsame Deutschsein identifizieren können. In diesem Sinne stellt die Papstwahl eine große Chance für unsere katholischen Kirche in Deutschland dar. Nehmen wir sie wahr!

Ein Fest ansteckender katholischer Fröhlichkeit

„Wir sind Papst“, war auch auf dem Weltjugendtag im August letzten Jahres präsent und nicht nur auf dem bei den Pilgern beliebten Button. Der Weltjugendtag 2005 war *das* Ereignis der letzten Jahre in unserem Erzbistum. Sie haben sicherlich alle diese Woche auf die eine oder andere Weise miterlebt. Die vielen Eindrücke, menschlicher und spiritueller Art, lassen sich hier gar nicht umfassend schildern. Auf ein paar persönliche Dinge und Erlebnisse möchte ich dennoch näher eingehen. Für mich war der Weltjugendtag das friedlichste und spirituellste Treffen von hunderttausenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen, das ich je erlebt habe. Der WJT war das Fest des Glaubens und der Gemeinschaft. Ein Fest mit ansteckender katholischer Fröhlichkeit.

Überwältigend war die gelebte Gastfreundschaft in unseren Pfarrgemeinden, Städten und Kreisen, die wie selbstverständlich auch ökumenisch und sogar religionsüberschreitend geprägt war, wozu gerade auch die interreligiösen Begegnungen des Papstes in der Synagoge in Köln sowie mit Vertretern von muslimischen Verbänden beigetragen haben. Erstaunlich genug, fühlten sich aber ebenso viele, die der katholischen Kirche eher zurückhaltend oder ablehnend gegenüber standen, angesprochen, etwas für das Gelingen des Weltjugendtages zu tun, in dem sie unter anderem vielfältige Unterkunftsmöglichkeiten anboten. Gäste aus aller Welt haben im August des vergangenen Jahres unsere gern gegebene Gastfreundschaft erleben dürfen. Bewahren wir auch über diese Tage hinaus diesen Geist der Gastfreundschaft, besonders gegenüber jenen, die als Migranten und Heimatlose in unser Land kommen.

Viele, vor allem Ehrenamtliche, haben zum Erfolg beigetragen

Mir hat es besonders gut getan, so viele gläubige Jugendliche und junge Erwachsene zu sehen, die sich einsetzen wollen für eine andere Welt, für eine Zivilisation der Liebe und Gerechtigkeit. Besonders die Vigilfeier und der Abschlussgottesdienst auf dem Marienfeld, an dem ich auch teilnehmen durfte, haben mir noch einmal gezeigt, was der christliche Glaube für uns und die Menschen in unserem Land sein kann.

Wie wir alle wissen, war es in spiritueller und organisatorischer Hinsicht ein langer Weg bis hin zum Weltjugendtag. Großartiges ist von allen geleistet worden: Von unserem sehr geehrten Kardinal Meisner und von Prälat Dr. Heiner Koch und seinem Team, die diese Tage spirituell und geistlich vorbereitet und begleitet haben; von den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Weltjugendtags gGmbH, die sich für das Gelingen des Weltjugendtages eingesetzt haben; und „last but not least“ von den vielen Kernteams und unzähligen ehrenamtlich Engagierten vor Ort. Besonders froh bin ich, dass der Erfolg auch mit großer Unterstützung der Pfarrgemeinden und Verbänden vor Ort zustande gekommen ist. Dank gilt hier dem Einsatz der katholischen Jugendverbände sowie der Arbeit vieler Katholiken in unseren Verbänden und Räten. Vieles wäre nicht zu denken, geschweige denn durchzuführen gewesen, ohne die vielen persönlich engagierten Bürgermeister und Landräte aus Gemeinden, Städten und Kreisen.

Tausende von friedlichen und fahnenschwenkenden Jugendliche haben mit ihrer ansteckenden Freundlichkeit in diesen Tagen das Leben in unseren Städten und Gemeinden geprägt. Als Kommunalpolitiker weiß ich, dass dies der schönste Dank für den eigenen Einsatz ist.

Der Weltjugendtag hat einen neuen Aufbruch der Jugend in unserem Land ermöglicht. Diese zarte Pflanze braucht unser begleitendes Engagement, damit sie zu einem starken und lebenstragenden Baum wird. Dankbar bin ich daher dem BDKJ im Erzbistum Köln für seine Glaubenskampagne „Morgenröte“. Aus religiöser Überzeugung sollen sich hier Jugendliche für mehr Gerechtigkeit im eigenen Stadtteil einsetzen. Ich begrüße aber ebenso die von den Erfahrungen des Weltjugendtages inspirierte Initiative unseres Erzbischofs sowie des Domkapitels, ab Herbst dieses Jahres eine jährliche Domwallfahrt durchführen zu wollen. Der Diözesanrat wird diese Initiative mit ganzer Kraft unterstützen.

Das Konzil sprach den Laien ihre besondere Rolle zu

Im letzten Jahr hat sich das Ende des II. Vatikanischen Konzils zum 40. Mal gejährt. Unsere Kirche hat sich mit diesem Konzil der Welt zugewandt und geöffnet. Das Konzil hat die Kirche auf ein Selbstverständnis verpflichtet, das alle Menschen in den Blick nimmt und die Auseinandersetzung mit dem Zeitgenössischen wagt. Laien haben seither hier eine „ganz und gar notwendige Rolle“ bei der „Sendung der Kirche“ zugesprochen bekommen. Durch die Dogmatische

Konstitution „Lumen gentium“ [„Licht der Völker“; d.R.] setzte das Konzil vor jeder Unterscheidung in Bischöfe, Priester und Laien die Gemeinsamkeit des Gottesvolkes und die gleiche Würde aller Getauften. Diese synodale Dimension war und ist ein zeitgemäßer Ausdruck des Zusammenwirkens von geistlichem Amt und Laien, wie dies auch die beiden deutschen Synoden in Würzburg und Dresden bestätigt haben. Der Diözesanrat selbst sowie besonders die Laienarbeit auf Pfarrebene in den Pfarrgemeinderäten haben sich aus diesem Ansatz entwickelt. Sie haben sich mit guter Arbeit in Bereichen der gemeindlichen Pastoral und der Gesellschaftspolitik etabliert. Lassen Sie uns gemeinsam daran festhalten! Im letzten Jahr haben wir eben genau diese Pfarrgemeinderäte in unserem Erzbistum wieder neu gewählt. Am 5./6. November waren die Pfarrgemeinden unter dem Motto „MitStimmen – EinWirken – Jetzt?!“ dazu aufgerufen, engagierte Männer und Frauen in die Pfarrgemeinderäte zu wählen. Rund die Hälfte der „aktiven“ katholischen Christen ist zur Wahl gegangen. Wir sind glücklich, dass wir mit diesem Wahlergebnis das Ergebnis der letzten Wahl 2001 erreicht haben und so den Schwung des Weltjugendtages nutzen konnten. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen, die die Arbeit der Pfarrgemeinderäte bis jetzt als Mitglied unterstützt haben. Danken möchte ich aber auch denjenigen, die sich wieder oder neu für die Arbeit im Pfarrgemeinderat in den nächsten vier Jahren zur Verfügung stellen. Zum Start der neuen Arbeitsperiode ist jetzt tatkräftige Unterstützung sowohl durch die Gemeindemitglieder, die Seelsorgeteams als auch die Beratungsinstitutionen in unserem Erzbistum gefragt. Wir haben im August gesehen, dass wir nicht alleine sind. Wir haben erfahren, dass viele Christen sich unter schwierigeren Verhältnissen motiviert in den Pfarrgemeinden engagieren. Lassen wir uns dadurch ermutigen und anstecken!

Deutlichere Ausrichtung auf die Familienpolitik in Bund und Land

Neu gewählt wurden im letzten Jahr nicht nur unsere Pfarrgemeinderäte sondern auch der Landtag in NRW sowie der Deutsche Bundestag (1). Nach einer langen Zeit des Stillstandes erhoffen wir uns nun ein tatkräftiges Herangehen an die dringenden Probleme in Bund und Land. Aus der Menge der notwendigen Veränderungen und Reformen möchte ich exemplarisch nur zwei Dinge herausheben, die nun angegangen werden und für die wir uns immer eingesetzt haben. Zum einen begrüßen wir die deutlichere Ausrichtung sowohl der neuen Bundes- als auch der Landesregierung auf die Familienpolitik. Wir freuen uns, dass die Familienpolitik nun in den Koalitionsverträgen eine wichtige Rolle spielt.

In diesem Sinne möchte ich mich aber auch der Mahnung unseres neuen Bundespräsidenten Horst Köhler anschließen, der in seiner Antrittsrede Folgendes zum Thema Familie bemerkte:

„Wir müssen die Kraft haben, Familiengründungen auch parallel zu Ausbildung, Berufstätigkeit und Aufbau einer Existenz möglich zu machen. ... Wir brauchen

mehr Kindertagesstätten und bessere Arbeitszeitmodelle, die es möglich machen, Beruf und Zuhause zu verbinden. ... Auch die Mütter, die sich zu Hause für ihre Familien engagieren wollen, sollten in unserer Gesellschaft stärker Anerkennung finden, sichtbar und handfest. “ Aus diesem Grund begrüßen wir alle Maßnahmen, die zu diesem Ziel führen, wie etwa die geplante Einführung eines Elterngeldes und die neuen Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuung.

Auf Landesebene erhoffen wir uns durch das Konzept der sogenannten Familienzentren, unter deren Dach zukünftig die Familienberatungs- und Betreuungsangebote gebündelt werden sollen, eine Stärkung der Familien, Eltern und Kinder. Der Diözesanrat möchte sich seinerseits zusammen mit seinem Sachausschuss „Ehe und Familie und Erziehung“ und einer Kommune im Rhein-Erft-Kreis in einem Pilotprojekt am Aufbau eines solchen Familienzentrums beteiligen. Erste Gespräche mit dem zuständigen Ministerium sind geführt worden und die Signale zu dem Projekt sind vielversprechend.

Ebenso wichtig ist für uns aber auch, dass sich die neue Bundesregierung zur Beobachtungspflicht hinsichtlich der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch bekennt, die das Bundesverfassungsgericht auferlegt hat. Darüber hinaus unterstützen wir ausdrücklich die Initiative führender Unionspolitiker, die von uns schon lange geforderte Überprüfung der Praktiken zur Spätabtreibung voranzutreiben und hier im Sinne des Lebensschutzes der ungeborenen Kinder die Regelungen zu verändern.

Am Schluss möchte ich allen für ihr vielfältiges Engagement im vergangenen Jahr danken. Wir sind auf Ihr Mittun angewiesen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass uns im neuen Jahr 2006 die Begeisterung und der Schwung von „Wir sind Papst“ erhalten bleiben. Gehen wir gemeinsam mit Vision und Tatkraft die Herausforderungen in unserer Kirche, unserer Gesellschaft und unserem Land an.

Anmerkungen:

- 1) Durch die Landtagswahl im Mai 2005 wurde eine rot-grüne Regierung abgelöst durch die CDU/FDP-Koalition mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. Der Regierungswechsel hatte die vorzeitige Neuwahl des Bundestages im September zur Folge, nach der eine Große Koalition unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel gebildet wurde.

Mangel an Verantwortung – Mangel an Gerechtigkeit

20. Januar 2008, Maternushaus, Köln

Ich weiß nicht, ob Sie den alten US-amerikanischen Film „Arsen und Spitzenhäubchen“ aus dem Jahre 1944 kennen. Darin spielt der unvergessene Cary Grant einen Neffen, der seine verschrobenen Tanten in Brooklyn besucht. Allmählich kommt er dahinter, dass die beiden alten Damen ältere, einsame Herren heimtückisch vergiften, um sie, so die Auskunft, „näher zu Gott zu bringen“. Dabei sind sich die beiden ebenso liebevollen wie gefährlichen Damen jedoch keinerlei Schuld bewusst.

In einer äußerst komischen Szene – die Kenner werden sich vergnügt daran erinnern – versucht nun der Neffe, einer der beiden Tanten verständlich zu machen, dass das Töten unschuldiger Menschen gesellschaftlich nicht akzeptabel sei. Es fallen solche Sätze wie: „Das tut man einfach nicht“, „Das gehört sich nicht“, oder auch: „Das ist kein feiner Zug“.

Der völlig aufgelöste Neffe versucht hier, seiner Tante – und das macht die eigentliche Komik dieser Szene aus – eine bloße Selbstverständlichkeit menschlichen Zusammenlebens näherzubringen. Allein die alte Dame will nicht verstehen, worauf ihr Neffe hinaus will. Sie tue doch nur ein gutes Werk, „weil die Herren ja doch so einsam sind“. Und übrigens: „Jeder der Herren hat ja ein anständiges christliches Begräbnis im Keller des Hauses erhalten.“ – Immerhin! möchte man hinzufügen.

Ich frage mich inzwischen, wie viele, vor allem jüngere Menschen in Deutschland die Komik jener Szene gar nicht mehr sehen, nicht mehr sehen können. Ich frage mich, wie viele Menschen die Ungeheuerlichkeit einer Tötung oder eines Mordes gar nicht mehr empfinden. Wir müssen uns alle fragen, wie viel Gewalt in unserer Gesellschaft längst akzeptiert ist. Wo der Tabubruch zum geforderten Selbstzweck geworden ist, macht er auch vor der Würde des Menschen nicht halt. Wieso sollte er auch?

Aus der Keimzelle erhalten Staat und Gesellschaft ihre Vitalität

In den vergangenen Wochen haben sich die Nachrichten über Gewalttaten von Jugendlichen gehäuft. Ebenso mussten wir regelmäßig von erschütternden Familiendramen lesen. Babys und Kinder wurden lieblos ausgesetzt, erschlagen und umgebracht. Was geht in den Täterinnen und Tätern vor? Wie verzweifelt und krank müssen sie sein? Warum erkennen wir nicht rechtzeitig ihre Not und Hilfsbedürftigkeit?

Meine These ist: Menschen, die in ihrer Kindheit und Jugend Liebe und Annahme von Vater und Mutter erfahren haben, die in der Sicherheit einer schützenden

Familie aufgewachsen sind, solche Menschen sind am ehesten vor derlei Ausbrüchen der eigenen Verzweiflung und der eigenen Gewalttätigkeit gefeit. Hierfür müssen wir uns einsetzen und Voraussetzungen schaffen.

Kinder, die erfahren haben, dass ihre Eltern sie liebevoll in den Arm nehmen, wenn sie Trost und Schutz brauchen; Kinder, die lernen, dass Respekt Achtung und nicht Unterwerfung meint, sind eher in der Lage selbst Liebe zu schenken und dem menschlichen Leben Respekt zu zollen. Deswegen sind Ehe und Familie aus christlicher Sicht an erster Stelle ein Liebesverband und nicht bloß ein zivilrechtlicher Vertrag auf Gegenseitigkeit. Denn: Aus Ehe und Familie erwächst ein Mehr an persönlichem Einsatz. Dieses Mehr ist es, auf dem unsere Gesellschaft basiert. Wenn wir von der Familie als der Keimzelle der Gesellschaft sprechen, ist dieses Mehr gemeint, aus dem Staat und Gesellschaft heraus erst Vitalität erlangen.

Was ist jetzt nun die Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft? Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben Ehe und Familie unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt. Artikel 6 unseres Grundgesetzes schützt beide einerseits vor unzulässigen Eingriffen des Staates. Andererseits gibt er dem Staat die Pflicht auf, Ehe und Familie zu fördern. Dabei versteht er unter der Familie die häusliche Gemeinschaft von Vater, Mutter und Kind. Allein das Kind in die Verfassung neu aufzunehmen, kann nicht die Lösung sein.

Schutz und Förderung von Familien sind deshalb nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie betrifft zum Beispiel auch Unternehmen und Medien. Beide haben eine große Verantwortung. Ihr Einfluss ist möglicherweise sogar größer als die des Staates. So gibt es in den großen Kapitalgesellschaften oftmals Beauftragte für Umwelt und für die Gleichstellung der Geschlechter, selten aber für Kinder und Familien. Gerade aber die umfängliche Einführung von Betriebskindergärten wäre eine enorme praktische Hilfe – übrigens auch in katholischen Einrichtungen. Darüber hinaus sollten den jungen Familien auch betriebliche Hilfen zur Haushaltsführung angeboten werden.

Der Diözesanrat schlägt ein Familiensplitting vor

Der Diözesanrat hat sich im vergangenen Jahr schwerpunktmäßig mit dem hier behandelten Themenkomplex beschäftigt und Lösungsansätze aufgezeigt. Hierfür wollen wir uns weiterhin einsetzen und die Stimme der kölnischen katholischen Laien kraftvoll erheben. Durch die Bundesfamilienministerin (1) ist das Thema Ehe, Familie und Kinder mit neuer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das bleibt ihr Verdienst und wir begrüßen das Engagement der Ministerin ausdrücklich. Tatsächlich können wir auch bereits einige Fortschritte beobachten. In diesem Zusammenhang nenne ich das Elterngeld vielleicht auch künftig das Enkelgeld und die neuen Regelungen zur Erziehungszeit. Weitere Schritte

müssen folgen. So zum Beispiel eine effektive steuerliche Förderung der Familie durch ein Familiensplitting.

Dabei rufe ich die politischen Akteure auf, sich von ideologischen Positionen zu verabschieden. Das gilt insbesondere beim Thema Kinderbetreuung. Der Verfassungsrechtler Udo Di Fabio hat dazu gesagt:

„Eine freiheitliche Ordnung kann die Förderung der Familie nur in freiheitsgerechter Form erlauben. Die Infrastruktur der Kinderbetreuung muss deshalb Angebot und nicht Zwang sein.“

Familienförderung ist nicht das Schlachtfeld ideologischer Gesellschaftspolitik. Und sie ist auch nicht geeignet, „monothematische kulturelle Leitbilder nach der Dramaturgie eines Geschlechterkampfes zu propagieren“, wie Professor Di Fabio fortfährt. Den Familien soll ein neuer Freiraum geschaffen werden, selbst zu entscheiden, wie sie die Betreuung der „Kleinsten“ organisieren wollen. Es ist die Aufgabe des Staates, ihnen diesen Freiraum wirklich zu schaffen. Und wenn sich eine Familie dafür entscheidet, die Kinder bis zur Einschulung zu Hause zu erziehen, dann muss auch dies möglich sein und gefördert werden.

Besondere geschichtliche Verantwortung der Deutschen

Paulus sagt im Römerbrief:

„Durch den Heiligen Geist, der uns gegeben ist, ist die Liebe Gottes ausgegossen in unsere Herzen.“

Der Heilige Geist wirkt dort, wo Menschen Gott und einander lieben. So ist jede Ehe, jedes Menschenkind eine Gabe des Heiligen Geistes. Diese Gabe gilt es zu schützen – vom Beginn des Lebens bis zu seinem irdischen Ende. Für uns Christen ist klar: An diesem Punkt darf, an diesem Punkt kann es keine Kompromisse geben.

Wir Deutschen haben zusätzlich die besondere Verantwortung aus unserer Geschichte, menschliches Leben mit seinen unveräußerlichen Rechten nicht in Frage zu stellen. Wir müssen jedoch gerade in den Beneluxländern beobachten, welche ethischen Verwerfungen eine solche Infragestellung für Alte und Kranke bedeutet. Auch in der Schweiz wird Euthanasie oder Selbsttötung unter dem Deckmantel der Humanität wieder hoffähig. Dass dies unter dem Namen der „Würde“, lateinisch „dignitas“ (2) geschieht, ist ein zusätzlicher Hohn. Solchem Treiben darf in Deutschland nicht Tür und Tor geöffnet werden! Euthanasie ist ein Verbrechen gegen die Liebe Gottes und kein Akt der Humanität! Vor allem dann, wenn es alternative Methoden der Schmerzbehandlung gibt, die ein menschenwürdiges Sterben ermöglichen.

Christen setzen sich für eine Kultur des Lebens ein

Papst Johannes Paul II. hat mit seinem Diktum von der „Kultur des Lebens“, das er gegen die „Kultur des Todes“ aufgestellt hat, den richtigen Weg gewiesen: Der Mensch hat als Abbild Gottes seine Würde vom Anfang bis zum Ende. Der Kirche – als moralische Institution – kommt die Aufgabe zu, jene „Kultur des Lebens“ gesellschaftlich einzufordern und mitzugestalten. Dies gilt in gleicher Weise für den Beginn des Lebens, der mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle anzusetzen ist. Der Verbrauch embryonaler Stammzellen, zu deren Gewinnung menschliches Leben zum Zweck der medizinischen Forschung getötet wird, ist vor diesem Hintergrund ein Verbrechen gegen die Liebe Gottes.

Zumal sich auch hier alternative Wege, nämlich mit adulten Stammzellen, auf tun. Die jüngsten Fortschritte asiatischer und amerikanischer Forscher wecken neue Hoffnungen auf eine wirksame und ethisch unbedenkliche medizinische Forschung und Therapie. So bezeichnete der als „Vater“ des Klonchafs Dolly bekannte Forscher Ian Wilmut die jüngsten spektakulären Forschungserfolge als entscheidenden Durchbruch: „Das wird weitreichende Auswirkungen auf die Forschung und vielleicht eines Tages auch auf die Therapiemöglichkeiten haben.“ Leider haben anscheinend diese neuen Erkenntnisse die politische Diskussion in Deutschland noch nicht umfassend erreicht. Wie anders war es möglich, dass sich der CDU-Bundesparteitag mit – wenn auch knapper – Mehrheit für die Möglichkeit der vermehrten Nutzung von embryonalen Stammzellen durch Verlegung des Stichtages eingesetzt hat. Dies war ein Kardinalfehler, der im Bundesstag nicht bestätigt werden darf. Es muss bei der bisherigen Regelung im Stammzellgesetz bleiben.

Es mag stimmen, dass für Viele die bloße Vorverlegung des Stichtages für die erlaubte Einfuhr von embryonalen Stammzellen wieder ein akzeptabler politischer Kompromiss war. Doch ich stelle die Frage: Wie weit reichen solche Kompromisse? Wie lange erträgt eine Gesellschaft Kompromisse zulasten des menschlichen Lebens? Wie kann überhaupt der absolute Wert des menschlichen Lebens einem Kompromiss unterliegen? Ich befürchte einen Dammbbruch, der unabsehbare Folgen für das Zusammenleben in unserem Land haben wird. Deshalb bleibe ich bei meinem Nein zur geplanten Stichtagsverlegung.

Lebensgrundlagen von Millionen Menschen gefährdet

Das Jahr 2007 stand sicherlich national wie international auch im Banne des weltweiten Klimawandels und der Diskussion über einen effektiven Klimaschutz. Besonders die Ergebnisse der neusten UN-Studien zum Klimawandel, die uns noch einmal die dramatischen Auswirkungen dieses Phänomens weltweit vor Augen geführt haben, sowie die internationale Konferenz zum Klimaschutz in Bali im Herbst haben das Thema mit Vehemenz in das mediale und politische Gedächtnis zurückgebracht.

In der Präambel der sogenannten „Klima-Allianz“, einem deutschlandweiten Bündnis verschiedener Institutionen und Verbände, dem das Zentralkomitee der deutschen Katholiken im vergangenen Jahr mit Unterstützung des Diözesanrates beigetreten ist, heißt es treffend dazu:

„Der Klimawandel trifft Mensch und Natur weltweit in einem Ausmaß, das historisch ohne Beispiel ist. Die Lebensgrundlagen und das Wohlergehen von Millionen Menschen, besonders in den Entwicklungsländern, sind extrem gefährdet. Der Klimawandel ist kein Schicksal; er ist Folge eines Mangels an Verantwortung, ein Mangel an Gerechtigkeit.“ Und weiter: „Die Bekämpfung des Klimawandels ist der zentrale Prüfstein für eine solidarische Weltgesellschaft; eine Weltgesellschaft, die lernen muss, mit den allen Menschen zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsgütern verantwortungsbewusst und gerecht umzugehen.“

In seinem Themenbereich 6 „Umwelt und Bewahrung der Schöpfung“ beschäftigt sich der Diözesanrat schon über eine geraume Zeit mit dem Thema „Klimawandel und Klimaschutz“. Über verschiedene Veranstaltungen haben wir versucht, besonders im Bereich des „Energieeinsparens“ Wege für die Pfarrgemeinden aufzuzeigen, wie sie ihren Beitrag zum Schutz des Klimas leisten können. Dies ist eine gute und erfolgreiche Arbeit, die in Anbetracht der notwendigen Veränderungen jedoch noch mehr Unterstützung braucht. Daher bin ich unserem Erzbischof dankbar, dass er zum Anfang des neuen Jahres das Thema „Bewahrung der Schöpfung Gottes“ sowie den „Klimawandel und -schutz“ in den Mittelpunkt seiner Predigt gestellt hat.

Ein Anfang ist also gemacht, lassen wir durch eine gute Zusammenarbeit in unserem Erzbistum mehr Bewegung in die Sache bringen, um miteinander zum konkreten Handeln für den Klimaschutz zu kommen.

Keine Volkskirche mehr, sondern Kirche im Volk

Vierzig Jahre sind nun vergangen, seit wir im Herbst 1968 zum ersten Mal Pfarrgemeinderäte gewählt haben. Für diese galt, was auch heute gilt: Das „Semper reformanda“ unserer Kirche wird ohne das im Pfarrgemeinderat institutionalisierte Mitspracherecht einer geschwisterlichen Gemeinde kaum verwirklicht werden.

Nun hat sich jedoch nicht nur die Welt in dieser Zeit verändert, sondern auch die katholische Kirche und die Menschen, die sich ihr zugehörig fühlen. Wir sind keine Volkskirche mehr, eher sind wir zu einer Kirche im Volk geworden. Dies möchte ich mit Zahlen aus einer Statistik der deutschen Bischofskonferenz verdeutlichen: Hatten wir 1968 noch einen Gottesdienstbesuch von 42 Prozent der Katholiken in Deutschland so ist die Zahl im Jahr 2006 auf 14 Prozent im Bundesdurchschnitt gesunken. Dies kann uns alle nicht unbeeindruckt lassen, und es ist heute dringender denn je, zuvor über neue Wege und Perspektiven der Kirche

in unserem Erzbistum nachzudenken. Auch wenn sich der Auftrag Christi nicht verändert, Strukturen und Aufgaben von Pfarrgemeinden und Dekanaten und deren Gremien müssen den Gegebenheiten angepasst werden.

Mit dem Projekt „Wandel gestalten – Glauben entfalten – Perspektive 2020“ hat sich das Erzbistum im letzten Jahr in diesem Sinne auf dem Weg gemacht. Viele haben die sehr engagierte Auseinandersetzung über das Projekt in den Gremien des Diözesanrates im letzten Jahr miterlebt oder in der Presse verfolgen können. Nachdem unser Erzbischof im Oktober – im Einklang mit unseren Voten – entschieden hat, dass er den Seelsorgebereichen die Wahlfreiheit zwischen der Fusion von Pfarreien und der Bildung von Pfarreiengemeinschaften belässt, geht es uns jetzt insbesondere darum, zusammen mit dem Erzbischöflichen Generalvikariat für die Pfarrgemeinderäte eine neue tragfähige Satzung zu entwickeln.

Chancen eines demokratischen Prinzips in der Kirche

Nicht die Lust am Streit treibt uns dazu, sondern die gemeinsame Suche und das miteinander Ringen um die richtige, nein, die beste Lösung für die Herausforderungen unserer Zeit und unseres Auftrages. Natürlich stimme ich mit unserem Erzbischof überein, wenn er sagt, dass unser Auftrag als Christen, sich zu engagieren, uns in Taufe und Firmung schon mit auf den Weg gegeben ist. Aber ich finde, dies ist nur ein Teil der Wahrheit, warum sich Gemeindemitglieder mit ganzer Kraft ehrenamtlich in den verschiedenen Gremien einsetzen. Wer will ernsthaft bestreiten, dass ehrenamtliches Engagement durch ein Wahlmandat, ein Wahlamt stärker, verbindlicher und verpflichtender wird als eine situative Mitarbeit? Wer will ernsthaft bestreiten, dass Wahl und Auswahl – ein allgemein demokratisches Prinzip – auch in der Kirche in Bezug auf verantwortliche Gremienarbeit seinen Platz hat?

Dies bedeutet für uns als Diözesanrat: Die neue Satzung muss einen Rahmen dafür schaffen, dass auf Wunsch „vor Ort“ ein Laiengremium gebildet und von den Gemeindemitgliedern gewählt werden kann. Dieses wird über Kompetenzen verfügen, die sich deutlich von denen des Pfarrgemeinderates auf Seelsorgebereichsebene unterscheiden und vor allem das kirchliche und gesellschaftliche Leben im unmittelbaren Wohnumfeld in den Blick nehmen wird. Zudem müssen die neuen Pfarrgemeinderäte auf Seelsorgebereichsebene, deren Wahl turnusgemäß im Herbst 2009 zusammen mit den anderen NRW-Bistümern durchgeführt wird, in ihrem gesellschaftspolitischen wie im pastoralen Auftrag deutlich gestärkt werden.

Wir sind also alle aufgefordert, Ideen und unser Engagement in das Projekt mit einzubringen. In diesem Sinne, war es dem Diözesanrat ein Anliegen, einen Diözesantag für Pfarrgemeinderäte noch im Frühjahr dieses Jahres durchzuführen. Dieser wird nun am Samstag, dem 19. April 2008, in den Ballonhallen in Köln-Ehrenfeld stattfinden. Dieser Diözesantag soll, so unsere Hoffnung, zur Klärung

über die laufenden Prozesse beitragen, zum Austausch darüber anregen und Chancen der künftigen Gestaltung der Seelsorgebereiche aufzeigen. Die Ballonhallen sind Symbol für Wandel, Kreativität und Innovation.

Vor uns liegt ein Jahr wegweisender Entscheidungen für die Kirche von Köln, und mehr denn je gilt für uns: Jede und jeder wird gebraucht, keine und keiner darf zurückbleiben! Vor wenigen Tagen war der Abschiedsgruß oftmals verbunden mit dem Wunsch unserer Gesprächspartner: „Kommen Sie gut ins neue Jahr.“ Erinnern wir uns an Silvester und Neujahr vor wenigen Tagen, dann wissen wir, dass das Hineinkommen in das neue Jahr nicht sonderlich schwer ist. Wesentlich schwieriger ist es, wieder gut aus dem jetzt noch neuen Jahr herauszukommen. Dazwischen liegen 366 Tage (Schaltjahr), die jeden Tag aufs Neue gemeistert werden wollen, die Anforderungen an uns stellen, die manche gute, aber auch manche böse Überraschung beinhalten. Dazu brauchen wir alle Gottes Segen, ein wenig Glück, Gesundheit, Kraft und Ausdauer.

Anmerkungen:

- 1) Im Kabinett der Großen Koalition seit 2005 ist Ursula von der Leyen (CDU) Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- 2) Der 1998 gegründete schweizerische Verein „Dignitas – Menschenwürdig leben – Menschenwürdig sterben“ setzt sich nach eigenen Angaben für ein Selbstbestimmungsrecht ein, das auch das Lebensende umfasst, und bietet seinen Mitgliedern Beratung, Begleitung und Beihilfe zum Selbstmord an. Kritiker halten dem Verein Tendenzen zur aktiven Sterbehilfe vor. 2005 wurde unter gleichem Namen ein deutscher Verein gegründet. Seither sind verschiedene politische Versuche, gewerbsmäßige oder geschäftsmäßige Werbung für Selbsttötung unter Strafe zu stellen, gescheitert.

Wir müssen die Frohe Botschaft in die Zivilgesellschaft tragen

17. Januar 2010, Maternushaus, Köln

Vor einigen Jahren kam ein junger Berliner Künstler nach Neuss, also in die tiefste, kulturlose Provinz – wie er meinte. Aber er hatte einen Auftrag von einem wohlhabenden Neusser Privatmann, und Geld lockt bekanntlich – selbst nach Neuss. Dieser Privatmann wohnt im Dreikönigenviertel, wie das Stadtquartier rund um die Kirche Heilige Dreikönige heißt.

Der junge Berliner Künstler wurde also damit bekannt gemacht, dass er im Dreikönigenviertel zu Gast sei. Sein verdutztes Gesicht ließ den Hausherrn erklären: „Sie wissen schon. Die heiligen Drei Könige – die aus der Krippe, mit dem Jesuskind.“ Doch der junge Künstler aus der Weltmetropole wusste nicht. Er hatte trotz Abitur und Studium von dieser christlichen Tradition noch nichts gehört. Eine von vielen ähnlichen Situationen, die uns leider in zunehmender Weise tagtäglich begegnet.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass wir als engagierte Katholiken, aufgerufen und beauftragt sind, die frohe Botschaft Gottes und seines Sohnes Jesus Christus immer wieder couragiert in die Zivilgesellschaft zu tragen. Kirche und somit wir alle, die sich der Kirche zugehörig fühlen, können zur Bildung eines persönlichen Urteils- und Handlungsvermögens beitragen, das sich an Werten wie Menschenwürde, sozialer Verantwortung, Achtung der Natur und Akzeptanz der eigenen Grenzen orientiert. Jedoch müssen wir uns gleichzeitig deutlicher dafür einsetzen, dass christliche Werte und Traditionen in unserer Gesellschaft nicht einfach verdunsten oder mit anderem zugeschüttet werden. Und dies nicht nur auf der Bistumsebene sondern auch in den Städten, Kreisen, Dekanaten und Pfarrgemeinden – überall und immer wieder!

Der Sonntag ist kulturelle Errungenschaft ersten Ranges

In einer Atmosphäre der Vergessenheit und Ignoranz christlicher Traditionen und Werte gedieh auch das neue Ladenschlussgesetz des Landes Berlin, das den Sonntagschutz in verfassungswidriger Weise aufgeweicht hatte. Kirchen und Gewerkschaften sind in einer langen Auseinandersetzung dagegen erfolgreich vorgegangen. Ich begrüße ausdrücklich das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom Dezember letzten Jahres (1). Es ist ein erster Erfolg. Auch für uns, die wir uns im Diözesanrat zusammen mit der KAB schon seit nun zehn Jahren für den Erhalt des Sonntages als arbeitsfreien Tag einsetzen.

Der Sonntag ist nicht nur ein x-beliebiger Tag in der Woche, er ist eine kulturelle Errungenschaft, ja eine Kulturinstitution ersten Ranges. Ein Anschlag auf ihn ist ein Anschlag auf unsere christlich geprägte Kultur an sich. Diese Kultur ist vom

Regel-Ausnahme-Prinzip geprägt – von der Unterbrechung des Alltags. So wie das Kirchenjahr seine Hochfeste und Feste und das Kalenderjahr seine typischen Jahreszeiten hat, so hat die Woche ihren Sonntag. Die Unterbrechung des Alltäglichen ist von tiefer Weisheit geprägt.

Für uns Christen ist der Sonntag in erster Linie der „Tag des Herrn“. Am ersten Tag der Woche stand Christus von den Toten auf. Früh beginnen die ersten Christen damit, sich am Sonntag zu versammeln, zur Agape und zur Eucharistie. So wurde jeder „Tag des Herrn“ zu einem „kleinen Ostern“ in der Woche. Der erste Tag der Woche ist also mehr als nur ein Tag der Arbeitsruhe, der Muße, des Sonntagsbrunchs oder der Familie. Es ist der Tag des Gottesdienstes, der öffentlichen Versammlung der Gemeinde. Der Dichterst Johann Wolfgang von Goethe meinte zum Thema einmal:

„Der Mensch ist ein beschränktes Wesen; unsere Beschränkung zu überdenken, ist der Sonntag gewidmet.“

Volks-Protest gegen europäisches Kruzifix-Urteil bleibt aus

Julius Pauly war 1936 Minister für Kirchen und Schule im Lande Oldenburg. Als solcher gab er drei Jahre nach der national-sozialistischen Machtergreifung die Anordnung, alle religiösen Symbole – insbesondere die Kreuze – aus den öffentlichen Schulen zu entfernen. Die Empörung über den Kreuz-Erlass des Ministers war so groß, dass es heftige Protestversammlungen in Oldenburg gab. Ein wahrer katholischer Proteststurm ließ die braunen Diktatoren zurückschrecken. Die Kreuze konnten wieder in die Schulen zurückgetragen werden.

Gerade seit letztem Jahr müssen wir uns, wieder einmal, mit den staatlichen Institutionen über das Kreuz in öffentlichen Schulen streiten. War es 1995 in Deutschland das „Kruzifix-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichtes, das die öffentliche Diskussion anheizte, so ist es nun das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (2). Durch das Urteil soll das katholische Italien dazu gezwungen werden, das Kreuz aus den Klassenräumen seiner Schulen zu entfernen.

Was war damals anders als heute? Zunächst war der Staat ein anderer. Es wäre unbillig, die NS-Diktatur mit unserem heutigen demokratischen Rechtsstaat gleichzusetzen. Zudem entscheiden heute nicht die Politiker sondern oberste Gerichte nach Klageerhebung einzelner Bürger über die Zulässigkeit christlicher Symbole in Schulen. Worauf es mir jedoch viel mehr ankommt, ist Folgendes: Das Volk hat damals anders reagiert als heute. Im katholischen Oldenburger Land brach eine wahre Sturmflut des Protestes aus. Heute regt sich kaum mehr als ein Stirnrunzeln.

Das Kreuz Christi ist für uns Christen das Zeichen der Erlösung. Es ist heilig. Wir sollten es auch heilig halten. Und wir sollten uns dazu öffentlich bekennen. Aber das Kreuz symbolisiert zugleich die Werte des christlichen Abendlandes, auch und besonders in Deutschland.

Religion ist nicht bloß Privatsache

Die moderne westliche Gesellschaft neigt dazu, das Religiöse zurückdrängen zu wollen. Sie will es als Ursache gesellschaftlichen Übels neutralisieren, privatisieren, in die Ecke stellen. Weder das Judentum, noch das Christentum oder der Islam lassen sich jedoch privatisieren. Alle drei abrahamitischen Religionen sind eminent öffentliche Religionen. Deswegen kann es nicht darum gehen, das Religiöse ins Private abzurängen, es gehört zum Menschen notwendig dazu. Es geht vielmehr darum, ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen Anschauungen zu schaffen. Dabei darf man im christlichen Abendland ruhig einen Vorrang der christlichen Kultur und des christlichen Brauchtums postulieren.

Für uns heißt dies, Initiative zu ergreifen, damit dieses Miteinander auch gelingen kann. Gemeinsame Gespräche sind selbstverständlich. Aber auch konkrete Veranstaltungen auf Ortsebene wie eine Interkulturelle Fußball-Stadtmeisterschaft in Köln, die der Katholikenausschuss Köln zusammen mit dem DJK Sportverband Köln im Oktober diesen Jahres ausrichtet. Anliegen dieser Sportveranstaltung ist es, den interreligiösen Dialog sowie das friedliche und gleichberechtigte Miteinander zu fördern. Ich nenne aber auch eine Veranstaltung in unserem Domforum: „Angst vor Religion? – Zum Streit um Kreuz und Minarett im öffentlichen Raum“.

Glaubensfreiheit muss weltweit gelten

Mit klarer Mehrheit haben sich die Schweizer für ein Verbot des Neubaus von Minaretten ausgesprochen. Der internationale Aufschrei war groß. Man wundert sich kaum noch, dass ausgerechnet das religiöse Terrorregime in Teheran besonders scharf protestierte. Auch die religiöse Autokratie Saudi-Arabien sah die Menschenrechte verletzt. Ein besonnener Kommentar in der FAZ meinte, dass die Schweizer die falsche Antwort auf die richtige Frage gegeben hätten.

Nach anderer – sehr häufig anzutreffender – Meinung soll die religiöse Freiheit der Muslime in Europa von der religiösen Freiheit für Christen und andere Minderheiten in muslimischen Staaten abhängig gemacht werden. Nur: Ein solches Verhalten wäre bei uns in Deutschland schlichtweg verfassungswidrig. Gerade die Religionsfreiheit hier ist das beste Argument für die Religionsfreiheit dort. Insofern haben die Schweizer den Christen im Orient einen Bärendienst erwiesen. Denn obwohl der Vorwurf der Unterdrückung des Islams durch das Minarettverbot fehlgeht, so bietet es dem böswilligen Interpreten Munition, um selbst keine Freiheit der Religionsausübung gewähren zu müssen.

Tatsächlich sind hier – so wie Joachim Kardinal Meisner vor Weihnachten im Deutschlandfunk ausgeführt hat – die Muslime in Europa in der Pflicht. Sie genießen bei uns eine Freiheit, die sie selbst in ihren Heimatländern oft nicht haben – denken wir nur an das partielle Kopftuchverbot in der Türkei. Wenn unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger stärker als bisher, die

Freiheit des religiösen Bekenntnisses und des religiösen Kultes in den Ländern muslimischer Prägung einfordern würden, dann würde nicht nur ihre Glaubwürdigkeit hierzulande größer werden. Sie würden damit in ihren Heimatländern zugleich auch den unterdrückten und verfolgten Christen helfen.

Für uns in Europa steht in diesem Zusammenhang die Türkei im Mittelpunkt des Interesses. Ihre geopolitische Lage berührt die vitalen Interessen des christlichen Abendlandes unmittelbar. Die Nagelprobe für die Türkei wird die Religionsfreiheit sein.

In einem Interview des US-Senders CBS bejahte der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, Bartholomaios I., die Frage, ob er sich „gekreuzigt“ fühle. Wörtlich sagte er: „Wir haben nicht das Gefühl, die vollen Rechte als türkische Bürger zu haben.“ Die religiösen Minderheiten in der Türkei sehen sich zahlreichen juristischen Schwierigkeiten gegenüber, etwa in Eigentumsfragen oder beim Rechtsstatus.

Die gleiche Erfahrung muss ja auch unser Herr Kardinal hinsichtlich seines Anliegens zur gottesdienstlichen Nutzung der Pauluskirche in Tarsus machen. Wir müssen daher unseren türkischen Partnern sehr eindringlich zu verstehen geben, dass sie in Kleinasien auf urchristlichem Boden leben, der auch heute noch von der Tradition des Christentums nicht zu trennen ist. Wer ein anerkannter Teil Europas sein will, muss das respektieren.

Brennpunkte der Christenverfolgung

Vor Weihnachten ging die Nachricht durch die Medien, dass 80 Prozent aller religiös Verfolgten auf der Welt Christen seien. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf einen der Brennpunkte der aktuellen Christenverfolgung lenken: Im Irak, mit seiner ehemals so stolzen und großen christlichen Minderheit, gestaltet sich die Lage dramatisch. Berthold Pelster vom Hilfswerk „Kirche in Not“ hat in der „Tagespost“ folgenden Begriff geprägt: „Die Kirche im Irak ist eine Märtyrerkirche“.

Das Bild der leidenden Kirche ist ein christliches Bild. Die Verkündigung des Evangeliums findet bei uns, Gott sei Dank, nicht mehr mit dem Schwert statt. Umso mehr bedürfen die bedrängten Christen in aller Welt unserer Solidarität. Das gilt in Besonderheit für die orientalischen Christen, die der Wiege des Christentums so nahe sind. Dass die verfolgten irakischen Christen bei uns Aufnahme finden, ist für uns eine pure Selbstverständlichkeit.

Unfähig zu eigener Zivilcourage?

Im September des letzten Jahres erlebten wir in Deutschland einen vermeintlich neuen Höhepunkt jugendlicher Gewalt. In München zeigte ein 50-jähriger Familienvater Zivilcourage und setzte sich für von Gewalt bedrohte Jugendliche ein. Sein Engagement musste er mit dem Leben bezahlen. Über alle Grenzen und Hemmschwellen hinweg prügelten und traten die drei jungen Männer den Mann

auf einem Münchner S-Bahnhof tot. Und die anderen Fahrgäste in der S-Bahn und auf dem Bahnhof? Sie blieben teilnahmslos, starr und unfähig zur Hilfe, zu eigener Zivilcourage. Reflexartig fragen nach einem solchen Ereignis nicht nur die Medien und die Politik, sondern wir uns alle, wie konnte dies geschehen? Was ist da eigentlich geschehen? Und was haben wir in unserer Gesellschaft bisher nicht wahrnehmen wollen?

Ebenso reflexartig werden in Zusammenhang mit der verstärkten und zunehmend enthemmten Gewaltbereitschaft von Jugendlichen Stimmen laut, die eine Anhebung der Höchststrafe für Jugendliche, Erziehungscamps nach US-amerikanischem Vorbild oder mehr Überwachungskameras fordern. All diese Ideen laufen jedoch gleichermaßen ins Leere, wenn sich die Gesellschaft nicht mit den Ursachen der wachsenden Gewaltbereitschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen intensiver auseinandersetzt.

Dieser Auftrag ergeht auch an uns im Diözesanrat, in den Dekanats- und Pfarrgemeinderäten. Nur wenn wir mit den Ursachen vertraut sind, können wir adäquat handeln und junge Menschen mit unseren Alternativen zu einem Leben ohne Gewalt vertraut machen.

Zeitzeugen als Botschafter der Mitmenschlichkeit

Zu was Verrohung von Menschen, einhergehend mit einem großen Gewaltpotential, und der Verlust der Mitmenschlichkeit führt, darüber können insbesondere Insassen der NS-Konzentrationslager schmerzlich berichten. Indem sie dies tun, werden sie als Zeitzeugen zu wichtigen Botschafterinnen und Botschaftern für eine Welt der Mitmenschlichkeit, der gegenseitigen Achtung und Toleranz, auch und besonders für unsere Jugendlichen.

Aus diesem Grund waren wir froh und dankbar, im letzten Jahr in Zusammenarbeit mit dem Maximilian-Kolbe-Werk noch einmal ein „Zeitzeugenprojekt“ durchführen zu können. Unter Mitwirkung des Dekanatsrates Kerpen konnten acht Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus Polen, zum Teil mit jüdischer Abstammung, eine Woche lang in unser Erzbistum geholt werden. Vor allem in Schulen sprachen sie vor jungen Menschen über ihre Erlebnisse und diskutierten mit ihnen über ihre Botschaft zu Frieden und Gerechtigkeit. Und einer der Zeitzeugen formulierte es treffend; auf die Frage, warum er dies als fast Achtzigjähriger tue und warum er die Strapazen, die damit verbunden sind, auf sich nähme, antwortete er:

„Wenn nicht jetzt, wann dann, wenn nicht wir, wer dann?“

Ein ökumenisches Großereignis wirft in diesem Jahr seine Schatten voraus. Die Rede ist vom 2. Ökumenischen Kirchentag 2010 in München. Zwischen dem 12. und 16. Mai wird es unter dem Leitwort „Damit ihr Hoffnung habt“ Zeit und Raum geben, sich mit aktuellen Themen, die uns als Christen heute bewegen,

intensiver und breiter auseinander zu setzen. Nutzen Sie den Ökumenischen Kirchentag als besondere Gelegenheit, gemeinsam mit Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der evangelischen Kirche an der Vertiefung der Beziehungen unter Wahrung der jeweiligen Eigenheiten zu arbeiten.

Welt und Kirche von morgen gestalten

Das letzte Jahr war nicht nur wegen der politischen Wahlen ein Superwahljahr. Auch in den fünf Bistümern in NRW standen die Wahlen zu den Pfarrgemeinderäten und Kirchenvorständen an. Für unser Erzbistum Köln war die Pfarrgemeinderatswahl am 07./08. November dann doch eine ganz besondere: Zum ersten Mal wurden die Pfarrgemeinderäte flächendeckend auf Ebene der Seelsorgebereiche gewählt. Dem Aufruf „Wählen Sie doch mal Kirche“, mit dem für die Wahlen geworben wurde, folgten nahezu 50 Prozent der wahlberechtigten Kirchenbesucher. In Anbetracht der starken Veränderungen, die der zukunftsorientierte Umbau der pastoralen Strukturen im Erzbistum mit sich bringt, ist dies ein, wie ich meine, zufriedenstellendes Ergebnis. Ich bin sicher, dass sich die Frauen und Männer, denen nun ein Mandat übertragen wurde, den neuen Aufgaben und Herausforderungen mit Engagement und Tatkraft stellen werden. Im Voraus möchte ich mich dafür schon einmal herzlich bedanken.

Um die in den Seelsorgebereichen Engagierten auf ihrem Weg in die Welt von Morgen zu begleiten und durch Ideen, Meilensteine und gelungene Projekte zu inspirieren, laden wir am Diözesantag „Zukunft ist Jetzt. Anstiftungen. Die Welt von Morgen gestalten“ nach Köln ein. In der besonderen Atmosphäre der Veranstaltungshalle Expo XXI stehen an diesem Tag ihre und unsere Fragen im Vordergrund: Wo liegen unsere gemeinsamen Herausforderungen für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft in den Seelsorgebereichen? Oder wie werden die Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik verlaufen? Und wie gestalten wir als Christen diese Entwicklungen mit? Wie lösen wir das Generationenproblem? Wie gestalten wir eine missionarische, eine „schmackhafte“ Pastoral?

Lassen Sie uns gemeinsam mit Vision und Tatkraft die Herausforderungen in unserer Kirche, unserer Gesellschaft und unserem Land angehen.

Anmerkungen:

- 1) Am 1. Dezember 2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht (1 BvR 2857/07 und 1 BvR 2858/07) die Möglichkeit nach dem Berliner Ladenöffnungsgesetz, an allen vier Adventsonntagen Geschäfte zu öffnen, für verfassungswidrig. Die Kirchen sahen damit die Pflicht des Staates zum Sonntagsschutz gestärkt.
- 2) Am 3. November 2009 hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden (Az. 30814/07), dass in (italienischen) Schulklassenzimmern keine Kreuze angebracht werden dürfen, weil damit das Recht der Eltern verletzt werde, ihre Kinder nach eigenen Überzeugungen zu erziehen; auch die Religionsfreiheit der Kinder werde damit verletzt.

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland hat sich bewährt

16. Januar 2011, Maternushaus, Köln

Lassen Sie mich meine Begrüßung verbinden mit dem Dank dafür, dass Sie sich auch im vergangenen Jahr vielfältig für unseren Glauben in Staat, Kirche und Gesellschaft engagiert haben. Und dafür, dass Sie der Kirche in ihrem Auftrag auch in diesem oftmals schwierigen Jahr treu geblieben sind und sich nicht abgewendet haben.

Wir alle haben uns ein solches Ausmaß an nicht entschuldbaren Verfehlungen unserer Kirche, wie es im letzten Jahr deutlich geworden ist, nicht vorstellen können (1). Gerade in dieser Situation war es ein gutes Zeichen, auch für die Öffentlichkeit, dass sich viele Bischöfe in Deutschland – auch unser Kardinal und unser Generalvikar – direkt daran gemacht haben, den Anschuldigungen nachzugehen, sich mit den Opfern in Verbindung zu setzen und ihnen Hilfe anzubieten sowie für die bestmögliche Prävention in Zukunft zu sorgen. Das war in Köln beispielhaft und wird hoffentlich einen wertvollen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Situation zum Umgang mit Missbrauch von Kindern und Jugendlichen leisten.

Auch den durch diese Krise angestoßenen bundesweiten Dialogprozess wollen wir in unserem Erzbistum aktiv unterstützen. Einige Vorstandsmitglieder des Diözesanrates haben sich schon darüber Gedanken gemacht, was dies für unser Erzbistum heißen kann und welche Themen in einem solchen Dialogprozess wichtig sind, angesprochen zu werden. Lassen Sie uns hier miteinander couragiert und offen um der Sache willen in den innerkirchlichen Dialog treten! Viele Themen haben wir als Diözesanrat im vergangenen Jahr angesprochen und umgesetzt. Unvergessen ist der Tag für Pfarrgemeinderäte, der nachhaltig Akzente gesetzt hat. Hierdurch konnten wir den neugewählten Pfarrgemeinderäten in ihren nicht leichten Strukturen helfen und auch Hoffnung geben.

Auseinandersetzungen um das Menschenbild

Weitere Dinge will ich hier nennen. Ich möchte Sie dazu einladen, mit mir zwei aktuelle Fragestellungen von Gesellschaft und Politik zu betrachten. Die Frage über die Entscheidung des weiteren Verbotes der Präimplantationsdiagnostik, kurz PID genannt, und diejenige Frage über das Verhältnis zwischen Staat und Religion in der neuerlichen Diskussion über den Laizismus in Deutschland. Wenn wir aber genauer hinschauen, werden bei beiden Fragestellungen Grundtendenzen in unserer Gesellschaft sichtbar, auf die wir als engagierte Katholiken mit dem Auftrag, in der Welt Salz und Sauerteig zu sein, reagieren müssen und gegen die wir unsere Stimme, zum wiederholten Male und dringlicher denn je

erheben müssen. Dazu will ich uns Mut machen! Mut machen, sich weiterhin einzumischen und aber auch Standpunkte zu beziehen.

Deutschland steht im Jahre 2011 vor einer bedeutsamen politischen Entscheidung von großer ethischer Tragweite. Ich spreche von der in Aussicht genommenen Novellierung des Embryonenschutzgesetzes in Bezug auf die Zulassung von Methoden der Präimplantationsdiagnostik, PID. Die Neufassung wurde bekanntlich durch eine Entscheidung des Bundesgerichtshofes (2) notwendig, der diese für zulässig erklärt hat, obwohl der Gesetzgeber dies offenkundig nicht beabsichtigt hatte. Der BGH hat jedoch eine Gesetzeslücke ausgemacht, so dass wir in Deutschland derzeit eine unsichere Rechtslage haben. In einer so erheblichen gesellschaftspolitischen Frage bedarf es einer klaren politischen Entscheidung des Deutschen Bundestages.

In allen Parteien wird in diesen Tagen heftig um eine Position zur PID gerungen. Momentan liegt ein erster Gesetzentwurf von Abgeordneten aller Fraktionen dem Parlament vor. Sie wollen damit „Fehl- oder Totgeburten oder die Geburt eines schwer kranken Kindes“ verhindern. Peter Hintze, Parlamentarier und evangelischer Theologe (3), erklärte bei der Vorstellung des Gesetzentwurfes, an dem er mit weiteren federführend mitgearbeitet hat: „Meiner Meinung nach ist der Embryo außerhalb des Mutterleibes ‚kein Mensch‘, deswegen ist die Untersuchung und mögliche anschließende Verwerfung auch zulässig.“ Zudem warb er für die klare Unterscheidung „zwischen der Entwicklung zum Menschen und der Entwicklung als Mensch“. Deshalb kommt nach seiner Überzeugung dem Embryo im Reagenzglas auch nicht der Schutz der Menschenwürde zu. Denn „es gibt keinen Mensch ohne Mutter, außerhalb der Mutter“.

Schützenhilfe bekommen er und seine Mitkollegen in dieser Position in ihrer Logik nun auch vom Präsidenten der Bundesärztekammer, Jörg-Dietrich Hoppe. Hoppe geht davon aus, „dass sich der nächste Ärztetag für eine Zulassung der PID in engen Grenzen aussprechen wird“. Weiter hebt er dabei besonders auf die für ihn unlogische Diskrepanz zwischen bisher bestehendem Verbot der Präimplantationsdiagnostik und erlaubter Pränataldiagnostik ab: „Warum soll es untersagt sein, einen Embryo vor der Einpflanzung in den Mutterleib auf genetische Schäden zu untersuchen, wenn gleichzeitig bei einer festgestellten Behinderung Spätabtreibungen erlaubt sind.“

Offener und damit schonungsloser, wie die genannten Herren es formulieren, finde ich, kann gar nicht gesagt werden, worum es den Befürwortern der PID und anderen Diagnostikmethoden rund um das gezeugte und werdende Kind geht; und ich spitze die Aussage einmal etwas zu, aber sehr bewusst: „Wir haben das Recht und die Pflicht, alles zu tun, um dem Wunsch von Paaren auf gesunde Kinder nachzukommen und ihnen dabei zu ihrem Recht zu verhelfen. Koste es, was es wolle und auf wessen Kosten auch immer.“ Zugegeben, etwas zugespitzt. Wer möchte schon in unserer Gesellschaft der Schönen und Gesunden mit einem

behinderten Kind herumlaufen? Und da wir ja die Möglichkeiten dazu haben, machen wir das auch und begründen dies auch je nach ethischer Färbung mit den Menschenrechten, die nicht für Embryos gelten, oder mit dem Druck der Gesellschaft oder dem medizinischen Machbaren und demselbigen Fortschritt. Ab welcher Stufe menschliches Leben beginnt, wird also erneut in unserer Gesellschaft und in der Politik diskutiert. Die Argumente klingen dabei stets wohlmeinend, meist sprechen sie vom unerträglichen Leid und Mitleid, von Freiheit und Fortschritt. Immer aber wird die Würde eines Menschen verwechselt mit dem, was oft unbedacht als Wert oder Unwert eines Lebens bezeichnet wird. Der christlichen Auffassung von der Würde des Menschen widerspricht es, den Menschen zum Selektions- oder Forschungsobjekt zu machen, denn mit der Verschmelzung des Samens mit der Eizelle entsteht ein neuer, einzigartiger Mensch, der von Gott gewollt ist.

Kinder sind Geschenke Gottes

Lassen sie mich auf zwei Details der kontroversen Diskussion über die Zulassung von PID, die mich in den letzten Tagen beschäftigt haben, noch näher eingehen: In vielen Äußerungen darüber, warum es sinnvoll sein soll, Ärzten und Eltern zu erlauben, im Reagenzglas außerhalb des Mutterleibes gezeugte Embryonen mit genetischen Tests untersuchen zu lassen, wird immer wieder das folgende Argument bemüht: Eltern befänden sich in einer Notlage, wenn sie auf Grund genetischer Vorschädigung ihres Erbgutes bereits Fehl- und Totgeburten erlitten haben. Und, bitte schön, dies hätten die Kirche und ihre Vertreter auch mitzubedenken. Hier liegt, meiner Meinung nach, ein eklatantes Missverständnis vor. Keine Frau und kein Mann, soviel wie ich weiß, wird in Deutschland gezwungen sich einer Hormonbehandlung und anderen Dingen zu unterwerfen, um Kinder außerhalb des Mutterleibes zu zeugen. Dies ist nach wie vor eine freiwillige Entscheidung und diese erzeugt somit auch keine Notlage!

Aus dem verständlichen Wunsch nach einem Kind und zweifelsohne nach einem gesunden Kind ist in unserer heutigen Gesellschaft ein vermeintliches Recht geworden, dass ich als Einzelner von der Medizin, dem Staat und der Gesellschaft einfordern darf. Nach unserer christlichen Überzeugung gibt es aber kein Recht, keinen Rechtsanspruch auf ein Kind, auf ein gesundes Kind. Kinder sind Geschenke, Geschenke Gottes, ein Leben lang. Meinem Empfinden nach wird in der über die Zulassung von PID ausgebrochenen hitzigen, öffentlichen Diskussion deutlich am Ziel vorbei geschossen. Vielleicht mache ich es mit einigen Äußerungen heute morgen ja auch. So hat mich vor allem die Reaktion des evangelischen Theologen Friedrich Schorlemmer auf die Predigt unseres Erzbischofs, die dieser am „Tag der unschuldigen Kinder“ zum Thema PID gehalten hatte, betroffen gemacht. Ich meine, es ist gut und wichtig, wenn wir leidenschaftlich und hart um der Sache willen ringen, denn es

geht um das höchste irdische Gut – um die Würde und das Leben des Menschen als Abbild Gottes.

In der Sache hatte Schorlemmer als Erwiderung der Argumentation unseres Kardinals gemeint, dass man den Kindermord des Herodes deswegen nicht mit der PID in Verbindung bringen könne, weil der König ja ausschließlich gesunde Kinder habe ermorden lassen. Denkt man das Argument konsequent zu Ende, bedeutet dies ja wohl im Umkehrschluss, dass die Tötung ungesunder Kinder weniger problematisch sei. Man kommt wohl aber nicht an der Erkenntnis vorbei, dass auch Professor Schorlemmer – sicher unbewusst – das ethische Dilemma der PID-Befürworter sehr offen zum Ausdruck gebracht hat. Nämlich die bedenkliche Relativierung des absoluten Rechts auf Leben.

Im Falle der Zulassung von PID, und dies will ich hier unmissverständlich kundtun, gilt meine Unterstützung aus den eben dargelegten Gründen klar der Position des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und der Bischöfe: PID muss weiterhin verboten bleiben. Und zwar ohne Wenn und Aber!

Grundkonsens der Gesellschaft schwindet

Tatsächlich kommen wir in diesen Tagen jedoch erneut nicht an der Erkenntnis vorbei, dass die moderne pluralistische Gesellschaft des Westens kaum mehr zu einem Grundkonsens in ethischen Fragen fähig ist. Und dies gilt für alle Fragen des menschlichen Lebens, für dessen Schutz bei seiner Entstehung sowie auch für dessen Schutz am Ende des Lebens. Aber woran wollen wir in unserer Gesellschaft eigentlich Maß nehmen? Wer begründet eigentlich unsere ethischen Maßstäbe? Und auf welchem Fundament fußen sie bei uns in Deutschland und Europa historisch und geistig? Wer gibt eigentlich noch Orientierung?

Wenn Kirche auf Grund ihrer christlichen Werteausrichtung zu Vielem in Staat und Gesellschaft unmissverständlich und im Sinne der Menschen „Nein“ sagen muss und dies auch deutlich in der Öffentlichkeit artikuliert, wittert eine Reihe von Liberalen und Freidenkern wieder einmal ihre Chance. Sie brechen eine neue Laizismus-Debatte in Deutschland vom Zaun und reden der endgültigen Trennung von Staat und Religion und von Staat und Kirche das Wort.

Nun gut: In einer Situation – und dies möchte ich nicht verhehlen –, in der sich die katholische Kirche in Deutschland im letzten Jahr wiedergefunden hat, haben die alten und neuen „Laizismus“-Anhänger in der erregten Öffentlichkeit es leicht gehabt, ungeachtet aller Argumente, ihr Lieblingsthema und ihr Lieblingsfeindbild medienwirksam zu platzieren. Mancher Beitrag von erklärten Laizisten erweckt dabei den Eindruck, als würden die christlichen Kirchen den Staat beherrschen, ihn zumindest in ungerechtfertigter Weise ausnutzen, beeinflussen oder sogar bevormunden. So schreibt ein neu gegründeter laizistischer Arbeitskreis einer Volkspartei: „Verfassungen, Gesetze und öffentliche Bauten gehören

allen Bürgerinnen und Bürgern.“ Mit diesem Petitem begründet der Arbeitskreis seine Forderung, den Gottesbezug aus dem Grundgesetz zu streichen oder Kreuze aus öffentlichen Gebäuden zu entfernen. Das soll ja wohl heißen, dass „Verfassungen, Gesetze und öffentliche Bauten“ derzeit noch nicht allen Bürgerinnen und Bürgern gehören, sondern offensichtlich nur den Christen.

Feindbild Christentum

Wohlgemerkt: Nicht etwa der Religionsfreiheit wegen, sondern weil offensichtlich der Gottesbezug in unserer Verfassung dazu führt, dass die christlichen Kirchen nicht- oder anders-gläubigen Bürgern die Verfassung wegnimmt, gleichsam stiehlt. Dahinter steckt, so interpretiere ich das Gesagte, nicht das Ziel, die verfassungsrechtliche Neutralität des Staates zu fördern, dahinter steckt vielmehr das Feindbild Kirche und Christentum.

Eine weitere Forderung der „Laizisten“ stellt der Ersatz des ordentlich konfessionellen Religionsunterrichtes durch einen sogenannten neutralen „Religionskunde- und Ethikunterricht“ dar. Dabei bleibt mir aber völlig unklar, was denn eine „neutrale Ethik“ sein soll, sein kann? Wer bestimmt, was gelten darf und was nicht? Der konfessionelle Religionsunterricht hat in den vergangenen über 60 Jahren, so meine ich, keineswegs zur Erschütterung der Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland geführt. Das Gegenteil ist der Fall. Bis in die jüngste Zeit hinein belegen wissenschaftliche Untersuchungen, dass es vor allem gläubige Christen sind, die durch ihr Vertrauen in den Staat und durch ihr Engagement für die Zivilgesellschaft das demokratische Staatswesen fördern und stabilisieren. Nicht zuletzt muss an dieser Stelle wiederum an das Diktum von Ernst-Wolfgang Böckenförde erinnert werden, der sagte:

„Der freiheitlich, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“

Dagegen die Befürworter des Laizismus: „Dieser Staat ist zu weltanschaulicher und religiöser Neutralität verpflichtet.“ Was bedeuten diese Worte, wenn man sie genau betrachtet? Doch nichts anderes, als dass das derzeitige Kooperationsmodell verfassungswidrig sei. Man fragt sich unwillkürlich, warum noch niemand mithilfe des Bundesverfassungsgerichtes gegen diesen dann doch unhaltbaren, ja skandalösen Zustand eingeschritten ist!

Wandel auf der Grundlage vertrauensvoller Zusammenarbeit

Dabei ist die These, die derzeitige Lage zwischen Staat und Kirche sei verfassungswidrig, sie würde der grundgesetzlich geforderten Trennung beider Sphären widersprechen und gegen die Neutralitätspflicht des Staates verstoßen, völlig unbegründet. Das Verhältnis von Staat und Kirche beruht auf den einschlägigen Regelungen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik von 1949 in Verbindung

mit den insoweit fortgeltenden Artikeln der Weimarer Reichsverfassung von 1919 sowie den entsprechenden Beschlüssen der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat aus dem Jahre 1993. Eine grundsätzlich kritische, ja ablehnende Haltung gegenüber den Kirchen kann also nicht zum Maßstab des deutschen Staatskirchenrechtes gemacht werden.

Das schließt natürlich nicht aus, dass der gesellschaftliche Wandel auch einen Wandel in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche intendieren kann. Dieser Wandel, so meine ich, muss aber im Rahmen der bestehenden Ordnung vollzogen werden, also auf Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit. Diesen Prozess müssen wir alle, an allen Orten, in allen Gremien und Verbänden aktiv und zukunftsfähig mitgestalten.

Anmerkungen:

- 1) Ende Januar 2010 hatte Klaus Mertes, Rektor des Berliner Canisius-Kollegs der Jesuiten, mehrere Fälle sexuellen Missbrauchs durch Priester öffentlich gemacht und sich zugleich an die Opfer gewandt. Diese Veröffentlichung löste eine das Jahr über dauernde gesellschaftliche Debatte und Diskussion in den Medien aus über das Versagen der Kirche, diese zurückliegenden Vorgänge eher vertuscht zu haben, als sie ohne Ansehen der Täterperson und orientiert an den Folgen für die Opfer aufzuarbeiten. In der Folge gab es Bemühungen der Deutschen Bischofskonferenz wie der einzelnen Bistümer, die bis dahin unzulänglichen Reaktionen auf entsprechende Anschuldigungen durch intensivere Aufklärung von Verdachtsfällen, Ahndung von Straftaten und Entschädigungen für die Opfer abzulösen.
- 2) Der BGH hatte mit Urteil vom 6. Juli 2010 (Az. 5 StR 386/09) entschieden, dass die PID zur Entdeckung schwerer genetischer Schäden an künstlich erzeugten Embryonen nicht strafbar sei; damit sei die Auswahl von Embryonen vor der Befruchtung und dem Einsetzen in die Gebärmutter sowie das Absterbenlassen nicht verwendeter Embryonen vorbehaltlich einer neuen gesetzlichen Regelung erlaubt.
- 3) Der CDU-Politiker Peter Hintze ist damals Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.

Wie Christus tapfer für die Wahrheit und das Recht eintreten!

15. Januar 2012, Maternushaus, Köln

„Mut zum Handeln“, so steht es in großen Lettern auf den Bannern, die das Maternushaus festlich schmücken, sie werben für das Mitwirken im Dialogprozess in unserem Erzbistum. „Mut zum Handeln“ oder genauer gesagt die Aufforderung „Habt Mut zum Handeln!“ umschreibt das Leitmotiv der Arbeit des Diözesanrates in diesem neuen Jahr 2012.

„Mut zum Handeln“ brauchen wir, wenn wir uns innerkirchlich mit dem Dialogprozess auseinander setzen und nicht beim alleinigen miteinander Reden stehen bleiben wollen. „Mut zum Handeln“ brauchen wir jedoch ebenso, wenn wir uns mit dem Rechtsextremismus und dem -terrorismus in unserem Land, wie wir ihn in letzter Zeit mit Entsetzen und Betroffenheit zur Kenntnis nehmen mussten, kritisch beschäftigen wollen.

Starre Fronten aufbrechen

Mit dem Leitwort „Mut zum Handeln“ hat die Vollversammlung des Diözesanrates im letzten Mai ihren Beschluss zum Dialogprozess im Erzbistum Köln überschrieben.

Unser Graphiker Christian Bauer hat daraufhin versucht, sich dem Leitwort im Zusammenhang mit dem zugegebenermaßen etwas sperrigen Begriff „Dialogprozess“ künstlerisch zu nähern, was ihm, wie ich finde, mit einer interessanten Interpretation gelungen ist. Für ihn ist das Schiff, das sich Kirche nennt, als Eisbrecher – vielleicht in arktischen Gewässern – unterwegs. Es erfordert Mut zum Handeln, sich auf eine solche Mission einzulassen. Wir müssen selber aktiv werden. Müssen uns auf den Weg mit manchen Unwägbarkeiten und Überraschungen machen. Starre Fronten und Ansichten, die uns hindern, miteinander ins Gespräch zu kommen, können dadurch aufgebrochen werden. Themen, die festgefahren sind, können neue Fahrt aufnehmen. Wir als Kirche Christi sind durch den Heiligen Geist Gottes dazu befähigt, immer wieder das Eis zu brechen und neue Wege frei zu räumen.

Für mich geht es in diesem Dialogprozess um die Zukunft in Kirche und Gesellschaft. Dabei verstehe ich Dialog als eine geistige Grundhaltung und nicht nur eine Form der Kommunikation oder eine Methode. Dialog bedeutet für mich, einander achtsam und wertschätzend zuzuhören, hinzuhören, was der oder die Andere mir sagen möchte, ohne dabei gleich in eine Abwehrhaltung zu gehen. Es geht darum, sich in die Argumente und Gedanken des Gesprächspartners hineinzuversetzen.

Bezogen auf unseren Dialogprozess, der im Oktober letzten Jahres in Düsseldorf gestartet ist und in diesem Jahr in verschiedenen regionalen Veranstaltungen fortgesetzt wird, heißt dies aus meiner Sicht, dass er ergebnisoffen geführt werden muss, aber nicht ergebnislos sein darf.

Worauf kommt es uns im Speziellen also an, wenn wir Sie einladen beim Dialogprozess mitzuwirken? Das Erzbistum Köln hat in den zurückliegenden Jahren auf nahezu allen Gebieten kirchlichen Lebens einschneidende Veränderungen erfahren. Wir wollen uns jetzt die Zeit nehmen, Bilanz zu ziehen und einen Ausblick zu wagen: Was brauchen die Menschen in unseren Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen heute und morgen? Und was erwarten die Menschen außerhalb der Kirche von uns als Christinnen und Christen in dieser Gesellschaft? Unser Fokus liegt dabei im Sinne des Leitwortes „Mut zum Handeln“ auf der Erarbeitung konkreter Veränderungsschritte, die realistisch innerhalb des Erzbistums sowohl lokal und regional als auch auf Bistumsebene umsetzbar sind. Dabei wollen wir allerdings nicht die Perspektive der gesamten Kirche aus dem Blick verlieren.

In unserem ganzen Bemühen um Dialog sind wir nicht allein auf dem Weg. So wird im kommenden September in Mannheim der von der Bischofskonferenz initiierte Gesprächsprozess „Im Heute glauben“ mit einer zweiten Konferenz fortgesetzt. Auch wir aus unserem Erzbistum sind daran beteiligt und die erste Konferenz im letzten Jahr hat mir Mut gemacht, dass wir auf dieser Ebene in einen guten und fruchtbringenden Dialog eintreten. Zudem treffen wir uns hoffentlich vom 16. bis 20. Mai dieses Jahres auf dem Katholikentag in Mannheim, der unter dem Motto: „Einen neuen Aufbruch wagen“ ebenso ganz im Zeichen des Dialoges steht.

Das Zweite Vatikanische Konzil öffnete vor 50 Jahren verschlossene Fenster

Ein weiteres Ereignis sollte uns Mut machen voranzuschreiten. In diesem Jahr jährt sich zum 50. Mal die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils durch Papst Johannes XXIII., einen Kirchenmann mit Mut zum Handeln. Die größte Kirchenversammlung des 20. Jahrhunderts wollte die Weichen dafür stellen, die katholische Kirche den Erfordernissen und Sorgen der modernen Welt anzunähern und wurde zu einem neuen Aufbruch für die Kirche. Für mich selber war das Konzil damals, wie wenn fest verschlossene Fenster auf einmal aufgerissen wurden, damit ein neuer frischer Wind hineinkommen konnte. Das begeisterte mich und motivierte mich, mich selber noch stärker in der Kirche zu engagieren. Einen ähnlichen Ruck brauchen wir auch heute. Die verschiedenen Ansätze zum Dialog geben dabei den richtigen Weg vor.

Wir müssen wachsender Fremdenfeindlichkeit entgegentreten

Mut zum Handeln! In diesem Kontext steht auch das zweite Thema meiner Rede, von dem ich finde, dass es heute Platz und Raum haben muss.

Im November letzten Jahres sind wir alle in Deutschland aufgeschreckt (1). Eine vermutlich kleine Gruppe Rechtsextremer, oder sollte ich besser sagen Rechtsterroristen, hat über 13 Jahre lang aus dem Untergrund heraus gemordet, gebombt und Dutzende Banken überfallen. Gezielt, kaltblütig und weitgehend unerkannt gingen die Täter vor. Triebkraft und Ideologie, die zu diesen Verbrechen geführt haben, lösen in uns Entsetzen aus. Das haben wir uns nicht vorstellen können! Besonders erschreckt hat mich, dass diese kleine Gruppe über die ganzen Jahre hinweg unerkannt bleiben konnte. Dies wirft viele Fragen auf.

Der Staat muss nun aus den Vorfällen seine Konsequenzen ziehen, um das Unfassbare fassbar und bekämpfbar machen. Die blinden Flecken müssen erhellet, die Sichtweisen geschärft werden. Und dies gilt auch für uns, die wir ein Teil der Gesellschaft sind, in der wir leben. Und Rechtsextremismus ist nicht nur eine Seuche in Mitteldeutschland sondern auch bei uns, insbesondere wenn wir an solche „PRO“-Parteien in unseren Regionen denken.

Der aktuelle Jahresreport „Deutsche Zustände“ (2), in der Wissenschaftler der Universität Bielefeld um Wilhelm Heitmeyer im Rahmen einer Langzeitstudie gesellschaftliche Vorurteile gegenüber Minderheiten und Randgruppen im Hinblick auf politische Einstellungen und soziale Lage untersuchen, zeigt dies eindrücklich auf. Mit zehnjähriger Laufzeit haben die Konfliktforscher regelmäßig das Ausmaß der gruppenbezogenen Menschlichkeit untersucht. Elemente, die bei der Studie dazu berücksichtigt wurden, waren unter anderem Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Abwertung von Behinderten, Obdachlosen, Sinti und Roma, Asylbewerbern sowie von Langzeitarbeitslosen. Fazit dieser Studie ist es, dass „die Spaltung der Gesellschaft sich im Laufe von zehn Jahren verstärkt hat. Zahlreiche Menschen haben Vorbehalte gegenüber sozial Schwachen und Minderheiten.“

Einen deutlichen Anstieg beobachten die Forscher bei dem Ausmaß von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Fast die Hälfte der Befragten findet, dass Deutschland „in einem gefährlichen Maß überfremdet“ sei. Jeder Achte vertritt die Ansicht, dass die Weißen „zu Recht führend in der Welt“ seien. Auch die Zustimmung zu der Ansicht: „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken“, ist um fünf Prozent angestiegen. So die aktuelle Erhebung dieser Langzeitstudie.

Auch Erwachsene brauchen Vorbilder

Wir sind verantwortlich für die Gesellschaft, für die Welt in der wir leben wollen. Als katholische Laien sind wir aufgerufen, die Welt mit unseren christlichen Werten und Lebensweisen zu durchdringen und zu gestalten.

Was setzen wir also gegen das sich ausbreitende rechtsextremistische Gedankengut? Ich denke, dass neben öffentlicher Stellungnahme und öffentlichem Protest einer der Schlüssel in der Aufklärung und Bildung insbesondere der jungen Menschen in unserem Land liegt. Unsere Erfahrungen aus dem Zeitzeugenprojekt im letzten Jahr, als wieder in enger Kooperation mit dem Maximilian-Kolbe-Werk zwei Zeitzeugen des Holocaust und des Naziterrors vor Dutzenden jungen Menschen verschiedener Schulen und sogar in der Jugendvollzugsanstalt Siegburg ihre Lebensgeschichten offen legten, zeigen uns erneut, wie wertvoll solche Begegnungen sind.

Einer der Zeitzeugen Ignacy Krasnokucki brachte es auf den Punkt, worum es eigentlich geht. Am Ende des Gespräches mit den jungen Häftlingen sagte er:

„Ich bin tief bewegt. Als ich hier in die Justizvollzugsanstalt hinein kam, wurde ich sehr an damals, an das Ghetto und die Lager erinnert. Aber heute komme ich freiwillig. Ich will Ihnen meine Lebensgeschichte erzählen, damit Ihnen klar wird, warum es wichtig ist, gegen rechtes Gedankengut und Ausländerhass aufzustehen und sich für Frieden und Gerechtigkeit einzusetzen.“

Nicht nur die Jungen können Vorbilder gebrauchen. Auch wir, die wir anderen Generationen angehören, brauchen Vorbilder, an denen wir uns ausrichten können. Die uns zeigen, wie Mut zum Handeln auch in dunkelsten staatlichen und gesellschaftlichen Zeiten gelingen kann und uns deutlich machen, dass dieser Mut zum Handeln Konsequenzen für das eigene Leben hat. Eine solche Frau mit Vorbildcharakter ist sicherlich Freya von Moltke. Im letzten Jahr war dies für den Diözesanrat in guter ökumenischer Zusammenarbeit mit vielen Akteuren aus Köln und Kreisau Anlass, sich zum 100. Geburtstag von Freya von Moltke in vielen Veranstaltungen und insbesondere im Festakt am 29. März 2011 ihrer zu erinnern.

Erinnerung an Nikolaus Groß

In knapp zwei Wochen am 27. Januar wollen wir uns anlässlich des 10. Jahrestages seiner Seligsprechung in einer Veranstaltung der Erinnerung an den Katholiken Nikolaus Groß stellen.

Nikolaus Groß war nicht nur einer, der als Chefredakteur der Westdeutschen Arbeiterzeitung, dem Organ der KAB, die Gesellschaft beobachtete und Veränderungen aufmerksam registrierte. Nein, er war auch jemand, der aus seinem Glauben heraus den Mut aufbrachte, zu handeln und sich öffentlich gegen die Nazi-Ideologie zu stellen. Nikolaus Groß erkannte schon früh den zutiefst

unchristlichen und unmenschlichen Charakter der Nationalsozialistischen Bewegung. Unerschrocken kämpfte er in den immer enger werdenden Grenzen des Möglichen mit seinen Veröffentlichungen gegen den nationalsozialistischen Absolutheitsanspruch und für die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Er warnte eindringlich vor Rassismus und Antisemitismus.

Daher bleibt für uns alle seine Ansicht wegweisend:

„Wo ein Mitmensch in Not ist, müssen wir liebevoll, barmherzig und mitleidig sein, wie Christus es gewesen ist. Wo Unrecht geschieht, müssen wir tapfer für das Recht und die Wahrheit eintreten, wie Christus es uns gelehrt hat.“

Anmerkungen:

- 1) Im November 2011 war bekannt geworden, dass einer rechtsextremen terroristischen Vereinigung namens „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) eine bis dahin nicht aufgeklärte Serie von Morden zwischen 2000 und 2007 zuzurechnen ist.
- 2) Professor Wilhelm Heitmeyer, Erziehungswissenschaftler an der Universität Bielefeld und Leiter des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, hat unter dem Titel „Deutsche Zustände“ federführend eine Langzeituntersuchung über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in zehn Folgen zwischen 2002 und 2011 veröffentlicht. Ein zentrales Ergebnis der Studie über Rechtsextremismus und Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und ethnisch-soziale Konflikte zeige, dass das Verständnis von Gerechtigkeit, Solidarität und Fairness in der gesellschaftlichen Mitte schwinde.

Vielfalt in der Kirche ist Reichtum, nicht Bedrohung

13. Januar 2013, Maternushaus, Köln

„Mut zum Handeln“: In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und noch bis in die 1970er Jahre hinein hat die katholische Kirche in Deutschland eine Zeit der lebendigen Volkskirche erlebt. Die Teilnahme an den Sakramenten, der Messbesuch und die Identifikation mit der Kirche waren für die Meisten Selbstverständlichkeiten. Kirche war damals wahrhaft Volkskirche. Mit den tiefgreifenden Umwälzungen der 68er-Revolution, die einen echten Kulturbruch zur Folge hatten, änderte sich die Situation auf dramatische Weise. „Der Volkskirche läuft das Volk weg“.

Der Blick auf die Parteien, auf die Gewerkschaften und auf andere gesellschaftliche Institutionen macht deutlich: Der Wandel betrifft nicht nur die Kirche. Diese Einsicht macht es zwar nicht unbedingt besser. Aber sie hilft doch, die derzeitige Situation der Kirche besser in einen Gesamtzusammenhang einzuordnen. Und dieser gesellschaftliche Kontext führt dazu, dass alle überkommenen Großinstitutionen mit einem Rückgang an Akzeptanz und aktiver Teilnahme zu kämpfen haben.

Überdies erkennen wir, dass es niemandem recht gelingen will, durch zeitgerechte Reformen Besserung zu erlangen. Warum ausgerechnet der Kirche? Das bedeutet nun wiederum nicht, dass wir die Hände fatalistisch in den Schoß legen sollten – gewiss nicht! Doch es geht um die rechte Analyse, warum wir in der beklagten Situation sind, in der sich die Kirche nun einmal objektiv befindet.

Die Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums deuten

Das Konzil nennt das „die Zeichen der Zeit zu erkennen“. Nicht selten jedoch, wird dieses Diktum falsch interpretiert, nämlich in dem Sinne: jeder Mode hinterherzulaufen. Die Zeichen der Zeit zu erkennen, bedeutet vor allem, die aktuelle Lage richtig einzuschätzen.

Den eigentlichen Handlungsauftrag hat das Konzil erst mit dem zweiten Teil jenes Diktums formuliert, der so gern unterschlagen wird. Wir sollen die Zeichen der Zeit erkennen, und sie im Lichte des Evangeliums deuten. Kirche ist und bleibt also an das Wort Gottes gebunden. Und mehr noch: Wir sind notwendig auf Gott hin geordnet. Wollen wir wahrhaft Kirche Christi sein, so müssen wir uns an Gott ausrichten.

Genau in diesem Sinne habe ich den Heiligen Vater verstanden, wenn er bei seinem Besuch in Freiburg (1) sagte:

„Um so mehr ist es wieder an der Zeit, die wahre ‚Entweltlichung‘ zu finden, die Weltlichkeit der Kirche beherzt abzulegen.“

Denn der Papst hat die Interpretation seiner Worte gleich mitgereicht, als er weiter ausführte:

„Offensein für die Anliegen der Welt, heißt demnach für die entweltlichte Kirche, die Herrschaft der Liebe Gottes nach dem Evangelium durch Wort und Tat hier und heute zu bezeugen.“

Ausdrücklich fügte Benedikt XVI. hinzu:

„Das heißt natürlich nicht, sich aus der Welt zurückzuziehen, sondern das Gegenteil.“

Dann nennt er beispielhaft das karitative Engagement der Kirche, und es wären sicherlich viele Beispiele hinzufügar. Mir scheint es so, als ginge es bei mancher Kritik an den Äußerungen des Papstes um ein gewolltes Missverständnis.

Wir als Christen, wir als Kirche leben aus der Beziehung zu Gott heraus. Als Menschen sind wir unserem Wesen nach auf Gott ausgerichtet, der sich uns zuwendet, der sich uns offenbart. Diese anthropologische Disposition auf Gott hin, ist – ganz im Sinne Karl Rahners (2) – die „Pipeline“ der göttlichen Liebe in die Welt hinein. „Entweltlichung“ bedeutet in diesem Sinne nichts anderes, als der Dimension des Geistes Gottes Raum zu geben; und zwar innerhalb unseres Lebens in der Welt.

Keine Berührungängste

Und dennoch müssen wir uns fragen: Was wollen wir eigentlich in der Welt, wenn die Welt nichts mehr von uns will? Warum bestehen wir auf der Volkskirche, wenn das Volk uns scharenweise davonläuft?

Meines Erachtens geht es nicht um unseren kirchenpolitischen Streit, den wir so gerne pflegen: Hier die Verfechter der alten Volkskirche, dort die Verkünder der sogenannten „kleinen Herde“. Das eine ist passé, das andere wird kommen – mehr oder weniger. Volkskirche bedeutet heute gleichsam „potentielle Volkskirche“. Eine Kirche, die – aus ihrer göttlichen Wurzel heraus lebend – sich ganz für alle öffnet, um die Vielen zu Gott zu führen. Und dies bedeutet auch ein Ja zur Vielfalt in unserer Kirche! Vielfalt ist Reichtum und nicht Bedrohung. Daher brauchen wir keine Berührungängste zu haben:

- Nicht gegenüber Frauen und ihrem notwendigen Dienst in der Kirche.
- Nicht gegenüber gleichgeschlechtlich orientierten Menschen.
- Und auch nicht gegenüber anderen Religionen und Atheisten.

Der Streit um die „Entweltlichung“ ist letztlich eine Spiegelfechterei einer deutschen katholischen Kirche, die sich ihrer selbst unsicher geworden ist. Die Mehrheit der Zeitgenossen interessiert sich für unsere internen Auseinandersetzungen gar nicht mehr. Die Mehrheit der Menschen in Berlin und Cottbus, in Hamburg

und Hannover, in Nürnberg oder München nimmt uns bestenfalls als Randnotiz unter der Rubrik „Vermischtes“ zu Kenntnis. Und auch in Köln, Bonn und Düsseldorf, Wuppertal und Neuss ist es nicht viel anders.

Aber: Wenn Rahner Recht hat, wenn der Mensch seinem Wesen nach auf Gott hin ausgerichtet ist, dann müssen wir zu den Menschen gehen, um ihnen das Wort Gottes zu verkünden. Das ist unser Auftrag – seien wir Laien oder Priester. „Geh-hin Kirche“, wie Kardinal Joseph Höffner oft sagte.

Grundsatzprogramm des Diözesanrates

Die Zeichen der Zeit zu erkennen bedeutet vor allem, die aktuelle Lage richtig einzuschätzen. Dies haben wir im Diözesanrat im letzten Jahr insbesondere mit dem Dialogprozess „Mut zum Handeln“ in den verschiedensten Veranstaltungen im ganzen Erzbistum versucht. Mit über 1800 für die Kirche engagierten Menschen sind wir ins Gespräch über die Zukunft unserer Kirche gekommen. Eine sehr starke Dokumentation zeugt von der ungebrochenen „Leidenschaft“ der beteiligten Gläubigen, sich Gedanken über ihre Kirche und deren Weg ins 21. Jahrhundert zu machen.

Vieles ist zur Sprache gekommen, manches, was weh tat, und Vieles, was Hoffnung macht. In den Veranstaltungen herrschte durchweg ein gutes kommunikatives Miteinander, und es wurde von allen der Versuch unternommen, einmal zuzuhören, was der andere zu sagen hat. Und dies sei noch hinzugefügt: Hier trafen sich keine Revolutionäre und Fantasten, die nur darauf aus waren, dem Zeitgeist eine Lanze in der katholischen Kirche zu brechen.

Die Gremien des Diözesanrates, insbesondere der Vorstand und die Vollversammlung, haben sich dann im Laufe des letzten Jahres der Mühe unterzogen, aus den vielen Anregungen ein „Grundsatzprogramm“ zu erarbeiten, das am 12. September letzten Jahres von der Vollversammlung beschlossen wurde.

Das Programm trägt wie der Prozess den Titel „Mut zum Handeln“. Es muss also über das „nur Reden“ hinausgehen, wenn wir glaubwürdig sein wollen. Den ersten Schritt dazu hat der Vorstand im letzten Jahr noch getan, als er auf seiner Klausurtagung ein Arbeitsprogramm zur Umsetzung des Beschlusses auf den Weg brachte. Wichtig ist mir vor allem, dass wir das, was wir selber als Diözesanrat in der Hand haben, auch angehen und Hilfen geben, damit es zu zukunftsgerichteten Veränderung vor Ort kommen kann. Natürlich, vieles kann der Diözesanrat nur empfehlen, aber er kann dafür sorgen, dass Manches angestoßen wird.

Dass es im Programm Themen und Anregungen gibt, die nicht auf ungeteilte Zustimmung, ja zum Teil auf Ablehnung und heftige Kritik stoßen, liegt in der Sache eines Dialogprozesses, in dem es ja darum ging, wertschätzend und bisweilen kritisch die Lage der katholischen Kirche in unserem Erzbistum und darüber hinaus zu betrachten.

Es ist uns klar, eine Reihe dieser umstrittenen Themen sind nicht auf der Bistums-ebene zu klären, ja noch nicht einmal im sogenannten „bundesweiten Gesprächsprozess“ der deutschen Bischöfe. Zudem widersprechen auch einige der formulierten Wünsche und Anregungen der gültigen katholischen Glaubenslehre, worauf uns unser Erzbischof hingewiesen hat. Je mehr wir jedoch über die Dinge, die eine gemeinsame Basis haben, miteinander ins Gespräch kommen, haben wir die Chance, uns weiter zu entwickeln und dann auch die schwierigen Themen offen zu besprechen. Dazu werden sicherlich auch die vier erzbischöflichen Veranstaltungen in diesem Jahr beitragen, die sich als geistiger Dialogbeitrag verstehen und Fragen in den Mittelpunkt stellen wie: „Gott – Wo bist du?“ „Christus – Wer bist du?“ „Kirche – Wer sind wir?“ „Sendung – Wohin gehen wir?“

Der Eucharistische Kongress wird ein wichtiger Beitrag zum Dialog

Ein ganz besonderer Beitrag zum Dialogprozess ist vom Nationalen Eucharistischen Kongress zu erwarten, der im Juni diesen Jahres hier bei uns in Köln stattfinden wird. Ich freue mich schon auf die vielen Gläubigen, insbesondere die vielen Jugendlichen, die aus Nah und Fern in unser Erzbistum kommen, um in der Tradition der heiligen Drei Könige anzubeten, Gottesdienst zu feiern und sich in Katechese und Kultur in das Geheimnis der Eucharistie zu vertiefen. Ich hoffe, dass dieses Treffen auch die „katholische Fröhlichkeit“ ausdrücken kann und die Menschen Land auf und Land ab mit der Freude am Glauben ansteckt.

Ich habe mich heute bewusst kurz – oder kürzer gefasst als in den letzten Jahren. Dialog soll auch heute bei und zwischen uns stattfinden. Themen wie „Gemeindeleitung“ und „Laienverantwortung“ sind Bestandteil des Dialogprozesses. Debatten über „Beginn des menschlichen Lebens“ oder aktuell die „Zulässigkeit von Sterbehilfe“ sind auch unsere Themen. Und auch die heute in den Sonntagszeitungen fortgeführte Debatte über die Aufklärung und Veröffentlichung der Missbrauchsfälle ist wichtig (3). Ich habe keine Zweifel über die Ernsthaftigkeit der Bischöfe, diese aufzuklären.

Zum Abschluss möchte ich es nicht versäumen, Herrn Kardinal Meisner zu seinem Goldenen Priesterjubiläum, das er am 22. Dezember letzten Jahres begangen hat, auch von dieser Stelle zu gratulieren. 50 Jahre auf einem Weg zu bleiben, dies ist nicht nur für Priester heutzutage eine große Herausforderung. Umso mehr als unser Erzbischof seinem Weg und seinen Überzeugungen in allen Zeiten abseits des Zeitgeistes treu geblieben ist. Hierzu beglückwünsche ich ihn und wünsche ihm für sein beginnendes 25. Jahr als Erzbischof von Köln Gottes Segen und beste Gesundheit.

Anmerkungen:

- 1) Vom 22. bis 25. September 2011 besuchte Benedikt XVI. als Papst zum dritten Mal Deutschland. Diese apostolische Reise stand unter dem Leitwort: Wo Gott ist, da ist Zukunft. Zum Abschluss hielt er in Freiburg die viel beachtete Rede, in der er von der Entweltlichung der Kirche sprach, was eine nachhaltige Diskussion über das Gemeindegemeinschaft auslöste.
- 2) Karl Rahner, einer der bedeutendsten Theologen des 20. Jahrhunderts, starb im März 1980 im Alter von 80 Jahren; seine Theologie wirkt bis in die Gegenwart nach.
- 3) Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass die Deutsche Bischofskonferenz den 2011 geschlossenen Vertrag mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen unter dessen Leiter Christian Pfeiffer zur systematischen wissenschaftlichen Untersuchung der Missbrauchsfälle aufgekündigt hatte. In der Öffentlichkeit wurde daher der Vorwurf geäußert, die katholische Kirche sei an der Aufklärung nicht wirklich interessiert.

Die „Hermeneutik der Reform“ erhellt eine neue Perspektive

19. Januar 2014, Maternushaus, Köln

Ich möchte meine Ansprache mit einem herzlichen Glückwunsch verbinden: Am 1. Weihnachtstag ist Kardinal Joachim Meisner nun 80 Jahre alt geworden. Dazu will ich auch im Namen des Diözesanrates herzlich gratulieren. Dass unser Erzbischof in diesem Alter noch so gesund und tatkräftig ist, hat sicherlich auch mit einem Jubiläum zu tun, weswegen er in weiser Voraussicht auf eine große Geburtstagsfeier verzichtet hat: Am 12. Februar feiert Kardinal Meisner sozusagen „Silberhochzeit“ mit seinem Erzbistum Köln, denn dann wird er auf den Tag genau 25 Jahre Erzbischof von Köln sein. Und wir sehen: Mit Gottes Hilfe und Gnade kann aus einer „Vernunftfe“, welche zuweilen länger hält als eine Verbindung aus Neigung oder Liebe, doch noch eine gegenseitige vertrauensvolle Partnerschaft werden. Es war sein ausdrücklicher Wunsch, dass dieses Jubiläum am 9. März 2014 würdig mit einer großen Feier begangen wird. Da Rom noch „still hält“, freuen wir uns, dass unser Kardinal zumindest noch bis zum Silbernen Jubiläum unser Erzbischof von Köln sein wird.

Historische Stunden der Kirche

Auch das Jahr 2013 hat viele Veränderungen gebracht – manches davon hat uns doch sehr überrascht. Aber nun mal ganz ehrlich, wenn wir uns beim letzten Neujahrsempfang vorgestellt hätten, dass wir ein Jahr später einen emeritierten Papst Benedikt XVI. haben, der im umgebauten Kloster „Mater Ecclesiae“ am Vatikanhügel wohnt, und einen Papst Franziskus, der vom anderen Ende der Welt, aus Argentinien stammt, wer hätte es geglaubt?

Ich habe es auf jeden Fall nicht kommen sehen, als ich am Rosenmontag auf einem Festwagen im Rosenmontagszug von meiner Frau eine SMS bekam, in der stand, dass Papst Benedikt XVI. gerade eben seinen Rücktritt zum Ende Februar mitgeteilt hatte. Da habe ich spontan an einen Karnevalsscherz geglaubt, aber solche Scherze gibt es ja eher zum 1. April, und der war definitiv nicht an diesem Rosenmontag. Und ich glaube, dass ich mich nicht vertue, wenn ich behaupte, dass es allen, egal wo sie waren, wohl ähnlich ergangen ist.

Wir hatten dann ja einen Monat Zeit, die Meldung zu verdauen und uns auf die Konsequenzen einzustellen, auf etwas, was es in der ganzen Kirchengeschichte vorher ja nur einmal gegeben hatte, den freien Rücktritt eines Papstes (1). Trotz meiner Betroffenheit über die Entscheidung von Papst Benedikt XVI. kann ich seine Entscheidung verstehen und nachvollziehen; und dennoch bleibt auch ein Jahr später immer noch ein großes Erstaunen über diese wahrlich historische Stunde unserer Kirche.

Und am Ende des nun notwendig gewordenen Konklaves, das mit Kongregationen, einem Vorkonklave und einer noch nie da gewesenen Medienpräsenz begann, tritt der 76jährige Kardinal Bergoglio aus Buenos Aires auf den Balkon, und die Menge begrüßt den neuen Papst, der sich den Namen Franziskus gibt. Ein Papst, der nicht aus Italien, ja nicht einmal aus Europa kommt, sondern aus Argentinien. Zudem zum ersten Mal ein Jesuit. Wieder kommt in mir die Frage hoch: „Wer hätte das gedacht?“ Und wir stehen in unserer Kirche an einer Zeitenwende. Das, was bisher eigentlich nicht möglich schien, ist Realität geworden. Katholische Kirche hat den Mut zum Handeln, den Mut bei allem Risiko, sich zu wandeln. Das, was wir bisher vom neuen Papst Franziskus sehen und hören, lässt einen neuen Atem Gottes erspüren.

Botschaften des neuen Papstes in Taten umsetzen

Trotz vieler bemerkenswerter Ansätze und Auffassungen aus dem Munde und der Feder des Papstes, sollte uns klar sein, so finde ich, dass auch der neue Papst nicht alle der vielen Hoffnungen, wie es säkulare Medien oder linksliberale Reformbewegungen gern hätten, erfüllen kann die in ihn gesetzt werden (diese werden auch noch merken, dass Papst Franziskus katholisch ist). Und dennoch: Die „Hermeneutik der Reform“ erhält durch den ersten Jesuiten auf dem Stuhl Petri eine neue Perspektive, eine neue Chance und hoffentlich auch eine neue Dynamik. Es wird entscheidend darauf ankommen, in welchem Maße wir Katholiken uns nicht nur von der Botschaft von Papst Franziskus anstecken lassen, sondern sie auch in Taten umzusetzen vermögen.

Dass sich mit dem neuen Papst etwas verändert, ist äußerlich schon an der etwas anderen Lebensweise des Papstes festzustellen. Er möchte unter den Menschen sein und versucht, dies auch als Papst so zu leben. Innerkirchlich sind es jedoch eher solche Schritte wie die Einberufung der dritten Außerordentlichen Bischofssynode zu „Pastoralen Herausforderungen der Familie im Kontext der Evangelisierung“ sowie der für den Vatikan neue methodische Ansatz einer Umfrage in den einzelnen nationalen Kirchen, die aufhören lassen. Ähnlich wie in den vielen bistumsweiten Dialogforen und -prozessen, wird erstmals eine Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Situation und Meinung unter Katholiken zu diesem Thema versucht. Dass dies direkt und in der Kürze nicht alles so gelingen kann, wie wir es uns gewünscht hätten, ist verständlich. Ein neuer Ansatz für unsere Kirche bleibt es trotz der Kritik allemal.

Ungeschöntes Meinungsbild

In diesem Zusammenhang habe ich mich gefreut, dass die Ergebnisse der Umfragen und Diskussionen so transparent und ungeschönt durch unser Erzbistum veröffentlicht worden sind. Das ist eine doch eher unerwartete Aktion gewesen. Die Ergebnisse und Meinungen sind nicht überraschend und sehr ehrlich. Sie

spiegeln auch das wieder, was wir in den verschiedenen Dialogveranstaltungen, die wir durchgeführt haben, immer wieder gehört haben, und was dann auch so in unseren Beschluss „Mut zum Handeln“ eingeflossen ist. Dafür haben wir uns im letzten Jahr reichlich Kritik und auch Ermahnungen anhören müssen. Wir haben aber immer gesagt, dass es nicht die ewigen Kritiker sind und waren, die sich beteiligt haben, sondern schon die, die sich noch ernsthaft um die Zukunft der Kirche sorgen. Denn die anderen sind schon alle nicht mehr da. Lassen Sie uns also nun gemeinsam die Ergebnisse auswerten und im Blick auf die Menschen neue Wege wagen.

Vom Wahrnehmen und Erkennen zum Handeln kommen

Dazu muss auch der nun schon drei Jahre andauernde Gesprächsprozess der deutschen Bischofskonferenz seinen Beitrag leisten. Nicht nur in unserem Bistum wurde in den letzten Jahren mit viel Engagement um die Zukunft der Kirche gerungen. Auch aus anderen Bistümern liegen nun die Ergebnisse der Gespräche vor. Hier gilt es nun, vom Sehen und Erkennen zum Handeln zu kommen, auch in dem Sinne unseres Kölner Dialogmottos „Mut zum Handeln“.

Ein weiterer Schritt dazu ist sicherlich auch der 99. Deutsche Katholikentag, der vom 28. Mai bis zum 1. Juni in Regensburg stattfindet. Das Erzbistum Köln und der Diözesanrat werden sich dort gemeinsam mit einem Stand rund um das Leitwort „Mit Christus Brücken bauen“ einbringen. Wie immer wollen wir ein Treffpunkt für die Menschen sein, die aus unserem Erzbistum kommen oder eine Beziehung zu unserem Erzbistum haben. Darüber hinaus wollen wir den Stand dazu nutzen, mit Menschen über Fragen wie: „Was mich mit Gott und Menschen verbindet?“ ins Gespräch zu kommen.

Neue Diskussion um Sterbehilfe und Sterbebegleitung

Sicherlich wird es in Regensburg auf dem Katholikentag auch um die von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (2) wieder in die Öffentlichkeit gebrachte Diskussion um ein Verbot organisierter Beihilfe zur Selbsttötung gehen. Gerade die Vorgänge in Belgien, wo nun schon darüber nachgedacht wird, auch Minderjährigen ein Recht auf Selbsttötung einzuräumen, zeigen wie aktuell das Thema ist und wo der Weg einer Legalisierung dann trotz aller Beschwichtigungen der Befürworter hinführen kann. „Ich wünsche mir, dass wir jede geschäftsmäßige Hilfe zur Selbsttötung unter Strafe stellen“, hatte Hermann Gröhe gefordert. Wer mit den Ängsten vor dem Sterben ein Geschäft machen wolle und sich für Hilfe zur Selbsttötung bezahlen lasse, handele „überaus verwerflich“, so Gröhe.

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Alois Glück – und dem kann ich mich nur anschließen – dankt dem Bundesgesundheitsminister dafür, dass er dies in aller Klarheit so anspricht. „Dem Wunsch

nach einer Hilfe zum Sterben muss“, so Glück, „mit einer Perspektive der Fürsorge und des menschlichen Miteinanders begegnet werden, die durch konkrete gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen zu unterstützen ist.“ Das ZdK erwarte deshalb vom neuen Deutschen Bundestag, dass er jede Form der beruflichen und der organisierten Suizidbeihilfe und die Werbung für Angebote der Beihilfe zur Selbsttötung gesetzlich verbietet. Dieser Erwartung möchte ich mich hier in aller Deutlichkeit anschließen.

Verfahren Situation im Bistum Limburg

Ich komme noch einmal zurück zum Erstaunen über die Kirche im letzten Jahr bzw. über das, was auch die allgegenwärtigen Medien von der Kirche im Guten, wie leider auch im Schlechten in unsere Gesellschaft vermitteln. Hätte man gedacht, dass die ARD mehrere „Brennpunkte“ über einen deutschen Bischof und dessen Schwierigkeiten in seinem Bistum sendet? Nein, sicherlich nicht, und ich finde, das haben wir auch alle nicht gebraucht.

Sicherlich muss in Limburg geschaut werden, ob alles richtig gemacht worden ist. Sicherlich ist es im Bistum Limburg nicht gerade gut um die geschwisterliche Kommunikation bestellt. Dafür aber einen Brennpunkt? Wichtig ist jetzt, dass Lösungen für die verfahren Situation gefunden werden und Limburg einen neuen Bischof bekommt.

Was können wir daraus lernen? Ich denke, wir alle sollten uns kritisch mit uns selber, aber auch mit den Medien auseinandersetzen. Dazu gehört es auch, eigene Fehler offen einzugestehen. Und sich, wenn notwendig, dafür auch zu entschuldigen. Wir sollten in unserem Erzbistum darüberhinaus nachdenken, wie es durch eine offene, transparente und glaubwürdige Kommunikation gelingen kann eine solche Situation wie in Limburg zu vermeiden.

Apropos Kommunikationsformen in unserem Erzbistum: Es steht die öffentliche Forderung im Raum, dass das Volk Gottes außerhalb des Kölner Domkapitels bei der Wahl eines Erzbischofs stärker beteiligt werden solle. Diese Forderung ist nicht unbillig, sie erfolgte jedoch zur Unzeit. Zudem gebietet es der Respekt vor dem scheidenden Amtsinhaber, die Nachfolgediskussion nicht vor seinem tatsächlichen Ausscheiden aus dem Amt zu beginnen. Selbst wenn es einem schwer fällt, Sympathie für den amtierenden Erzbischof zu entwickeln, so verlangen es doch schon die gesellschaftlichen Umgangsformen, ihm den notwendigen Respekt zu zollen. „Seht, wie sie einander lieben.“ Mit diesen Worten beschreibt der antike Schriftsteller Tertullian, nicht ohne zu staunen, den Zusammenhalt der ersten Christen. Man sollte die Ansprüche nicht zu hoch schrauben. Aber ein klein wenig mehr Zusammenhalt erscheint mir auch heutzutage dringend notwendig.

Ein Wort des Dankens zum guten Schluss

Zum Abschluss möchte ich es nicht versäumen, mich ganz persönlich zu bedanken. Denn dies war, so Gott will, auch meine letzte Neujahrsansprache als Vorsitzender des Diözesanrates. Nach nun 28 Jahren und damit die letzten 25 Jahre mit Kardinal Meisner als meinem Ansprechpartner werde ich im Mai das Amt abgeben. Ich darf hier persönlich anfügen, dass Respekt und Vertrauen stets die Grundlage unseres Verhältnisses waren. An gegenseitiger Unterstützung hat es nicht gefehlt. Die gemeinsamen 25 Jahre waren nicht immer eine leichte Zeit, aber die Gemeinsamkeit hat vieles erleichtert. Dafür danke ich dem Herrn Kardinal von Herzen!

28 Jahre sind nun aber auch eine lange Zeit – mit einer ganzen Reihe von Neujahrsempfängen und -ansprachen. Geduldig haben die Zuhörerinnen und Zuhörer mir ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Danke dafür! Und so verbleibe ich in der Hoffnung, dass das Eine oder Andere, was angeklungen ist, mit in das neue Jahr genommen werde, für das ich uns allen viel Mut, den Segen Gottes und ein gutes Jahr 2014 wünsche.

Anmerkungen:

- 1) Der bis 2013 einzige freiwillige Amtsverzicht eines Papstes in der Kirchengeschichte ereignete sich 1294: Der im Juli des Jahres gewählte 85jährige Coelestin V. trat bereits im Dezember zurück, da er sich körperlich und geistig überfordert fühlte.
- 2) Der CDU-Politiker Hermann Gröhe ist seit dem 13. Dezember 2013 in der neuen Großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel Bundesminister für Gesundheit.



Kölner Manifest 1998

Zur Mitwirkung an der Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung und einer menschenwürdigen Welt im 750. Jahr der Grundsteinlegung des Kölner Doms

Präambel

1948 wurde die 700-Jahrfeier der Grundsteinlegung des Gotischen Kölner Domes zu einem starken Impuls für einen neuen Anfang nach der Herrschaft und dem Zusammenbruch eines verbrecherischen Regimes. Der Wiederaufbau Deutschlands ist nicht denkbar ohne den Einsatz von Frauen und Männern, die aus christlicher Verantwortung darangingen, die Vision einer sozialen und rechtsstaatlichen Demokratie zu verwirklichen. Ihnen allen sind wir zu großem Dank verpflichtet.

1998 sieht uns die 750-Jahrfeier der Grundsteinlegung des Kölner Domes herausgefordert zu Revision und Rekonstruktion der deutschen wie auch der europäischen Gesellschaft. Wie der Dom nicht ohne tiefes und starkes Fundament die Jahrhunderte hätte überdauern können, kann auch unsere heutige Gesellschaft nicht ohne wirklich tragfähiges Fundament überleben. Für uns sind die Grundlagen einer menschenwürdigen Welt die Prinzipien der christlichen Soziallehre, auf die wir das deutsche und das europäische Haus gegründet und gebaut wissen wollen, damit dieses deutsche und europäische Haus immer mehr zu einer menschenwürdigen Wohnung für die heutige und die künftige Generation werden kann.

Wir appellieren deshalb an alle „Menschen guten Willens“, an der Gestaltung einer menschenwürdigen Welt und an einer zukunftsfähigen Gesellschaftsordnung mitzuwirken.

Gesellschaft im Aufbruch

Wir stellen fest, dass Deutschland, Europa und alle Industrie- und Entwicklungsländer tiefgreifenden Veränderungen und Umbrüchen unterworfen sind. Neben der deutschen Einigung, dem europäischen Integrationsprozess und dem Ende des Ost-West-Konfliktes sind vielfältige nicht absehbare Entwicklungen im Bereich des technischen Fortschritts, des Ausbaus der modernen Informations-, Kommunikations- und Verkehrstechnologien zu verzeichnen.

Auch die internationalen Verflechtungen, die Globalisierung der Märkte im Bereich des Austausches von Gütern, Kapital und Dienstleistungen, nehmen zu. Damit einhergehend verschärft sich der Wettbewerb.

Auch demographische und soziale Veränderungen, weltweite Wanderungsbewegungen, Überalterung der Industriegesellschaften, Individualisierung der Lebensformen und neue Lebensstile kennzeichnen die heutige Zeit. Um auf diese Umbrüche angemessen reagieren zu können, bedarf es einschneidender gesellschaftlicher Anpassungsprozesse.

Wir sollten diesen Übergang an Werten orientiert gestalten, die der Botschaft des Christentums und der humanen Tradition des Abendlandes entsprechen, und bereit sein, neue Wege zu gehen.

Wir fordern deshalb die Re-Vision unserer Gesellschaft und die Re-Konstruktion ihrer Einrichtungen. Wir wollen die Chancen für einen Aufbruch nutzen. Dabei orientieren wir uns an der Würde des Menschen und der Forderung der Gerechtigkeit sowie dem

Prinzip der Gegenseitigkeit (Solidarität) – als menschliche Verbundenheit und mitmenschliche Schicksalsgemeinschaft, in der sich Menschen solidarisch verbunden wissen, gemeinsame Interessen erkennen und verfolgen und auf eigennützige Vorteilssuche verzichten. Damit prägt solidarisches Handeln nicht nur den unmittelbar überschaubaren zwischenmenschlichen Bereich, sondern auch die sozialen Beziehungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften.

Prinzip der Nähe (Subsidiarität) – das der je einmaligen Würde, der Verantwortungsfähigkeit und Verantwortlichkeit einer jeden menschlichen Person Rechnung trägt. Aufgabe von größeren Gemeinschaften ist es, die Verantwortlichkeit der Einzelnen und kleiner Gemeinschaften, die eines eigenständigen und verantwortlichen Entfaltungsfreiraums und entsprechender Unterstützungsleistungen bedürfen, zu ermöglichen und zu fördern.

Prinzip der Fairness (Gemeinwohl) – das unter dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit als übergeordnetes Leitbild Eingang in die Sozialethik gefunden hat. Gemeint ist, alle Glieder an der Gestaltung der Gesellschaft und gerechter Beziehungen und Verhältnisse durch Ermöglichung gleicher Chancen und

gleichwertiger Lebensbedingungen an der Leistung ihres eigenen Gemeinwohlbeitrages teilhaben zu lassen.

Prinzip der Nachhaltigkeit und der Vernetzung (Zukunftsfähigkeit) – das die Verantwortung für die kommende Generation einschließt, das Recht künftiger Generationen in einer intakten Umwelt zu leben stärkt und eine nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklung fordert. Die Entfaltung der menschlichen Zivilisation soll dabei so gestaltet werden, dass das Netzwerk der sie tragenden ökologischen Regelkreise erhalten bleibt. Maßgeblich hierfür ist die Vernetzung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Prozesse.

Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Hrsg. v. Kirchenamt der EKD und vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. Hannover/Bonn Februar 1997. (Gemeinsame Texte 9/zit.: GW) – GW, Nr.116f. – GW, Nr.120f. – GW, Nr.111f. – GW, Nr.122.

Pastoralgespräch im Erzbistum Köln. Schlussvoten und Meinungsbilder. Hrsg. v. Presseamt des Erzbistums Köln, Köln, Feb.1996. Votum 10.1, S. 105.

Es wird in diesem Zusammenhang besonders auf die „Wahlprüfsteine des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Köln zur Bundestagswahl 1998“ verwiesen.

Soziales Engagement als Praxis christlichen Glaubens

„Das Erzbistum Köln, Gemeinden und Verbände dürfen sich bei der Wahrnehmung ihrer diakonischen Aufgaben nicht auf den binnenkirchlichen Bereich beschränken. Sie sollen sich vielmehr darum bemühen, bei der Gestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens aus dem Geist des Evangeliums mitzuwirken, damit die Kirche immer eindeutiger zum Zeichen der Erlösung und Befreiung der Welt wird. Sie sollen deshalb die Erfordernisse ihrer Mitwirkung bei der Gestaltung von Staat und Gesellschaft immer wieder neu bestimmen und zu politischen und gesellschaftlichen Fragen im Rahmen ihrer Kompetenz und Legitimation Stellung nehmen.“

Gerade in unseren Gemeinden, Verbänden und Initiativgruppen muss die verantwortliche Gestaltung der Welt eingeübt werden. Durch Aktionen, Aktivitäten und gesellschaftspolitisches Engagement kann unsere Gesellschaft in der Umbruchsituation in vielfältiger Hinsicht mitgestaltet werden. Wir stellen dankbar fest, dass Pfarrgemeinden, Verbände und Initiativgruppen sich verstehen als

Orte der Orientierung – an denen, aus dem christlichen Glauben heraus, das Fragen nach Sinn und Ziel des menschlichen Lebens und des Lebens der Gesellschaft wachgehalten wird;

Orte der Wahrheit und der realistischen Sicht des Menschen – wo Ängste, Versagen und Schuld nicht vertuscht werden müssen, weil um Christi willen immer wieder Vergebung und Neuanfang geschehen;

Orte der Umkehr und Erneuerung – an denen Menschen sich verändern, auf ihre Mitmenschen und auf Nöte aufmerksam werden und alte Verhaltensweisen ablesen;

Orte der Solidarität und Nächstenliebe – an denen untereinander und für andere die eigene Verantwortung bejaht und praktiziert wird;

Orte der Freiheit – an denen erfahren werden kann, dass Freiheit und Bindung, Selbstentfaltung und Verbindlichkeit nicht Gegensätze sind, sondern sich gegenseitig bedingen und gerade dieser wechselseitige Bezug für ein Gelingen des Lebens wichtig ist;

Orte der Hoffnung – an denen Perspektiven gesucht werden für eine sinnvolle Gestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens und an denen, bei dieser Suche, der Blick über das Heute hinaus geöffnet wird.

Katholiken in den Pfarrgemeinden, Verbänden und Initiativgruppen können und sollen mit dazu beitragen, dass überfällige Reformen in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft in Gang kommen. Nur von einer starken Basis, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und sich an der demokratischen Werteordnung orientiert, kann eine Gesellschaft aufgebaut werden.

Soziales Engagement konkret

Im Rahmen einer solchen verantwortlichen Mitgestaltung der Gesellschaft für eine „Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ rufen wir alle Pfarrgemeinden, Verbände und Initiativgruppen im Erzbistum Köln auf, sich anlässlich des 750jährigen Domjubiläums zu engagieren und ihren Beitrag zu leisten; zum Beispiel: durch eine Idee, einen Vorschlag, eine Anregung, ein Modell, einen Einfall, einen Gedanken, einen Geistesblitz, eine Intention, eine Inspiration, ein Signal für eine zukunftsfähige Gesellschaft oder: durch ein Projekt, ein Vorhaben, eine Aktion, einen Plan, eine Kampagne, eine Initiative, ein Experiment die verantwortliche Mitgestaltung der Gesellschaft konkret in Angriff zu nehmen und in die Tat umzusetzen.

Beispiele für Handlungsfelder

Arbeitslosigkeit, insbesondere Jugendarbeitslosigkeit, widerspricht der Würde des Menschen und dem sozioethisch begründeten Recht auf Arbeit, wirkt demotivierend und führt besonders bei jungen Menschen zu Perspektivlosigkeit und Radikalisierung.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Solidaritätsfonds Windecker Ländchen“, Kath. Pfarrgemeinden Seelsorgebereich Windeck/Dekanat Eitorf
„Kalker Jugendbüro für Arbeit und Beruf“, Kolping-Bildungswerk Diözesanverband Köln e.V., Katholikenausschuss in der Stadt Köln, Pfarrgemeinden St. Joseph und St. Marien, Köln-Kalk

Armut und Obdachlosigkeit, damit in Not geratene Menschen spüren, dass Kirche für sie da ist.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Menschen ohne Wohnung“, Sozialer Arbeitskreis im Pfarrgemeinderat St. Margareta/St. Marien, Brühl
„Wohnprojekt Mütter in Not“, Pfarrgemeinderäte St. Nikolaus von Tolentino und Heilige Familie, Rösrath

Familie ist heute unter den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten besonders gefährdet. Deshalb braucht sie vielfältige Unterstützung.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Gemeinde lebt mit Kindern – Arbeit mit Kindern in der Kirche“, Pfarrgemeinderat St. Maria Hilf, Alfter
„Kirche für Alle“, Pfarrgemeinderat St. Laurentius, Bergisch Gladbach

Rasismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit widersprechen der einen Menschheitsfamilie. In der Kirche gibt es keine Fremden.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Ökumenische Bosnienhilfe Kürten“, eine Initiative der kath. und der ev. Kirchengemeinden in Kürten
„Kontaktkreis Asyl – Übernahme von Patenschaften“, Pfarrgemeinde St. Maria im Kapitol, Köln

Bewahrung der Schöpfung erfordert ökologisches Bewusstsein und entsprechendes Handeln.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Ökologie in der Gemeinde“, Sachausschuss Ökologie der Pfarrgemeinderäte St. Kunibert (Kerpen-Blatzheim), St. Michael (Kerpen-Buir) und St. Albanus und Leonardus (Kerpen-Manheim)
„Umweltfestival Ökotopia“, Pfarrgemeinderat Herz-Jesu, Bergisch Gladbach

Entwicklungsarbeit und Entwicklungshilfe erfordern ein solidarisches und verantwortliches Miteinander.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Brühl hilft Kambodscha“, Dekanatsrat der Katholiken in der Stadt Brühl
„Wasser für Ligunga / Tansania“, Pfarrgemeinderat St. Anna, Köln-Ehrenfeld

Politik ist ein unaufgebbares Betätigungsfeld in den Parteien und auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Jungen Leuten eine Chance – Lehrstellenaktion“, Katholikenrat im Kreisdekanat Euskirchen

„Hilfe für eine andere Welt – Was leisten Kirchen für die Gesellschaft? – Aktion der Pfarrgemeinderäte im Dekanat Eitorf“, Dekanatsrat Eitorf

Randgruppenarbeit ist Auftrag der Kirchen, um zu mehr Menschlichkeit in einer individualistisch geprägten Gesellschaft zu gelangen.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Hilfe für Frauen in der Abschiebehaft in Neuss“, Stadtdekanatsrat Neuss, Arbeitskreis Frauenabschiebehaft

„Drogenhilfeprojekt des Vereins Flingern mobil e.V. – Eine Initiative der Kath. Kirche in Flingern“, Kath. Pfarrgemeinden St. Elisabeth und Liebfrauen, Düsseldorf-Flingern

Schule und Erziehung lassen sich nicht von der Gemeinde- und Verbandsarbeit abkoppeln.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Hausaufgabenhilfe für Spätaussiedler“, Kath. Kirchengemeinde St. Helena, Bonn

„Musikalische Schwerpunktarbeit als Säule der Kinder- und Jugendarbeit“, Pfarrgemeinderat St. Hubertus, Köln-Flittard

Ökumene verlangt die Bereitschaft aufeinander zuzugehen, Möglichkeiten der Zusammenarbeit auszuloten und all das miteinander zu tun, was miteinander getan werden kann.

Beispielhafte und nachahmenswerte Initiativen:

„Ökumenische Initiative für die 3. Weft, Erkrath e.V.“, Pfarrgemeinde St. Johannes der Täufer, Erkrath

„Ökumenischer Spielebus / HöVi-Land – Eine Kinderzeltstadt“, Pfarrgemeinderäte St. Elisabeth, Köln-Höhenberg, und St. Theodor, Köln-Vingst

Konkrete Handlungsvorschläge zu allen hier aufgezeigten Arbeitsfeldern finden sich in den zahlreichen Voten des Pastoralgespräches.

„Das Neue“ von 1946

Gründungsleistung und innovative Kraft des „Kölner Modells“

Thomas Großmann

I. Die Ausgangslage

Zu recht hat man die Vorstellung, Deutschland habe nach dem 8. Mai 1945 eine Stunde Null erlebt, als Illusion entlarvt. Doch für keine gesellschaftliche Großgruppe gilt die Feststellung der Kontinuität ihrer Wirkmöglichkeiten und Strukturen so sehr wie für die katholische Kirche. Die Gründe liegen auf der Hand und brauchen hier nur kurz skizziert zu werden: Die katholische Kirche hatte – einerseits und aufs Ganze gesehen – den Anfechtungen und Repressionen des NS-Terrors widerstanden und – andererseits und anders als die politische Opposition – ihr Personal und ihre Infrastruktur vor der Gleich- oder gar Ausschaltung weitgehend bewahren können. Sie genas deshalb wieder höchstes Ansehen in einer schon damals fortgeschritten säkularisierten Bevölkerung, und sie verfügte über die personellen und strukturellen Ressourcen, um stellvertretend öffentliche Aufgaben wahrzunehmen. Und noch etwas: Die Katholiken besaßen dank einer ausformulierten Soziallehre ein klares gesellschaftliches Ordnungsbild. In den Schubladen lagen fertige Pläne für einen deutschen Wiederaufbau nach christlichen Idealen. Es waren „Wochen und Monate der Hochstimmung“, so der allerdings damals schon skeptische Walter Dिल्s, als man katholischerseits glaubte, dieser einzigartigen Chance und Herausforderung einer Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft ohne weiteres gewachsen zu sein.

Eine für den deutschen Katholizismus wesentliche, sogar wesensmäßige Kontinuitätslinie war 1945 allerdings unterbrochen: das katholische Verbandswesen. Vor damals genau hundert Jahren als Kind der Bürgerlichen Revolution von 1848 entstanden, hatte es sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem gesellschafts- wie kirchenpolitischen Faktor entwickelt, wie es ihn auf der Welt kein zweites Mal gab.

Allein der Volksverein für das Katholische Deutschland zählte wenige Jahre nach seiner Gründung beinahe eine Million Mitglieder. Und die Zahl der Verbände wuchs ebenso wie ihre Macht, personell, finanziell, strukturell. In der Weimarer Zeit agierten die großen Verbände reichsweit und damit sozusagen über die Köpfe der Bischöfe hinweg – für diese ein eher unangenehmes Gefühl. Der totalitäre NS-Staat duldete derartiges nicht. Zwischen 1933 und 1939 erlebte ein katholischer Verband nach dem anderen sein zwangs- oder resignativ-selbstverordnetes Ende. Die katholischen Laien gingen in die innere Emigration der Pfarrheime und Sakristeien, seelsorglich betreut und „geführt“ durch

Pfarrer und Kapläne, kirchenamtlich behütet durch sogenannte bischöfliche Hauptstellen. Dies war – in sehr groben Strichen gezeichnet – auch 1945 noch die Situation des Laienapostolats.

Was geschah nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus? Wer glaubt, die katholischen Laien hätten sich umgehend in den traditionsreichen Strukturen der Sach- und Berufsverbände reorganisiert, der irrt. Im Gegenteil: An eine Wiederbelebung der Verbände dachte zunächst kaum jemand. Man dachte eher daran, wie diese möglichst dauerhaft verhindert werden könnten. Wer war „man“? Es waren die Bischöfe, und es waren die Laien selbst. Die Bischöfe, zum einen, weil sie an einer Rückkehr der alten Verbandskardinäle in ihren überdiözesanen Machtstellungen kein gesteigertes Interesse hatten, und weil sie zweitens hofften, jetzt dem naturständischen, von den Pius-Päpsten propagierten und in vielen Nachbarländern erfolgreichen Prinzip der Katholischen Aktion auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen. Die Laien stellten sich gegen das Verbändeprinzip, weil sie Kinder ihrer Zeit waren. Man darf sich das ruhig sehr konkret vorstellen. Die Väter als die Traditionsträger des Verbändegedankens waren im Krieg geblieben oder in Gefangenschaft.

Die Jungen waren die Liturgie- und Jugendbewegten. Sie hatten schon vor dem Krieg nichts übrig gehabt für verkrustete Vereinsstrukturen. Die in fast alle Lebensbereiche eingedrungenen NS-Organisationen hatten diese Aversionen dann erst recht unüberwindlich gemacht. Und sie waren eben in den Sakristeien sozialisiert worden: Nur nicht neuen Wein in alte Schläuche gießen ... Statt der alten Verbände entstanden sogenannte freie Initiativen. Ihr inhaltlicher Schwerpunkt lag im Bereich der Erwachsenenbildung, strukturell hieß ihr Credo Minimalismus: keine festen Mitgliedschaften, keine Mitgliedsbeiträge, keine Gremien. Ansonsten galt das Pfarrprinzip. Organisatorische Einheit war die Kirchengemeinde. Die Katakombenjahre hatten zu einer in Deutschland so bisher unbekannten Verkirchlichung und Kleruszentriertheit des Laienapostolats geführt.

Da es sich hierbei ganz unbestreitbar um ein generationengebundenes Phänomen handelte, gewann der Verbändegedanke folgerichtig erst durch die Kriegsheimkehrer wieder an Bedeutung. Sie fanden zunächst argumentativ und kirchenpolitisch Unterstützung bei einigen – bischofsunabhängigen – Ordensleuten, etwa bei den Jesuiten Johannes Hirschmann und Oswald von Nell-Breuning. Und ganz allmählich konnte man auch bei einigen Bischöfen eine gewisse „Geneigtheit zur Gründung von Standesvereinen und Bünden“ erkennen, allerdings stets verbunden mit der Hoffnung einer Beschränkung auf die diözesane Ebene. Als schließlich selbst Papst Pius XII. auf eine förmliche Anfrage der deutschen Bischöfe hin dazu riet, „die Verbände, die früher sich ausgezeichnet haben, in der gleichen Weise aufleben zu lassen, wie sie früher schon bestanden“, war der Damm gebrochen. Als erster ließ Kardinal Frings am 1. Mai 1948 die katholischen Arbeitervereine bistumsweit wieder zu.

2. Motive und Anstöße

Um das Innovative einer Leistung beurteilen zu können, muß man das Überkommene, Vorgefundene und Vorgegebene kennen. Deshalb bitte ich um Nachsicht für diese fast schon zu breite Darstellung der Ausgangslage. Aber es erschien mir wichtig, zu verdeutlichen, wie disparat die Lage in den Monaten nach dem Krieg war: Zwei konkurrierende Prinzipien; zwei Strukturen, getragen von zwei verschiedenen Generationen; zwei ekklesiologische Begründungen, hier das autonome, aus freier Laieninitiative verantwortete Apostolat der Verbände, dort die von der Autorität der Bischöfe getragene Katholische Aktion. Mußte eine damit einhergehende Zersplitterung der Kräfte nicht jede Hoffnung auf eine mögliche Rechristianisierung von Staat und Gesellschaft sofort wieder zunichte machen? Wie sollte man da mit der dringend erforderlichen einen Stimme sprechen? Was man also dringend benötigte, war ein Organ des Laienapostolats, das den Parzellierungseffekt des „Parochialismus“ und ideologische Differenzen überwinden und die damals im Überfluß vorhandenen Energien synergetisch bündeln konnte.

Es gab jedoch zumindest ein zweites Motiv, das meines Erachtens zu leicht übersehen wird. Bis zur Selbstauflösung der Zentrumspartei am 5. Juli 1933 hatte der politische Katholizismus über einen verlässlichen parlamentarischen Arm verfügt. Nach dem zweiten Weltkrieg finden wir auch hier eine grundlegend gewandelte Situation vor. Die neuen christlichen Unionsparteien sind interkonfessionell. Zwar wurzeln auch sie fest in einem christlich begründeten Welt- und Menschenbild. Angesichts der keineswegs unerheblichen Differenzen zwischen einer katholischen Soziallehre und einer protestantischen Gesellschaftsethik ist jedoch insbesondere die CDU eine weit heterogenere und aus katholischer Sicht daher auch weniger zuverlässige politische Kraft als das alte Zentrum. Als Volkspartei kann sie – zumindest auf Dauer – auch ihre Wählerschaft nicht mehr ausschließlich aus den inneren Zirkeln der kirchlich Engagierten rekrutieren. So ist bereits sehr früh absehbar, daß ihre politischen Positionen Resultate innerparteilicher Kompromisse sein würden. Daß gerade im katholischen Raum diese parteipolitische Entwicklung nicht unumstritten war und einige sie auch nicht mitvollziehen wollten, zeigte die Renaissance des alten Zentrums mit Schwerpunkt gerade in Nordrhein-Westfalen. Beides, die Kompromißlinien innerhalb der CDU einerseits und die Tatsache einer zweiten, wenn auch sehr viel kleineren christlichen Partei in Gestalt des Zentrums andererseits, minderten zwangsläufig die politische Durchschlagskraft eines gesellschaftlich engagierten Laienapostolats.

Was bleibt in einer solchen Lage zu tun? Man muß sich im vorparlamentarischen Raum formieren. Hier haben sich politische Meinungsbildungsprozesse zu ereignen; von hier aus muß politische Willensbekundung geschehen; von hier aus muß den katholischen Abgeordneten der Rücken gestärkt und ihnen

notfalls ins Gewissen geredet werden. Erst jetzt dürfte vollends deutlich werden, weshalb verantwortliche Kräfte alles daran setzten, die oben beschriebene paralysierende Selbstblockade des zersplitterten Laienapostolats so bald wie möglich zu überwinden.

3. Das Kölner Modell

Die genial-einfache Lösung hieß: Bildung von Katholikenausschüssen. Weil sie gerade im Erzbistum Köln systematisch, zielstrebig und mit besonderer Perspektive aufgebaut wurden, sprach man schon bald von einem „Kölner Modell“. Katholikenausschüsse hatten dem Namen nach bereits vor 1933 existiert, hatten aber damals nur eine rein koordinierende Kompetenz. Das Bistum Münster hatte unter Kardinal von Galen hier eine gewisse Vorreiterrolle gespielt, während das gleiche Bistum nach dem Krieg unter Bischof Michael Keller seine Vorbehalte gegen diese Form des Laienengagements nie überwinden konnte. Keller nämlich gehörte zu jenen Oberhirten, die ganz auf die Katholische Aktion klassischen Zuschnitts, d.h. ein Laienapostolat in hierarchischer Zuordnung auf das kirchliche Amt, setzten. Für mich ist es kein Zufall, daß die Idee der Katholikenausschüsse jüngerem Datum im Rheinland und nicht in Westfalen geboren wurde. Als hessischer Immigrant möchte ich die rheinisch-westfälischen Fronten nicht verhärten, möchte aber doch feststellen, daß man mit Prinzipienstrenge allein der damaligen Probleme nur schwer Herr werden konnte. Da tat sich rheinische Nonchalance eben doch wesentlich leichter. Die Kölner Katholikenausschüsse waren hiervon ein Ausdruck. Welcher Idealvorstellung von Laienapostolat die einzelnen Verbände, Werke oder Pfarrgemeinden auch immer anhängen, sie alle hatten Platz in den neuen Gremien. Ihre integrative Wirkung aber machte sie, wenn man sie nach außen wendete, automatisch zu einer politischen Kraft. Die Katholikenausschüsse machten es möglich, die Stimme der Katholiken eines Dekanats oder einer ganzen Stadt geschlossen, laut und vernehmlich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

Zu den Besonderheiten des Kölner Modells gehörte es, daß die Initiative der Laien der Initiative ihres Erzbischofs begegnete. Beiden war daran gelegen, daß zumindest in den großen Städten solche Katholikenausschüsse gebildet würden. Und man war sich auch darin einig, daß es sich dabei um von Laien geleitete Einrichtungen handeln sollte. Dies war eigentlich ein naheliegendes Gebot der Klugheit: Da man nämlich im politischen Alltagsgeschäft gegen Fehleinschätzungen und Irrtümer nie gefeit ist, war der Führungsanspruch der Laien in den Katholikenausschüssen auch ein bewußt intendierter Schutz, um den Klerus vor Schaden zu bewahren. Übrigens war die in diesem Konstrukt verborgene Einstellung genaugenommen die Antizipation einer der bedeutendsten konziliaren Erkenntnisse, nämlich der von der relativen Eigenständigkeit

der weltlichen Sachbereiche. Eine solche strukturell verankerte Vorrangstellung der Laien im Kölner Modell bedeutete aber eine deutliche Abweichung vom Konzept der Katholischen Aktion strenger Observanz. Gerade die Laien wurden dennoch nicht müde, ihre Loyalität zu den Amtsträgern zu betonen – was tatsächlich der Fall war – und die Katholikenausschüsse als hundertprozentig kompatibel mit den Bauprinzipien der *actio catholica* hinzustellen – was tatsächlich nicht der Fall war.

Eine zweite Besonderheit des Kölner Modells war die Zusammenfassung der lokalen Katholikenausschüsse auf diözesaner Ebene. Promotor auf der amtskirchlichen Seite war der Kölner Prälat und Frings-Vertraute Wilhelm Böhler; für die Laien förderte besonders der Düsseldorfer Rechtsanwalt und Vorsitzende des dortigen Katholikenausschusses, Dr. Anton Roesen, diese Idee. Nach einer zweitägigen Vorbereitungssitzung im September 1946, an der beide maßgeblich beteiligt waren, wurde bereits am 12. November die dort erarbeitete „Satzung für Diözesankomitee und Katholikenausschüsse in der Erzdiözese Köln“ durch Kardinal Frings genehmigt. Roesen wurde erster Vorsitzender des Diözesankomitees, Böhler erster geistlicher Berater.

4. Die Wirkungsgeschichte

Wilhelm Böhler wollte von Anfang an mehr als die Einrichtung von Katholikenausschüssen auf städtischer oder diözesaner Ebene. Schon Ende 1946 hatte er in einem ersten Vorstoß versucht, das alte Zentralkomitee zur Vorbereitung der Katholikentage zu einem repräsentativen Laiengremium auf nationaler Ebene umzufunktionieren. Im Oktober 1947 weihte Böhler den Vorstand des Kölner Diözesankomitees in seine Pläne ein, wonach die Erfahrungen seines Erzbistums zum Modell für noch größere Pläne dienen sollten. „Nachdem der diözesane Aufbau der Katholikenausschüsse in der Erzdiözese Köln abgeschlossen ist, ist es notwendig“, so Böhler in einem von Anton Roesen überlieferten Zitat, „über die Grenzen der Erzdiözese hinauszugehen. Die natürliche Spitze hierfür ist das Zentralkomitee der Katholiken Deutschlands“.

Es sollte nahezu fünf Jahre dauern, bis diese Vision endlich Realität wurde. Vieles und viele stellten sich dieser Idee zunächst einmal in den Weg. In der gleichen Sitzung wußte Böhler nämlich auch zu berichten, daß ein erster Anlauf bereits am Widerstand der Fuldaer Bischofskonferenz gescheitert war. Dort wollte man ein zentrales Laienkomitee auf nationaler Ebene weiterhin nur mit der auf Vorbereitung und Durchführung von Katholikentagen begrenzten Zuständigkeit tolerieren. Kardinal Frings selbst äußerte die Hoffnung, daß diese Blockade überwunden werden könne, sobald in möglichst vielen anderen Bistümern Diözesankomitees nach Kölner Muster eingerichtet seien. Dies erwies sich zwar ebenfalls als mühsames Unterfangen – das Kölner Modell war zunächst nicht gerade ein Exportschlager –, aber allmählich stimmten immer

mehr Bischöfe insbesondere in Nord-West-Deutschland der Gründung diözesaner Laienausschüsse zu.

Widerstand gegen eine Transformation des Kölner Modells auf die überdiözesane Ebene existierte allerdings auch in Laienkreisen. So hegte beispielsweise der Präsident des alten Zentralkomitees, Alois zu Löwenstein, zunächst keine Ambitionen hinsichtlich der von Böhler angeregten Ausgestaltung und Weiterentwicklung. Und es gab durchaus konkurrierende Vorstellungen, so etwa in den Frankfurter Kreisen um Walter Dirks und Eugen Kogen. Dort hoffte man, die auf der Basis der freien Initiativen ruhende Arbeitsgemeinschaft Katholischer Laienwerke zur deutschlandweiten Institution ausbauen zu können. Mit Zähigkeit und taktischem Geschick gelang es Frings und Böhler schließlich, dem Kölner Ansatz innerkirchlich zum Durchbruch zu verhelfen.

Anton Roesens flankierender und konkretisierender Beitrag bestand darin, daß er von Anfang an, also etwa ab Mitte 1947, intensiv an der Diskussion über Selbstverständnis, Aufgaben und Ziele eines nationalen Laienkomitees und der Umgestaltung des alten Zentralkomitees teilnahm und das Kölner Modell in weiten Teilen erfolgreich verfocht.

Ihre letzte große Bestätigung fand die im Kölner Modell ausgedrückte Idee der sachorientierten, systemübergreifenden Kooperation aller Kräfte des Laienapostolats durch das Zweite Vatikanische Konzil selbst. Im sogenannten Dekret über das Apostolat der Laien „*Apostolicam Actuositatem*“ heißt es nämlich, es sollten in den Diözesen, aber auch auf pfarrlicher, zwischenpfarrlicher, interdiözesaner Ebene, selbst national und international Gremien eingerichtet werden, um die apostolische Tätigkeit der Kirche im Bereich „der Evangelisierung und Heilung, im caritativen und sozialen Bereich und in anderen Bereichen“ (AA 26) zu unterstützen. Dies bedeutete nichts anderes als die Verordnung von Laienräten auf allen Ebenen kirchlichen Lebens und in allen Diözesen. Zwar war man hier in gewisser Weise frei, was die konkrete Ausformulierung betraf; so kann man bis heute deutliche Unterschiede in den Statuten etwa zwischen den Bistümern Stuttgart-Rottenburg und Limburg oder zwischen Münster und Köln erkennen. Grundsätzlich aber kann man feststellen, daß durch das Laiendekret eine kirchliche Wirklichkeit geschaffen und ein Prozeß abgeschlossen wurden, deren Anfänge sich unschwer auf das Kölner Modell von 1946 zurückführen lassen.

Der Ursprung und die Entwicklung des Kölner Modells

Erinnerungen eines Zeitzeugen

Bernd Petermann

I. Zur Geschichte des Kölner Modells soll ich als Zeitzeuge aussagen. Vom Ursprung weiß ich außer aus Urkunden nur etwas aus – allerdings zahlreichen – Gesprächen mit meinen Vorgängern Dr. Anton Roesen und Dr. Franz Heinz Pielmeyer.

Das Kölner Modell nahm 1945 seinen Anfang durch spontane Initiativen, unter anderem von Dr. Anton Roesen in Düsseldorf. In jenem August kam ich – gerade 18 Jahre alt geworden – aus der Kriegsgefangenschaft in meine Heimatpfarre in Duisburg-Laar, eine überwiegende Arbeiterpfarre, zurück. Dort hatte ich bis zu meiner Einberufung als Luftwaffenhelfer im Februar 1943 im Bereich der Katholischen Jugend die ersten Erfahrungen gemacht, den Großmann die „innere Emigration der Pfarrheime und Sakristeien“ nennt, nämlich als Meßdienerrunde, welche allerdings so intensiv Jugendpflege betrieb, daß unser Kaplan wiederholt zur Gestapo bestellt wurde. So konnte 1945 meine Teilhabe am geistigen Wiederaufbau der Gesellschaft nur dort stattfinden, wo ich nach einiger Zeit als Pfarrjugendführer tätig war. Andere Organisationen, vor allem Verbände, gab es nicht oder nur „auf Pfarrebene“.

Unsere Diskussionsabende in der Pfarrjugend brachten uns alsbald zu der Erkenntnis, daß wir wirksam nur in einer politischen Partei tätig werden konnten. Dies führte bereits im Juni 1946 zu meinem Eintritt – und von da aus Aktivität – in der nach meiner Überzeugung oekumenisch wirksameren CDU.

Ganz anders Anton Roesen, der in seinen Lebenserinnerungen schilderte, sein Entschluß, im November 1946 die Wahl zum Vorsitzenden des Diözesankomitees anzunehmen, sei zugleich der Verzicht auf parteipolitische Betätigung gewesen, weil damals im katholischen Bereich außer der interkonfessionell strukturierten CDU im Rheinland die Zentrumsparterie noch eine Rolle spielte, und zwar als katholische Partei.

Auch Prälat Böhler, der auf der immer wieder zu erwähnenden Walberberger Tagung am 28. September 1946 im Grußwort namens des Erzbischofs als übereinstimmende Aufgabe aller bis dahin gegründeten Katholikenausschüsse „Die Pflichten der Katholiken im politischen Raum“ nannte, fügte wörtlich hinzu:

„Die Katholikenausschüsse sollen beileibe nicht Parteipolitik treiben, aber sie haben die Pflicht dafür zu sorgen, daß im politischen Leben die katholischen Grundsätze nicht mißachtet werden.“

Das Problem berührte mich noch, als es schon lange nicht mehr akut war. Wir hatten 1958 innerhalb der Düsseldorfer CDU einen Nachfolgekandidaten für den kurz vor der Landtagswahl gestorbenen früheren Ministerpräsidenten Karl Arnold zu wählen. Der Kreisparteivorsitzende und Landtagspräsident Josef Gockeln, selbst Vizepräsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, schlug Anton Roesen als Landtagskandidaten vor. Der war aber nicht Mitglied der CDU; so wurde daraufhin auf meinen Vorschlag Maria Hölters zur Kandidatin gekürt, die dann auch seit dem 21. Juli 1958 dem Landtag angehörte. Sie spielte eine beachtliche Rolle in der katholischen Erwachsenenbildung, auch im Düsseldorfer Katholikenausschuß.

Als ich 1947 mein Studium in Köln begann, mußte ich naturgemäß – ich war Fahrstudent, fuhr also täglich von Duisburg nach Köln – meine Arbeit sowohl in der Jungen Union als auch in der Pfarrjugend vernachlässigen. Wie für Anton Roesen war für mich aber ein ungeahntes Erlebnis die Laienkundgebung im Müngersdorfer Stadion aus Anlaß des Domfestes am 15. August 1948, auf der Anton Roesen eine begeisternde Festansprache hielt.

Zu Anton Roesen gab es dann andere, persönliche Zusammenhänge, noch bevor ich 1954 aus Berufsgründen nach Düsseldorf zog. 1950 kam ich durch meine spätere Frau als Münsteraner Diözesaner in die Familie des Notars Wilhelm Huntgeburth, des Vorsitzenden des Katholikenausschusses der zum Erzbistum Köln gehörenden Stadt Oberhausen. In dessen Haus verkehrte aufgrund enger persönlicher Kontakte Anton Roesen. Vielleicht ist es paradox: Mein späterer Schwiegervater gehörte dem Zentrum an, das in Oberhausen eine starke Stellung hatte. Kurz vor der Kommunalwahl – das muß 1952 gewesen sein – gelang es mir, ihn zum Übertritt in die CDU zu bewegen, was am Tage vor der Wahl pressebekannt wurde und zu böartigen bis lebensbedrohenden Telefonanrufen führte.

Diese Verbindungen gaben mir zum ersten Mal Kontakt mit der Existenz von Katholikenausschüssen, die offenbar im Bistum Münster damals – trotz der Anfangsinitiativen von Bischof Clemens August – eine geringere Rolle spielten, wie ja auch ausweislich der historischen Forschung von Großmann der nachfolgende Bischof von Münster, Michael Keller, bei der Gründung des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken später keine so freundliche Rolle spielt.

In das Geschehen kam ich erst 1968, als ich in Düsseldorf in den ersten Pfarrgemeinderat und dann zum stellvertretenden Vorsitzenden des ersten gewählten Düsseldorfer Katholikenausschusses gewählt wurde. Schon vorher war ich allerdings mit Rücksicht auf meine schon damals entwickelte schulrechtliche und -politische Tätigkeit in der Katholischen Elternschaft aktiv, deren Landesvorstand ich angehörte. Für sie wurde ich erstmalig in die Vollversammlung

des Kölner Diözesanrats delegiert, den ich dann nach meiner Wahl zum Vorsitzenden – etwa ab 1973 bis 1994 im Zentralkomitee vertreten durfte, zeitweilig auch im Geschäftsführenden Ausschuß.

2. Kardinal Frings und Prälat Böhler reagierten früh und sehr positiv auf die spontane Gründung von Katholikenausschüssen als Aktion von Laien. Dies gilt vor allem für die Aufforderung von Kardinal Frings in einem Schreiben vom 4. Februar 1946 an die Dechanten, Katholikenausschüsse wenigstens in den größeren Städten zu gründen. Inwieweit ein Ursache-Wirkung-Verhältnis bestand, hat Böhler in seinem rückblickenden Grußwort vom 28. September 1946 in Walberberg beantwortet:

„Die ersten Katholikenausschüsse sind 1945, als wieder Zusammenschluß und öffentliches Arbeiten möglich waren, durch die Initiative der Laien entstanden, und zwar in den verschiedensten Städten und Gemeinden unserer Erzdiözese. Daß sie einem Bedürfnis entsprachen, beweist nicht nur die spontane Gründung, sondern mehr noch die Tatsache, daß sie sich, ohne vorher miteinander Fühlung genommen zu haben, fast überall denselben Aufgaben zuwandten.“

Großmann erwähnt richtig die vielerorts „spontan entstandenen Katholikenausschüsse“, wenn auch seine Meinung irrig ist, Kardinal Frings habe am 12. November 1946 „autoritativ die in Köln erarbeiteten Satzungen“ bekanntgegeben. Die Satzung selbst war von dem Laiengremium nach einem vorbereitenden Treffen in Düsseldorf vom August 1946 in der Walberberger Klausur im September 1946 endgültig erarbeitet worden. Satzungen sind kirchenrechtliche Normen. Sie können nur vom Ortsbischof verbindlich gemacht werden. Das war für uns nie ein Problem. Das Verhältnis der Räte in unserer Kirche zu den Bischöfen hat Hans Maier bei seiner Antrittsrede als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken in feiner Weise differenziert als er sinngemäß ausführte, wir küssen den Bischöfen nicht mehr den Ring, beißen sie aber auch nicht in die Waden.

Besonders stark bei Roesen war die Tendenz, „daß die Katholikenausschüsse Vertretungskörperschaften sein müssen, zur Legitimation und als Repräsentation“, wie er immer wieder hervorhob. So bedauerte er im September 1946 auf der Tagung in Walberberg, daß es in der Pfarrgemeinde nicht „eine Vertretung der Laien gäbe, wie etwa in einer Evangelischen Gemeinde das Presbyterium“, „dann könnte diese einen Abgeordneten im Katholikenausschuß benennen“. So blieb alles bei der Benennung allein durch den Pfarrer, dessen Umsicht es überlassen bleiben müsse, „denjenigen zu bestimmen, der die Pfarrgemeinde, genau gesagt: die Laien der Pfarrgemeinde, wirksam vertritt.“

Zwar gab es im Erzbistum Köln schon 1950 „Pfarrausschüsse“, aber erst am 8. April 1964 wurde eine „Satzung für Pfarrausschüsse“ durch den Erzbischof in Kraft gesetzt. Die Pfarrausschüsse setzten sich nicht aufgrund einer Wahl zusammen. Ihnen gehören an je ein Mitglied der bestehenden katholischen Laienorganisationen, dazu neben allen Geistlichen der Pfarrei vom Pfarrer berufene Mitglieder, jedoch jeweils weniger als die Hälfte der Mitglieder des gesamten Pfarrausschusses. Die Aufgaben des Pfarrausschusses waren schon damals zweigleisig, nämlich die Seelsorgearbeit der Priester zu unterstützen und für „die Verchristlichung des öffentlichen Lebens mitzusorgen“.

Weit vor dem Beschluß 12 der Würzburger Synode vom Mai 1975 „Verantwortung des ganzen Gottesvolkes für die Sendung der Kirche“ war am 29. Januar 1968 die erste diözesane Satzung der Pfarrgemeinderäte von Kardinal Frings verkündet worden.

Ebenso wie unbestreitbar ist, daß die sehr komplizierten Verschachtelungen bis zur Gründung eines einigermaßen demokratisch strukturierten Zentralkomitees der Deutschen Katholiken in Prälat Böhler den Promotor fanden, gab es von Köln aus schon 1947 (unter dem Vorsitz von Anton Roesen) eine Arbeitsgemeinschaft der nordrhein-westfälischen Diözesankomitees als Initiative von Laien. Diese kam dann nach Ende der Amtszeit von Roesen zum Erliegen und wurde auf Initiative der Diözesanräte von Köln und Aachen 1975 wieder ins Leben gerufen. Wie Anton Roesen war der Kölner Diözesanratsvorsitzende dann auch wieder Vorsitzender dieser Landesarbeitsgemeinschaft. In ihr war im übrigen erkennbar, daß das Kölner Modell in Münster keine Nachfolge gefunden hat. Dort erfüllt die Funktion, die bei uns und inzwischen in den meisten Diözesen der Diözesanrat hat, eine Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände neben dem nach dem Kirchenrecht (wie in allen Diözesen) konstituierten Diözesanpastoralrat.

3. Das Selbstverständnis der neuen Pfarrgemeinderäte, der Katholikenausschüsse und des Diözesankomitees bzw. dann des Diözesanrats läßt sich am ehesten aus der Entwicklung der Satzungen ablesen.

Schon die ersten Satzungen „für Diözesankomitee und Katholiken-Ausschüsse“ vom November 1946 enthielten die wesentliche Zweckbestimmung, „die katholischen Laien zusammenzufassen zur geschlossenen „Mitwirkung an den Aufgaben der Kirche im öffentlichen Leben. Sie wollen damit zur Verchristlichung der menschlichen Gesellschaft beitragen.“ In diesen auffällig knapp und präzise formulierten Satzungen – man liest die klare Handschrift Roesens heraus – hat das Diözesankomitee, nur in einem Satz dargestellt, die Aufgabe, die Katholikenausschüsse zusammenzufassen. Für diese sind bereits Sachausschüsse gebildet, die wiederum in Diözesansachausschüssen zusammengefaßt sind. Auch in

der Satzung vom 5. Juli 1954 – geändert am 10. November 1962 – war Schwerpunkt der Katholikenausschüsse wieder die Arbeit in einer Reihe von thematisch vorgegebenen Sachausschüssen, welche überwiegend Bezug hatten zu dem später so genannten Weltauftrag der Laienvertretung.

Für das Diözesankomitee wurden 1954 in gleicher Weise – wie 1946 – Diözesansachausschüsse vorgeschrieben, auch die Zweckbestimmung blieb die gleiche, jetzt mit dem Zusatz bei der Nennung der katholischen Laien „ob organisiert oder nicht organisiert“.

Zu Aufgaben wurden insbesondere erklärt, „die Grundsätze des katholischen Glaubens in der Öffentlichkeit zur Geltung zu bringen, katholische Veranstaltungen zu tragen, für die es an einem anderen Träger fehlt, die Kräfte und Organisationen im katholischen Raum zusammenzuführen und deren fruchtbare Zusammenarbeit zu fördern“. Als Mittel wurden genannt „Bildungs- und Schulungsarbeiten, Beratungen und Versammlungen, Verhandlungen, Kundgebungen und Veröffentlichungen“.

Bemerkenswert im Zusammenhang mit den Ausführungen von Großmann zur Frage der Fortsetzung der „Katholischen Aktion“ unter starkem Einfluß der Bischöfe erscheint in dieser Satzung die Bestimmung, daß wichtige Beschlüsse der Katholikenausschüsse, z.B. eine Stellungnahme in der Öffentlichkeit, des Einverständnisses des zuständigen Geistlichen bedurften, Stellungnahmen zu grundsätzlichen Fragen der Zustimmung des Erzbischofs, wie dies in der Satzung von 1946 für „Grundsätzliche Beschlüsse des Diözesankomitees in allen seinen Gliederungen“ sowie für „jede Änderung der Satzung und die Wahlen“ galt.

Roesen weist in seinen Erinnerungen daraufhin, daß während seiner Amtszeit als Vorsitzender des Diözesankomitees und des Diözesanrats in keinem einzigen Fall eine bischöfliche Beanstandung oder Zustimmungsverweigerung geschehen sei. Ich kann anschließen, da ich auch heute noch als Ehrenvorsitzender dem Vorstand im Diözesanrat angehöre, daß auch in der folgenden Zeit mit Kardinal Höffner und Kardinal Meisner es derartige Eingriffe nie gegeben hat, natürlich wohl Diskussionen, vor allem mit dem bischöflichen Beauftragten, mit dem wir uns dann aber jeweils zusammenraufen.

Die Vollversammlung des Diözesankomitees bestand aus den Vorsitzenden der Dekanats- und der Stadtkatholikenausschüsse, und zwar jeweils so vielen Vertretern, als Dekanate vorhanden waren, und den Dechanten, schließlich den Vorsitzenden der kirchlich anerkannten Diözesanorganisationen und den Leitern der Diözesansachausschüsse. In unbestimmter Zahl wurden katholische Männer und Frauen der Erzdiözese ohne Rücksicht auf ein Amt oder eine Organisationszugehörigkeit genannt, welche vom Diözesanführungskreis

berufen wurden. Dieser Diözesanführungskreis, den es 1946 noch nicht gab, erhielt dann später im Diözesarat die schlichtere Bezeichnung „Hauptauschuß“ und keine Benennungsrechte.

Die späteren Satzungen zeigten zwar die Entwicklung des Laienbewußtseins im Erzbistum, im wesentlichen aber auf ähnlicher Grundlage nur Verfeinerungen, vor allem nach Kenntnis des Abschnittes 26 des Dekrets des II. Vatikanischen Konzils über das Apostolat der Laien, dessen Wortlaut dann auch jeweils ab 1971 den Satzungen vorangestellt wurde. In den Beratungen zur Satzung von 1971 gab es jedoch in der Vollversammlung zum Teil recht heiße Diskussionen, z.B. über den ersten Satz im Aufgabenkatalog, „den Erzbischof und die Diözesanverwaltung zu beraten“. Unproblematisch war der letzte Satz des Aufgabenkatalogs in § 1, „für die Belange der Katholiken in der Öffentlichkeit einzutreten“.

Kennzeichnend für die Wertung des Organs des Laienapostolats war die auch von 1971 an unverändert fortgesetzte Dreispännigkeit des Diözesanrats, nämlich gleichberechtigte Vertretungen der Dekanats- bzw. Stadtdekanatskatholikenausschüsse und der Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände, dazu aber – bei 45 Verbandsvertretern – 30 Vertreter der Priester, und zwar einschließlich der geistlichen Beiräte der Sachausschüsse, im übrigen nach Wahl durch den Priesterrat.

Eigentlich war dies erst die Erfüllung von Roesens Vorstellungen vom Laienapostolat im Kölner Modell, wie er im Februar 1948 rückblickend auf 1946 in der ersten Ausgabe der Mitteilungen des Diözesankomitees der Katholikenausschüsse der Erzdiözese Köln dargestellt hatte:

„Wir waren der Ansicht, daß der Katholizismus außerhalb des sakralen Raumes, zum Dienst in und an der Welt zusammengefaßt werden muß. Es muß ein Kraftzentrum vorhanden sein, in dem sich alle katholischen Bestrebungen sammeln. Gerade in einer Demokratie muß eine Stelle da sein, die repräsentativ ist für den Katholizismus, die legitimiert ist, in seinem Namen zu reden.“

Jetzt konnten endlich Repräsentation und Legitimation erreicht werden: 1971 fanden die zweiten Pfarrgemeinderatswahlen statt. Die unmittelbar gewählten Pfarrgemeinderäte wählten ihrerseits die Delegierten für die Katholikenausschüsse, diese wiederum den Diözesanrat – parallel zu den ebenso demokratisch gewählten Delegierten der Verbände und des Priesterrats. Dieses Roesen'sche Rätssystem, das unmittelbare Wahlen nicht für alle Ebenen vorsah, war zwar keine Widerspiegelung der parlamentarischen Demokratie mit jeweils unmittelbaren Wahlen zu allen Vertretungskörperschaften, dies mußte es jedoch auch nicht sein, weil Demokratie als umfassende Volksherrschaft in der Kirche ohnehin nicht stattfinden kann.

In seinem Kommentar zu einem Mehrheitsbeschluß der Nordelbischen Synode bemerkt Konrad Adam in der FAZ vom 26. Februar 1997: „Mehrheit gilt nicht in Glaubenssachen, dieser Grundsatz war seit dem Reichstag von Speyer unumstritten. ohne ihn hätte es keine Reformation gegeben, und so waren es denn auch die Protestanten, die dafür gekämpft haben, daß das Mehrheitsprinzip nur in weltlichen Dingen zum Zuge kommt.“ Diese nicht nur protestantische Erkenntnis hat bei allen Entwicklungen der Gremien des Laienapostolats immer im Bewußtsein gestanden.

Die Repräsentation der Laien hat andere Kategorien. Wesentlich war, daß die Organe sich auf ursprüngliche und unmittelbare Wahl der Pfarrgemeinderäte an der „Basis“ stützten. Insofern gab es wohl auch in der Gründungszeit einen gewissen Dissens, wenn der erste Vorsitzende des Remscheider Katholikenkomitees, Dr. Franz-Heinz Pielmeyer, am 17. Mai 1946 über die Zusammensetzung des Katholikenkomitees schrieb, wegen der Höhe des Ziels der Arbeit in Katholikenkomitees und der dafür erforderlichen großen Verantwortung könne „das Katholiken-Komitee nicht ein Zusammenschluß der Massen sein, sondern es muß seine Auswahl der einzelnen Persönlichkeiten treffen, daß es die geistige Führung im katholischen Leben bildet“.

Pielmeyer, Stellvertreter Roesens im ersten Diözesankomitee, vertrat damit noch das in den ersten Jahren der Katholikenausschüsse weit verbreitete Honorationenprinzip, das nach Großmann wohl auch Bischof Keller von Münster beflügelte, als er sich gegen Beschlußvollmachten für das neue Zentralgremium aussprach. Nach dem ersten Statut des Zentralkomitees von 1953 wurden seine Diözesanvertreter sowie die Leiter der Bischöflichen Hauptstellen und Referatsleiter von den Bischöfen berufen.

Durchgängig ist seit 1946 und auf allen Ebenen die Bedeutung von Sachausschüssen. Hier fanden und finden die detaillierten Beratungen der verschiedenen Sachgebiete statt. In ihnen kommt es deshalb auf den besonderen Sachverstand an. Sie sind dementsprechend nicht nur für gewählte Mitglieder des Entsendegremiums offen, dessen Legitimation bei der Besetzung gilt.

Immerhin nur etwa fünf Jahre nach dem Dekret des II. Vatikanischen Konzils über das Laienapostolat (18. November 1965), das wesentlich von den deutschen Bischöfen, vor allem Kardinal Frings und den Bischöfen Hengsbach und Höffner, beeinflusst wurde, dazu eine ungefähr gleiche Zeitspanne vor der gemeinsamen Synode der Bischöfe in Würzburg, stand diese repräsentative Lösung, „von unten nach oben“ gegliedert. Nach dem Kölner Beispiel wurde auch im Statut des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken von 1967, verstärkt in dessen 1975 neu gefaßten Statuten verfahren: Bei gleichwertiger Besetzung durch Vertreter der Diözesen und der Verbände werden seitdem die Diözesanvertreter von den Diözesanräten gewählt.

In der ersten der Pfarrgemeinderatswahl von 1971 folgenden Vollversammlung des Diözesanrats 1972 wurde Hans Deckers in das erstmalig gegründete Amt des geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt, ich zum Vorsitzenden.

Für mich war es bei der folgenden Arbeit wichtig, daß ich mit Dr. Roesen und Dr. Lemmens sowie Dr. Pielmeyer, meinen Vorgängern bzw. den frühesten stellvertretenden Vorsitzenden noch einige Jahre zusammenarbeiten konnte; sie waren zu Ehrenvorsitzenden gewählt. So konnte die Kontinuität in diesem Kölner Modell gewahrt bleiben.

4. Nach dem Beschluß 12 der Würzburger Synode vom Mai 1975 ergab sich die Notwendigkeit, die Satzung der Pfarrgemeinderäte auf neue Füße zu stellen. Erstmals wurde grundsätzlich die Bildung eines Pfarrgemeinderats in jeder Pfarrgemeinde verbindlich gemacht.

Am schwierigsten waren die Beratungen, die ich insbesondere zusammen mit Herrn Generalvikar Feldhoff und dem als recht konservativ bekannten Kirchenrechtler Prof. Dr. Flatten zu führen hatte. Dabei ging es nicht, wie eine zeitlang ziemlich nervös in anderen Diözesen diskutiert wurde, um die Frage, ob ein Laie Vorsitzender des Pfarrgemeinderats sein könne; das blieb in Köln selbstverständlich. Wesentlich war die Frage der Arbeitsteilung des Pfarrgemeinderats, der ja der einzige Rat in der Pfarrei war, also sowohl dem kirchenrechtlich festgelegten Pastoralrat wie dem Diözesanrat auf Bistumsebene entsprach, zwischen Heils- und Weltauftrag. Gefunden wurde nach harter Arbeit der Kompromiß des §2 der noch heute geltenden Satzung, der auch nach dem derzeitigen Stand der Beratung in der neuen Satzung im Grundsatz bestehen bleiben soll, daß nämlich im Bereich der Pastoral der Pfarrgemeinderat den Pfarrer in seinem Amt unterstützt und beratend mitwirkt, im Bereich des Weltauftrages aber in eigener Verantwortung tätig werden und Entscheidungen treffen kann. Verankert wurde auch das ebenfalls heute noch durchgehaltene Prinzip, daß die gewählten Mitglieder mindestens zwei Drittel der Gesamtmitgliederzahl des Pfarrgemeinderates ausmachen müssen (§ 3 Abs. 3). Dieser Kompromiß bekam dann einstimmige Zustimmung aller Beteiligten und wurde von Kardinal Höffner am 3. Juni 1977 in Kraft gesetzt. Damit war wiederum der Roesen'sche Grundsatz von Legitimation und Repräsentation verwirklicht. Die Räte konnten mit stärkerem Gewicht in Kirche und Öffentlichkeit wirken.

Zu den positiven Erfahrungen der letzten annähernd 30 Jahre Diözesanrat möchte ich auf das hervorragende und ausführliche Interview verweisen, das Hans Deckers im Pressedienst des Presseamts vom 9. Januar 1997 anlässlich seines Abschieds vom aktiven Amt gegeben hat, aber auch auf die – ebenfalls von Hans Deckers wohl 1993 verfaßte – Dokumentation des Diözesanrats „Entwicklung, Aufgaben, Organe, Sachausschüsse, Aktivitäten des Diözesanrates

der Katholiken im Erzbistum Köln“.

Besonders muß ich aber noch den Düsseldorfer Katholikentag von 1982 erwähnen, der für uns eine glanzvolle Bestätigung unserer Arbeit nach innen und außen war. Die Initiative war von uns ausgegangen, in die Vorbereitungen waren wir alle voll eingebunden.

Diözesanrat und Erzbischof Kardinal Höffner wirkten während seines Episkopats vertrauensvoll zusammen; der Erzbischof ließ sich beraten; die zum Teil in der Öffentlichkeit stark ankommenden Ansprachen in den Neujahrsempfängen, in denen der Kardinal nach thematischer Abstimmung auf die vorhergehende Rede des Diözesanratsvorsitzenden einging, betrafen zum Teil brisante politische Fragen, ebenso wie eine Umfrage des Kölner Diözesanrats bei allen Bundestagsabgeordneten bei den damaligen Beratungen über die rechtliche Regelung zu § 218 StGB und thematisch umschriebene Diözesantage mit erheblichen Teilnehmerzahlen.

Für diese Zeit war die sachliche Übereinstimmung mit dem Erzbischof, welche spontan und nicht etwa dekretiert war, schon deshalb für die öffentliche Resonanz wichtig, weil offenbar für die überwiegende Zahl der Vertreter der öffentlichen Meinung und der Medien nur das Wort der Bischöfe als gültig angesehen wurde: Man wollte wohl nicht wahrhaben, daß in der Kirche Laien eigenverantwortlich politische Stellung nahmen.

Dadurch, daß Kardinal Höffner in jedem Jahr Thematik und Ansprache von der Initiative des Diözesanrats annahm, fand sozusagen durch den Mund des Erzbischofs eine Übersetzung der Voten des Diözesanrats in die Öffentlichkeit statt. Natürlich spielte dabei eine wesentliche Rolle die Tatsache, daß Kardinal Höffner schon aus der Zeit vor seiner Ernennung zum Bischof von Münster, als Professor der christlichen Soziallehre schon einer der geistigen Väter der damaligen Rentenreform, nicht nur als Theologe allgemeinen Anklang fand und darüber hinaus als Referatsleiter beim frühen Zentralkomitee der Deutschen Katholikentage eine starke Affinität zur Laienarbeit hatte.

5. Heute nun stellt sich die Frage, ob in diesen Entwicklungen nicht vielleicht Erstarrungen eingetreten sind. Man mag darüber streiten, ob es sinnvoll war, daß Gremien des Laienapostolats interne Fragen der Weltkirche wie Frauenpriestertum und Zölibat zum Gegenstand ihrer Beratungen machten, wodurch der Eindruck entstand, die Blickrichtung der Gremien des Laienapostolats – einschließlich des Zentralkomitees – sei im Sinne der Nabelschau zu stark nach innen, viel zu schwach nach außen gerichtet in Wahrnehmung des Weltauftrages. Heute findet die gemeinsame Erklärung der christlichen Kirchen zur Sozialfrage, die im Bereich unserer Kirche von den Bischöfen abgegeben wurde, beachtlichen Anklang, kaum findet aber die Tatsache Erwähnung,

daß im Konsultationsprozeß über diese Erklärung die Laienvertretungen aktiv beteiligt waren. Das Kölner Pastoralgespräch dagegen, das auf eine Anregung des Diözesanrats zurückging, stellt kircheninterne Fragen viel stärker in den Vordergrund.

Natürlich sind die Bischöfe legitimiert, zu grundsätzlichen politischen Fragen auch grundsätzlich Stellung zu nehmen, vor allem dann, wenn es um die gesellschaftliche Gerechtigkeit, die christliche Soziallehre und die Bewahrung der Schöpfung geht. Ebenso natürlich hat der Diözesanrat z.B. nach seiner Satzung das Recht, den Bischof nicht nur in weltlichen Fragen zu beraten. Das sollte nicht nur durch die qualifizierte Vertretung durch Mitgliedschaften im Pastoralrat geschehen. Für die Stadtdekanate muß auch ganz aktuell die Frage gestellt werden, ob es unserem Verständnis vom Laienapostolat entspricht, wenn der Katholikenrat aus der Zeitung entnehmen muß, daß mit der Besetzung einer vakanten Pfarrstelle schon die Frage des nächsten Stadtdechanten vorweggenommen sei. Immerhin hat jeder Pfarrgemeinderat seit 1977 ein Mitwirkungsrecht „beim Freiwerden der Pfarrstelle“.

Es fragt sich allerdings, ob nicht über intensiv beratene Erklärungen hinaus der Bischof zurückhaltender, der Diözesanrat eigenständig aggressiver und aktueller sich zu politischen Fragen äußern sollten, nicht zuletzt, um auch gegenüber einer skeptisch gewordenen Umwelt deutlich zu machen, daß Kirche auch Gemeinschaft in ihr aktiv aus christlicher Verantwortung tätiger Laien ist.

Herausgeber:
Norbert Michels,
Geschäftsführer des Diözesanrats
der Katholiken im Erzbistum Köln
Breite Str. 106, 50667 Köln

Redaktion:
Dr. Hajo Goertz, Publizist und freier Journalist, Bonn
Norbert Michels

Layout: Christian Bauer, Mönchengladbach
studiofuergestaltung.net

1. Auflage Juni 2014



**DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN**